

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/4853-01	Termin 08.07.2019	Rat der Stadt		
<u>Beschlussvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*	
01.07.2019	Hauptausschuss	V			
02.07.2019	Integrationsrat	V			
03.07.2019	Jugendhilfeausschuss	V			
03.07.2019	Kulturausschuss	V			
04.07.2019	Schulausschuss	V			
08.07.2019	Rat der Stadt	B			
04.09.2019	Sozialausschuss	K			

Beratungsgegenstand

Umsetzung des im Landesprogramm "NRWeltoffen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus" entwickelten Handlungsempfehlungen

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die Umsetzung der folgenden Handlungsempfehlungen:

1. Es ist in einem beteiligungsorientierten Ansatz ein Leitbild gegen Rassismus und Rechtsextremismus für Oberhausen zu entwickeln und zu beschließen.
2. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen im Themenfeld Rassismus und Rechtsextremismus zum festen Bestandteil des Aus- und Fortbildungsprogrammes der Stadt und zum verpflichtenden Teil der Führungskräftebildung der Stadt gemacht werden sollen.
3. Der Rat der Stadt beschließt den Beitritt der Stadt Oberhausen zur Städtekoalition gegen Rassismus.
4. Der Rat der Stadt begrüßt die zahlreichen Projekte und Aktivitäten gegen Rassismus und für Demokratie in Oberhausen und fordert die Verwaltung auf, die Akteure im Themenfeld aktiv zu unterstützen.
5. Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, die Einwerbung von Fördermitteln zum Auf- und Ausbau von demokratiefördernden Maßnahmen fortzusetzen und Initiativen zur Einwerbung solcher Mittel zu unterstützen.

stellv. Bereichsleiterin Bereich 0-8	Kämmerer	Oberbürgermeister
Tillmann-Schumacher	Tsalastras	Schranz
Datum 27.06.2019	Datum 27.06.2019	Datum 27.06.2019
* Vorlage zur: Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	* Ergebnis : Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Beschlusskontrolle: Ja oder nein
		Beteiligung: Personalrat [] Gleichstellungsstelle []

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/4853-01	Termin 08.07.2019	Rat der Stadt
-----------------------------	---	-----------------------------------	----------------------

6. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit den Programmen „Demokratie leben!“ und „NRWeltoffen“ ein Konzept für ein „Demokratiebüro“ – die Begrifflichkeit ist noch abschließend zu klären – als institutionalisierte lokale Einrichtung zu entwickeln, die sich nicht in Trägerschaft der Stadt befindet, und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
7. Der Rat der Stadt unterstützt den Austausch zwischen den Gremien und Institutionen in Oberhausen, die die Migrant*innen-Selbstorganisationen vertreten, um an den relevanten Schnittstellen Synergieeffekte zu erzielen.
8. Der Rat der Stadt verpflichtet sich zur jährlichen Reflektion und Überprüfung der selbstgesetzten Maßnahmen und entwickelt bei Bedarf Modifizierungsvorschläge.
9. Der Rat der Stadt beschließt außerdem, dass der Hauptausschuss die Federführung für die weitere Entwicklung und Ausgestaltung des Handlungskonzepts übernimmt.
10. Da derzeit noch nicht feststeht, inwiefern ab dem Jahr 2020 geeignete Strukturen installiert bzw. auf Förderbasis initiiert werden können, die der dauerhaften Umsetzung der o.g. Handlungsempfehlungen gerecht werden, überträgt der Rat der Stadt die weitere Entwicklung vorerst dem Fachbereich 0-8-30. Der Fachbereich soll dabei vom Bundesprogramm „Demokratie leben“ und dem aktuell noch laufenden Landesprogramm „NRWeltoffen“ 2019 unterstützt werden.
11. Der Rat der Stadt fordert den Fachbereich 0-8-30 auf, eine Förderung durch das Landesprogramm „NRWeltoffen“ auch für das Jahr 2020 zu erzielen, sofern das Förderprogramm fortgeführt werden wird.
12. Der Rat der Stadt beschließt, dass die Einrichtung von trag- und arbeitsfähigen Strukturen im Falle einer weiteren Landesförderung zum Jahresbeginn 2020 extern ausgeschrieben werden soll, sofern dies mit den (noch nicht bekannten) Förderbedingungen des Landes vereinbar sein sollte.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/4853-01	Termin 08.07.2019	Rat der Stadt
-----------------------------	--	------------------------------	----------------------

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine ☐

ja ☒

Die Teilnahme am Förderprogramm „NRWeltoffen“ des Landes im Jahre 2020 ist mit der verbindlichen Einbringung eines städtischen Eigenanteils in Höhe von 20 % verbunden. Die Förderung erfolgte bislang im Rahmen einer Anteilsfinanzierung als nicht rückzahlbarer Zuschuss zu Personal- und Sachausgaben bis zur Höhe von 80 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Von dieser Grundkonstellation ist auch für das Jahr 2020 auszugehen.

b) Sonstige

Das Landesprogramm soll bei weiterer Förderung im Jahr 2020 über den FB 0-8-30, Gedenkhalle und Bunkermuseum, durchgeführt werden. Da im Fachbereich keine personellen Ressourcen dafür zur Verfügung stehen, ist ein Teil der Fördermittel für die Einrichtung einer auf die Laufzeit des Programms befristeten Personalstelle zu verwenden.

Begründung

Präambel

Grundlage der Befassung mit den Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit ist, dass Politik und Kommune, öffentliche, zivilgesellschaftliche und private Institutionen sowie zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteur*innen heute und in Zukunft dem Leitgedanken verpflichtet sind, in einer auf Demokratie, Menschenrechten, Vielfalt und Toleranz, Solidarität, Wertschätzung von Diversität und einer für das Miteinander der Vielen basierenden Gemeinschaft leben zu wollen. Daher ist allen demokratiefeindlichen, rassistischen, ausgrenzenden, menschenfeindlichen Haltungen und Handlungen, die das Zusammenleben und die Struktur dieser Gemeinschaft im Sinne der grund- und menschenrechtlichen Verabredungen (insbes. Art. 3 Satz 3 GG) angreifen oder in Frage stellen, in klarer Positionierung entgegenzutreten. Es sind entsprechend Maßnahmen und Ideen zu fördern, zu unterstützen und durchzuführen, die sich für eine vielfältige Stadtgesellschaft einsetzen. Rechte und rassistische Gewalt ist zu ächten, Betroffenen gebührt Solidarität und Unterstützung.

Vorarbeiten 2017 / 2018

Auf dieser Basis bewarb sich die Stadt Oberhausen laut Ratsbeschluss vom 21.11.2016 um die Teilnahme am Landesprogramm „NRWeltoffen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ (s. Rat der Stadt, Vorlage B/16/1999-01 – Beschlüsse). Zwingende Voraussetzung für die Teilnahme war die Beschlussfassung des Rates zur Erarbeitung eines kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die in derselben Sitzung erfolgte.

Mit Zuwendungsbescheid vom 30.6.2017 wurde durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die Landeszentrale für politische Bildung, für den Zeitraum 1.7.2017 bis 31.12.2018 eine Förderung bewilligt. Im gesetzten Zeitrahmen wurde das vom Land NRW geforderte Handlungskonzept von der Fach- und Koordinierungsstelle im Landesprogramm NRWeltoffen, besetzt von Dr. Anke Hoffstadt, und in Kooperation mit der Hochschule

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/4853-01	Termin 08.07.2019	Rat der Stadt
-----------------------------	--	------------------------------	----------------------

Düsseldorf, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA), erstellt. Das Handlungskonzept liegt seit Ende 2018 vor und stellt auf 110 Seiten die Analyse der aktuellen Situation der Stadt, die ermittelten Handlungsbedarfe sowie die Ziel- und Maßnahmenentwicklung vor. Auf die ausführliche Analyse der aktuellen Situation in der Stadt folgt die Auflistung von Handlungsempfehlungen, die zentraler Bestandteil dieser Beschlussvorlage sind.

Handlungsfelder

Im Handlungskonzept ist die Bedarfsanalyse nach Handlungsfeldern zusammengefasst, die sich aus den Befragungen im Untersuchungszeitraum ergeben haben:

Strukturelle Rahmenbedingungen:

Es liegt ein Mangel an dauerhaften finanziellen Ressourcen vor, ebenso wie an zeitlichen Ressourcen. Zum Teil gibt es erhebliche Defizite bei personellen Ressourcen, vor allem im Bereich Sozialarbeit in schulischen und integrativen Arbeitsbereichen und in der Stadtteilarbeit, wenn dort kein Förderprojekt installiert ist. Es besteht ein großer und dringender Bedarf nach der Etablierung und Verstetigung einer institutionalisierten Arbeitsstelle im Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ in Form eines Demokratie- oder Menschenrechtsbüros oder einer Koordinierungsstelle (die Begrifflichkeit ist bislang absichtsvoll nicht verbindlich festgelegt worden).

Öffentlichkeitsarbeit:

Nötig ist die kontinuierliche und verstärkte Thematisierung aller Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung in der Öffentlichkeit. Die Arbeit zur Rechtsextremismus- und Rassismus-Prävention und Demokratieförderung soll in der Öffentlichkeit stärker gewichtet werden. Die Öffentlichkeit soll bei kommunal-politischen Entscheidungen verstärkt einbezogen werden. Informations- und Aufklärungsmaterial für die unterschiedlichen Zielgruppen soll bereitgestellt werden, ebenso wie eine Übersicht über (nicht nur) lokale Akteur*innen und Maßnahmen im Arbeits- und Tätigkeitsfeld gegen Rassismus und Rechtsextremismus bzw. für Demokratie, Vielfalt und Toleranz. Integrationsrelevante Themen sollen positiv besetzt werden, um eine Gegenposition gegen Rechtsaußenpositionen zu artikulieren. Neben ‚klassischen‘ Verbreitungsarten sollen neue soziale Medien als Informations- und Werbeplattform intensiver genutzt werden. Es sollen mehr gemeinsame Kampagnen und öffentliche Aktionen von unterschiedlichen Akteur*innen stattfinden. Politische Vertreter*innen sollen sich verstärkt gegen Rassismus und Rechtsextremismus öffentlich positionieren.

Angebotsinhalte, Formate und Zielgruppen:

Es sind neue Zielgruppen zu erreichen und perspektivisch an die Angebote zu binden. Dabei soll insbesondere bei der Konzeption und Adressierung von Angeboten eine Orientierung an individuellen Lebenswelten stattfinden – als da wären relevante Aktions- und Aufenthaltsorte, Freizeitinteressen, Soziale Medien. Soziale Faktoren – Bezugspersonen, Freundeskreise und Peer-Gruppen – sollen bei der Konzeption und Adressierung von Angeboten berücksichtigt werden. Teamstrukturen sollen nach Möglichkeit multiprofessionell und multikulturell aufgestellt werden. Vielfaltsbewusste Perspektiven sollen bereits bei der Angebotskonzeption eingebunden werden. Bildungseinrichtungen, insbesondere Schulen, sollen beim Aus- und Aufbau von Angeboten Unterstützung erhalten. Die präventiven Angebote sind auf allen Ebenen auf- und auszubauen, und sollen niedrigschwellig, sozialraumorientiert und partizipativ angelegt sein. Ein flächendeckender Ausbau von fest etablierten Beratungsangeboten ist anzulegen, dabei dürfen aber die mobilen und aufsuchenden Angebote nicht vernachlässigt werden.

Netzwerke, Kooperationen, Zusammenarbeit:

Bedeutsam ist ein intensiverer Auf- und Ausbau von Kooperationen auf der (über)regionalen und lokalen Ebene. Neue Kooperationspartner*innen aus unterschiedlichen Bereichen sind zu erschließen. In bestehenden Kooperationen sollen regelmäßige Treffen aller Teilnehmenden stattfinden. Es soll eine Übersicht über bestehende Netzwerke und Kooperationen sowie feste Ansprechpersonen erstellt werden. Zu bestimmten Themen ist stärker inhaltlich zu arbeiten und sind gemeinsame Ergebnisse zu erzielen. Austauschmöglichkeiten sollen geboten werden, um über die eigene Arbeit und Institution zu

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/4853-01	Termin 08.07.2019	Rat der Stadt
-----------------------------	--	------------------------------	----------------------

informieren sowie Erfahrungen miteinander auszutauschen. Gewünscht wird eine vertraute, ehrliche und professionelle Kommunikation, die auf gleicher Augenhöhe stattfindet.

Solidarisch-integrative Stadtgesellschaft:

Eine Übersicht über individuelle Bedarfslagen der Menschen soll helfen, die Problemlagen zu lokalisieren und zu definieren. Dadurch sollen kommunale Problemlagen sichtbar gemacht werden. Professionelle Hilfe- und Unterstützungssysteme sowie niederschwellige flächendeckende und sozialraumorientierte Angebote sollen aufgebaut werden. Es sind sozialpolitische Lösungen zu finden und umzusetzen. Es ist eine offene Debatten-Kultur zu schaffen, in der Konflikte besser als bislang thematisiert werden können. Das Thema Integration ist als „Querschnittsthema“ zu verstehen und zu bearbeiten, nicht nur in der Stadtverwaltung. Integrationsfördernde Angebote für alle Menschen sollen ausgebaut werden.

Wissenschaft und Forschung:

Zu verbessern ist der Wissenschaft-Praxis-Transfer in beide Richtungen. Aktuelle und zielgruppengerechte Informationen zum Handlungs- und Wissenschaftsfeld sowie zu praxisrelevanten Themen sollen in gemeinschaftlichen Arbeitsprozessen erarbeitet werden. Handreichungen und Empfehlungen sind bereitzustellen. Eine Bedarfs-, Sozialraum- und Wahlanalyse soll durchgeführt werden. Angestrebt wird eine kontinuierliche Evaluation und ein regelmäßiges Monitoring von Maßnahmen, Programmen und Projekten.

Umsetzung 2019

Dem Oberhausener Begleitausschuss für das Landesprogramm „NRWeltoffen“ wurde am 6.3.2019 das vollständige Konzept incl. Handlungsempfehlungen vorgelegt, um die relevanten Akteur*innen im Themenfeld und die von ihnen repräsentierte Stadtgesellschaft verantwortlich in die weitere Handhabung des Handlungskonzepts einzubinden. Der Begleitausschuss hat das Konzept positiv besprochen und einer Umsetzung der darin enthaltenen Handlungsempfehlungen ohne Änderungsvorschläge zugestimmt. Empfohlen wurde, zeitnah die Presse/Öffentlichkeit über den Sachstand zum Handlungskonzept zu informieren. Als Anregung wurde formuliert, einen Ausschuss mit der Federführung bei der Umsetzung zu betreuen. Der Verwaltungsvorstand hat das Handlungskonzept in seiner Sitzung vom 3.4.2019 zustimmend besprochen.

Parallel dazu stellte die Stadt Oberhausen einen Antrag auf Fortsetzung der Förderung im Rahmen des Landesprogramms „NRWeltoffen“ im Jahr 2019. Mit Datum vom 21.3.2019 wurde der Antrag bewilligt. Entsprechend dem Antrag wird das Handlungskonzept im Förderzeitraum vom 23.3.2019 bis zum 31.12.2019 in einem ausgewählten Sozialquartier weiterentwickelt.

2019 wird eine Defizit-Bearbeitung im Handlungsfeld solidarisch-integrative Stadtgesellschaft in einem beispielhaft auszuwählenden Sozialraum durchgeführt werden. Dabei soll prinzipiell die gesamte Stadtgesellschaft im Quartier in Workshops, Befragungen zuhause und Befragungen im öffentlichen Raum oder durch die Presse angesprochen werden. Das Projekt basiert in seiner Anlage auf einem Verständnis von wissenschaftlicher Sozialraumforschung als einer prozessbegleitenden und zielunterstützenden Maßnahme. Dies erfordert einen kontinuierlichen Austausch und eine entsprechende Zusammenarbeit mit den am Projekt Beteiligten, insbesondere mit einer Lenkungsgruppe und mit Engagierten vor Ort. Die Stadt Oberhausen stellt im Rahmen dieses Projektes eine Personalstelle in Teilzeit (50 % VzÄ), finanziert aus den Fördermitteln, bereit.

Das Projekt der Sozialraumanalyse eines Quartiers in Oberhausen dient der Validierung der Bedarfe und der Möglichkeiten im Themenfeld. Dabei sind die Bedarfe im kleinen sozialraumspezifischen Quartier so zu erfassen, dass eine zukünftige Umsetzung von Veränderungen auch eine Verbesserung der Verhältnisse vor Ort nach sich zieht, die ggfs. in Statistiken, Wahlen oder auch Veränderung der Atmosphäre vor Ort überprüfbar ist.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/4853-01	Termin 08.07.2019	Rat der Stadt
-----------------------------	--	------------------------------	----------------------

Die Stadt Oberhausen unterstützt und fördert mit diesem Ansatz Akteur*innen, die im Handlungsfeld solidarisch-integrative Stadtgesellschaft vor Ort engagiert sind. Sie bietet eine professionelle und institutionalisierte Infrastruktur für die Beteiligung aller im Sozialraum lebenden/arbeitenden Akteur*innen. Es gilt aus Gründen der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und der Erhöhung der Akzeptanz ein beteiligungsorientierter Ansatz und ein selbst gesteuerter Evaluationsprozess.

Grundsätzlich handelt es sich um einen paradigmatischen Testlauf für zukünftige im genannten Handlungsfeld themenzentrierte Sozialraum-Expertisen und um Optimierungsbestrebungen der jeweiligen örtlichen Verhältnisse und Strukturen. Zu bearbeiten sind Probleme, Konflikte, Defizite etc. im begrenzten sozialräumlichen Milieu in Bezug auf Rassismus und Rechtsextremismus und die Wechselwirkung in Bezug auf damit korrelierende harte oder weiche Faktoren des jeweiligen Wohnumfeldes.

Die Projektförderung 2019 wird mit dem Förderhöchstbetrag von 70.000 € ausgestattet. Die Förderung wird im Rahmen einer Anteilsfinanzierung in Höhe von 80% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von 87.500 € gewährt. Entsprechend werden 20 %, d.h. 17.500 € als Eigenanteil an diesem Projekt von der Stadt übernommen.

Perspektive

Da grundsätzlich festzustellen ist, dass die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus eine Daueraufgabe ist, sollen Initiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort durch das Landesprogramm „NRWeltoffen“ und die Stadt Oberhausen initiiert oder unterstützt werden. Das 2018 entwickelte Handlungskonzept stellt eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für eine abgestimmte kommunale Präventionsstrategie dar, die sich sowohl auf die Bürgerschaft als auch auf die Stadtverwaltung und ihre Tochtergesellschaften bezieht. Damit wird ein Prozess der realistischen, dauerhaften Umsetzung und Institutionalisierung im Themenfeld eingeleitet. Die nachhaltige Entwicklung und Umsetzung präventiver Handlungskonzepte wird damit verstetigt. Dazu dienen die Beschlüsse, die dem Rat der Stadt hiermit vorgelegt werden.

Kommunales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Oberhausen

NRWeltoffen Oberhausen 07 / 2017 bis 12 / 2018



Gedenkhalle
Oberhausen

FORENA

FORSCHUNGSSCHWERPUNKT RECHTSEXTREMISMUS / NEONAZISMUS
HOCHSCHULE DÜSSELDORF

unterstützt von:

NRWeltoffen

**demokratie
leben**

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



INTERN

Impressum:

Stadt Oberhausen

Dezernat 1 Fachbereich 0-8-30 Gedenkhalle Oberhausen

Koordinierungsstelle NRWeltoffen Oberhausen, Dr. Anke Hoffstadt

Inhalt: Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA) in Kooperation mit der Koordinierungsstelle NRWeltoffen Oberhausen

Autor*innen: Lisa Scholten, Dr. Anke Hoffstadt, Alexander Häusler

Oberhausen – Dezember 2018

Inhalt

Inhalt.....	i
NRWeltoffen Oberhausen – Ideen für ein kommunales Handlungskonzept.....	1
Programme gegen Rechtsextremismus: Entwicklung und Kontext.....	4
Auf dem Weg zu einem kommunalen Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für Oberhausen.....	7
Zur Gliederung.....	8
1. Ausgangssituation und Problemaufriss	9
1.1 Entwicklung des politischen Rechtsaußenspektrums.....	9
1.1.1 Entwicklung der Rechtsaußenparteien in NRW	12
1.1.2 Extrem rechte Bewegungen und Protestmilieus.....	16
1.2 Zur Entwicklung und Situation in Oberhausen.....	19
1.2.1 Rechte und extrem rechte Parteien in Oberhausen – ein aktueller Überblick zu Wahlen, Auftreten, Akteur_innen und Strukturen	20
1.2.2 Auftreten rechter und extrem rechter Kreise in Oberhausen	28
1.2.3 Rechte Gewalt: Zahlen, Einordnung und Relevanz für Oberhausen	32
Problemaufriss und Perspektiven.....	37
2. Wahlergebnisse und sozialräumliche Betrachtung für Oberhausen	38
2.1 Sozialräumliche Betrachtung	38
2.1.1 Konzeptionelle Hintergründe und ‚Analyseeinheiten‘	40
2.1.2 Datengrundlage und Ergebnisse	42
2.2 Wahlergebnisse in den Gemeindewahlbezirken der Sozialquartiere	48
2.2.1 Wahlergebnisse im Sozialquartier Innenstadt	49
2.2.2 Wahlergebnisse im Sozialquartier Lirich-Süd	51
2.2.3 Wahlergebnisse im Sozialquartier Marienviertel-Ost und Brücktorviertel.....	53
2.2.4 Wahlergebnisse im Sozialquartier Osterfeld Mitte / Vonderort.....	55
2.3 Zusammenfassung und Ausblick.....	57

3. Ausgangssituation, Bedarfe und Handlungsempfehlungen: Untersuchungsbericht zur Befragungen von Akteurinnen und Akteuren zum Handlungsfeld „Rassismus und Rechtsextremismus“ in Oberhausen	59
3.1 Ausgangspunkt, Hintergrund und Design der Untersuchung	59
Samplingverfahren und Methoden	60
3.2 Ergebnisse	61
3.2.1 Situationsanalyse zum Handlungsfeld „Rassismus und Rechtsextremismus“	62
3.2.2 Diskussion der bisherigen Ergebnisse	78
3.2.3 Bedarfsanalyse zum Handlungsfeld „Rechtsextremismus und Rassismus“	79
3.3 Handlungsempfehlungen	95
Empfehlungen für die Politik und die Kommune	95
Empfehlungen für Institutionen	95
Empfehlungen für die Praxis	96
Empfehlungen für die Wissenschaft	97
Empfehlungen für die Zivilgesellschaft	98
4. Maßnahmenvorschläge	99
5. Anhang	102
5.1 Abkürzungsverzeichnis	102
5.2 Literatur	103
5.3 Links und Verweise	109

NRWeltoffen Oberhausen – Ideen für ein kommunales Handlungskonzept

„Nordrhein-Westfalen handelt geschlossen für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander – gegen Rechtsextremismus und Rassismus“. Unter diesem Leitbild entwickelten Beteiligte aller Landesministerien im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren von 2013 bis 2015 ein **integriertes Handlungskonzept zur Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus** für Nordrhein-Westfalen. Im Mai 2016 wurde das Konzept verabschiedet (MFKJKS NRW 2016). Darin nahm sich die Landesregierung mit einem ihrer dort insgesamt zehn Handlungsziele der präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus selbst in die Pflicht, kommunale Zusammenhänge – städtische Einrichtungen wie Zivilgesellschaft in den Kommunen – in ihrem Engagement im Themenfeld zu stärken. Hierfür stellte sie Fördermittel zur Verfügung, mit deren Unterstützung Kommunen in NRW vor Ort eigene lokale Handlungskonzepte entwickeln oder mit Projekten und Umsetzungs-ideen bereits bestehende kommunale Handlungsstrategien ausbauen sollten.

Auf Initiative des Oberbürgermeisters, unterstützt und getragen von der Zustimmung des Rates, hat sich die Stadt Oberhausen im Winter 2016 beim zuständigen Landesministerium um Förderung eines solchen, eigenen Projektes zur Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzeptes beworben. Eine Fachjury beschied den Antrag im Sommer 2017 positiv. Die Arbeit, erstmals ein integriertes kommunales Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Oberhausen zu erstellen, konnte beginnen – konzentriert und mit der Fachexpertise aus der Forschung, aufbauend auf den Erfahrungen und dem Wissen von Akteurinnen und Akteuren in der Stadtgesellschaft. Damit ist Oberhausen seit Sommer 2017 eine von 25 kreisfreien Städten und Kreisen, die im „NRWeltoffen“-Programm der Landesregierung unter dieser Zielstellung aktiv werden.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, die die Stadt Oberhausen aus eigenen Ressourcen ergänzte, konnte bis Herbst 2017 eine **Koordinierungsstelle NRWeltoffen Oberhausen** eingerichtet werden, die als Teil des federführenden Amtes – der Gedenkhalle Oberhausen – erste Ideen für die Projektarbeit zusammenbrachte: Kern des Handlungskonzeptes sollten eine Beschreibung der aktuellen Problemlage zum Thema „Rechtsaußen in Oberhausen“ sowie eine beteiligungsorientierte Bedarfsanalyse sein. Ergänzt wurde dies um einen beschreibenden Einblick zur sozialräumlichen Struktur der Stadt und zum Wahlverhalten des jüngsten Wahlgeschehens, der Bundestagswahl vom 24. September 2017. Zur konkreten Umsetzung der Projektarbeit lag es nahe, die weitere Konzeptplanung ebenso wie die Arbeitsschritte zu Erhebungen, Analysen und Schlussfolgerungen mit Unterstützung von Expertinnen und Experten zu leisten. Als Kooperationspartner konnte der **Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA)** gewonnen werden. In der Zusammenarbeit mit den Expertinnen und Experten der Forschungseinrichtung FORENA nahm die Projektarbeit wie geplant Fahrt auf, Ende Januar 2018 waren die Vorbereitungen zur Erhebungs- und Recherchephase bereits abgeschlossen.

In den knapp 12 Monaten dieses ersten NRWeltoffen Oberhausen-Projektes haben die Soziologin Lisa Scholten und der Politikwissenschaftler Alexander Häusler von FORENA gemeinsam mit NRWeltoffen Oberhausen-Mitarbeiterin Anke Hoffstadt das nun vorliegende **kommunale Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus** erarbeitet. Wie vorgesehen stehen der Überblick über die aktuelle Gesamtsituation in der Stadt wie auch die Bedarfsanalyse als Hauptelemente an zentraler Stelle der Ergebnisdarstellung. Dank der Beteiligung von überregional Aktiven, die auch in Oberhausen tätig sind, vor allem aber dank zahlreicher Oberhausenerinnen und Oberhausener, die jeweils von den Wissenschaftler_innen von FORENA befragt und von der Koordinierungsstelle einbezogen und informiert werden konnten, flossen insbesondere zu diesen leitenden Fragestellungen viele Perspektiven in die Arbeit am Handlungskonzept ein.

Über die gesamte Projektlaufzeit von NRWeltoffen Oberhausen war der **Begleitausschuss der Lokalen Partnerschaft für Demokratie / Demokratie leben! Oberhausen** Ansprech- und Austauschpartner zu Projektfortschritten und -planungen im Zusammenhang mit der Arbeit am kommunalen Handlungskonzept. Die Förderrichtlinien von Bundes- und Landesprogramm ermöglichten es, die Erfahrung und Ressourcen dieses für Oberhausen bereits etablierten Kreises für beide Demokratie-Projekte gemeinsam nutzen zu können und keine Doppelstrukturen aufbauen zu müssen. Nicht zuletzt hat NRWeltoffen Oberhausen auch anlässlich der **3. und 4. Oberhausener Demokratie-Konferenzen 2017 und 2018** jeweils den Fortgang der Projektarbeit der Öffentlichkeit vorstellen und Austauschmomente schaffen können.

Wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einem integrierten kommunalen Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus waren die **Austausch- und Workshop-Treffen** sowie die **Interviews und Hintergrundgespräche** mit Aktiven aus der Zivilgesellschaft, aus der Verwaltung und Politik, mit Kulturschaffenden, mit Aktiven in Glaubensgemeinschaften oder in der Sozial-, Sport- oder Jugendarbeit, mit Menschen aus den verschiedensten Zusammenhängen in der vielfältigen Stadtgesellschaft von Oberhausen. Aus ihrem Wissen und ihren Erfahrungen konnten für das Handlungskonzept wesentliche Bausteine einer Ist-Analyse und der Beschreibung der Bedarfssituation vor Ort zusammengebracht werden. Damit folgt das Handlungskonzept dem Ziel, die bestehenden Strukturen zu stärken und Ideen für eine solidarische, menschenfreundliche Gemeinschaft der Vielen zu sammeln.

Nicht zuletzt soll es aber auch darum gehen, die Herausforderungen und Schwierigkeiten sichtbar zu machen, die den Aktiven begegnen, wenn sie sich zusammen gegen Rechts, gegen Vorurteile und Ausgrenzung, gegen Abwertungshaltungen und gegen rechte Gewalt wenden. Es gilt, zusammen an Perspektiven für die Zukunft zu arbeiten und vor allem auch: konkrete Unterstützungsmöglichkeiten zu formulieren, die den Aktiven in ihrem Engagement ideell und praktisch greifbar helfen, ihre Projekte, ihre Arbeit und ihre Kraft für ein solidarisches Miteinander in der Stadt zu ermöglichen. Das Handlungskonzept greift damit nicht zuletzt den bereits 2001 im Rat der Stadt Oberhausen einstimmig verabschiedeten Beschluss auf, gemeinsam mit den Menschen in der Stadt „ein Zeichen für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion“ zu setzen und sich für eine solidarische Stadtgesellschaft ohne Rassismus stark zu machen.¹

¹ Mit einstimmigem Beschluss unterstützte der Rat der Stadt Oberhausen im November 2001 die „Resolution Willkommen Mensch! Oberhausen duldet keinen Rassismus“, die unter diesem Titel als gemeinsame Aktion des „Runden Tisches für Demokratie, Toleranz [und] Fremdenfreundlichkeit in Oberhausen“ ins Leben gerufen worden war. Vgl. Stadt Oberhausen, Wahlzeit 1999 / 2004, 21. Sitzung des Rates der Stadt, Niederschrift zum Interfraktionellen Antrag Drs. Nr. A / 01 / 2018

So formuliert das Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Auswertung und Zusammenfassung der Erhebungs- und Untersuchungsergebnisse detaillierte **Handlungsempfehlungen für die gemeinsame Arbeit für ein solidarisches, menschenfreundliches Zusammenleben in der Stadt**. Sie wenden sich an die Stadtgesellschaft als Ganzes, an Politik und Verwaltung, an Betriebe und Institutionen. An zivilgesellschaftliche Organisationen ebenso wie an Knotenpunkte des Wissenstransfers. An alle, die im Themenfeld aktiv sind oder sich engagieren möchten.

Das Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus schließt darüber hinaus mit dem Wunsch, dass der Rat der Stadt Oberhausen diesen Handlungsempfehlungen offen und unterstützend zur Seite steht. Die **neun Maßnahmenvorschläge**, die die konkrete Umsetzung der Handlungsempfehlungen erleichtern, sind dem Rat der Stadt hiermit zum Beschluss und zur Umsetzung in der Zukunft vorgelegt.

Clemens Heinrichs – Gedenkhalle Oberhausen

Anke Hoffstadt – NRWeltoffen Oberhausen

Dezember 2018

(5.11.2011). Zitat ebd.

Programme gegen Rechtsextremismus: Entwicklung und Kontext

Seit Beginn der 2000er Jahre hat die Bundesregierung in Bund und Ländern Programme zur Förderung von Demokratie und Weltoffenheit aufgelegt. Heute hält das Bundesprogramm **Demokratie leben!**, das sowohl kommunale, regionale und überregionale Schwerpunkte setzt, für 2018 ein Förder-Volumen von 120,5 Millionen € bereit. Unter dem Dach von Demokratie leben! werden bundesweit zivilgesellschaftliche Strukturen der Bildung, Beratung und Vernetzung in der Präventionsarbeit und Demokratieförderung unterstützt. Modellprojekte in Bund und Ländern erlauben darüber hinausvertiefende Aktivitäten in spezifischen Bereichen – etwa zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum, zur Unterstützung von Toleranz, Vielfalt und Zivilcourage in der Arbeitswelt oder unter dem Titel „Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz“ zu „Hate Speech“ im Internet. Auf kommunaler Ebene sind es die „Lokalen Partnerschaften für Demokratie“, die aktuell im Rahmen der Demokratie leben!-Förderung Projekte der Demokratie-Stärkung stützen und begleiten können. Auch in Oberhausen. Die Stadt wurde 2015 in das Bundesprogramm aufgenommen. Seitdem werden Einzelprojekte, Kooperationen und Vernetzungen der Aktiven vor Ort mit Mitteln von Demokratie leben! gefördert, gestützt von einem Begleitausschuss und einer Koordinierungs- und Fachstelle.²

Dass etablierte Förderstrukturen wie die des Bundesprogrammes Demokratie leben! heute existieren, ist Ergebnis einer beinahe zwanzig Jahre währenden Entwicklung. An deren Anfang steht der in den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung sichtbare Anstieg rechter und rassistischer Gewalt. Insbesondere staatliche Akteur_innen sahen sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, diese Entwicklung wahrzunehmen und grundsätzlich als Problem anzuerkennen: Es gab – und gibt – (extrem) rechte, demokratiefeindliche Strukturen, Organisationen und Parteien, rechte, rassistische und antisemitische Gewalt, Rechtsextremismus und Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre waren es nicht zuletzt die Wellen rechter Gewalt (etwa die tagelangen, eskalierenden Pogrome in **Hoyerswerda** und **Rostock-Lichtenhagen** im September 1991 und August 1992), die der damaligen Bundesregierung Anlass gaben, sich für ein erstes Strukturförderungsprogramm zur Präventionsarbeit insbesondere in den neuen Bundesländern stark zu machen – hier in erster Linie mit Blick auf die Förderung der Jugendarbeit und unter dem Titel „**Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt**“ (AgAG).³

Doch waren und sind rechte und rassistische Gewalt, extrem rechte Organisation, menschenfeindliche, extrem rechte Haltungen und Handlungen mitnichten bloß ein „ost-

² Weitere Informationen unter URL <https://www.demokratie-leben-oberhausen.de> (Zugriff 1.12.2018).

³ Das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) wurde von 1992 bis 1994 überwiegend in Vollfinanzierung vom Bundesministerium für Frauen und Jugend bzw. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. In einer zweiten Phase (1994–1996) erfolgte die Förderung anteilig durch den Bund sowie in Komplementärfinanzierung ergänzt durch Länder und Kommunen. Die Projektumsetzung erfolgte in 30 Schwerpunktregionen im Land Berlin, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Vgl. zusammenfassend, auch zu kritischen Stimmen und Problemlagen in der Umsetzung des AgAG die fünfbändige Dokumentation „Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“, federführend herausgegeben von Jürgen Fuchs (1997) sowie im Überblick: Dierbach (2014).

deutsches Problem'. Neben den Pogromen in Rostock und Hoyerswerda (auf die das Aktionsprogramm AgAG in gewisser Hinsicht eine Antwort zu finden suchte) waren es insbesondere die rechtsterroristischen Brandanschläge von **Hünxe** (1991), **Mölln** (1992), **Solingen** (1993) und **Lübeck** (1996), die in der ersten Hälfte der 1990er Jahre deutlich machten, dass in der Bundesrepublik rechte Gewalt und rechter Terror gefährliche Dimensionen annahmen, und zwar sowohl in den sogenannten ‚neuen‘, wie auch in den ‚alten‘ Bundesländern. Zuletzt war es der bis heute nicht aufgeklärte Rohrbombenanschlag am Düsseldorfer S-Bahnhof „**Wehrhahn**“ vom 27. Juli 2000, der die Dimensionen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland auch in der internationalen Öffentlichkeit zum Thema werden ließ. Der zielgerichtete Sprengstoffanschlag hatte 10 Passant_innen zum Teil lebensgefährlich verletzt, einige der Betroffenen waren jüdischen Glaubens.

Nach Pogromen, Bomben- und Brandanschlägen, nach den vielzähligen rechts, rassistisch und antisemitisch motivierten Gewaltstraftaten mit ihren von 1990 bis Oktober 2000 geschätzt 120 Todesopfern⁴ sowie nicht zuletzt nach den Stimm- und Wahlerfolgen extrem rechter Parteien forderte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zehn Jahre nach der Wiedervereinigung schließlich im Herbst 2000 einen „Aufstand der Anständigen“. „Wegschauen“, so Schröder am 4. Oktober 2000, „ist nicht mehr erlaubt“⁵.

Dieser bis heute viel zitierte Satz, den Gerhard Schröder anlässlich einer Tatortbegehung nach dem bis dahin noch nicht aufgeklärten Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf öffentlich äußerte, sorgte bundesweit für eine breite Debatte über Rechtsextremismus und Neonazismus, über Rassismus und Antisemitismus. Dabei ging es nicht allein um eine Analyse der Entwicklung an sich. In den Vordergrund rückte vielmehr eine lebhafte Diskussion zur Rolle von Zivilcourage und zur Notwendigkeit aufrichtigen Verantwortungsbewusstseins staatlicher Stellen im Umgang mit rechter Gewalt. Zu jenem Zeitpunkt

„hatte die damalige Bundesregierung die Souveränität, Rechtsextremismus, rechte Gewalt und Diskriminierungen als gesellschaftliche Probleme einzugestehen. Ein wichtiger Schritt, auch als Signal an Betroffene rechter Gewalt, dem bisher alle Bundes- und Landesregierungen danach weiter gefolgt sind“ (Miteinander e. V. 2018).

⁴ Vgl. die unabhängigen Recherche- und Dokumentationsergebnisse von „Tagesspiegel“ und „ZEIT“ in der Liste „Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach der Wiedervereinigung“ (URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html> (Zugriff 20.12.2018) sowie der Recherche-Zusammenarbeit von „mut-gegen-rechte-Gewalt“, dem Opferfond Cura und der Amadeu-Antonio-Stiftung unter URL <https://www.belltower.news/die-liste-193-todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990-36796/> (Zugriff 20.12.2018). Nur ein Bruchteil der hier aufgeführten Mord- und Tötungsdelikte sind von staatlicher Seite als rechts- bzw. rassistisch motiviert anerkannt.

⁵ Gerhard Schröder reagierte mit seiner Forderung auf einen Brandanschlag gegen die Synagoge in Düsseldorf, die in der Nacht vom 2. auf den 3.10.2000 von zu diesem Zeitpunkt Unbekannten verübt worden war. Vgl. u. a. „Schröder fordert ‚Aufstand der Anständigen‘“. In: Der Spiegel (4.10.2000); „Schröder fordert Aufstand gegen Rechts“. In: Handelsblatt (4.10.2000). Im Oktober 2001 verurteilte das Landgericht Düsseldorf zwei Angeklagte rechtskräftig zu (Bewährungs-)Haftstrafen. Die Angeklagten hatten gestanden, einen Stein und drei Brandsätze auf die Synagoge geworfen zu haben. Die Täter hätten politisch motiviert gehandelt – der Anschlag habe ein Racheakt gegen Israel im Israel-Palästina-Konflikt sein sollen (vgl. „Schärfere Strafen für Anschlag auf Düsseldorfer Synagoge“. In: Spiegel Online (11.10.2001), URL <http://www.spiegel.de/politik/ausland/berufungsprozess-schaeferere-strafen-fuer-anschlag-auf-duesseldorfer-synagoge-a-161830.html> [Zugriff 20.12.2018]).

2001 rief die Bundesregierung das Bundesprogramm **Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus** ins Leben. Seitdem folgten verschiedenste Projektprogramme aufeinander, ab 2007 etwa das Bundesprogramm **Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie** (Frindte / Preiser 2007, Dovermann 2004). Neben bundesweit dezentralen Modellprojekten wurden zudem die sogenannten „Lokalen Aktionspläne“ aufgebaut. Hier standen regionale ‚Brennpunkte‘ neonazistischer Aktivitäten und Organisationsprozesse im Blickpunkt vor allem der Radikalisierungsprävention und der außerschulischen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Zugleich ging es um die gezielte Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen und Projekte in ihrer Arbeit zu Schwerpunkten und Querschnitts-Themen: von Gleichstellung und vorurteils-sensiblen Antirassismus-Trainings, über Kiez- und Stadtteilarbeit zu Selbstwirksamkeit und Vielfalt in Solidarität, bis zu Teilhabe- und Demokratie-Förderung (Behn et al. 2013, Burschel 2013). Zu Jahresbeginn 2011 legte die Bundesregierung eine ‚Verlängerung‘ dieses Projektansatzes unter dem Titel **„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“** auf. In Nordrhein-Westfalen konnten die bestehenden vier kommunalen Aktionsplan-Zentren auf Basis dieser Projektförderung um sieben weitere Projekt-Knotenpunkte erweitert bzw. miteinander verknüpft werden, hier explizit in den Regionen, in denen sich die neonazistische Szene in den zuletzt vergangenen Jahren nachweislich konkret zu organisieren begonnen hatte, etwa im Gewand der sogenannten „freien Kameradschaften“ bzw. „Freien Kräfte“.⁶

Noch während der Laufzeit dieses für die Zeit von Januar 2011 bis Dezember 2014 aufgelegten Bundesprogrammes wurde die verkannte Dimension rechten Terrors offenbar. Denn mit der Selbstenttarnung des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundes“ am 4. November 2011 wurde deutlich: Der Geschichte rechter Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland war ein bis dahin beispielloses Kapitel hinzuzufügen. Zwischen September 2000 und April 2007 hatten die NSU-Täter_innen in Rostock, München, Nürnberg, Hamburg, Dortmund und Kassel gemordet. Sie töteten Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodor Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Die vom NSU begangenen Sprengstoffanschläge auf ein Ladengeschäft in der Kölner Probsteigasse und auf Passant_innen und Geschäfte in der Keupstraße in Köln Mülheim verletzten zahlreiche Menschen zum Teil lebensgefährlich.

Die späte Aufdeckung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ bestärkte nach 2011 das Bewusstsein darüber, wie wichtig es ist, in lokalen Zusammenhängen vor Ort ebenso wie im Zeichen gesellschaftlicher Verantwortung bundesweit gegen jede Form von rechter und rassistischer Gewalt anzugehen, einzugreifen und vorzubeugen.

⁶ Darunter der „Nationale Widerstand Dortmund“ – kurz NWDO, die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) sowie die „Kameradschaft Hamm“. Gegen alle drei verfügte der damalige NRW-Innenminister Jäger im August 2012 ein Verbot im Sinne des Vereinsgesetzes. Im Oberbergischen Kreis fielen im selben Zeitraum vor allem der „Freundeskreis Radevormwald“ sowie die sog. „Freien Kräfte Oberberg“ auf – erstere wurde im Januar 2014 als erste Neonazi-Kameradschaft in NRW als „kriminelle Vereinigung“ eingestuft, das Landgericht Köln urteilte entsprechend wegen Verstoßes gegen § 129 StGB sowie wegen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Sachbeschädigung. Vgl. die „Vor Ort“-Berichte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln (MBR Reg. Köln) zur Situation im Oberbergischen Kreis, jeweils aktualisiert unter URL <https://www.mbr-koeln.de/vor-ort/oberbergischer-kreis/#freie-kameradschaftsszene> (Zugriff 20.12.2018).

Die Leitlinien des Bundesprogrammes **Demokratie leben!** betonen heute, dass „zielgerichtet[e] Präventionsstrategien“ vor allem dort wirkmächtig sein können, wo sie „im Zusammenwirken von Kommunen, Ländern, dem Bund und der Zivilgesellschaft“ entwickelt und umgesetzt werden können. Wichtig sei, „an den konkreten Problemen und Bedürfnisse vor Ort“ anzusetzen (BMFSJ 2018). Diesem Leitgedanken ist 2012 die NRW-Landesregierung gefolgt, mit Blick auf die Situation in Nordrhein-Westfalen und auf die Menschen, die sich in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen für eine solidarische Gemeinschaft einsetzen. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der „Aufdeckung der menschenverachtenden NSU-Morde“ formulierte die NRW-Regierung in ihrem Koalitionsvertrag für die 16. Wahlperiode ein klares Bekenntnis:

„Auch in NRW wurden und werden Menschen Opfer rechter Gewalt. Deshalb werden wir die rechtsextreme Szene und die dahinter liegenden menschenfeindlichen Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie entschieden bekämpfen. Wir geben dem Rechtsextremismus keine Chance“ (NRW-SPD u. Bündnis 90 / Die Grünen NRW 2012).

So verankerte die Landesregierung 2012, was bis heute – auch in der 17. Wahlperiode nach den Landtagswahlen vom 14. Mai 2017 und dem Wechsel der Regierungsverantwortung zur CDU / FDP-Koalition – Bestand hat: Gestützt durch und in Anerkennung der vielfältigen Arbeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen (dem „Herzstück im Kampf gegen Rechtsextremismus“, ebd.) hat die NRW-Landesregierung ein „Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ realisiert (MFKJKS NRW 2016).

Auf dem Weg zu einem kommunalen Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für Oberhausen

Das kommunale Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus, das in der Stadt Oberhausen gemeinsam mit Aktiven aus der Zivilgesellschaft 2017 / 2018 erarbeitet werden konnte, orientiert sich an den drei grundsätzlichen Handlungsfeldern des Integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus in NRW:

- diejenigen, „die sich aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen“ zu unterstützen
- den Betroffenen „von rechtsextremer Gewalt und Einschüchterungsversuchen“ kontinuierlich und langfristig solidarische, in Beratungsstrukturen professionalisierte Hilfe anzubieten und
- (extrem) rechte Haltungen, rechts- und rassistisch motivierte Gewalt und Neonazismus auch für NRW nicht aus dem Blick zu verlieren und ihnen informiert entgegenzutreten zu können (MFKJKS NRW 2016).

In Oberhausen gibt es seit vielen Jahren eine große Zahl an Menschen, die sich in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen und mit verschiedensten Themenschwerpunkten in ihrem ehrenamtlichen Engagement, in ihren beruflichen Zusammenhängen, als Teile von Glaubensgemeinschaften, in Gremien oder in ihrer Nachbarschaft für eine solidarische Stadtgesellschaft einsetzen und Gesicht zeigen gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ziel des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist es, Unterstützung für demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement passgenau möglich zu

machen und entsprechend notwendige Ressourcen an den richtigen Stellen zur Verfügung zu stellen.

Zudem gilt es, Möglichkeiten auszubauen dafür, dass Betroffenen von rechter oder rassistischer Gewalt Unterstützung und Begleitung zukommen, wenn sie dies möchten. Nicht zuletzt bleibt es wichtig, dass auch die präventive Aufklärungsarbeit über (extrem) rechte Strukturen und Akteur_innen, Aktionsfelder und Ereignisse in der Region ausgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Zur Gliederung

Im **ersten Kapitel** werden zunächst begriffliche Erläuterungen zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen im Rechtsaußenspektrum vorangestellt. Daran anschließend wird ein allgemeiner Überblick zur Entwicklung des Rechtsaußenspektrums allgemein und in NRW gegeben. In einem zweiten Teil dieses ersten Kapitels werden Ereignisse und Entwicklungen im Rechtsaußenspektrum auf lokaler und regionaler Ebene beschrieben. Im **zweiten Kapitel** stehen die Auseinandersetzung mit den letzten Wahlergebnissen sowie die sozialräumlichen Entwicklungen im Stadtgebiet Oberhausens im Zentrum kritischer Betrachtung. Das **dritte Kapitel** widmet sich im Anschluss der bisherigen, aktuellen und zukünftigen Arbeit gegen Rassismus, Neonazismus und Rechtsextremismus in Oberhausen. Die für den vorliegenden Bericht durchgeführten **Befragungen von Akteurinnen und Akteuren zum Handlungsfeld „Rassismus und Rechtsextremismus“ in Oberhausen** werden hier zusammenfassend vorgestellt und ausgewertet. Sie sind Grundlage für die Handlungsempfehlungen, die in den Bedarfen und Perspektiven der Aktiven und Beteiligten in Oberhausen oder in regionalen, auf Oberhausen bezogenen Kontexten zum Ausdruck gekommen und formuliert worden sind. Im **vierten Kapitel** werden schließlich konkrete **Maßnahmen- und Zielvorschläge** zusammengefasst, die Anregungen für die Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus geben sollen.

1. Ausgangssituation und Problemaufriss

1.1 Entwicklung des politischen Rechtsaußenspektrums

Zur Beschreibung und Charakterisierung unterschiedlicher rechter Erscheinungsformen werden verschiedene **Begriffe** verwendet: Rechtsextremismus, radikale und extreme Rechte, Neonazismus, Rechtspopulismus. Um die Heterogenität rechtsextremer, nationalistischer und rechtspopulistischer Politikansätze darstellen und einordnen zu können, ist eine Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Strömungen im Rechtsaußenspektrum vonnöten. **Rechtsaußen** dient hierbei als verbindender Oberbegriff zur Beschreibung aller rechts des etablierten konservativen Parteienspektrums stehenden Parteien und Bewegungen (Spier 2016). Laut Definition des Politikwissenschaftlers Michael Minkenberg sind unter der **radikalen Rechten** diejenigen Gruppen und Parteien zu verstehen, die „die geltende demokratische Ordnung als solche nicht in Frage stellen, jedoch durch Rückgriff auf den ultranationalistischen Mythos eine Radikalisierung nach rechts und damit eine Revision der Verfassungswirklichkeit bzw. einzelner Normen anstreben“ (Minkenberg 1998: 34).

Der Begriff des **Rechtsextremismus** kann als Sammelbegriff für die Bündelung autoritaristischer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden. Sein zentrales weltanschauliches Merkmal ist ein völkischer Nationalismus. Der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke definiert Rechtsextremismus so:

„Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (Jaschke 2001: 30).

Aufgrund von totalitarismustheoretischen Überzeichnungen einer angeblich per se demokratischen Mitte, die sich ihrer totalitären Extreme gleichermaßen auf dem linken und rechten Rand zu erwehren habe, steht der Rechtsextremismusbegriff wiederkehrend in der Kritik (Virchow 2016). Deshalb wird in der Forschung oftmals alternativ der Begriff **extreme Rechte** zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums verwendet (Braun et al. 2009, Hafenecker / Schönfelder 2007, Botsch 2012). Er umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Parteien und Gruppierungen und beinhaltet folgende Zuordnungskriterien:

- völkisch-nationalistische Ausprägungen
- rassistische und antisemitische Ausprägungen
- autoritäre Politikvorstellungen
- Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips
- Diskriminierung von Minderheiten
- Ethnisierung bzw. Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen

Am äußersten rechten Rand befindet sich **das neonazistische Spektrum**, das sich mehr oder weniger offen positiv auf weltanschauliche Grundmuster des Nationalsozialismus bezieht und hierzulande durch eine in sogenannten Kameradschaften informell organisierte Neonazi-Szene repräsentiert wird, die sich selbst als „Nationaler Widerstand“ oder „Freie Kräfte“ bezeichnen. Der Neonazismus ist eine Teilmenge der extremen Rechten und die neonazistische Szene hat großen Einfluss auf das Parteienspektrum der extremen Rechten. Dazu zählen neben der **Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)** die Partei **Die Rechte (DR)** und die Partei **Der III. Weg**.

Die genannten extrem rechts orientierten Parteien haben durch das Aufkommen des **Rechtspopulismus** starke Konkurrenz erhalten.

Zwischen der extremen Rechten und dem Rechtspopulismus besteht

„ein weltanschauliches Nahverhältnis. Der Rechtspopulismus teilt mit der extremen Rechten beispielsweise die Ablehnung sichtbaren muslimischen Lebens sowie die Ausgrenzung der muslimischen Kultur bis hin zur Forderung nach Massenabschiebungen. Meist fehlt rechtspopulistischen Gruppen jedoch der aggressive Antisemitismus der neonazistischen Rechten. Zudem betreiben rechtspopulistische Akteure selten Fundamentalopposition, zumal ihre Ideologieform flexibel und weniger hermetisch ist; sie setzen stärker auf eine graduelle Veränderung nach Maßgabe völkisch-nationalistischer Imperative“ (Virchow 2016: 19).

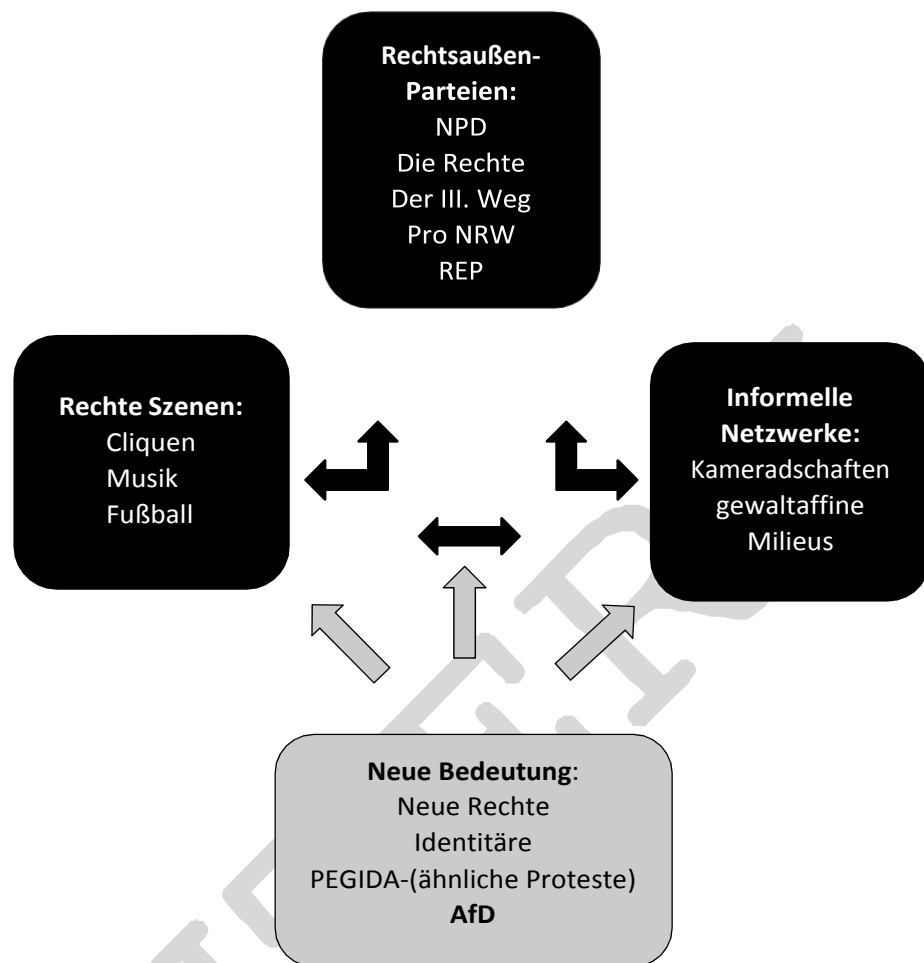
Der konstruierte Gegensatz zwischen „Volk und Elite“ kann hierbei als „Basiserzählung“ des Rechtspopulismus verstanden werden. Dabei wird „das Volk“ propagandistisch als homogenisierender Begriff für die unterschiedlichen Partikularinteressen angestammter Bevölkerungsteile in Kontrast zu der „politischen Klasse“ gesetzt, welche angeblich zum Zwecke der eigenen Bereicherung die „nationalen Interessen“ verraten habe (Geden 2007: 8). Der Rechtspopulismus betreibt eine „Politik der Angst“: vor der „schleichenden Islamisierung“, der „Zerstörung kultureller Identität“ durch den Multikulturalismus und vor der Linken als dessen angeblichem Steigbügelhalter (Wodak 2016: 20 f.).

Das Narrativ der Reinigung dient rechtspopulistischen Parteien als Metapher für eine autoritäre Mobilisierung zum Aufstand gegenüber vermeintlichen „Volksfeinden“, als welche sowohl Migrant_innen, wie auch die von Rechtspopulist_innen verhasste „korrupte Elite“ sowie emanzipative Bewegungen und die bestehenden politischen Parteien identifiziert werden. Rechtspopulismus ist demnach als „exkludierender Anti-Establishment-Protest“ zu begreifen (Priester 2016: 546).

Versteht man Rechtspopulismus in erster Linie als eine spezifische Form politischer Ansprache und Propaganda, so folgert dies, dass Rechtspopulismus sowohl bei Parteien extrem rechten Ursprungs wie auch bei Parteien mit nationalliberalem und / oder nationalkonservativen Ursprungs als merkmalsprägend für deren Erscheinungsbild gekennzeichnet werden kann. In Deutschland ist die Partei **Alternative für Deutschland (AfD)** der rechtspopulistischen Parteienfamilie zuzuordnen (Decker 2016).

Das Aufkommen des Rechtspopulismus und die Herausbildung neuer rechter sozialer Bewegungen hat eine Umstrukturierung des Rechtsaußenspektrums bewirkt, wie die folgende Grafik es darzustellen versucht:

Umstrukturierung des Rechtsaußenspektrums



Bis vor wenigen Jahren noch war der Blick weitestgehend auf die im Schaubild schwarz gekennzeichneten, unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsaußenspektrums beschränkt: Die Wahlerfolge von traditionellen Rechtsaußenparteien, die Aufmärsche der neonazistischen Kameradschaftsnetzwerke und deren Gewalttaten sowie die teils öffentlichkeitswirksame Entfaltung rechtsextremer Subkulturen prägten das Bild der Gefahr von rechts. Die Grauzone der Neuen Rechten (Langebach / Raabe 2016) führte in Deutschland jahrzehntelang ein Nischendasein im vorpolitischen Raum. Mit dem Aufkommen der AfD und neuer rechter Bewegungen erweiterte sich nicht nur der Blickwinkel auf die Gefahr von rechts. Zugleich bewirkte die zunehmende realpolitische Einflussnahme dieser neuen Akteur_innen eine Veränderung des (extrem) rechten Bewegungsfeldes. Denn die zunehmende öffentliche Wirkung dieser neuen Akteure erzeugt Veränderungen in der Zusammensetzung einer neuen (extrem) rechten Protestkultur, die zunehmend von einer sozialen und organisatorischen Durchmischung vormals getrennt voneinander agierender Protestmilieus gekennzeichnet ist.

1.1.1 Entwicklung der Rechtsaußenparteien in NRW

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die **NPD** ist die älteste aktive rechtsextreme Partei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. 1964 gegründet, hatte die Partei ihre größten Wahlerfolge Ende der 1960er Jahre. Seit den 1990er Jahren stellte die NPD in zunehmendem Maße ein parteipolitisches Sammelbecken für die neonazistischen „Kameradschaften“ dar, welche als informell organisierte Zusammenschlüsse der gewaltorientierten Neonaziszene aktiv sind (Virchow / Dornbusch 2008).

Im zweiten gerichtlichen Verbotsverfahren kam das Bundesverfassungsgericht am 17. Januar 2017 zu dem Ergebnis, dass die NPD zwar verfassungsfeindlich sei, jedoch aufgrund ihrer aktuellen wahlpolitischen Bedeutungslosigkeit nicht verboten werden müsse.

Die Zahl der Mitglieder der nordrhein-westfälischen NPD schätzt der Verfassungsschutz in seinem Bericht für das Jahr 2017 auf 500 (Ministerium des Inneren NRW 2018: 20). Ihren Landessitz hat die rechtsextreme Partei in Essen, in NRW hat sie insgesamt 17 Rats- und Bezirksvertretungsmandate. Zeitgleich mit der Bundestagswahl fand am 24. September 2017 die Oberbürgermeisterwahl in Duisburg statt, bei der die NPD-Ratsfrau im Duisburger Stadtrat als Kandidatin antrat und 3,35 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt (ebd.: 36). Seit Ende 2014 versucht die NPD, bei Veranstaltungen von **Pegida NRW** und ähnlichen Aktionen Präsenz zu zeigen. Einerseits glaubt man in der NPD, dort quasi einen „nationalen Volksaufstand“ miterleben und mitgestalten zu können. Zum anderen versucht man, bislang nicht parteigebundene Pegida-Anhänger an sich zu binden. Neben Aktionen von Pegida NRW in Duisburg besuchten Repräsentanten der Partei ähnliche, lokal orientierte Veranstaltungen von **Mönchengladbach steht auf**, den **Bürgern gegen Politikwahnsinn** (Essen und Oberhausen), der **Bürgerinitiative DaSKuT** („Deutschland asylfreie Schulen Kindergärten und Turnhallen“ bzw. „Deutschland am Scheidepunkt. Kultur und Tradition“) in Bochum oder einer „IG Bürger für Duisburg“. Zudem sind Annäherungsversuche an das gewaltorientierte Hooligan-Spektrum zu erkennen: So war die NPD auch bei einer Kundgebung der extrem rechten Hooligan-Gruppierung **Gemeinsam Stark Deutschland** am 8. Oktober 2016 in Dortmund vertreten (Landesintegrationsrat NRW 2017: 17).

Die Rechte

Die Partei **Die Rechte** wurde im Mai 2012 in Hamburg von dem Neonazi Christian Worch unter anderem aus Resten der rechtsextremen „**Deutschen Volksunion**“ (**DVU**) gegründet. Nachdem der NRW-Innenminister im August ein Verbot der Neonazi-Vereinigung „Nationaler Widerstand Dortmund“ sowie gegenüber weiteren Neonazi-Kameradschaften verfügt hatte, diente die Partei in NRW als neues parteipolitisches Dach der Aktivist_innen aus diesen verbotenen Vereinigungen. Unter dem Schutz des Parteienprivilegs setzten sie ihre zuvor in „parteilosen“ Gruppen begonnene Arbeit fort (Puls 2015). Bei einem Landesparteitag 2014 in Dortmund machte Die Rechte deutlich, dass sie sich in NRW nicht als Partei im klassischen Sinne versteht, sondern eher als Sammelbecken der früheren Kameradschaften: Der Landesvorstand sei „in erster Linie eine Verwaltungseinheit“, die Kreisverbände hingegen genossen

„vollständige Autonomie und sind sowohl für ihre inhaltliche, als auch ihre aktionistische Ausrichtung, selbst verantwortlich“, hieß es.⁷

Für das Jahr 2017 schätzte der NRW-Verfassungsschutz die Zahl der Mitglieder, Anhänger_innen und Unterstützer_innen in NRW auf ca. 270 Personen (Ministerium des Inneren NRW 2018: 52). Der von ihr kritisierten „Multikriminalität“ setzt die Partei Die Rechte häufig die Idee eines „Selbstschutzes“ entgegen, die nicht selten an Selbstjustiz erinnert. So bezeichnete es ihr ostwestfälischer Kreisverband als „erfreuliche Nachricht“, dass „angesichts des immer deutlicher voranschreitenden staatlichen Kontrollverlustes“ immer mehr „deutsche Landsleute“ einen Kleinen Waffenschein beantragten.⁸ „Wenn das Regime nicht mehr für unsere Sicherheit sorgen kann oder will, müssen wir Deutschen unseren Schutz selbst in die Hand nehmen.“ Laut Innenministerium NRW versucht die Neonazi-Partei, „die von ihnen ausgemachten Feinde der Partei einzuschüchtern. Zu diesen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei Die Rechte beschäftigen, sowie Beamte, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen“ (Ministerium des Inneren NRW 2018: 53). Zusammenfassend kann die Partei Die Rechte als Sammelbecken der gewaltorientierten Neonazi-Kameradschaftsszene angesehen werden.

Der III. Weg

Ähnlich wie die Neonazi-Partei Die Rechte ist auch die Partei **Der III. Weg** ein Sammelbecken für Aktivist_innen aus anderen rechtsextremen Parteien und verbotenen Neonazi-Vereinigungen. Die neonazistisch orientierte Splitterpartei wurde im September 2013 von ehemaligen NPD-Mitgliedern gegründet, von denen ein Großteil in Rheinland-Pfalz aktiv war. Zudem sind in der Kleinstpartei frühere Mitglieder der im Juli 2014 verbotenen Neonazi-Vereinigung „Freies Netz Süd“ aktiv. Öffentliche Aufmerksamkeit erzielte Der III. Weg durch eine bei Google eingestellte Landkarte, auf der bundesweit Orte von Geflüchtetenunterkünften verzeichnet waren. Die Partei tritt aggressiv-neonazistisch in Erscheinung. Dem „III. Weg“ gehörten Ende 2015 nach einer Schätzung des Verfassungsschutzes bundesweit rund 200 Mitglieder an. Gegliedert ist die Partei derzeit in drei „Gebietsverbände“: Süd, Mittel und West. Zu ihnen gehören wiederum regionale „Stützpunkte“ (Landesintegrationsrat NRW 2017: 20).

In Nordrhein-Westfalen sind die Stützpunkte „Hermannsland“ und „Sauerland-Süd“ gegründet worden. Anfang Oktober 2014 wurde der „Stützpunkt Hermannsland“ ins Leben gerufen, der nach Angaben der Partei „das Gebiet im Raum Bielefeld, Paderborn, Teutoburger Wald“ umfassen soll. Der Einzugsbereich reicht aber bis ins benachbarte Niedersachsen hinein. Ende 2015 folgte die Gründung des „Stützpunkts Sauerland-Süd“ mit Schwerpunkt im Kreis Olpe. 2018 wurde auf der Facebookseite der Partei der Aufbau eines weiteren „Stützpunktes“ in Düsseldorf gemeldet.⁹ Mit dem Aufbau weiterer regionaler bzw. lokaler Strukturen in NRW ist zu rechnen. Laut Innenministerium beläuft sich die Anzahl der Mitglieder der Partei Der III. Weg in NRW auf 30 Personen (Ministerium des Inneren NRW 2018: 62).

⁷ „Landesparteitag von ‚Die Rechte‘ bestätigt Vorstand“. NRW rechtsaußen (20.10.2014), URL <https://nrwrex.wordpress.com/2014/10/20/do-landesparteitag-von-die-rechte-bestatigt-vorstand/> (Zugriff 10.12.2018).

⁸ So am 29.11.2016 auf der Homepage des Kreisverbandes, URL <http://www.rechte-owl.com/?p=605> (Zugriff 12.10.2018).

⁹ URL <https://der-dritte-weg.info/2018/01/parteevorstellung-im-raum-duesseldorf/> (Zugriff 1.12.2018).

Pro-Parteien

Der Ursprung der pro-Gruppierungen liegt in der Gründung der Bürgerbewegung **pro Köln** im Jahr 1996 nach dem Niedergang der rechtsextremen **Deutschen Liga für Volk und Heimat**. Im Jahr 2005 wurde **pro Deutschland** gegründet und im Jahr 2007 **pro NRW**. Zentrales Merkmal der extrem rechten pro-Gruppierungen ist ihr exzessiver antimuslimischer Rassismus. Mittels rassistischer Kampagnen und eines medienwirksamen Rechtspopulismus konnte die Partei bis zum Aufkommen der rechtspopulistischen AfD große öffentliche Aufmerksamkeit in NRW erzielen und über etliche Jahre eine Schlüsselrolle im Rechtsaußenspektrum einnehmen (Häusler 2008). Einhergehend mit den AfD-Wahlerfolgen und innerparteilicher Streiterei vollzog sich der kontinuierliche Niedergang der Pro-Parteien: So löste sich Ende 2017 pro Deutschland und im Frühjahr 2018 ebenfalls pro Köln auf. Einhergehend mit der eigenen Auflösung rief pro Deutschland zur künftigen Unterstützung der AfD auf (Ministerium des Inneren NRW 2018: 50).

Pro NRW hat zwar bislang noch 23 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen inne, angesichts der Übernahme ihrer muslimfeindlichen Propaganda durch die wesentlich erfolgreichere Konkurrenzpartei AfD ist jedoch ein Weg in die politische Auflösung dieser letzten noch existenten pro-Partei erkennbar abzusehen. In Oberhausen will sich die Partei auf die kommenden Kommunalwahlen vorbereiten.¹⁰

Die Republikaner (REP)

Die Republikaner (REP) sind eine im Jahr 1983 gegründete Rechtsaußenpartei (Stöss 1990). Zwischen den Jahren 1992 bis 2006 wurden sie in den Verfassungsschutzberichten unter der Rubrik Rechtsextremismus aufgeführt. Zur Zeit der damaligen Debatte über die Einschränkung des Asylrechts Ende der 1980er Jahre profitierten die REP bei Wahlen von ihrer rassistischen Propaganda. Ihre zeitweilige Diskurshoheit im Parteienlager des rechten Randes konnten die REP jedoch nicht halten: In der Folgezeit verlor die Partei massiv an Wähler_innenstimmen und Mitgliedern. Seit einiger Zeit versuchen die REP, ihrem Niedergang durch politische Radikalisierung entgegenzuwirken: 2016 wurde ein ehemaliges NPD- und pro NRW-Mitglied zum Bundesvorsitzenden gewählt. Organisatorische Schwerpunkte der Partei sind in NRW, Bayern und Baden-Württemberg zu finden.

In Nordrhein-Westfalen ist die Partei insbesondere in der Landeshauptstadt Düsseldorf aktiv. Ratsmitglieder stellt die Partei in Düsseldorf, Duisburg, Wuppertal, Alsdorf und Porta Westfalica.¹¹ In der Städteregion Aachen gehört zudem ein REP-Vertreter dem Regionalrat an.

Alternative für Deutschland

Die Partei **Alternative für Deutschland (AfD)** wurde im Februar 2013 gegründet. Sie ist der rechtspopulistischen Parteienfamilie zuzuordnen (Decker 2016). Im Laufe ihres bislang fünfjährigen Werdegangs hat sie große Wahlerfolge erzielen können und ist mittlerweile im Deutschen Bundestag sowie in allen Landesparlamenten vertreten. Während sie anfangs das Euro-Thema in den Vordergrund stellte, hat sie mittlerweile den Weg in Richtung hin zu einer radikal rechts orientierten Anti-Einwanderungs-Partei eingeschlagen (Häusler 2018).

¹⁰ Siehe Kapitel 1.2.

¹¹ So die Homepage des Landesverbandes, URL: <https://www.rep-nrw.de/kommunale-mandatstr%C3%A4ger/> (Zugriff 1.12.2018).

Die NRW-AfD hat laut Eigenangaben derzeit ca. 5.000 Mitglieder.¹² Damit steht die AfD NRW gleichauf mit der AfD Bayern an der Spitze der Mitgliederzahlen aller AfD-Landesverbände. Die AfD NRW ist in fünf Bezirksverbände gegliedert, die den Grenzen der Regierungsbezirke entsprechen. In den Großstädten und Landkreisen ist der Landesverband flächendeckend vertreten. Unter den Interessengemeinschaften und parteiinternen Arbeitsgemeinschaften – auf der Internetseite des Landesverbandes werden das **Mittelstandsforum (MSF)**, die **Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA)**, die **Alternative öffentlicher Dienst (AÖD)**, die **Alternative für Kommunalpolitik (AfK)** und die **Junge Alternative (JA)** aufgeführt – ist die JA, die Jugendorganisation der Partei, die mit Abstand aktivste.

Bei den beiden bundesweiten Wahlen in der Aufbauphase der Partei erreichte der Landesverband allerdings nur Ergebnisse deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Bei der Bundestagswahl im September 2013 kam die AfD in NRW auf 3,9 Prozent, bundesweit auf 4,7 Prozent. Bei der Europawahl im Mai 2014 erzielte die AfD deutschlandweit 7,1 Prozent, in NRW aber nur 5,4 Prozent. Aus NRW zog der spätere AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell, der auf dem siebten Platz der AfD-Bundesliste kandidiert hatte, ins EU-Parlament ein. Bei den am selben Tag stattfindenden Kommunalwahlen in NRW errang die Partei 89 Mandate in 41 Kreistagen und Stadträten kreisfreier Städte (von 54 Kreistagen und Großstadt-Räten), 47 Mandate in 23 kreisangehörigen Städten und Gemeinden (von 373), außerdem 54 Sitze in den Bezirksvertretungen der großen Städte. Zur Landtagswahl im Mai 2017 gelang der AfD mit 7,4 Prozent der Einzug in den Düsseldorfer Landtag. Bei den im September stattgefundenen Bundestagswahlen blieb sie mit 9,4 Prozent der Zweitstimmen zwar unter dem Bundesdurchschnitt, auffällig ist allerdings, dass sie in denjenigen Wahlkreisen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, in denen die SPD starke Verluste zu verzeichnen hatten: in den Wahlkreisen des Ruhrgebiets. In NRW gelang es der AfD insgesamt 928.425 Zweitstimmen auf sich zu vereinen, was ein Zugewinn von 556.167 Zweitstimmen gegenüber 2013 bedeutet.

Ein politischer Rechtsruck wurde durch das Ergebnis der Vorstandswahlen auf dem 14. Landesparteitag Ende 2017 in Kalkar vollzogen: Mit der Wahl von Thomas Röckemann zum Co-Landesvorsitzenden und Christian Blex zum stellvertretenden Landesvorsitzenden sind erklärte Anhänger der innerparteilichen Rechtsaußengruppierung **Der Flügel** in den Landesvorstand der AfD gerückt. Röckemann begründete seine Teilnahme an dem umstrittenen AfD-Trauermarsch am 1. September 2018 in Chemnitz mit den Worten, er sei „zur Mahnung an die furchtbaren Entscheidungen von Bundeskanzlerin Merkel, Deutschland ausländischen Mördern auszuliefern“ dort mitmarschiert.¹³ Der stellvertretende AfD- NRW-Landesvorsitzende Blex offenbarte seine politische Haltung auf seiner Facebookseite, wo er am 28. Oktober 2018 dem brasilianischen Rechtsextremisten Jair Bolsonaro zum Sieg bei der Präsidentschaftswahl mit den Worten gratulierte, diese Wahl sei ein Garant für „Ordnung und Fortschritt“ in Brasilien.¹⁴

¹² So im „Mitgliedermagazin“ „AfD Kompakt“ (1.6.2018), URL <https://afdkompakt.de/2018/06/01/starker-zulauf-bei-der-afd-in-nrw/> (Zugriff 1.12.2018).

¹³ Thomas Röckemann: Schweigemarsch in Chemnitz (5.9.2018), URL <http://www.roeckemann.info/schweigemarsch-in-chemnitz/> (Zugriff 1.12.2018).

¹⁴ Christian Blex auf seiner Facebookseite, URL <https://www.facebook.com/750682865004850/photos/a.750709091668894/2282637538476034/?type=3&theater> (Zugriff 1.12.2018).

Die fortlaufende rechte Radikalisierung der Partei hat dazu geführt, dass der AfD aus Sicht der Wissenschaft zum Teil rechtsextreme Züge zugesprochen werden. Der Historiker Michael Wildt deutete den Zweck der Verwendung von völkisch-nationalistischen Parolen darin, „ein völkisches Vokabular öffentlich ‚sagbar‘ werden zu lassen, das bislang als Sprache des Dritten Reiches gebrandmarkt war“ (Wildt 2017: 117 f.). Der Berliner Politikwissenschaftler Gero Neugebauer sieht den Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke mit seinen Aussagen als Vertreter eines völkischen Nationalismus, „also eindeutig rechtsextremistisch“ (Neugebauer 2015). Der Politikwissenschaftler Rudolf Korte bezeichnet den Sprachduktus von Höcke als „rechtsextrem völkisch“. Der Politiker verbreite „völkisches Gedankengut, wie es das in Deutschland schon mal in den 1920er- und 1930er-Jahren gegeben habe“ (Korte 2015). Claus Leggewie erkennt bei der AfD unter Gauland und Höcke gar Züge eines völkisch-autoritären „National-Sozialismus“ (Leggewie 2017: 22). Armin Pfahl-Traughber sieht die AfD als eine „(rechts-)extremistische Partei, zwar niedrigen Identitätsgrads, aber eben als sehr wohl extremistisch“ an (Pfahl-Traughber 2018). Innerhalb der Verfassungsschutzbehörden wird erörtert, ob und inwieweit die Partei zum Beobachtungsobjekt klassifiziert werden soll. Bislang ist die Junge Alternative, die Jugendorganisation der AfD, in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bremen und Niedersachsen vom deutschen Inlandgeheimdienst zum Beobachtungsobjekt erklärt worden.¹⁵

1.1.2 Extrem rechte Bewegungen und Protestmilieus

Eine Veränderung des Rechtsaußenspektrums hat sich nicht nur auf der parlamentarischen Ebene, sondern auch in sozialen Bewegungen vollzogen. Dort zeigt sich eine netzwerkartige Struktur von unterschiedlich agierenden Akteur_innen, die ideologische Kernüberzeugungen teilen. Sie sind weniger über eine konsistente einheitliche Ideologie oder ein bindendes Programm verbunden als durch verbindende weltanschauliche Überzeugungen und einen gemeinsam artikulierten Willen zu einer politischen Erhebung (Häusler / Schedler 2016).

Dieses Spektrum umfasst Akteur_innen verschiedener Strömungen vom Rechtspopulismus über die sogenannte **Identitäre Bewegung** zu neurechten Think Tanks wie dem **Institut für Staatspolitik (IfS)** und anderen Vereinigungen der extremen Rechten. Neben diesen primär politischen Netzwerken zählen dazu jedoch auch stärker kulturell ausgerichtete Gruppen, die sich an den teils fließenden Übergängen zwischen politischer Bewegung und Jugendkulturen in spezifischen Milieus bewegen.

Die beteiligten Akteur_innen teilen – allen Differenzen in ideologischen Fragen wie auch den gewählten Aktionsformen zum Trotz – grundlegende Überzeugungen in Hinblick auf zentrale politische Themenfelder, Ziele und Deutungsmuster, die den gemeinsamen Handlungszusammenhang der Bewegung strukturieren (Benthin 2004: 56).

Reichsbürger

Die sogenannten „**Reichsbürger**“, die sich auch als **Selbstverwalter** und **Souveränisten** bezeichnen, erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an. Ihre Vorstellungswelten von einem angeblichen Fortbestand des Deutschen wie auch explizit des

¹⁵ „Verfassungsschutz beobachtet weitere AfD-Jugendorganisation“. In: ZEIT Online (16.11.2018), URL <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-11/junge-alternative-deutschland-beobachtung-verfassungsschutz-baden-wuerttemberg> (Zugriff 20.12.2018).

„Dritten Reiches“ sind in nicht unerheblichem Maße anschlussfähig an extrem rechte Ideologien (Rathje 2017). Sie sind zudem bestrebt, die Handlungsfähigkeit des Staates zu lähmen. Unter ihnen stellt ein Teil ein erhebliches Gefährdungspotenzial dar (Ministerium des Inneren NRW 2018: 88 ff.). Besonders für die Einwohnermeldebehörden stellt diese Szene aus Querulant_innen und Verschwörungstheoretiker_innen eine Herausforderung, Belastung und in manchen Fällen zudem eine Bedrohung dar. Die Szene verbreitet ihre kruden Ansichten über das Internet und motiviert zu entsprechenden Aktivitäten.

Laut Lagebericht der Polizei für NRW gibt es bundesweit mehr als 18.000 Reichsbürger, von denen mindestens 950 als rechtsextrem eingestuft werden. Laut Angaben des Landeskriminalamtes in NRW sind dort „2916 Personen im Blickfeld, bei denen nicht auszuschließen ist, dass sie Reichsbürger oder Selbstverwalter sind. Davon verfügen 2370 über eine Anschrift oder einen Aufenthaltsort in NRW.“¹⁶ Hundert Personen davon gelten laut LKA als Rechtsextremist_innen.

Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Die **Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)** wurde im Oktober 2012 als Facebookgruppe angemeldet und weist eine Vielzahl von regionalen Gruppen in Deutschland auf, die in erster Linie über das Internet in Erscheinung treten (Bruns / Glösel / Strobl 2014). Ihren Ursprung hat die IBD in der französischen **Génération Identitaire**, einer Jugendorganisation des **Bloc Identitaire (BI)**, der einen Zusammenschluss rechtsextremer und neurechter Gruppierungen in Frankreich darstellt. Von Frankreich aus verbreitete sich die Identitäre Bewegung zunächst nach Österreich und fand von dort ihren Weg nach Deutschland. Hierzulande fanden die Inszenierungsformen der „Identitären“ sowohl in neonazistischen als auch in neurechten und muslimfeindlichen Kreisen Anklang. Bei den Pegida-Aufmärschen sind die Anhänger_innen der Identitären Bewegung als fester Bestandteil des Demonstrationsgeschehens sichtbar. In neurechten Kreisen hingegen wird die IBD als Hoffnungsträgerin einer neuen Generation von rechts angesehen und entsprechend hofiert. Neurechte Zeitschriften wie die **Blaue Narzisse** und die **Sezession** widmeten der IBD ausführlich Raum für strategische und organisatorische Erörterungen (Sezession 2013). Die IBD ist dem bewegungsorientierten Teil der extremen Rechten zuzuordnen.

In NRW verfügt die IBD laut eigener Angaben über Ortsgruppen in Aachen, Bielefeld, Bonn, im Bergischen Land, Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Hagen, Köln, Münster, Neuss und Paderborn. Laut Verfassungsschutzangaben ist die IBD insbesondere im Raum Ostwestfalen sowie im Raum Aachen gut vernetzt in das rechtsextremistische Spektrum (Ministerium des Inneren NRW 2018: 66).

Rassistische Straßenproteste

Im Oktober 2014 markierte in Dresden eine Demonstration der Gruppe **Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)** den Beginn einer öffentlichkeitswirksamen rassistisch motivierten Protestwelle. Der eingetragene Verein Pegida entfaltete zugleich als eine Form von politischem Franchise-Unternehmen ein Angebot für Ab-

¹⁶ „Über 50, männlich, Reichsbürger. Lagebericht der Polizei für NRW“. In: Rheinische Post Online (23.8.2018), URL https://rp-online.de/nrw/panorama/reichsbuerger-in-nrw-2018-polizei-lagebild-gewaehrt-einblick-in-die-welt-von-menschen-die-den-staat-ablehnen_aid-31931897 (Zugriff 20.12.2018).

leger in anderen deutschen Städten. Dabei wurde das Pegida-Label durch die extreme und populistische Rechte aus anderen Bundesländern genutzt, um die öffentliche Aufmerksamkeit für eigene Ziele nutzbar zu machen. Mittlerweile ist das Pegida-Label in anderen Bundesländern mehrheitlich von der organisierten extremen Rechten okkupiert worden. Die Pegida-Aufmärsche können als Indikator für ein rassistisch mobilisierbares Potential gedeutet werden: Pegida hat den Resonanzrahmen für die aktuell sich zuspitzende rassistische Eskalationsspirale auf der Straße geschaffen. So verweist die wissenschaftliche Forschung darauf, dass die „Pegida -Demonstrationen insbesondere in Sachsen mittelbar zu einer sprunghaften Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf Asylbewerberheime im ersten Halbjahr 2015 beigetragen haben“ (Vorländer et al. 2015: 146).

Empirische Forschungserkenntnisse ergeben bislang ein selektives Bild der Sozialstruktur und Problemdeutungen (Frames) der Teilnehmer_innen (z. B. Vorländer et al. 2015, Patzelt 2015, Geiges et al. 2015, Daphi et al. 2015). Laut der Studien lehnt die Mehrheit der Pegida-Demonstrant_innen eine multikulturelle Gesellschaft ab und wendet sich entsprechend gegen die verschiedenen Aspekte von Multikulturalität. Zudem gaben die Teilnehmer_innen schon im Januar 2015 zu rund 90 Prozent an, die AfD wählen zu wollen (Geiges 2016: 143). Zugleich bestehen Verbindungen zwischen den Pegida-Organisator_innen und der rechts-extremen Hooligan-Szene (Korsch 2016: 55). In den Reden der Organisator_innen paaren sich muslimfeindliche und rassistische Ansichten mit geschichtsrevisionistischen Deutungen. So beispielsweise in einer Rede des früheren Pegida-Organisationsmitglieds Tatjana Festerling am 77. Jahrestag der Reichspogromnacht, in der sie ein Ende des deutschen „Schuldultes“ forderte (Bittner 2016: 345). Pegida stilisiert sich als Vertretung eines wahren „Volkswillens“ gegenüber einer als korrupt wahrgenommene Elite. Zu dieser werden nicht nur politische Entscheidungsträger_innen oder Wirtschaftsführer_innen gezählt, sondern auch Journalist_innen, Wissenschaftler_innen und Kulturschaffende. Im Kontext der „Flüchtlingsdebatte“ vollzog sich ab dem Jahr 2015 eine bundesweite Verbreiterung der rassistisch motivierten Anti-Einwanderungsproteste. Auch in NRW entstanden Ableger von Pegida, die besonders in Duisburg zu einer lang andauernden rechten Aufmarschwelle führten. Dieses extrem rechts orientierte Protestmilieu differenzierte sich weiter aus unter Beteiligung von Mischszenen aus dem Neonazi-, dem Hooligan- und rechtsorientierten Kampfsportmilieu. Daraus resultierten neue Akteur_innengruppen, die unter den Namen wie z. B. **Patrioten NRW**,¹⁷ **Mütter gegen Gewalt**¹⁸ oder **Bürger gegen Politikwahnsinn**¹⁹ zu neuen Anlaufpunkten rassistisch eingestellter Bevölkerungsteile wurden. Die AfD nimmt bei diesen Protestmilieus wiederkehrend die Rolle eines Mobilisierungsakteurs oder politischen Stichwortgebers ein – so beispielsweise in Bottrop bei einer Mobilisierung der Gruppe Mütter gegen Gewalt²⁰ oder in Düssel-

¹⁷ Patrioten NRW, URL <https://patrioten-nrw.com/> (Zugriff 20.09.2018).

¹⁸ „Sie machen gemeinsame Sache mit Pegida NRW: Das steckt hinter der Gruppe ‚Mütter gegen Gewalt‘“. In: Der Westen online (5.4.2018), URL <https://www.derwesten.de/region/sie-machen-gemeinsame-sache-mit-pegida-nrw-das-steckt-hinter-der-gruppe-muetter-gegen-gewalt-und-ihrer-initiatorin-mona-maja-id213929253.html> (Zugriff 20.12.2018).

¹⁹ Bürger gegen Politikwahnsinn, URL: <https://de-de.facebook.com/pages/category/Community/B%C3%BCrger-gegen-Politikwahnsinn-1598636113794755/> (Zugriff 20.12.2018).

²⁰ Matthias Gellner: Mobilisierungsvideo für Mütter gegen Gewalt (4.3.2018), URL <https://www.facebook.com/afdbottrop/videos/04032018-in-bottrop-m%C3%BCtter-gegen-gewalt/2092840934282659/> (Zugriff 1.12.2018).

dorf bei den Patrioten NRW für deren Mobilisierungsmotto „Gegen den UN-Migrationspakt“.²¹

Die rechtspopulistischen Wahlerfolge befeuern eine rassistische Bewegung auf der Straße, die zunehmend auch mit Herausbildung neuer, zum Teil deutlich gewaltaffiner Protestmilieus einhergeht und damit die demokratische Zivilgesellschaft wie auch Politik und Verwaltung vor neue Herausforderungen stellt.

1.2 Zur Entwicklung und Situation in Oberhausen

In den kommenden zwei Jahren 2019 und 2020 stehen in sieben Bundesländern Landtagswahlen bzw. Wahlen zu Bürgerschaften an, im Herbst 2020 wird in Nordrhein-Westfalen in den Kommunen gewählt. Es ist davon auszugehen, dass sich zu den Kommunalwahlen 2020 Vertreter_innen rechter bzw. rechtspopulistischer Parteien auch in Oberhausen aufstellen lassen. Ihr Einzug in den Rat und in die Bezirksvertretungen der Stadt Oberhausen ist mit Blick auf die jüngeren Wahlergebnisse, die die **AfD** bei der Landtags- bzw. Bundestagswahl 2017 in Oberhausen für sich reklamieren konnte, anzunehmen.

Zugleich zeigen die jüngsten Entwicklungen auf inhaltlicher Ebene, insbesondere nach der Bundestagswahl 2017, dass es zuletzt in spürbarem Maße rechtspopulistische und mitunter auch extrem rechte, Demokratie-feindliche Positionen waren, die die politische Debattenkultur in den Parlamenten bundesweit, aber auch auf regionaler und kommunaler Ebene seitdem noch einmal erheblich verschärft und besetzt haben, etwa im Bereich der Migrations- und Asylpolitik, der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur oder in geschlechter- und familienpolitischen Meinungsbildungsprozessen. Zugleich schlägt gerade in der parlamentarischen Arbeit ein Kernbestandteil rechtspopulistischer und rechter Politik-Strategie auf das praktische Parlamentsgeschehen durch: Rechtspopulistische Politikstile geben sich „antipolitisch“ (Priester 2012: 4), ihre Blockade- und Agenda-Setting-Strategien verzögern und unterlaufen Entscheidungsfindungsprozesse und gewohnte parlamentarische Umgangsformen. Diese Entwicklung gilt gleichsam für die ‚großen‘ Parlamente auf Bundes- und Länderebene (Ruhose 2019: 11–16, Butterwegge / Hentges / Wiegel 2018) wie für den Bereich der Kommunalpolitik (Hafeneger et al. 2018: 73–130). Dabei ist die Beteiligung von Rechtsaußen-Parteien und ihrer Vertreter_innen in kommunalen Parlamenten, Stadträten und Kreistagen kein neues Phänomen, wohl aber die Intensität, mit der dort rechte und rechtspopulistische Positionen vertreten werden, seitdem weniger die ‚älteren‘ Rechtsaußen-Parteien als die ‚neuen‘, rechtspopulistischen und rechten Stimmen in parlamentarischen politischen Prozessen einen Platz für sich in Anspruch nehmen können.

Zur Verbreiterung demokratiefeindlicher Orientierungen trägt bei, dass rechte und rechtspopulistische Parteien auch jenseits der Handlungsräume politischer Gremien die nach rechts offene Radikalisierung der politischen Diskurse auf der Straße und im virtuellen Raum des Internet und seiner Sozialen Medien massiv vorantreiben und spiegeln: in rechten Milieus, in Kreisen rechter Bewegungsakteur_innen aber auch unter Menschen, die als Teil von rechtsaffinen und rassistisch-nationalistisch aufgestellten „Gelegenheitsstrukturen“ (Schedler 2016)

²¹ Demonstrationaufruf der Patrioten NRW zum 17.11.2018 nach Düsseldorf, URL <https://patrioten-nrw.com/berichte-ueber-demos/78-17-11-2018-in-duesseldorf-gegen-den-un-migrationspakt> (Zugriff 29.11.2018).

aufzutreten (etwa **Pegida**, **Mütter gegen Gewalt**, Protestformationen wie **Patrioten NRW** u. ä.). Die Dynamik, die eine solche Akteur_innen-Erweiterung entfalten kann, zeigte sich exemplarisch am 1. September 2018 anlässlich des sogenannten „Trauermarsches“ in Chemnitz. Hier nahmen auch Personen aus NRW teil – quer durch alle Spektren und Organisationsformen: von Vertreter_innen der AfD NRW-Landesspitze (wie der Co-Landesvorsitzende MdL NRW Thomas Röckemann und MdL NRW Christian Blex) über die „Die Rechte“-Prominenz aus Dortmund, von Patrioten NRW bis zu Mitgliedern der extrem rechten Organisation **Syndikat 52** aus dem Raum Aachen / Heinsberg, die zur Teilnahme zum Aufmarsch in Chemnitz aufgerufen hatte.²²

Ein solcher „Schulterschluss“²³ verdeutlicht die Notwendigkeit, auch rechte Einstellungsmuster, rechtspopulistische Parteien, extrem rechte Szeneakteur_innen und rechte Protestmilieus mit in den Blick zu nehmen. Zudem muss der Blick auch auf rechte und rassistische Gewalt gerichtet werden, wobei eine Übersicht selbst auf lokaler Ebene in der Regel das reale Ausmaß der Angriffe oder Übergriffe nicht erfassen können – die Dunkelziffer ist aus verschiedenen Gründen hoch. Die für Oberhausen abbildbaren Fall-Zahlen ermöglichen jedoch, einen Eindruck darüber zu geben, welche Spannbreite von rechter und rassistischer Gewalt auch im direkten Nahraum festzustellen ist – und wie diese wahrgenommen wird.

Der folgende Problemaufriss für die Stadt Oberhausen stellt einen Kurzüberblick und eine Ist-Beschreibung für den Zeitraum der letzten Jahre dar. Dabei erhebt dieser Überblick nicht den Anspruch, das Themenfeld zur gegenwärtigen Situation in und um Oberhausen in aller Vollständigkeit zu beschreiben. Vielmehr geht es darum, tragfähige Einschätzungen zu formulieren, die über eine bloße Momentaufnahme hinaus mögliche Entwicklungslinien einzuschätzen helfen.

1.2.1 Rechte und extrem rechte Parteien in Oberhausen – ein aktueller Überblick zu Wahlen, Auftreten, Akteur_innen und Strukturen

Im Wahljahr 2017 standen zur Landtags- und Bundestagswahl in den Wahlbezirken Oberhausens vier bzw. zwei rechte und extrem rechte Parteien auf den Stimmzetteln: Die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** und die **Alternative für Deutschland (AfD)** traten jeweils sowohl zur Landtagswahl im Mai wie zur Bundestagswahl im September 2017 an. **Die Republikaner (REP)** und **Die Rechte** waren nur am 14. Mai bei der Wahl für den Landtag NRW wählbar. Direktkandidat_innen stellte allerdings jeweils nur die AfD auf. NPD, REP und Die Rechte setzten auf Landes- bzw. auf Landes- und Bundesebene (NPD)

²² Tim Mönch: „Wieder rassistischer Aufmarsch in Chemnitz“. In: Der Rechte Rand (10.9.2018), URL: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/wieder-rassistischer-aufmarsch-in-chemnitz> (01.12.2018); nach Selbstaussage: <https://patrioten-nrw.com/berichte-ueber-demos/68-01-09-2018-trauermarsch-zum-gedenken-an-daniel-h-in-chemnitz> (Zugriff 1.12.2018); „Wie rechtsextrem ist NRW?“ WDR-Bericht vom 6.9.2018, URL <https://www1.wdr.de/nachrichten/rechtsextremismus-nrw-100.html> (Zugriff 20.12.2018).

²³ U. a. „AfD-Schulterschluss mit Rechtsextremen“. In: tagesschau (6.9.2018), URL <https://www.tagesschau.de/ausland/monitor-afd-rechte-gruppen-101.html> (Zugriff 1.12.2018) oder „Offener Schulterschluss mit Pegida. Wie die AfD in Chemnitz demonstrativ nach rechts rückt“. In: Focus Online (2.9.2018), URL https://www.focus.de/politik/deutschland/offener-schulterschluss-mit-pegida-angst-schueren-und-angst-machen-wie-die-afd-in-chemnitz-demonstrativ-nach-rechts-rueckt_id_9518979.html (Zugriff 20.12.2018).

ausschließlich auf die Zweitstimmen-Voten. Sie stellten sich als Parteien mit ihren Landeslisten zur Wahl, Direktkandidat_innen gab es bei den drei Parteien nicht.

Landtagswahl vom 14. Mai 2017

Zur Landtagswahl 2017 konnten Wahlberechtigte aus Oberhausen jeweils in einem von zwei Wahlbezirken wählen, wobei der Wahlbezirk Oberhausen II / Wesel I den Oberhausener Stadtteil Sterkrade sowie das Stadtgebiet von Dinslaken umfasste, der Wahlbezirk Oberhausen I alle weiteren Stadtbezirke Oberhausens. Von 152.582 Wahlberechtigten gaben 95.273 Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen ab. Das entsprach einer Wahlbeteiligung von 62,44 Prozent (landesweit 65,7 Prozent Wahlbeteiligung).

Zur Wahl zum Landtag stellten sich in Oberhausen im Mai 2017 aus dem extrem rechten Parteienspektrum die **NPD** und **Die Republikaner**. Im Vergleich zur Landtagswahl 2012 verlor die NPD bei der Landtagswahl 2017 487 Stimmen (-0,6 Prozent), blieb damit im Ergebnis mit 599 Wähler_innenstimmen unter 1 Prozent (0,7 Prozent). Die Republikaner, die fünf Jahre zuvor bei der Landtagswahl 2012 keine Landesliste und keine Direktkandidat_innen gestellt hatten, wurden 2017 von 101 Menschen in Oberhausen gewählt, erhielten damit 0,11 Prozent der Wähler_innenstimmen.

Die **AfD** hat zur Landtagswahl 2017 in beiden Wahlkreisen Oberhausens einen Direktkandidaten aufgestellt. Zusammen vereinten beide 8.127 Stimmen auf sich, das sind 8,96 Prozent.²⁴ Im größeren der beiden Wahlkreise, Oberhausen I, erhielt der Direktkandidat der AfD die Stimmen von 4.910 Wähler_innen, also 9,37 Prozent der Stimmabgaben in diesem Oberhausener Wahlkreis. Mit ihren Zweitstimmen wählten am 14. Mai 2017 10.307 Wahlberechtigte die AfD, die damit 10,97 Prozent der Wähler_innenstimmen hinter sich brachte (Stadt Oberhausen 2017a).

In ihrem NRW-Jahresrückblick „Zwischen ‚bürgerlicher Widerstandsbewegung‘ und militantem Neonazismus“ weist die Amadeu-Antonio-Stiftung auf ihrem Blog „Belltower News“ in der Auswertung der Wahl von Mai 2017 darauf hin, dass die „Rechtsaußenparteien“ NPD, Die Republikaner und Die Rechte (die ihren Wahlkampf beinahe ausschließlich auf Dortmund beschränkt hatte) im Ergebnis der Landtagswahl von 2017 „marginalisiert“ blieben, in ganz NRW wie auch in den Wahlkreisen des Ruhrgebietes. Im Ruhrgebiet besonders stark hingegen war die Alternative für Deutschland. Zweistellige Stimmenanteile in Prozent erhielt die AfD neben Oberhausen auch in Duisburg, Essen, Bochum, Herne, Recklinghausen und Bottrop (Sturm 2017). Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW nennt Oberhausen in ihrer Wahlauswertung zur Landtagswahl – zusammen mit Essen und Duisburg – einen „Hotspot“ der Wahlzustimmung für die AfD (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW 2017: 35).

Bundestagswahl vom 24. September 2017

Zur Bundestagswahl am 24. September 2017 wurde in Oberhausen im Wahlkreis 117 (Oberhausen – Wesel III) gewählt. Der Wahlkreis umfasste hier die Stadtgebiete von Oberhausen und Dinslaken. Im Stadtgebiet Oberhausen waren 152.264 Menschen wahlberechtigt, 72 Prozent von ihnen gaben am 24.9.2017 ihre Stimme ab.

²⁴ Wobei der Direktkandidat für den Wahlkreis Oberhausen II / Wesel aus den Reihen der AfD Dinslaken stammt.

Zur Bundestagswahl 2017 trat die **NPD** im Wahlkreis 117 – anders als bei davorgehenden Bundestagswahl 2013²⁵ – ausschließlich über die Kandidat_innen ihrer Landesliste zur Wahl an. 403 Wähler_innen votierten am 24.9.2017 mit ihrer Zweitstimme für die NPD (0,4 Prozent). Im Vergleich zur Bundestagswahl von 2013 verlor die extrem rechte Partei damit 2017 mehr als 4/5 ihrer Wähler_innenstimmen (2013: 2.311 Stimmen, 2,2 Prozent / -1.908 Stimmen, -1,8 Prozent). In allen 29 Gemeindewahlbezirken blieb die NPD unter 1 Prozent. Im Gemeindewahlbezirk Lirich-Nord bekam sie mit 0,9 Prozent die größte Zustimmung – in absoluten Zahlen waren dies 27 Stimmen, in einem Gemeindewahlbezirk mit unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung von 68,7 Prozent (im Vergleich zu 72 Prozent Wahlbeteiligung im Durchschnitt aller Oberhausener Gemeindewahlbezirke).

Im Wahlkreis 117 trat die **Alternative für Deutschland** in Oberhausen zum ersten Mal zur Bundestagswahl an. Sie stellte mit dem Aachener Uwe Kamann einen Direktkandidaten für den Wahlkreis auf. Für ihn votierten in Oberhausen 13.945 Wähler_innen. Der Direktkandidat erhielt damit 12,9 Prozent der Stimmen. 13,1 Prozent der Stimmen erzielte die AfD über die Zweitstimmen. 14.226 Wählerinnen und Wähler machten ihr Kreuz in der Zweitstimmenspalte bei der AfD. Damit zog Uwe Kamann – auf Platz 9 der AfD-Landesliste – für den Wahlkreis 117 in den Bundestag ein. Das Oberhausener Wahlkreisbüro mit Sitz in der Elsässer Straße leitet AfD-Kreisvorstand Wolfgang Kempkes, der im Mai 2017 vergeblich als AfD-Direktkandidat zur NRW-Landtagswahl im Wahlkreis Oberhausen I angetreten war.²⁶ Innerhalb des Wahlkreises 117 lag die Spannbreite der Wahlzustimmung der Zweitstimmen für die AfD von 8,7 Prozent (Sterkrade Nord) bis 18,4 Prozent (Lirich Nord). Im Regionalvergleich liegt Oberhausen im Ergebnis der Zustimmungswerte für die AfD an vierter Stelle, hier führt Gelsenkirchen mit 17 Prozent, gefolgt von Herne mit 13,9 Prozent und Duisburg mit 13,2 Prozent die Liste der Kommunen mit den höchsten Wahlergebnissen der AfD an (Stadt Oberhausen 2017: 58).

Rechte und extrem rechte Parteien zu Kommunal- und Europawahlen

Auf überregionaler Ebene standen 2017 nicht zur Wahl die Partei bzw. die Kandidat_innen der selbsternannten „Bürgerbewegung“ **pro NRW**. Anlässlich der Landtagswahl 2017 hat sich die pro-Partei NRW-weit zurückgezogen, nach eigenen Angaben zur strategischen Unterstützung der AfD. Anfang Februar 2017 ließ pro NRW auf der Partei-Homepage für Nordrhein-Westfalen wissen, dass ihr Landesvorstand einstimmig beschlossen habe, „angesichts der sehr guten Umfragewerte der NRW-AfD auf eine Konkurrenz kandidatur zu verzichten.“ Man wolle sich stattdessen auf die „kommunalpolitische Kernarbeit konzentrieren“ und sich

²⁵ 2013 stellte die NPD mit Timo Diener aus Lüdenscheld einen Direktkandidaten im Wahlkreis auf. 3.063 Wahlberechtigte aus Oberhausen gaben ihm 2013 ihre Stimme (2,9 Prozent). Vgl. Stadt Oberhausen 2013: 14–19.

²⁶ Als persönlicher Referent arbeitet der Bottroper Matthias Gellner im Abgeordneten-Büro Kamanns. Gellner war im Mai 2017 auf Platz 22 der AfD-Landesliste zur NRW-Landtagswahl aufgestellt, blieb aber ohne Mandat. Vgl. „AfD eröffnet Wahlkreisbüro mitten in der Oberhausener Innenstadt“. In: WAZ, 16.4.2018, URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/afd-eroeffnet-wahlkreisbuero-mitten-in-der-oberhausener-city-id214026137.html> (Zugriff 20.12.2018). MdB Uwe Kamann teilte am 17.12.2018 via Pressemitteilung – veröffentlicht auch über seinen Twitter-Account – mit, dass er beabsichtige, aus der AfD auszutreten und künftig als parteiloses Mitglied dem Bundestag angehören werde. Vgl. „Oberhausener AfD-Abgeordneter Uwe Kamann tritt aus Partei aus“. In: Der Westen (18.12.2018), URL <https://www.derwesten.de/politik/afd-uwe-kamann-oberhausen-id216042131.html> (Zugriff: 19.12.2018).

„schon jetzt [auf] einen breit aufgestellten Wahlantritt zu den NRW-Kommunalwahlen 2020 vor[bereiten].“²⁷ Bereits im Januar 2016, ein Jahr vor dem Rückzug aus dem Landtagswahlkampf 2017, hatte **pro NRW** ganz Ähnliches verlautbart, als die Partei ankündigte, ihre „Aktivitäten“ im Ruhrgebiet verstärken und im Februar 2016 einen „PRO NRW Kreisverband in Oberhausen“ gründen zu wollen.²⁸ Hier sprach pro NRW jedoch noch davon, sich für die damals bevorstehende Landtagswahl 2017 „kampagnenfähig“ aufstellen zu wollen – der Rückzug zur Landtagswahl 2017 folgte dann allerdings ein knappes Jahr später. Heute tritt pro NRW Oberhausen vor allem durch ihre Präsenz in Social Media-Plattformen auf. Über den Facebook-Account „PRO NRW Oberhausen“ werden jedoch in erster Linie Partei-Nachrichten aus Gesamt-NRW-Kontext sowie allgemeine Hass-Kommentare zum Thema „Asylmissbrauch“, „kriminelle Ausländer“ und zum vorgeblichen Versagen der so bezeichneten „Altparteien“ ‚geteilt‘. Ob das Online-Phänomen pro NRW Oberhausen Teil der bereits im Januar 2017 zum Rückzug von den Landtagswahllisten angekündigten Planung ist, „alle Kräfte für den Erfolg der anstehenden NRW-Kommunalwahlen 2020 zu bündeln“²⁹, bleibt abzuwarten. Die letzten Beiträge auf der Facebook-Seite von pro NRW Oberhausen sind im September 2018 veröffentlicht worden, die pro NRW-Homepage ist im Herbst 2018 nicht mehr abrufbar. Wo pro NRW im Frühjahr 2015 in Oberhausen noch Kundgebungen angemeldet hatte (s. u.), ist die „Bürgerbewegung“ in Oberhausen aktuell nicht mehr aktiv sichtbar.

Aber auch jenseits der jüngsten Geschichte von pro NRW spielten bei Kommunalwahlen in Oberhausen rechte und extrem rechte Parteien langfristig bislang kaum eine Rolle. Ein flächendeckendes Wahlangebot rechter und extrem rechter Parteien gab es etwa zu den letzten Kommunalwahlen 2014 nicht. Allein die NPD stellte zuletzt im August 2009 in einem einzelnen Wahlbezirk, Wahlbezirk „Brücktor“, Kandidat_innen zu Gemeindewahlen auf und stellte sich in der Besetzung einer Bezirksvertretung (Alt-Oberhausen) zur Wahl – mit der Zustimmung von 665 Wähler_innen.³⁰ Fünf Jahre später trat die NPD zu den Gemeindewahlen und den Wahlen zur Bezirksvertretung vom 25. Mai 2014 hingegen nicht erneut an. Zu Kommunalwahlen können sich nach dem NRW-Kommunalwahlgesetz allerdings auch nur Parteien zur Wahl aufstellen lassen, die in einem Wahlbezirk eine ausreichende Zahl von Personen als Kandidat_innen auf einer Wahlvorschlagsliste benennen können. Selbst bei kleinen Wahlbezirken muss diese Vorschlagsliste mindestens 5 Personen umfassen. An dieser

²⁷ „PRO NRW verzichtet auf die Teilnahme an der NRW-Landtagswahl“, Homepage der „Bürgerbewegung PRO NRW“, Post vom 6.2.2017. Die URL <https://pro-nrw.net/pro/pro-nrw-verzichtet-auf-teilnahme-an-der-nrw-landtagswahl> ist inzwischen nicht mehr erreichbar (Zugriff 9.4.2018). Vgl. Sturm 2017.

²⁸ „Ruhrgebiet: PRO NRW verstärkt Aktivitäten in Dortmund und Oberhausen“, Homepage der „Bürgerbewegung PRO NRW“, Post vom 18.1.2016. Die URL <https://pro-nrw.net/pro/pro-nrw-verstaerkt-aktivitaeten-im-ruhrgebiet> ist nicht mehr erreichbar (Zugriff 9.4.2018).

²⁹ „PRO NRW verzichtet auf die Teilnahme an der NRW-Landtagswahl“, Homepage der „Bürgerbewegung PRO NRW“, Post vom 6.2.2017. Die URL <https://pro-nrw.net/pro/pro-nrw-verzichtet-auf-teilnahme-an-der-nrw-landtagswahl> ist inzwischen nicht mehr erreichbar (Zugriff 9.4.2018).

³⁰ Stadtweit erhielt die NPD nur 0,1 Prozent der Stimmen, allein auf den Wahlkreis betrachtet, lag sie mit 68 Wähler_innenstimmen indes bei 3 Prozent. In den Wahlen zur Bezirksvertretung erhielt die NPD im Bezirk Alt-Oberhausen mit 665 Stimmen 2,2 Prozent (Stadt Oberhausen 2009: 18, 23 f., 36, 39).

‚Hürde‘, eine nicht ausreichend große Zahl an Wahlkandidat_innen benennen zu können, scheitern rechte und extrem rechte Wahlkandidaturen regelmäßig.³¹

Gleichwohl haben rechte und extrem rechte Parteien auch in Oberhausen einen gewissen Anteil von Wählerinnen und Wählern hinter sich, die ihre Zustimmung für rechte Parteien zum Ausdruck bringen, wo es möglich ist. Als im Mai 2014 etwa die Wahlen zur kommunalen Vertretung mit den Wahlen zum Europaparlament gemeinsam an einem Wahlsonntag anstanden, votierten auch in Oberhausen Wähler_innen für rechte und extrem rechte Parteien dort, wo diese wählbar waren: als Kandidat_innen und Parteien für das Europäische Parlament in Brüssel. NPD und pro NRW bekamen hier, bei einer Wahlbeteiligung von niedrigen 45,6 Prozent (70.811 Wähler_innen), 1,3 Prozent (882) bzw. 1,1 Prozent (705) der Stimmen. Die Republikaner, die (anders als die NPD und pro NRW) bereits 2009 zur Europawahl angetreten waren, erhielten 2014 die Stimmen von 245 Oberhausener_innen. Damit verloren sie im Vergleich zur Europawahl 2009 2/3 ihrer Wähler_innen (0,4 Prozent 2014 im Vergleich zu 1,3 Prozent in 2009). Die Alternative für Deutschland, die 2014 zum ersten Mal für eine Europawahl zur Wahl antrat, erhielt hingegen von den Wahlberechtigten in Oberhausen mit 4.090 Stimmen aus dem Stand 5,9 Prozent (Stadt Oberhausen 2014: 58).

Wenn in jüngster Vergangenheit rechte und extrem rechte Parteien in Oberhausen also zur Wahl antraten, hat ein kleiner, aber nicht zu übersehender Teil der Wählerinnen und Wähler seine Stimmen durchaus den Parteien und Kandidat_innen der Rechtsaußen-Parteien gegeben. Diese Wahlentscheidungen bringen zugleich zum Ausdruck, dass zustimmende Haltungen und Positionierungen für (extrem) rechte Inhalte und Strukturen auch unter den Wahlberechtigten in Oberhausen vorhanden sind – auch wenn sich dies bislang noch nicht etwa in den gewählten Gremien der Stadt niedergeschlagen hat. Der sprunghafte Anstieg der Zustimmungswerte für die AfD zur Europawahl 2014 unterstreicht allerdings, dass sich die Wähler_innen-Zustimmung auch in Oberhausen dort abholen lässt, wo eine Partei wie die Alternative für Deutschland die personellen Quantitäten hat, sich zur Wahl aufzustellen.

Auftreten und Wahlkampf rechter und extrem rechter Parteien in Oberhausen

Vor allem 2015 nutzten rechte und extrem rechte Parteien auch in Nordrhein-Westfalen Kundgebungen unter freiem Himmel zur Werbung und Verbreitung ihrer Standpunkte, hier etwa in Form von menschenfeindlicher Stimmungsmache, Hetze gegen Geflüchtete und Polemiken gegen die aktuelle Politik und Praxis der Bundesregierung zum Umgang mit Flucht und Migration. Das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW wusste im Früherbst 2015 als Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der „Piraten“ im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu berichten, dass ihm für den Zeitraum vom 1.11.2014 bis zum 20.8.2015 „landesweit“ 62 Versammlungen bekannt seien, „die sich thematisch gegen Flüchtlinge, Asylbewerber oder deren Unterkünfte richteten“³². Die Hälfte dieser Versammlungen hatte

³¹ Vgl. „Rechte wider Willen“. In: taz (9.9.2004), URL <http://www.taz.de/!701883/> (Zugriff 1.12.2018) als Beispiel für NRW oder „Rechtsextremen fehlen Wahlkandidaten“. In: Berliner Morgenpost (1.8.2008), URL <https://www.morgenpost.de/brandenburg/article102260983/Rechtsextremen-fehlen-Wahl-Kandidaten.html> (Zugriff 1.12.2018) etwa für Brandenburg.

³² Antwort MIK NRW zur Kleinen Anfrage 3796 vom 18.8.2015 von Frank Hermann und Birgit Rydlewski (PIRATEN): „Flüchtlingsfeindliche Straftaten in NRW“, 16.9.2015, S. 2–5. Das MIK nennt hier als Datenbasis die Erhebung des „Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste“ (LZPD), mit der angemeldete Versammlungen sowie Angaben zu den erwarteten Teilnehmer_innen-Zahlen gelistet werden. Nicht-angemeldete oder Spontandemonstrationen bildet die Antwort des MIK NRW

nach Bericht des MIK NRW in diesem Zeitraum in Dortmund stattgefunden, zumeist angemeldet von der Partei Die Rechte. Weitere Schwerpunkte lagen nach dieser Erhebung bei Versammlungen am Niederrhein sowie im Großraum Aachen bzw. Bonn. Für das Ruhrgebiet (ohne Dortmund) nannte das MIK NRW hingegen vergleichsweise wenige Versammlungen – allein 6 Versammlungen zählte die Antwort für die Ruhrgebietsregion auf, darunter eine im Stadtgebiet von Oberhausen.

Diese hatte **pro NRW** angemeldet, als Teil einer für 4 Stationen geplanten Kundgebungsreise durch das Ruhrgebiet bis nach Düsseldorf. Ausgewählt hatte pro NRW für ihre Versammlungen die historisch bedeutsamen Daten, den 1. sowie den 8. Mai. Unter dem Motto „Flüchtlings-Tsunami stoppen!“ wollten führende Akteur_innen von pro NRW am Freitag, den 1. Mai 2015 zunächst in Oberhausen Osterfeld auf dem Markplatz, später in Mülheim / Ruhr Styrum Kundgebungen abhalten, verbunden unter dem Kampagnen-Titel „Frühjahrsoffensive gegen den Asylmissbrauch“. Als Redner und Organisatoren war das pro NRW-Spitzenpersonal angetreten. Neben dem Parteivorsitzenden Markus Beisicht und seinem Stellvertreter Dominik Roeseler aus Mönchengladbach (Mitbegründer von **HoGeSa**, aktuell parteiloser Ratsherr in Mönchengladbach und Kopf der von Hooligans durchsetzen rechten Gruppierung **Mönchengladbach steht auf**) traten Tony-Xaver Fiedler (pro NRW-Generalsekretär) und Christoph von Mengersen (heute ehemaliger pro NRW-Ratsherr in Bonn) auf. Die Polizei zählte rund um die Organisatoren und Anmelder der Kundgebung „24 Anhänger“, die an der Kundgebung der Rechtsaußenpartei teilnahmen. Deutlich mehr Menschen waren dem Aufruf des „Antifaschistischen Bündnis Oberhausen für Toleranz und Demokratie“ gefolgt. Mehrere hundert Gegendemonstrant_innen sorgten mit lautstarkem Protest dafür, dass die Redebeiträge der pro NRW-Redner kaum zu hören waren³³ – auch wenn die Organisatoren der Kundgebung wenige Tage später auf ihrer Homepage davon sprachen, dass sie „viele Anwohner vor Ort und in ihren Wohnungen erreicht“ hätten und sich „[v]iele Bürger [...] an Ort und Stelle mit den vorgetragenen Argumenten von PRO NRW“ solidarisiert hätten. „Gerade im Herzen der durch Überfremdung und Überschuldung massiv bedrohten Metropole wurde sichtbar, dass ein Umdenken in der Politik vonnöten ist“, hieß es auf der Homepage von pro NRW unter der Überschrift „Erfolgreicher Auftakt der Frühjahrsoffensive gegen Asylmissbrauch“³⁴.

Im Nachgang der Kundgebung von pro NRW leitete die Staatsanwaltschaft Oberhausen Ermittlungsverfahren gegen acht Teilnehmer_innen der Gegenproteste ein, unter anderem wegen der Vorwürfe der Sachbeschädigung und des Landfriedensbruchs. Die während der Kundgebung eingesetzten Polizeibeamt_innen waren nach Angaben der lokalen Presse unter Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken gegen Gegendemonstrant_innen vorgegangen, die versucht hätten, Absperrgitter zum Kundgebungsort von pro NRW zu überwinden. Die Verfahren wurden vom Amtsgericht Oberhausen im Oktober 2016 mit Freisprüchen beendet bzw. eingestellt.³⁵

also ebenso wenig ab wie tatsächliche Teilnehmer_innenzahlen (ebd. S. 4).

³³ „Demo gegen pro NRW in Oberhausen – Polizei setzt Pfefferspray ein“. In: WAZ (1.5.2015), URL <https://www.derwesten.de/staedte/oberhausen/demo-gegen-pro-nrw-in-oberhausen-polizei-setzt-pfefferspray-ein-id10628497.html> (Zugriff 1.12.2018).

³⁴ „Erfolgreicher Auftakt der Frühjahrsoffensive gegen Asylmissbrauch“, Homepage der „Bürgerbewegung PRO NRW“, Post vom 4.5.2015. Die URL des Beitrags ist heute nicht mehr zu erreichen.

³⁵ „Freispruch nach Randalen bei Pro-NRW-Kundgebung in Oberhausen“. In: WAZ (7.10.2016), URL

Ähnliche Kundgebungen, die explizit von rechten oder extrem rechten Parteien angemeldet und durchgeführt wurden, hat es in Oberhausen seit der pro NRW-Kundgebung im Mai 2015 nicht gegeben. Für die Wahlkampfphase zur Landtagswahl 2017 hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW für den Regierungsbezirk Düsseldorf in ihrer Auswertung festgehalten, dass es weder aus den Reihen der NPD noch unter dem Namen der REP oder der Die Rechte wahrnehmbare Wahlkampfveranstaltungen gegeben habe, obwohl Die Republikaner als auch die NPD im Vorfeld angekündigt hatten, im Straßenwahlkampf aktiv zu werden (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus 2017: 32). Allerdings hat die Landes-NPD nach eigenen Angaben am 29. August 2017 mit ihrer „Lautsprecherfahrten“-Kampagne in Oberhausen Halt gemacht, wie sie in einem Facebook-Beitrag bebildert berichtet.³⁶ Im Spätsommer 2017 provozierte die NPD in Oberhausen schließlich die Zivilcourage von Vertreter_innen der evangelischen Kirche mit einem Wahlplakat, das Martin Luther zeigt, verbunden mit dem Slogan „Ich würde NPD wählen. Ich könnte nicht anders“. Der Superintendent der Evangelischen Kirche in Oberhausen positionierte sich öffentlich gegen die Plakate, mit denen die NPD versuche für „ihre im tiefsten Sinne wider-christlichen Thesen zu werben.“³⁷

Abseits von Wahlkampf-Zeiten zeigt sich die **NPD** in Oberhausen traditionell vor allem mit eigenen Saalveranstaltungen aktiv. So berichtete die NPD NRW auf ihrer Facebook-Seite am 2. März 2015 von einer „Festveranstaltung ‚50 Jahre NPD-Oberhausen‘“, die am 28.2.2015 in Oberhausen stattgefunden haben soll. Als Redner nennt der Social Media Beitrag u. a. Hartmut Höschen (Duisburg) für den „Freundeskreis Rhein-Ruhr“, Manfred Aengenvoort aus Oberhausen als „ehem. Vorsitzende[n] des NPD-Bundesschiedsgerichtes“, Wolfgang Duda, seit den späten 1990er Jahren im NPD-Kreisvorstand, sowie Claus Cremer, Landesvorsitzender der NPD aus Bochum-Wattenscheid.³⁸ In Cremers Hauptbetätigungsfeld Bochum bzw. Essen sind aktuell die meisten der NRW-NPD-Propaganda-Aktivitäten nachvollziehbar, im Herbst 2018 etwa Verteilaktionen der NPD-Zeitung **Deutsche Stimme** oder „Streifengänge“ von Cremer und anderen in den roten Westen der NPD-„Schutzzone“-Kampagne, mit der die Partei gegen vermeintlich „kriminelle Ausländer“ hetzt.³⁹ In Oberhausen ist es dagegen seit geraumer Zeit das lokale Personal um Manfred Aengenvoort (vgl. JungdemokratenInnen / Junge Linke Duisburg [Hrsg.] 2002), das Schulungsveranstaltungen für Mitglieder organisiert. Am 6.10.2017 soll laut NPD-Meldung Baldur Landogart, Bundes-Parteivorstandsmitglied, Burschenschafter und völkischer Aktivist, in Oberhausen über „Deutschland nach

<https://www.waz.de/staedte/oberhausen/freispruch-nach-randale-bei-pro-nrw-kundgebung-in-oberhausen-id12255851.html> (Zugriff 1.12.2018); „Demo gegen Rechts hat juristisches Nachspiel“. In: WAZ (16.2.2016), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/demo-gegen-rechts-in-oberhausen-hat-juristisches-nachspiel-id11569561.html> (Zugriff 1.12.2018).

³⁶ Facebook-Beitrag der NPD-NRW vom 29.8.2017, URL <https://www.facebook.com/npdnrw> (1.12.2018).

³⁷ „Evangelische Kirche Oberhausen kritisiert NPD-Wahlplakate“. In: WAZ (13.9.2017), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/evangelische-kirche-oberhausen-kritisiert-npd-wahlplakate-id211901825.html?fbclid=IwAR2WF7kefR3SyO3TU8buBh33ivG5M8dNfNbKjthzZgBicmV3AbYBBDGiop8> (Zugriff 1.12.2018).

³⁸ Facebook-Beitrag der NPD-NRW, <https://www.facebook.com/npdnrw/posts/906133249407891> (Zugriff 1.12.2018).

³⁹ „Bochumer NPD ruft ‚Schutzzonen‘ aus und patrouilliert durch die Stadt“. In: WAZ (2.8.2018), URL <https://www.derwesten.de/staedte/bochum/bochum-mpd-streifen-schutz-zonen-polizei-buergerwehr-id214992781.html> (Zugriff 1.12.2018)

den Bundestagswahlen 2017“ gesprochen haben.⁴⁰ Zudem bekundete der NPD-Kreisverband Oberhausen, für den 13. Juli 2018 die stellvertretende Landesvorsitzende der Nationaldemokraten, Ariane Meise (Rhein-Erft / Leverkusen) als Referentin eingeladen zu haben. Sie habe, so veröffentlicht die NPD NRW auf Facebook, „zum Thema: ‚Die Rolle der Frau im #Islam‘“ gesprochen. Nach dem Vortrag sei man in eine „intensive Diskussions- / Fragerunde“ eingestiegen, „bevor der Themenabend mit dem Aufruf zum #Widerstand beendet werden konnte.“⁴¹

Während derlei Veranstaltungen von der Öffentlichkeit abgeschildert stattfinden, hat die **AfD** im Vorfeld der Landtagswahl 2017 einen anderen Weg gewählt, als sie öffentlichkeitswirksam die Oberhausener Stadthalle für ihren Landesparteitag mietete. Die Luise-Albertz-Halle – Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH hatte die Halle am 2. Januar 2017 auf eine Mail- bzw. Telefon-Anfrage hin für eine große Veranstaltung zur Vermietung angeboten – die Mietinteressent_innen lüfteten ihre Identität nach Angaben des damaligen Geschäftsführers des Stadthallen-Unternehmens zu spät, um eine ablehnende Antwort auf die Anfrage zu formulieren. Nicht zuletzt angesichts der Gleichbehandlungsregelung für Vermietungen der Veranstaltungsräumlichkeiten an Parteien war nach dem mündlichen Zuschlag kaum ein Weg mehr offen, die Vermietung auf dem Verwaltungsweg zu verhindern.⁴² In einer Sondersitzung hatte sich der Hauptausschuss des Stadtrates „mit breiter Mehrheit (Ausnahme FDP)“ dazu entschieden, „dass die Halle nicht an die AfD vermietet werden soll.“ Das Landgericht Duisburg entschied indes in einem Eilverfahren, dass die Vermietung der Luise-Albertz-Halle an die AfD nicht rückgängig gemacht werden könne.⁴³ Am Parteitag am 29. Januar 2017 kamen in der Stadt und vor der Halle 1.400 Menschen zusammen (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW 2017: 34), um gegen die AfD zu protestieren. An den Frontscheiben der Halle selbst hatten Mitarbeiter_innen der Stadthallen-Gesellschaft von innen ein meterlanges Banner angebracht, das von außen sichtbar an die ehemalige Oberhausener Oberbürgermeisterin Luise Albertz erinnerte und die Namensgeberin der Halle als „Kämpferin gegen Rechtsextremismus“ ehrte, verbunden mit einem klaren Statement zu „Toleranz, Weltoffenheit, Respekt und Menschenliebe“.⁴⁴

⁴⁰ NPD-NRW Facebook-Account, URL <https://www.facebook.com/npdnrw/photos/a.621235397897679/1610079522346590/?type=3&theater> (Zugriff 1.12.2018).

⁴¹ NPD NRW Facebook-Beitrag vom 13.7.2018, URL <https://www.facebook.com/npdnrw/posts/1919811724706700?tn=-UC-R> (Zugriff 1.12.2018).

⁴² „Politiker wollen AfD-Parteitag in Oberhausen verhindern“. In: WZ (18.1.2017), URL https://www.wz.de/politik/landespolitik/politiker-wollen-afd-parteitag-in-oberhausen-verhindern_aid-27365791 (Zugriff 1.12.2018).

⁴³ „Oberhausener Hallenchef tritt nach AfD-Parteitag zurück“. In: WAZ (1.2.2017), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/oberhausener-hallenchef-tritt-nach-afd-parteitag-zurueck-id209468571.html> (Zugriff 1.12.2018).

⁴⁴ „AfD zofft sich auf Parteitag – 1000 Menschen bei Gegendemo“. In: WAZ (29.1.2017), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/afd-zofft-sich-bei-parteitag-gegen-demo-durch-oberhausen-id209430115.html> (Zugriff 1.12.2018).

1.2.2 Auftreten rechter und extrem rechter Kreise in Oberhausen

Aufmärsche, Kundgebungen oder rechte Raumergreifungen auf öffentlichen Plätzen sind seit dem Jahreswechsel 2014 / 2015 eng assoziiert mit dem Label „**Pegida**“, den rassistischen Straßenprotesten, die in Dresden ihren Ursprung hatten und in sehr kurzer Zeit bis zu Zehntausenden von Menschen unter dem Motto „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ vereinten im Protest gegen die politischen Eliten, in Demokratie- und Medienkritik, vor allem aber unter dem Dach rassistischer Haltungen gegenüber Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, gepaart mit Islamfeindlichkeit, Nationalismus und Ethnozentrismus (Vorländer et al. 2015). Als Export nutzte der Name „Pegida“ auch in anderen Bundesländern rechten und extrem rechten Akteur_innen. Sie konnten die rasch expandierenden Proteste, die zunächst als „Empörungsbewegung“ (ebd.) wahrnehmbar waren, auf den zweiten Blick aber von heterogenen Akteur_innengruppen getragen waren, mit einem einheitlichen Etikett versehen. In NRW rief der Rechtsanwalt Alexander Heumann, damaliges Mitglied der **Patriotischen Plattform** der **AfD**, die erste Pegida-Demonstration in Düsseldorf ins Leben, wiederholt von einer weiteren Demonstrationsveranstaltung im Januar 2015. Bereits beim ersten Aufmarsch zeigte sich, dass vor allem extrem rechts orientierte Bewegungsakteur_innen den Pegida-Ableger maßgeblich beeinflussten, darunter die frühere **JN**-Aktivistin Melanie Dittmer (Brekemann 2014) oder Führungskader der islamfeindlichen, rassistischen **German Defense League**. In den kommenden Monaten marschierte der Ableger von Pegida – unter dem Namen „Dügida“ – jeden Montagabend in Düsseldorf auf. Hier zeigte sich darüber hinaus zusehends, dass Partei-Akteur_innen aus dem extrem rechten Spektrum in die Organisationsstrukturen der Aufmarsch-Szene eingebunden waren, so etwa Dominik Roeseler (damals noch pro NRW), Ariane Meise (NPD) und auch weiterhin Melanie Dittmer, die zu „Dügida“-Zeiten im Vorstand von pro NRW war. Attraktiv waren die Pegida-Ableger-Aufmärsche in NRW, hier vor allem in Düsseldorf, zu einem Großteil vor allem für Anhänger_innen und Akteur_innen aus dem **HoGeSa**-Spektrum, jenem Sammelbecken für rechte Hooligans aus dem Fußballfan-Kontext, RechtsRock-Fanzusammenhängen und Teilen der organisierten rechten Szene, die am 26. Oktober 2014 mit 2.500 bis 3.000 Teilnehmer_innen einen Demozug durch Köln eskaliert hatten. Die von Dominik Roeseler angemeldete Demonstration erregte bundesweit Aufsehen, nicht zuletzt da die Polizeitaktik zur Einhegung des Demonstrationzugs als ungenügend bewertet wurde. Die Polizei sei allzu unvorbereitet gewesen, der Gewaltausbruch seitens der HoGeSa-Demonstrationsteilnehmer_innen habe die Beamt_innen „überrumpelt“ (Buschmann / Diehl 2014 sowie zu Hogesa Staudt 2014).

Was für Pegida in NRW und auch für HoGeSa gilt – dass diese Aufmärsche und Kundgebungen den Anschein erwecken wollten, unabhängig von Parteien oder etablierten extrem rechten Szenen, als Willensbekundung ‚aus dem Volk‘ heraus entstanden zu sein – gilt auch für jene Gruppe, die in Oberhausen ähnliche Veranstaltungen unter freiem Himmel zu etablieren versuchte: Die **Bürger gegen Politikwahnsinn**, kurz **BGPW**. Die Gruppierung ist im Frühjahr 2016 als Abspaltung von **Pegida NRW** entstanden, jenem Dach-Label, unter dem sich seit Januar 2015 in Duisburg monatelang – zum Teil in unregelmäßigem Abstand – montagabendlich eine unterschiedlich große Zahl an Teilnehmer_innen (teilweise mehrere Hundert) zu islamfeindlichen nationalistischen Kundgebungen und „Spaziergängen“ zusammengefunden hatte. Ab Anfang 2016 nahmen die Beteiligungszahlen bei Pegida NRW in Duisburg merklich ab, mit Holm Teichert (ehemals pro NRW) aus Essen und Silke Rohwer aus Duisburg stiegen die späteren Gründer_innen von BGPW aus dem erweiterten Organisator_innenkreis von Pegida NRW aus. Unterstützt von pro NRW und NPD veranstalteten sie zunächst unter dem Namen

„Essen gegen Politikwahnsinn“ ab April 2016 jeweils Mittwochs „Spaziergänge“ – zumeist mit wenigen Dutzend Teilnehmer_innen. Im August 2016 ersetzte der Pegida-Ableger den Ortsnamen „Essen“ in seinem Namen durch „Bürger“, um auch über die Essener Stadtgrenze hinaus aktiv auftreten zu können. In Oberhausen meldete BGPW im Herbst 2016 drei Veranstaltungen an. Am 28.9.2016 sammelten sich etwa 60 Teilnehmer_innen zur Kundgebung von BGPW auf dem Altmarkt, wie die folgenden Male auch unter dem Motto „Wir wehren uns! Für den Erhalt unseres Vaterlandes, unserer Kultur und Werte“. Die Kundgebung stieß jedoch auf Widerspruch: Mehrere hundert Menschen protestierten rund um den vom Altmarkt abgetrennten Kundgebungsplatz von BGPW lautstark, Bühnen-Programm und Livemusik des Gegenprotestes übertönten die Reden von Teichert, der sich erbost über die Polizei zeigte, die die Lärmbelästigung durch die Gegenveranstaltung, zu der das „Antifaschistische Bündnis Oberhausen für Toleranz und Demokratie“ aufgerufen hatte, nicht beendete.⁴⁵ Zur Kundgebung und zum anschließendem „Spaziergang“ stießen etwa 35 bis 40 Personen aus dem HoGeSa-Spektrum um den Oberhausener Neonazi Mario Leisering hinzu, traten vor Beginn der BGPW-Veranstaltung als eigener Demonstrationszug auf, zu Beginn ohne Polizeibegleitung. Fachjournalist_innen berichteten von Bedrohungen und Angriffen auf Teilnehmer_innen der Gegenproteste aus den Reihen dieser Gruppe.⁴⁶

BGPW machten aus der extrem rechten Haltung ihres Teilnehmer_innenkreises kein Geheimnis. Offen bekannten sich die Organisator_innen in ihrem Facebook-Auftritt zu einem breiten Rechtsaußen-Schulterschluss: „NPD, AfD, ProNRW [sic!], Republikaner“ und „auch ungezählte außerparlamentarische Gruppen und Organisationen“ sollten in Bewegungen wie BGPW zusammenstehen, um gegen den „groß[en] und fast übermächtig[en] Feind“ – „gewalttätige und linksextremistische Antifa, Grüne, SPD, Linke, Kirchen, Gewerkschaften oder Medien“ vorzugehen. Die Spannbreite des extrem rechten Spektrums, das BGPW angesprochen und mit abnehmendem Erfolg auch für die beiden weiteren Kundgebungen mit „Spaziergängen“ in Oberhausen (am 26.10. erneut am Altmarkt und am 24.11.2016 in Sterkrade) mobilisiert hatte, zeigt sich an der aktiven Beteiligung von Claus Cremer (NPD) und Kevin Krieger (REP) am 26.10.2016. Weitere politische Bezugspunkte von BGPW sind laut ihrem Facebook-Auftritt u. a. der AfD-Europaparlamentskandidat Guido Reil aus Essen sowie rechte Protest-Gruppierungen, die etwa als **Mütter gegen Gewalt** oder **Besorgte Eltern** gegen vorgeblich „kriminelle Ausländer“ hetzen – so etwa im Frühjahr 2018 in Bottrop (am 4.3.2018), Duisburg (am 5.5.2018) oder Essen Steele (am 6.5.2018). Die Mütter gegen Gewalt – bzw. Besorgte Eltern-Kundgebungen und -Demonstrationen speisen sich – wie die BGPW – aus der gleichen Schnittmenge des extrem rechten Spektrums, jedoch mit größerer Reichweite: In Bottrop konnte ein Mütter gegen Gewalt-Aufzug ohne nennenswerte Gegenproteste mit etwa 1.000 Teilnehmer_innen stattfinden. Die Expert_innen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus sehen hier eine neue Qualität der Vernetzung extrem rechter Akteur_innen, die „man bisher nur aus den sozialen Netzwerken kannte, jetzt aber gehen diese Gruppen gemeinsam auf die Straße“⁴⁷.

⁴⁵ 450 Demonstranten gegen Rechts in Oberhausen. In: WAZ (28.9.2016), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/450-demonstranten-gegen-rechts-in-oberhausen-id12235929.html> (Zugriff 1.12.2018).

⁴⁶ REP-Spitzenkandidat auf Neonazi-Kurs. In: Düsseldorf Rechtsaußen (31.10.2016), URL <https://duesseldorf-rechtsaussen.de/2016/10/31/obd-rep-spitzenkandidat-auf-neonazi-kurs/#more-197> (Zugriff 1.12.2018).

⁴⁷ „Experten: ‚Mütter gegen Gewalt‘ Teil eines rechten Netzwerkes“. In: WAZ (4.5.2018), URL

Als am 28.9.2016 anlässlich der BGPW-Kundgebung und -Demonstration eine Gruppe von etwa 40 Personen aus dem gewaltbereiten HoGeSa- und Neonazi-Spektrum zum „Spaziergang“ der extrem rechten BGPW-Veranstaltung dazu stieß, wurde auch für Oberhausen ein aggressiv-gewaltbereiter Personen-Kreis sichtbar. Feste extrem rechte Strukturen, wie die **Freien Nationalisten – Nationaler Widerstand Ruhr (FN-NWR)** oder wie die Oberhausener Neonazi-**Kameradschaft Förderturm**, sind heute für Oberhausen nicht erkennbar. Beide Kameradschaften werden sich Anfang der 2000er Jahre gegründet haben, die Kameradschaft Förderturm trat Ende 2000 erstmals in Erscheinung durch die Veröffentlichung der ersten Ausgabe des gleichnamigen Fanzines „Der Förderturm“, zu beziehen über eine Kontaktadresse der „Blood&Honor-Sektion Finnland“ (JungdemokratInnen / Junge Linke Duisburg 2002: 60 ff.). „Der Förderturm“ wird bundesweit in der extrem rechten Szene zur Kenntnis genommen worden sein, Leser_innen hatte er sicher in Kreisen des NSU, wie durch die Ermittlungen nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes im November 2011 bekannt wurde. Wie die in Oberhausen erscheinende rechte Monatszeitschrift **Unabhängige Nachrichten** war „Der Förderturm“ 2002 Empfängerin des sogenannten NSU-Briefes, mit dem der Nationalsozialistische Untergrund insbesondere neonazistischen Print-Projekten Geldspenden hatte zukommen lassen.⁴⁸

Anders als der **Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e. V.**, der von 1969 bis heute vom Verlagsort Oberhausen die 12-seitige Monatszeitung Unabhängige Nachrichten herausgibt, ist die Kameradschaft Förderturm allem Anschein nach heute nicht mehr aktiv. Die Unabhängigen Nachrichten hingegen veröffentlichen weiterhin vom Vereinssitz in der Alstadener Straße⁴⁹ aus vor allem geschichtsrevisionistische Texte, die in der Regel nicht namentlich gekennzeichnet sind (Dietzsch / Kellersohn/ Schobert 2002, Ministerium des Inneren NRW 2018: 98). Zahlen zu Auflagen sind nicht bekannt. Die Facebook-Präsenz der Unabhängigen Nachrichten lässt jedoch darauf schließen, dass die dort nahezu täglich veröffentlichten Beiträge durchaus gelesen werden – die Facebook-Seite wird von über 2.300 Personen abonniert, etwa von Gitta Schüßler, MdL Sachsen für die NPD.⁵⁰

Im Social Media Bereich ist darüberhinaus seit 2013 ein Twitter-User unter dem Account-Namen „**Freier Widerstand Ob[erhausen]**“ aktiv – ein Überbleibsel der seit etwa 2011 vor allem mit Propaganda-Aktionen präsenten Kameradschaft gleichen Namens. Heute folgen 928 Personen dem Kurznachrichten-Kanal, auf dem regelmäßig Nachrichten zu „Ausländerkriminalität“, „Asylmissbrauch“ oder zur Verunglimpfung demokratischen Engagements zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich gegen Rechts einsetzen, veröffentlicht werden. Die Follower-Liste von Freier Widerstand Oberhausen lässt heute auf eine bundesweite Vernetzung vor allem zur Partei Die Rechte sowie zu neonazistischen Kameradschaftsstrukturen

<https://www.waz.de/politik/experten-muetter-gegen-gewalt-teil-eines-rechten-netzwerks-id214201283.html> (Zugriff 1.12.2018).

⁴⁸ Protokoll des 296. Verhandlungstages im NSU-Prozess (12.7.2016), URL <https://www.nsu-watch.info/2016/07/protokoll-296-verhandlungstag-12-juli-2016> sowie <https://www.br.de/nachricht/nsu-prozess/160712-gerichtssaal-protokoll-saalinformation-100.html> (Zugriff 1.12.2018).

⁴⁹ Laut Impressum der Unabhängigen Nachrichten, URL <http://www.fk.un.de/UN-Nachrichten/inhalt/impressum.htm> (Zugriff 01.12.2018).

⁵⁰ <https://www.facebook.com/UN.Nachrichten> (Zugriff 1.12.2018).

wie **Syndikat 52** aus dem Raum Aachen / Heinsberg schließen (Ministerium des Inneren NRW 2018: 47).⁵¹

Einblicke in rechte Gewaltmilieus

Auch jenseits der Social Media- und Internet-Aktivitäten sind Einzelpersonen aus und in Oberhausen und darüber hinaus nachvollziehbar vernetzt, mindestens im Kreis der nordrhein-westfälischen rechten Szene. Als Vernetzungspunkt ist hier insbesondere wiederum HoGeSa von Bedeutung, wie ein Beispiel aus 2015 zeigt. So hatten sich am 18. Januar 2015 ca. 50 Personen aus dem HoGeSa-Spektrum in Köln versammelt, auf dem Weg zu einer Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den 2001 vom NSU verübten Bombenanschlag auf ein Ladengeschäft in der Probsteigasse, die sie zu stören beabsichtigten. Die mit Quarzsandhandschuhen, Pyrotechnik, einem Elektroschocker und einschlägiger „Schutzbewaffnung“ bewaffneten Männer und Frauen waren zuvor zum großen Teil mit der Bahn aus Oberhausen, Wuppertal und Essen angereist. Obwohl die Polizei früh über die Reisegruppe informiert worden war, gelang es den 50 Personen, sich der Probsteigasse bis auf 150 Meter zu nähern, bevor die Polizeibeamt_innen sie aufhielt.

Ein großer Teil der in Köln vorübergehend Festgesetzten war gemeinsam aus Oberhausen aufgebrochen, gegen Mittag hatten sie vor der Gaststätte „Filmriss“ in Oberhausen-Alstaden für ein Gruppenfoto posiert. Es ist unklar, ob sich die Gruppe versammelt hatte, um gemeinsam zu der für diesen Sonntagabend in Essen geplanten HoGeSa-Kundgebung zu fahren, die jedoch kurzfristig verboten wurde. Koordiniert hatte dieses Vortreffen nach Presse-Einschätzung der Oberhausener Mario Leisering, auf dessen Facebook-Seite das Gruppenfoto aus Alstaden zuerst veröffentlicht wurde. Leisering, Betreiber der Security-Firma „Ruhrpott Sicherheit“ und Mitorganisator der HoGeSa-Demonstration vom 26.10.2014, war von 2013 bis 2015 in verschiedene Vorbereitungen von RechtsRock-Konzerten und Partys involviert, etwa zum Auftritt der Bremer Nazi-Hooligan Band „Kategorie C“ anlässlich des einjährigen Firmenjubiläums von „Ruhrpott Sicherheit“, zu einem – noch am Veranstaltungsabend am 24. Januar 2016 geplatzten – HoGeSa-Solidaritätskonzert im „Medienbunker“ Duisburg oder zu einer Party für Fans der Bands Rammstein und Böhse Onkelz, die für den 8. März 2014 im „Resonanzwerk“ an der Essener Straße in Oberhausen geplant war.⁵² Schon um 2012 hatte die lokale Presse darüber berichtet, dass sich Auftritte von sogenannten „Grauzone“-Bands auf Oberhausener Bühnen häuften.⁵³

Am 18. Januar 2015 war Leisering mit HoGeSa-Anhänger_innen nicht nur aus Oberhausen in Köln zur Störung der Gedenkveranstaltung an der Probsteigasse. Er traf dort auch auf zwei der drei HoGeSa-Männer aus Wuppertal, die drei Monate später einen Gast des Autonomen Zentrums Wuppertal mit zahlreichen Messerstichen und stumpfer Gewalt lebensgefährlich verletzten. Nur wenige Tage nach der Tat vom 11.4.2015 veröffentlichte Leisering am 13.4. auf der Facebook-Seite von Die Rechte Wuppertal einen Gruß an den Hauptbeschuldigten Patrick P., einen seiner „besten Kumpels“.⁵⁴ P. wurde am 3.2.2016 vom Landgericht Wuppertal wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu acht Jahren Haft verurteilt. Wie im Verfahren bekannt wurde, war P. seit Jahren mit Leisering bekannt, lebte um 2011 in Oberhausen und war dort aktiv beim Freien Widerstand Oberhausen. 2014 beteiligte P. sich an der Seite von Leisering u. a. am HoGeSa-Aufmarsch in Köln.⁵⁵

Eine ähnliche Perspektive auf die Gewaltpotentiale vor allem von Vernetzungsstrukturen wie denen der NRW-weiten HoGeSa-Zusammenhänge mit einem ihrer Schwerpunkte im Ruhrgebiet offenbart der ‚Fall‘ des Brandanschlags auf eine Unterkunft für Geflüchtete in Köln Mülheim. Ende Juli 2017 verurteilte der Staatsschutzsenat am Amtsgericht Köln zwei Männer zu Frei-

⁵¹ <https://twitter.com/FwOberhausen> (Zugriff 1.12.2018).

⁵² „Ein ‚richtig geiler Tag‘. DügIdA-TeilnehmerInnen an Probsteigassen-Angriff beteiligt. In: Lotta (15.3.2015), URL <https://www.lotta-magazin.de/ausgabe/online/ein-richtig-geiler-tag> (Zugriff 1.12.2018); <https://nrwrex.wordpress.com/2013/11/09/ruhrgebiet-kc-auftritt-heute-abend-im-ruhrgebiet> (Zugriff 1.12.2018); <https://de.indymedia.org/2014/03/352833.shtml> (Zugriff 1.12.2018).

⁵³ „Auftritte von rechtsextremen Musikgruppen in Oberhausen häufen sich laut Antifa“. In: Der Westen (1.12.2012), URL <https://www.derwesten.de/staedte/oberhausen/auftritte-von-rechtsextremen-musikgruppen-in-oberhausen-haeufen-sich-laut-antifa-id7346360.html> (Zugriff 1.12.2018).

⁵⁴ „Rechte Hools haben in Wuppertal einen Antifaschisten ins Koma gestochen. In: vice magazine (28.4.2015), URL <https://www.vice.com/de/article/bnbyzq/rechte-hools-haben-in-wuppertal-einen-antifaschisten-ins-koma-gestochen-463> (Zugriff 1.12.2018).

⁵⁵ Vierte Erklärung. Antifaschistische Kampagne Wuppertal 2015, URL <https://wuppertal2015.blackblogs.org/2016/02/08/eine-vierte-erklaerung%e2%80%a8/> (Zugriff 1.12.2018).

heitsstrafen von zwei Jahren auf Bewährung. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten am 2. Januar 2016 pyrotechnische Brandsätze, markiert mit Aufklebern von Pegida NRW, in das Erdgeschossfenster einer Unterkunft für Geflüchtete in Köln geworfen hatten. Gezielt schlugen sie mit dem von Dominik N. aus Oberhausen mitgeführten Teleskopschlagstock das beleuchtete Fenster ein und versuchten, die Bengalischen Fackeln in das Zimmer zu werfen. Sie wussten, dass sich dort mehrere Personen aufhielten, drei Erwachsene und 9 Kinder. Gegen Dominik N. wurde im gleichen Verfahren auch wegen versuchter Körperverletzung gegen Polizeibeamt_innen und Gegendemonstrant_innen anlässlich der zweiten Kölner HoGeSa-Demonstration im Oktober 2015 verhandelt. Vor Gericht gab N. an, aus der rechten Szene ausgestiegen zu sein. Ein Beamter des Innenministeriums bestätigte, dass N. an einem Ausstiegsprogramm teilnehme. Wie die Presse berichtete, relativierten die beiden Verurteilten ihre Distanzierung von der extrem rechten Szene nach dem Prozess durch Selbstdarstellungen im Internet, in denen sie mit einschlägigen Kleidungsstücken und Tätowierungen posierten.⁵⁶ Ihr wesentlicher Bezugspunkt, die gewaltbereite extrem rechte Szene aus dem Umfeld rassistischer Straßenproteste von HoGeSa bis Pegida, weist einmal mehr darauf hin, wie hoch das Gewaltpotential hinter rechten und rassistischen Mobilisierungen ist.

1.2.3 Rechte Gewalt: Zahlen, Einordnung und Relevanz für Oberhausen

Nach Auskunft der Landesregierung NRW zu politisch motivierten Gewaltdelikten und Straftaten für das erste Halbjahr 2018 wurden für ganz Nordrhein-Westfalen 995 politisch rechts motivierte Straftaten im **Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen der politisch motivierten Kriminalität (KPMD-PMK)** erfasst, davon 35 Gewaltdelikte. Im Vergleichszeitraum – im ersten Halbjahr 2017 – belief sich die Zahl der sogenannten **PMK-Rechts-Straftaten** auf 1.667 Straftaten mit rechtem Hintergrund, darunter 88 Gewaltdelikte, also Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit, zur Einschränkung oder Beraubung der Freiheit oder etwa Brandstiftung, Raub oder Erpressung.

Rechte Gewalt in Oberhausen im Spiegel der PMK-Rechts-Statistiken

Für Oberhausen wurden in 2018 von den polizeilichen Behörden bis Juli dieses Jahres 19 PMK-Rechts-Straftaten festgehalten, im gesamten Jahr 2017 waren es 54 Straftaten, die von den Behörden für Oberhausen als „politisch rechts motiviert“ registriert wurden.⁵⁷ Im Vergleich der Jahresstatistiken der letzten 5 Jahre folgen die Zahlen für Oberhausen dabei zumeist dem NRW-weiten Trend. Die bislang höchste Straftatzahl hielt die PMK-Rechts für NRW für das Kalenderjahr 2015 fest – mit 4.437 rechten Straftaten im gesamten Bundesland, darunter 206 Gewaltstraftaten. Für Oberhausen vermerkt die Auswertung der Behörden für 2015 die Zahl von 72 rechten Straftaten, eine davon als Gewaltdelikt. Damit war die Zahl der rechten Delikte für Oberhausen in 2015 sprunghaft angestiegen (2014: 45, 2013: 54, 2012: 40). Als 2016 die NRW-weite Gesamtzahl für PMK-Rechts-Delikte noch einmal weiter stieg, folgte Oberhausen diesem erneuten Anstieg jedoch nicht, im Gegenteil vermerkten die Behörden einen Rückgang der rechten Straftaten auf 49 Vorfälle, darunter eine Gewaltstraftat.⁵⁸

⁵⁶ „Zwei Jahre Haft auf Bewährung für rassistischen Brandanschlag“. In: ZEIT Online (3.8.2017), URL https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/08/03/koeln-zwei-jahre-haft-auf-bewaehrung-fuer-rassistischen-brandanschlag_24630 (Zugriff 1.12.2018).

⁵⁷ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1319 vom 24. Juli 2018, LT NRW Drs. 17 / 3454 vom 22.8.2018; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 185 vom 11. August 2017, LT NRW Drs. 17 / 580 vom 11.9.2017.

⁵⁸ Eigene Vergleichsaufstellung zur „Anzahl rechter Straftaten nach Orten 2012–2016“ der NRW-Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Basis der Antwort des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW auf eine Anfrage von Verena Schäffer MdL vom 17.4.2016, vgl. URL https://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user_upload/lft/Bilder/Themen/Rechtsextremismus/PMK_Rechts_Vergleich_Kommunen.pdf (Zugriff 1.12.2018). Grundsätzlich lag Oberhausen mit den Fallzahlen zu rechter

Ob eine Straftat überhaupt als PMK-Rechts-Delikt Eingang in die Statistik findet, orientiert sich seit 2001 an einem bundeseinheitlichen Definitionssystem, das von der ständigen Konferenz der Innenminister und -Senatoren 2001 verabschiedet wurde. Danach liegt eine politisch motivierte Tat u. a. dann vor,

„wenn in Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind und die Tathandlung damit in einem Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution / Sache oder ein Objekt richtet“ (BKA 2016: 5).

Als politisch rechts motiviert wird eine Straftat ergänzend dazu dann eingeordnet, wenn die Hintergründe der Tat oder die Einstellung des oder der Täter bzw. Täter_innen „einer ‚rechten‘ Orientierung zuzurechnen sind“, deren Kernbestandteil die Annahme der Ungleichwertigkeit / Ungleichheit der Menschen sei. Insbesondere wenn Straftaten „Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus“ aufweisen, geht das Bundeskriminalamt davon aus, dass eine politisch rechts motivierte Straftat vorliegt (ebd.: 9). Zweifel an der politischen Motivation bestehen darüber hinaus nicht, wenn es sich bei den Straftaten um sogenannte Staatsschutzdelikte handelt, darunter fallen im Themenbereich „rechts“ etwa das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder Verbreitung entsprechender Propaganda (§§ 86, 86a StGB).

Es ist allerdings durchaus davon auszugehen, dass die PMK-Rechts-Statistiken unvollständig sind. So weisen z. B. Fachberatungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt regelmäßig in ihren eigenen Chronik-Auswertungen und Monitorings darauf hin, dass die Dunkelziffer gerade bei rechter und rassistischer Gewalt gegen Personen hoch ist. Zum einen, da viele Betroffene die Angriffe nicht zur Anzeige bringen – etwa aus Angst vor sekundärer Viktimisierung durch die Ermittlungen, die besonders häufig bei Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt im Zusammenhang mit Strafermittlungsverfahren zum Tragen kommt (Quent et al. 2017). Zum anderen aber ist auch das PMK-Definitionssystem selbst lückenhaft, wenn es um Dimensionen von Gewalt als solcher geht. So erfasst die PMK-Rechts-Statistik ausschließlich „Taten, die auch tatsächlich Gesetzesverstöße sind. Unabhängige Stellen hingegen sammeln oft auch Vorfälle, die unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit liegen“, z. B. antisemitische oder LGBTIQ*-feindliche Angriffe, Bedrohungen oder auch massive Beleidigungen (Staudt 2018).

Anschläge auf geplante Unterkünfte für Geflüchtete 2016

Für 2016 hielt die PMK-Rechts-Statistik wie geschildert fest, dass die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten im Vergleich zum Vorjahreshöchststand von 72 Straftaten zurückgegangen ist auf 49 Fälle. Zwei dieser 49 erfassten Straftaten aber führen bereits vor Augen, dass rechte und rassistische Gewalt in Oberhausen durchaus als ernst zu nehmende Größe wahrzunehmen ist, auch wenn in der Rückbetrachtung die Fallzahlen grundsätzlich rückläufig sind. So war Oberhausen 2016 etwa auch einer der Tatorte der 499 flüchtlingsfeindlichen Straftaten in Nordrhein-Westfalen, eine Gesamtzahl, die die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW in einem Jahresrückblick als alarmierendes „Rekordhoch“ bezeichnete (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW 2017a: 1).

Gewalt im kommunalen Vergleich der NRW-Städte bzw. Regionen immer im unteren Drittel.

INTERIN

Am 15.1.2016 hatten Unbekannte zunächst versucht, einen mit 5.000 Litern Gas gefüllten Tank vor einem als Unterkunft für Geflüchtete geplanten, noch leerstehenden Gebäude an der Ruhrorter Straße zu entzünden. Zeug_innen riefen die Feuerwehr, die den dilettantisch gelegten Brand löschen konnte. Knapp 15 Tage später brannte am 2.2.2016 in der Kappellenstraße auf dem Bau-Gelände einer weiteren geplanten Unterkunft für Geflüchtete ein aus drei Holzpaletten errichteter Stapel, obenauf eine Flasche Acetylen (Schweißgas). Der Wachschutz des Baustellengeländes hatte das Feuer entdeckt, eine Explosion der Gasflasche konnte die Feuerwehr verhindern.⁵⁹ Die potentiell tödlichen, sicher aber zerstörerischen Dimensionen von Angriffen dieser Größenordnung finden sich in den statistischen Erhebungen nicht abgebildet. Für die Wahrnehmung vor Ort sind die konkreten Zusammenhänge und das Zerstörungspotential rechter und rassistischer Gewalt jedoch von großer Bedeutung.

Holocaust-Leugnung

Herausfordernd in der Einordnung bzw. in der Frage des Umgangs mit rechter und rassistischer Gewalt ist auch die als Volksverhetzung (§ 130 StGB) strafbewährte Holocaustleugnung einerseits sowie der Phänomenbereich der sogenannten Reichsbürger bzw. Selbstverwalter andererseits. Für Oberhausen ist dieser Zusammenhang nicht unerheblich, da sich hiesige Strafermittlungsbehörden und auch Gerichte seit einiger Zeit mit diesem Themenfeld konkret auseinandersetzen haben. Wesentlich sind hier etwa Strafermittlungsverfahren und Strafprozesse in Anklage gegen den Betreiber eines Internet-Blogs. Online veröffentlicht der Autor dort unter dem Titel „Ende der Lüge“ offene Briefe, Artikel, Stellungnahmen und Kommentare, die offensiv die Existenz von Holocaust und Shoah in Zweifel ziehen, die Rechtsstellung der Bundesrepublik Deutschland anzweifeln oder als Solidaritätsnoten an verurteilte Holocaust-Leugner_innen adressiert sind. Der Autor gilt dabei als bundesweit gut vernetzt in der extrem rechten Szene, etwa mit den Akteur_innen rund um den neonazistischen Treffpunkt „Reichshof“ im hessischen Schwarzenborn (Röpke 2017). Zu einem Prozesstermin gegen den Blogger vor dem Oberhausener Amtsgericht am 13. Juli 2017 kamen zur Unterstützung des Angeklagten etwa 15 Personen, darunter einschlägig bekannte aus dem Kreis aktuell aktiver Holocaustleugner_innen. Der in Oberhausen Angeklagte wurde im Juli 2017 in erster Instanz wegen Volksverhetzung in vier Fällen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt.⁶⁰ Auf seinem Blog inszenierte er sich als zu Unrecht Verurteilter, dessen Recht auf Meinungsfreiheit beschnitten worden sei.

⁵⁹ „Feuer an Tank von Asylheim in Oberhausen gelegt“. In: WAZ (16.1.2016), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/feuer-an-tank-vor-asylheim-in-oberhausen-gelegt-id11466898.html> (Zugriff 1.12.2018); „Gasflasche sollte vor Flüchtlingsheim in Oberhausen explodieren“. WAZ (2.2.2016), URL <https://www.derwesten.de/staedte/oberhausen/gasflasche-sollte-vor-fluechtlingsheim-in-oberhausen-explodieren-id11521509.html> (Zugriff 1.12.2018); Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW 2017a: 5.

⁶⁰ „Holocaust-Leugner aus Oberhausen erhält Bewährungsstrafe“. In: WAZ (13.7.2017), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/holocaust-leugner-aus-oberhausen-erhaelt-bewaehrungsstrafe-id211235729.html#community-anchor> (Zugriff 1.12.2018) sowie „Reichsbürger‘ leugnet den Holocaust“. In: Avanti O (September 2017), URL <https://iso-4-oberhausen.de/wp-content/uploads/2001/01/Ao-258-komp.pdf> (Zugriff 1.12.2018). Das Urteil ist aktuell (Dezember 2018) noch nicht rechtskräftig.

Beispiele aus 2018

Nach Auskunft der Landesregierung NRW sind für das erste Halbjahr 2018 für Oberhausen zusammen 19 politisch rechts motivierte Straftaten in die Statistiken des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes aufgenommen worden: Hierbei handelt es sich in 13 Fällen um Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen oder entsprechende Propaganda) sowie um 6 Volksverhetzungsdelikte.⁶¹ Für die zweite Jahreshälfte 2018 ist zu erwarten, dass weitere Fälle Eingang in die Statistik finden werden. Nach Eindruck des für Oberhausen zuständigen polizeilichen Staatsschutzes am Polizeipräsidium in Essen seien die Zahlen für das laufende Kalenderjahr bis Oktober 2018 im Vergleich zum Vorjahr „nicht signifikant verändert“, wobei die „überwiegende Anzahl der Delikte, ca. 90 Prozent, [...] Propaganda-Taten“⁶² seien.

Allein im Juli und August 2018 brachten Unbekannte wiederholt Hakenkreuz-Schmierereien rund um das vor allem von Die LINKE / LINKE Liste Oberhausen genutzte Linke Zentrum in der Innenstadt an.⁶³ Im August ‚kommentierten‘ Unbekannte einen Stolperstein, der erst im Februar 2018 zur Erinnerung an den Widerstandskämpfer Hermann Althoff am Martin-Heix-Platz verlegt worden war. Mit einem Filzschreiber hatte jemand auf das Gehweg-Pflaster das Wort „Lügenstein“ geschrieben, versehen mit zwei Pfeilen, die auf den Stolperstein deuteten.⁶⁴ Ebenfalls im August verfolgte nach Zeug_innenaussagen und Presseberichterstattung eine Gruppe von ca. 20 Personen eine kleine Gruppe von Aktiven des linken Studierendenverbandes SDS durch die Oberhausener Innenstadt und attackierten sie schließlich unter einschlägigen Beschimpfungen. Die Polizei Oberhausen ermittelte unmittelbar nach der Tat wegen Verdachts auch Körperverletzung, der Staatsschutz war in der Woche nach dem Angriff jedoch noch nicht einbezogen.⁶⁵ Die Fachberatungsstelle „Opferberatung Rheinland“ (OBR) listet das Geschilderte in ihrer „Chronik der Gewalt“ als rechten Angriff.⁶⁶

⁶¹ Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1319 vom 24. Juli 2018, LT NRW Drs. 17 / 3454 vom 22.8.2018.

⁶² „Polizei beobachtet rechten Rand genau“. In: WAZ (9.10.2018), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/polizei-beobachtet-rechten-rand-in-oberhausen-genau-id215512419.html#community-anchor> (Zugriff 1.12.2018).

⁶³ „Erneute Neonazi-Schmierereien am Linken Zentrum in Oberhausen“. In: Wochenanzeiger / lokalkompass.de (27.7.2018), URL: https://www.lokalkompass.de/oberhausen/c-politik/erneute-neonazi-schmierereien-am-linken-zentrum-oberhausen_a947835#gallery=default&pid=812133 (Zugriff 1.12.2018).

⁶⁴ „Stolperstein verunstaltet“. In: Wochenanzeiger Oberhausen (11.8.2018), dokumentiert auf der Homepage von „Demokratie leben! Oberhausen“ mit Blogeintrag vom 11.8.2018) unter URL <https://www.demokratie-leben-oberhausen.de/aktuelles?page=2> (Zugriff 1.12.2018).

⁶⁵ „RWO-Anhänger greifen SDS-Aktivisten in Oberhausen an“. In: WAZ (14.8.2018), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/rwo-anhaenger-greifen-sds-aktivisten-in-oberhausen-an-id215086691.html> (Zugriff 1.12.2018).

⁶⁶ <https://www.opferberatung-rheinland.de/chronik-der-gewalt/> (Zugriff 1.12.2018).

Problemaufriss und Perspektiven

Es ist davon auszugehen, dass die seit 2015 sprunghaft gestiegenen Zahlen rechter und rassistisch motivierter Straftaten auch in Oberhausen nicht in erheblichem Maße zurückgehen werden. Das Gewaltpotential ist nach wie vor bundesweit als hoch einzuschätzen, die Gefahr „von organisierten Neonazis und Rassisten oder von rassistischen Gelegenheits-täter*innen angegriffen zu werden“⁶⁷, ist nach jüngster Einschätzung des Dachverbandes der Fachberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt auch für Nordrhein-Westfalen insbesondere in den letzten Monaten seit August 2018 noch einmal deutlich gestiegen.

Wo rassistische Straßenproteste, wie etwa die Kundgebungen und „Spaziergänge“ von „Bürgern gegen Politikwahnsinn“, in der jüngeren Vergangenheit in Oberhausen nicht hatten Fuß fassen können, ist jedoch nicht vorhersehbar, ob sich diese Situation für Oberhausen nicht wieder ändern könnte. Dies ist ersichtlich in den Nachbarstädten Essen und Bottrop, in denen Rechtsaußen-Kundgebungen im Frühjahr 2018 größeren Zulauf hatten. Es bleibt festzuhalten, dass rechte und extrem rechte Parteien in der Vergangenheit in Oberhausen einen gewissen, wahrnehmbaren Kreis von Wählerinnen und Wählern für ihre Positionen haben einnehmen können. Entsprechende Ergebnisse bei den Kommunalwahlen 2020 sind zu erwarten.

Auch auf kommunaler Ebene ist eine Auseinandersetzung mit gegenwärtigen rechten, rechtsextremen oder Rechtsaußen-Strukturen und Akteur_innenkreisen, mit ihrer Gewaltbereitschaft, mit ihrem aktuellen Politikstil und ihrem Versuch, Meinungsbildungsprozesse zu polarisieren, notwendig. Sie ist wichtige Voraussetzung dafür, Maßnahmen zu ergreifen und Haltungen zu entwickeln, die einem Rechtsruck auch im lokalen Raum Einhalt gebieten. Die Ausgangslage – rechte und extrem rechte Akteur_innen und Strukturen und ihre Diskursräume – zu (er-)kennen, kann zielführende Prävention und Intervention gegen (extrem) rechte Haltungen und Handlungsspielräume auch und gerade vor Ort in den lokalen Zusammenhängen erleichtern. In einem Problemaufriss die Dimensionen, die für Oberhausen relevant sind, aufzuzeigen, ist entsprechend Ausgangspunkt dafür, zu lösungsorientierten Handlungsempfehlungen kommen zu können, die sich an den lokalen Bedarfen orientieren – auf Basis einer informierten Einschätzung zur aktuellen Situation.

⁶⁷ „Opferberatungsstellen registrieren ‚unerträgliches Ausmaß‘ rechter Gewalt seit Chemnitz“. Presseerklärung des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) e. V. (26.9.2018), URL <https://verband-brg.de/index.php/161-pe-vom-25-09-2018-opferberatungsstellen-registrieren-unertraegliches-ausmass-rechter-gewalt-seit-chemnitz> (Zugriff 1.12.2018).

2. Wahlergebnisse und sozialräumliche Betrachtung für Oberhausen

Neben der Darstellung, aktuellen Einschätzung und Einordnung lokaler Perspektiven auf die gegenwärtigen Entwicklungen extrem rechter Strukturen und Rechtsaußen-Akteur_innen ist es im Rahmen der Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Oberhausen nicht weniger wichtig, von der thematischen Engführung ein Stückweit zurückzutreten und den Blick auf die Lebensverhältnisse der Menschen in der Stadt zu richten. Dabei soll es im Folgenden zunächst darum gehen, fünf, von der jüngsten Sozialraumerhebung von 2017 als sogenannte Fokusquartiere benannte Sozialquartiere genauer zu beleuchten und nach den sozialen Herausforderungen – insbesondere den Ängsten und Realitäten von Armut und Armutsrisiko – zu fragen. Hier geht es darum, zu skizzieren, welche gegebenenfalls mehrfachen Problemlagen etwa für Menschen unterschiedlichen Alters oder unterschiedlicher familiärer Lebenszusammenhänge nachzuzeichnen sind. Ergänzt wird diese Synopse ausgewählter Aspekte der Sozialindices mit einer Übersicht zum Wähler_innen-Verhalten. Im Fokus auf die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl vom 24. September 2017 fasst die Kurzdarstellung in Kapitel 2.2. die Wahlentscheidungen der Wahlberechtigten bzw. Wählenden in 7 der insgesamt 29 Gemeindewahlbezirke Oberhausens zusammen, jeweils in getrennter Betrachtung.

Beide Beschreibungen – die der sozialräumlichen Situation einerseits, sowie die der Wahlentscheidungen zur Bundestagswahl 2017 andererseits – sind jedoch in der Zusammenschau nicht ohne Schwierigkeiten miteinander in Beziehung zu setzen. Denn die jeweiligen Raumschnitte der Sozialquartiere sind nicht mit einem oder mehreren benachbarten, zusammenliegenden Gemeindewahlbezirken identisch. Die zu betrachtenden Gebiete sind nicht deckungsgleich, die in Frage kommenden Gemeindewahlbezirke liegen nur in mehr oder weniger kleinen oder großen Teilen in den beschriebenen Sozialquartieren. Schlussfolgerungen, die die jeweiligen Wahlentscheidungen in den Gemeindewahlbezirken auf der einen Seite und die soziale Situation in den entsprechenden Sozialquartieren auf der anderen Seite miteinander ins Verhältnis setzen, sind auf Basis dieser unvergleichbaren Datengrundlage nicht möglich. Nichts desto trotz kann die Beschreibung der Wahlentscheidungen in den für die Sozialquartiere relevanten Gemeindewahlbezirke erste Deutungsmöglichkeiten liefern zur Verschränkung von Faktoren des sozialen Status der Menschen, die in den Gemeindewahlbezirken leben, und ihren jeweiligen Entscheidungen, als Wahlberechtigte dieser oder jener Partei ihre Stimme gegeben oder sich der Wahl enthalten zu haben.

2.1 Sozialräumliche Betrachtung

Die Analyse von sozialräumlichen Daten hat in den vergangenen Jahren in der Praxis und der (Sozial-)Wissenschaft an Bedeutung gewonnen und spielt auch bei der Formulierung von Handlungsempfehlungen sowie bei der Erarbeitung von kommunalen Handlungskonzepten eine Rolle. Durch sozialräumliche Analysen können mögliche Potenziale in Stadtteilen oder Stadtbezirken und damit Verbesserungsmöglichkeiten für die Lebens-Situationen der Bewohner_innen erkannt und gefördert werden. Zugleich schaffen sozialräumliche Analysen die Möglichkeit, (drohende) Problemlagen auf kleingliedriger Ebene identifizieren und beheben

bzw. vermeiden zu können (vgl. Spatscheck 2009: 37 f.). Des Weiteren können auf der Grundlage der Ergebnisse fachliche und politische Diskussionen in Gang gesetzt und Fachkonzepte erarbeitet und umgesetzt werden, etwa zur Verbesserung von Steuerungsaufgaben – beispielsweise von Angeboten im Sozialraum – oder zur Gestaltung des Wohngebietes sowie des fachlichen Handelns, insbesondere in politischen und sozialarbeiterischen Feldern (vgl. Spatscheck 2009: 38; Mardorf 2006: 126). Letztlich dienen Sozialraumanalysen der Information über Steuerungs- und Planungsvorhaben u. a. im sozialpolitischen Bereich. Zugleich können sie je nach analytischer Tiefenschärfe Begründungszusammenhänge veranschaulichen und Entscheidungen stützen (vgl.: Mardorf 2006: 46).

Auch die vorliegenden Handlungsempfehlungen und das daraus resultierende Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Oberhausen beziehen, soweit es ressourcenverwaltend möglich ist, die sozialräumliche Perspektive in die Analyse mit ein. Neben den obengenannten Nutzungsfaktoren spielen hierfür weitere Aspekte eine Rolle: Zum einen gründet das Handlungskonzept auf dem Anspruch, dass es nicht nur als theoretisches Gerüst und als Informationsquelle dienen soll, sondern einen Theorie-Praxis-Transfer herstellt, der durch sozialräumliche Daten gesteigert werden kann und einen Praxisbezug bietet (vgl. Spatscheck 2009: 39). Zum anderen zeigt die Analyse der Befragungen der Akteur_innen (Kapitel 3), dass es unter weiteren Faktoren vor allem strukturelle und individuelle soziale Problemlagen sind, die als eine der möglichen Ursachen von rechten und rassistischen Einstellungen und Handlungen in der (breiten) Bevölkerung angesehen werden.

Um hierzu gezielte Strategien zu entwickeln, mit deren Hilfe (extrem) rechten und rassistischen Einstellungen und Handlungen begegnet werden kann, ist die Einbeziehung sozialraumorientierter Perspektiven wichtig. Denn mithilfe einer sozialräumlichen Analyse können explizit jene Orte sichtbar gemacht werden, die besondere Schwerpunkte sozialer Ausgrenzungsstrukturen bergen, Orte an denen ein empfindlicher Anteil der Wohn- und Lebenszusammenhang-Bevölkerung von sozialen Ausgrenzungen betroffen ist. Um etwa dem Bedarf der für Oberhausen befragten Akteur_innen gerecht zu werden, Zielgruppenorientierte Angebot der Teilhabe oder der Bildungsarbeit zum Themenkontext „Demokratiebildung“ bzw. Angebote zur Prävention gegen (extrem) rechte Haltungen und rassistische Vorurteilmuster zu entwickeln, ist es wichtig, nach den Lebenszusammenhängen in den sozialen Räumen zu fragen (vgl.: Mardorf 2006: 126 ff.). Der enge Zusammenhang zwischen Sozial- bzw. Lebensräumen und subjektiven und strukturellen sozialen Problemlagen wird auch von den (Sozial-)Wissenschaften seit Jahren vertreten. Wie Marlo Riege es beschreibt, hängen

„Lebenschancen und -risiken (...) nicht zuletzt auch von den räumlichen Lebensbedingungen ab, und soziale Probleme werden in konkreten Räumen erfahren und sichtbar, sie können durch die räumliche Lebensumwelt verstärkt oder aufgefangen werden“ (Riege 2007: 376).

Weiter macht Silke Mardorf darauf aufmerksam, dass die Bedeutung des Sozialraums auch auf seiner Funktion als „Lern- und Sozialisationsraum“ (Mardorf 2006: 112) gründet und mit ihm eine Reihe von sozialisationsrelevanten Effekten verbunden sind. Zum einen führen diese zu einer materiell-physischen Benachteiligung, wie beispielsweise: durch die Abnahme der Qualität der sozialen und privaten Infrastruktur, durch Verwahrlosung öffentlicher Räume oder durch eine etwaige Isolation durch städtebauliche Barrieren. Zum anderen können symbolische Effekte Ungleichheiten verstärken, wenn etwa negative Etikettierungen von bestimmten Sozialräumen erfolgen oder Stigmatisierungsprozesse in Gang gesetzt werden (vgl. ebd.: 112 f.). Ergänzend hierzu stellt Detlev Baum fest, dass sich negative Quartiereffekte

gleichsam negativ auf die Bewohner_innen in ihren Alltagszusammenhängen und -Möglichkeiten auswirken können – etwa, wenn Selbstwirksamkeit vor allem im Zusammenhang mit destruktivem Verhalten sichtbar wird und es keine ausgleichenden positiv besetzten Momente gibt, die auf das eigene Handeln folgen. So kann eine negative Umgebung durchaus auch etwa Verhaltensformen fördern, die als (sozial) unangepasst wahrgenommen werden (vgl. Baum 2007: 146).

Dem folgend dient die vorliegende sozialräumliche Betrachtung auch dazu, einen ersten Ansatzpunkt aufzuzeigen, um zielgerichtete und praxisbezogene Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die sich an den individuellen Problemlagen und den (möglicherweise) daraus resultierenden Einstellungen der Bewohner_innen orientieren.

2.1.1 Konzeptionelle Hintergründe und ‚Analyseeinheiten‘

Trotz des „ungeheuren Boom“ (Mardorf 2006: 109) um Sozialraumanalysen und der Vielzahl der daraus resultierenden Berichte – wie Sozialstrukturberichte, integrierte Sozialberichte, Sozialhilfereporte, Armutsbericht etc. (vgl. ebd.: 46) – lassen sich bis heute die verwendeten Begrifflichkeiten nicht trennscharf voneinander abgrenzen. So ist der Begriff des Sozialraums facettenreich und wird je nach Schwerpunkt, Ansatz oder Forschungstradition unterschiedlich gedeutet und definiert. Zunächst sind zwei unterschiedliche, aber eng zusammenhängende Perspektiven bzw. Ansätze des Sozialraums zu unterscheiden, was als „Doppelstruktur“ (Deinet 2007: 113) verstanden werden kann. Auf der einen Seite steht die **materielle Struktur des Sozialraums**, die durch sozialstrukturelle Daten zur sozioökonomischen Situation (beispielsweise demografische und soziale Zusammensetzungen der Wohnbevölkerung, Familienstruktur, Bildungssituation) oder zur Wohnsituation und Bebauungsstruktur (beispielsweise zur Bausubstanz des Wohnungsbestandes oder zum Ausbau der Infrastruktur) etc. abgebildet wird. Hierdurch werden u. a. „materiell-objektive Rahmen- und Lebensbedingungen in einem sozialen Raum quantitativ und administrativ erfasst“ (Spatscheck 2009: 34).

Zurückgegriffen werden kann hierbei insbesondere auf die Daten des Statistischen Landesamts Nordrhein-Westfalen⁶⁸. Das Amt leistet wertvolle Arbeit und bietet umfangreiche Unterstützung bei Fragen zu Daten verschiedener Themen und auf unterschiedlichen Gliederungsebenen. Seine Grundlagenarbeit in der Datenerhebung – auf lokaler Ebene aber mehr noch die Arbeit des Bereiches Statistik der Stadt Oberhausen – bietet wichtige Ansatzpunkte auch für die Präventionsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus, weshalb künftige Analysen in diesem Themenfeld auf die Zusammenarbeit setzen und sie ausbauen sollten.

Auf der anderen Seite stehen interaktionsorientierte Ansätze, die den „**Lebensraum**“ (Deinet 2007: 115) untersuchen und die **Perspektiven der Bewohner_innen und der Akteur_innen** herausarbeiten. Im Zentrum stehen hier subjektive und qualitative Daten, die Einblicke in die individuellen Aneignungsräume sowie in die Bedeutungs- und Handlungszusammenhänge geben oder die qualitativen Lebenskontexte sichtbar machen können (vgl. Spatscheck 2009: 34, vgl.: Boettner 2007: 263, Mardorf 2006: 46).

⁶⁸ Siehe: IT.NRW – Statistik Landesamt Nordrhein-Westfalen, URL <https://www.it.nrw/statistik> (Zugriff 10.12.2018).

Im Rahmen der vorliegenden sozialräumlichen Betrachtung wird **der Fokus auf den objektiven, quantifizierbaren und strukturorientierten Ansatz** gelegt. Als **Kriterien** für diese Perspektive werden herangezogen:

- SGB-II-Quote
- Sozialgeldquote (SGB II U15)
- Grundsicherungsquote (SGB XII)
- Jugendarbeitslosigkeitsquote
- Zahl der Alleinerziehenden
- Zahl der Haushalte mit mehr als 2 Kinder
- Migrationsquote⁶⁹

Die Auswahl gründet dabei 1.) auf der Relevanz bestimmter empirisch-analytischer Faktoren, die von der Wissenschaft angeführt werden, um u. a. ökonomische oder soziale Profile in einem Sozialraum sowie die materielle Lage bzw. Bedürftigkeit der Bewohner_innen zu messen. Ebenso können hierauf basierend ‚Risikoeinschätzungen‘ vorgenommen werden. Hierzu werden u. a. die Indikatoren ‚Sozialhilfedichte‘ und ‚gemeldete jugendliche Arbeitslose‘ angeführt, die im Zusammenhang mit einer vorliegenden sozialen Benachteiligung bzw. Armut stehen können sowie die Indikatoren ‚alleinerziehende Eltern‘ und ‚Haushalte mit mehr als 2 Kindern‘, die Auskunft über die familiäre Situation geben können (vgl. Boettner 2007: 9). Des Weiteren werden 2.) die Annahmen der befragten Akteur_innen (Kapitel 3) einbezogen, die u. a. fordern, dass soziale und materielle Ungleichheiten generell ‚bekämpft‘ werden müssen. Neben der Herstellung von Gerechtigkeit könnte dies dazu führen, dass u. a. Wahrnehmungen von Perspektivlosigkeit und Neiddebatten, die u. a. rechte und rassistische Denk- und Handlungsmuster fördern, eine Milderung erfahren. Zuletzt spielen 3.) praktische Gründe eine Rolle, da zu den genannten Kriterien aktuelle Daten vorliegen und somit die Analysen ermöglicht werden (vgl. auch Boettner 2007: 265 ff., Mardorf 2006: S. 46 f.).

Des Weiteren unterscheiden sich sozialräumliche Analysen im Hinblick auf den zugrunde liegenden räumlichen Gegenstand, also den jeweiligen Raum. Auch hier werden von der Wissenschaft verschiedene ‚Analyseeinheiten‘ herangezogen, die diversen theoretischen oder praktischen Konzepten folgen. So können Stadtgebiete, Aktions- oder Wahrnehmungsräume abgebildet werden (vgl.: Riege 2007: 378 ff.). Die Grenzen zwischen den Sozialräumen verlaufen auf Bezirks- oder Stadtteilebene, auf der Ebene einzelner Wohnblocks, von Straßenzügen, Kiezen, Quartieren, Vierteln oder zwischen ganzen Dörfern oder Regionen (vgl.: Boettner 2007: 263, Riege 2007: 378). Dabei ist die stete Prämisse, dass Räume und Menschen fortwährend gegenseitig auf einander einwirken und sich beeinflussen. Dem Raum wird somit eine ‚soziale Qualität‘ zugeschrieben, die positiv oder negativ sein kann. In der Regel fokussieren Sozialraumanalysen das Ziel, Räume zu identifizieren und zu ‚erforschen‘, welche eine negative oder problematische ‚Raumqualität‘, oftmals in Bezug zu materiell-objektiven und / oder zu subjektiven Perspektiven der Bewohner_innen aufweisen. Denn eben hier folgen Sozialraumanalysen dem Anspruch, im Anschluss an Auswertung und Darstellung fördernde Impulse vorschlagen zu können, um die beschriebene Situation zu verändern (vgl.: Riege 2007: 378). Dieser Blickwinkel führt es jedoch mit sich, dass etwa populäre

⁶⁹ In der hier vorliegenden statistischen Erhebungspraxis werden Personen der „Migrationsquote“ hinzugerechnet, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind (vgl.: Stadt Oberhausen 2018: 3).

negative Etikettierungen von Sozialräumen sowohl von der Wissenschaft als auch durch die Praxis nicht nur beschrieben, sondern gleichsam auch ausgelöst werden können – wenn es etwa um ‚Problemgebiete‘, ‚benachteiligte Quartiere‘, ‚soziale Brennpunkte‘, ‚prekäre Wohnquartiere oder Stadtteile‘, ‚Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf‘ oder ‚Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf‘ geht. Ebenso werden die Themen ‚Segregation‘, ‚sozialräumliche Spaltung‘, ‚Exklusion‘, ‚Ghettobildung‘ oder ‚räumliche Polarisierung‘ in den Mittelpunkt gerückt (vgl.: Riege 2007, Mardorf 2006). Somit werden bei Sozialraumanalysen, wie oben beschrieben, Kriterien herangezogen, die Rückschlüsse auf ‚soziale Problemlagen‘ zulassen. Dem folgend werden in der vorliegenden Analyse eben solche Oberhausener Sozialräume betrachtet, die als **‚Sozialquartiere mit einem Förderungsbedarf‘** gelten, also als solche wahrgenommen werden. Dies sind die Sozialquartiere:

- Innenstadt
- Lirich-Süd
- Brücktorviertel
- Osterfeld Mitte / Vonderort
- Marienviertel-Ost

Die Auswahl gründet dabei auf aktuellen empirischen Daten zu den Oberhausener Stadtquartieren, die diese fünf von insgesamt 27 Sozialräumen – u. a. aufgrund der oben angeführten Kriterien – als ‚benachteiligte Quartiere‘ bzw. ‚Fokusquartiere‘ (s. u.) einstufen.⁷⁰

Zusammenfassend umfasst die vorliegende sozialräumliche Betrachtung eine deskriptive und überblickartige Darstellung der genannten fünf Quartiere anhand der aufgezählten sieben Kriterien.

2.1.2 Datengrundlage und Ergebnisse

Wie beschrieben, besteht die **Datengrundlage** der vorliegenden sozialräumlichen Betrachtung aus Daten und Zahlen des „Sozialberichts 2017“ der Stadt Oberhausen (vgl. Stadt Oberhausen 2018). Insgesamt stellt der Sozialbericht differenzierte und umfassende Angaben zu 27 Sozialquartieren vor. Zudem enthält er Berechnungen zu sogenannten Sozialindices. Um sie festzuhalten und zu beschreiben werden verschiedene Indikatoren herangezogen, die Personengruppen erfassen, die „mit höherer Wahrscheinlichkeit als andere in verschiedenen Lebensbereichen besondere Unterstützung benötigen und Benachteiligung erfahren“ (Stadt Oberhausen 2018: 16). Weiter wurden Statusklassen (hoch, mittel, niedrig und sehr niedrig) sowie Dynamikklassen (positiv, stabil und negativ) berechnet. Für die folgende Auswertung werden jene Sozialquartiere in den Blick genommen, die – im Hinblick auf die Statusklassen – einen niedrigen oder sehr niedrigen Wert aufweisen und somit zu den „Fokusquartieren“ (vgl. ebd.) zählen. Die Zugehörigkeit zu den Statusklassen steht in Verbindung mit kumulierten Problemlagen und einem daraus entsprechend abgeleiteten Unterstützungsbedarf für die

⁷⁰ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass auf Grundlage der im Sozialbericht 2017 ausgewiesenen und beschriebenen 27 Oberhausener Sozialquartiere Statistiker_innen der Stadt Oberhausen einige dieser Sozialquartiere gebündelt haben – zu insgesamt 24 Quartieren –, damit diese „eher dem Stadtteil-Lebensgefühl der Oberhausener entsprechen“ (Szymaniak / Kober 2018). Die Ergebnisse dieser Darstellung sind abrufbar unter der URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/stadtteil-statistik-das-ist-die-stadt-oberhausen-in-zahlen-id215876363.html? pwh=tFk46BOcLnJoclo18anCVg%3D%3D> (Zugriff 10.12.2018).

Bewohner_innen in dem Quartier.⁷¹ Von den 27 Sozialquartieren haben zwei Sozialräume eine ‚sehr niedrige Statusklasse‘: Lirich-Süd und Innenstadt. Drei weisen nach der Darstellung im Sozialindex eine ‚niedrige Statusklasse‘ auf: Brücktorviertel, Marienviertel-Ost und Osterfeld Mitte / Vonderort. Bevor die Daten der ausgewählten Kriterien (SGB-II-Quote; SGB II U15; Grundsicherungsquote: SGB XII; Jugendarbeitslosenquote; Alleinerziehend; Haushalte mit mehr als 2 Kindern und Migrationsquote) für die fünf Sozialquartiere dargestellt werden, sollen zur Kontextualisierung die entsprechenden Daten für die gesamte Stadt Oberhausen kurz vorgestellt werden.

Gesamtes Stadtgebiet von Oberhausen (ausgewählte Indikatoren)

Kernindikatoren	Ausprägungen
Einwohner_innen insgesamt	212.460
Einwohner_innen mit Migrationshintergrund ⁷²	27,1%
SGB-II-Empfänger_innen	17,0%
SGB-II-Empfänger_innen U15 Jahre	28,6%
Arbeitslose Jugendliche	5,1%
Empfänger_innen von Grundsicherung im Alter	3,9%
Alleinerziehende	25,7%
Familien mit mehr als zwei Kindern	11,8%

Quelle: Sozialbericht der Stadt Oberhausen 2018.

Die Stadt Oberhausen ist erkennbar noch vom Strukturwandel geprägt und befindet sich in finanziellen Problemlagen, was sich beispielsweise durch den erhöhten Bevölkerungsanteil von Personen, die Sozialhilfe beziehen, verdeutlicht und sich insgesamt auf die Kommune auswirkt. Die Stadt Oberhausen zählt mit ihren 212.460 Einwohner_innen (Stand 2016) und einer Fläche von knapp 77 km² zu einer der kleineren Städte im zentralen westlichen Ruhrgebiet. Dennoch sind die Probleme einer Großstadt – im Vergleich zum ländlichen Raum – erkennbar und der Anteil der Menschen, die an der Armutsgrenze leben, ist erhöht. Dies ist u. a. erkennbar an dem Anteil der Kinder- und Altersarmut. So lebte beispielsweise mehr als jedes vierte Kind unter 15 Jahren zum Ende des Jahres 2016 in einem einkommensschwachen Haushalt (vgl. Stadt Oberhausen 2018: 2 f.). Im Hinblick auf das Armutsrisiko ist allgemein festzustellen, dass vor allem Bevölkerungsgruppen ohne Erwerbstätigkeit, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie geringer-qualifizierte Personen betroffen sind (s. u.). Bezogen auf das Gebiet von Oberhausen ergibt sich Ende Dezember 2016 eine Arbeitslosenquote von knapp 11 Prozent (im Vergleich: 7,4 Prozent als Durchschnittswert für Nordrhein-Westfalen), wobei das Problem u. a. dadurch verschärft wird, dass hier annähernd die Hälfte der Personen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen ist. Daneben gibt es rund 26 Prozent Haushalte von Alleinerziehenden (im Vergleich zu

⁷¹ Die Quartiere, die aufgrund einer mittleren oder negativen Dynamikkategorie zu den „Fokusquartieren“ gehören, werden im Weiteren nicht einbezogen.

⁷² Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist (Stadt Oberhausen 2018: 3).

Nordrhein-Westfalen: 18 Prozent). Zuletzt liegt der Anteil von Einwohner_innen mit Migrationsgeschichte mit rund 27 Prozent leicht über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt von 26 Prozent. Dies spiegelt durchaus die nach wie vor traditionelle Geschichte des Ruhrgebietes als Zielregion von Zuwanderung wider.

Schließlich bleibt festzuhalten, dass es deutliche Anzeichen für eine verstärkte Segregation im gesamten Oberhausener Stadtgebiet gibt. Hier wird sichtbar, dass der Anteil von Menschen mit armutsbedingten Problemlagen in einigen Quartieren besonders hoch ist.

Ausgewählte Sozialquartiere (ausgewählte Indikatoren für die ‚Fokusquartiere‘: Innenstadt, Lirich-Süd, Brücktorviertel, Osterfeld Mitte / Vonderort, Marientalviertel-Ost)

Sozialquartier / Kernindikatoren	Innenstadt	Lirich-Süd	Brücktorviertel	Osterfeld Mitte / Vonderort	Marientalviertel-Ost
Einwohner_innen	13.860	8.180	4.951	10.575	3.774
Personen U15 Jahre	16%	17%	14%	15%	15%
Personen zwischen 15	12%	12%	12%	12%	12%
Personen zwischen 25 und U65 Jahre	54%	53%	57%	54%	56%
Personen ab 65 Jahren	18%	18%	17%	19%	18%
Personen mit Migrationshintergrund	49,9%	46,0%	33,9%	41,2%	36,4%
SGB-II-Empfänger_innen	36,3%	34,2%	29,3%	27,6%	26,9%
SGB-II-Empfänger_innen U15 Jahre	55,8%	54,9%	43,2%	45,2%	43,1%
Arbeitslose	9,4%	7,3%	8,9%	6,8%	7,9%
Empfänger_innen von SB-XII	8,9%	8,4%	7,7%	7,2%	5,7%
Alleinerziehende	35,8%	32,5%	36,8%	29,6%	30,9%
mehr als 2 Kinder	20,9%	21,1%	15,3%	16,4%	17,9%

Quelle: Sozialbericht der Stadt Oberhausen 2018.

Betrachtet man die Daten der ausgewählten fünf Sozialräume, weisen diese deutlich auf prekäre ökonomische Lebensbedingungen sowie auf ein verstärktes Segregationsaufkommen hin. Alleine innerhalb der fünf ausgewählten Sozialräume leben 41.340 Menschen in sogenannten ‚Fokusquartieren‘, deren Bewohner_innenschaft mit erhöhter Wahrscheinlichkeit benachteiligt werden und besondere Unterstützung benötigen. Hiervon sind jeweils 14 bis 17 Prozent der Kinder unter 15 Jahren, 12 Prozent der Jugendlichen im Alter bis 25 Jahre, 53 bis

57 Prozent der Personen im mittleren Alter und 17 bis 19 Prozent der Personen über 65 Jahre betroffen.

Untersucht man zunächst die vorliegenden sozialen Benachteiligungen im Hinblick auf ökonomische Aspekte und Armut bzw. auf das Risiko, von Armut betroffen zu sein, zum einen mit Blick auf die Indikatoren der SGB-Leistungen und zum anderen zu Aussagen zum Anteil der Jugendarbeitslosigkeit, werden vermehrt prekäre Lebenslagen deutlich. Zunächst gibt die **SGB-II-Quote**⁷³ Auskunft darüber, wie stark die jeweils betrachteten Bevölkerungsgruppen von Hilfsbedürftigkeit aufgrund von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Im gesamten Gebiet von Oberhausen trifft dies auf 17 Prozent der Personen zu und in Bezug hierzu zeigen alle fünf Quartiere erhöhte Quoten. Insbesondere in der Innenstadt (36,3 Prozent) und in Lirich-Süd (34,2 Prozent) liegt der Wert über dem stadtweiten Durchschnitt. Im Brücktorviertel (29,3 Prozent), in Osterfeld Mitte / Vonderort (27,6 Prozent) und Marienviertel-Ost (29,9 Prozent) liegt die SGB-II-Quote auf einem jeweils etwas niedrigeren Niveau, oberhalb des stadtweiten Durchschnitts.

Wenn man sich weiter speziell das Ausmaß der Kinderarmut, anhand der **SGB-II-Empfänger_innen unter 15 Jahren**⁷⁴ ansieht, ist zu erkennen, dass diese Werte insgesamt auf einem hohen Niveau liegen. So sind Oberhausen-weit ca. 29 Prozent der unter 15-Jährigen Personen auf Transferleistungen angewiesen. Auch dieser Trend ist in den jeweiligen Quartieren zu erkennen und potenziert sich darüber hinaus noch. So leben in der Innenstadt und in Lirich-Süd über 50 Prozent der Kinder in Armut (Innenstadt: 55,8 Prozent und Lirich-Süd 54,9 Prozent) und in den weiteren ausgewählten Quartieren jeweils über 40 Prozent (Osterfeld Mitte / Vonderort 45,2 Prozent, Brücktorviertel 43,2 Prozent und Marienviertel-Ost 43,1 Prozent).

Im Gegensatz zu dem erhöhten Vorkommen an Kinderarmut deuten die Daten zur Altersarmut, stadtweit sowie in den fünf Quartieren, durch einen geringeren Wert auf ein niedrigeres Armutsrisiko hin. Heranzuziehen ist hierbei der Indikator **SGB-XII-Empfänger_innen**⁷⁵ (Grundsicherung im Alter). In den Quartieren Innenstadt (8,9 Prozent), Lirich-Süd (8,4 Prozent), Brücktorviertel (7,7 Prozent), Osterfeld Mitte / Vonderort (7,2 Prozent) und Marienviertel-Ost (5,7 Prozent) sind ähnliche Werte abzulesen, die jedoch jeweils über dem stadtweiten Durchschnitt von knapp 4 Prozent liegen.

Weiter kann der Indikator der **„Arbeitslosen Jugendlichen“**⁷⁶ betrachtet werden, um das Armutsrisiko darzustellen, da auch bei dieser Gruppe davon ausgegangen wird, dass Menschen, die ihr zugerechnet werden, unter prekären Lebensbedingungen leben und (auch perspektivisch) besonderen Unterstützungsbedarf haben. Zu erkennen ist, dass alle fünf Quartiere einen höheren Wert aufweisen als der stadtweite Trend von knapp 5 Prozent. So sind in der Innenstadt und im Brücktorviertel jeweils annähernd 9 Prozent, in Marienviertel-

⁷³ Anteil der Leistungsberechtigten und Kinder ohne Leistungsanspruch SGB II in % der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren (Stadt Oberhausen 2018: 17).

⁷⁴ Anteil der Leistungsberechtigten und Kinder ohne Leistungsanspruch SGB II unter 15 Jahren in % der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren (Stadt Oberhausen 2018: 17).

⁷⁵ Anteil der Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter in % der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter (außerhalb von Heimen) (Stadt Oberhausen 2018: 17).

⁷⁶ Anteil der Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren in % der altersgleichen Bevölkerung (Stadt Oberhausen 2018: 17).

Ost rund 8 Prozent und in Lirich-Süd und Osterfeld Mitte / Vonderort jeweils ungefähr 7 Prozent Jugendliche und junge Erwachsenen erwerbslos.

Des Weiteren können Auskünfte zur **familiären Situation** einen Hinweis auf vorliegende prekäre Lebensbedingungen geben bzw. eine begründete Annahme zu der Einschätzung rechtfertigen, dass die familiären Wohn- und Lebenskontexte in Bezug zu einem erhöhten Armutsrisiko zu setzen sind (vgl. MAGS NRW, zitiert nach Stadt Oberhausen 2018). Hierzu können die Indikatoren ‚Alleinerziehende Eltern‘⁷⁷ und der ‚Anteil der Haushalte mit mehr als 2 Kindern‘⁷⁸ herangezogen werden.

Zunächst zeigt der Blick auf die **Zahlen der Alleinerziehenden**, dass diese im gesamten Gebiet von Oberhausen bei annähernd 26 Prozent liegen. Im Vergleich hierzu sind die Werte in allen fünf Quartieren höher, in jeweils unterschiedlichem Maße. Im Brücktorviertel liegt der Wert mit knapp 37 Prozent am höchsten, danach kommen der Innenstadt-Bereich mit ungefähr 36 Prozent und Lirich-Süd mit annähernd 33 Prozent sowie Marienviertel-Ost mit knapp 31 Prozent und schließlich Osterfeld Mitte / Vonderort mit rund 30 Prozent der Bevölkerungsgruppe der Alleinerziehenden.

Im Hinblick auf **die Haushalte mit mehr als zwei Kindern** zeigt sich, dass diese in Lirich-Süd und in der Innenstadt mit annähernd 21 Prozent, in Marienviertel-Ost mit knapp 18 Prozent, in Osterfeld Mitte / Vonderort mit rund 16 Prozent und im Brücktorviertel mit knapp 15 Prozent jeweils oberhalb des stadtweiten Durchschnitts (11,8 Prozent) liegen.

Betrachtet man darüber hinaus den Anteil der **Menschen mit Migrationshintergrund**,⁷⁹ so wird deutlich, dass auch dieser in allen fünf Quartieren über dem stadtweiten Durchschnitt von knapp 27 Prozent liegt. Besonders hoch ist der Anteil in der Innenstadt (49,9 Prozent) sowie in Lirich-Süd (46 Prozent) und Osterfeld Mitte / Vonderort (41,2 Prozent), wobei auch im Brücktorviertel (33,9 Prozent) und im Marienviertel-Ost (36,4 Prozent) der Anteil jeweils über 30 Prozent liegt.

Die im Rahmen der Erarbeitung des kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus durchgeführte Befragung von Akteurinnen und Akteuren (Kapitel 3) hat gezeigt, dass aus der Perspektive der Befragten insbesondere die Gruppe der Menschen mit Fluchterfahrung, die etwa im Rahmen begrenzender Wohnsitzauflagen in Oberhausen leben, wichtig sind für das Themenfeld, da sie in besonderem Maße von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sein können. Und auch die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit für die Themen Migration und Integration ist gegenwärtig insgesamt groß, insbesondere im Hinblick auf die Menschen, die im **Zuge der Zwangsmigration seit 2015** etwa nach Oberhausen gekommen sind. Neben der reinen Beschreibung der statistisch valide hinterlegten Situation vor Ort ist darum diesem Punkt an dieser Stelle auch eine forschungsbasierte Einschätzung beiseite gestellt.

⁷⁷ Anteil der Haushalte von Alleinerziehenden in % aller Haushalte mit Kindern. (Stadt Oberhausen 2018: 17)

⁷⁸ Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern in % aller Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren (Stadt Oberhausen 2018: 17).

⁷⁹ Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in % der altersgleichen Gesamtbevölkerung. (Stadt Oberhausen 2018: 17).

Am 1. April 2018 lebten 1.440 Personen in Oberhausen, die Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bezogen haben. Hiervon lebten zu diesem Zeitpunkt 492 Personen in Gemeinschaftsunterkünften. Neben diesen 492 Personen lebten weitere 125 Personen, die sich im Leistungsbezug des SGB II befanden, sowie 40 Personen, die nur vorübergehend in den Unterkünften lebten und in der Regel nach dem SGB XII versorgt wurden oder über eigenes Einkommen verfügten, in Gemeinschaftsunterkünften. In Oberhausen gab es im April 2018 acht Gemeinschaftsunterkünfte, die sich auf die Stadtteile: Sterkrade (2), Holten (1), Osterfeld (1), Lirich (2), Schmachtdorf (1) und Stadtmitte (1) verteilten. Bezieht man diese Informationen auf die hier betrachteten fünf Quartiere, lassen sich keine größeren Überschneidungen aufzeigen bzw. ableiten. So wurden in dem hier betrachteten Sozialraum ‚Innenstadt‘ nur einzelne Wohnungen mit insgesamt geringen Kapazitäten für Menschen mit Fluchtgeschichte als vorübergehende Unterkünfte zur Verfügung gestellt (Stadt Oberhausen 2018: 41). In dem hier analysierten Raum von ‚Lirich-Süd‘ gibt es keine Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende (ebd.: 45). Im Quartier ‚Marienviertel-Ost‘ gab es zwar keine Gemeinschaftsunterkünfte, aber ein Anteil von rund 5 Prozent von Menschen mit Fluchtgeschichte hat hier einen festen Wohnraum und trägt zu dem Bevölkerungszug bei (ebd.: 49). Ebenso bedingte der Anteil von knapp 3 Prozent von Menschen mit Fluchtgeschichte auf dem regulären Wohnungsmarkt das Wanderungssaldo im Sozialquartier Osterfeld Mitte / Vonderort, wo wiederum keine Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet wurden (ebd.: 53). Für das Brücktorviertel sind im Hinblick auf den Zuzug von Menschen mit Fluchtgeschichte anhand der vorliegenden Daten keine Aussagen möglich.

Zusammenfassend zeigt sich insgesamt, dass der vorliegende Blick auf die Anzahl der Menschen mit Fluchtgeschichte, die in den untersuchten Sozialquartieren leben, keine Aussagen zum Zusammenhang der sozialen Gesamtsituation in den jeweiligen Quartieren gestatten.

Insgesamt ist zu den herangezogenen Indikatoren zu betonen, dass insbesondere bei den Bevölkerungsgruppen mit den Merkmalen ‚Alleinerziehende‘, ‚Familien mit mehr als zwei Kindern‘ oder ‚Migrationsgeschichte‘ nicht die Merkmale an sich den Zusammenhang mit prekären Lebensbedingungen herstellen, sondern die damit verbundenen strukturellen, institutionellen sowie persönlichen Abwertungs- und Ausgrenzungspraxen und das erhöhte Armutsrisiko. So kann es beispielsweise für Alleinerziehende aufgrund der Betreuungssituation problematisch sein, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, die die Lebenshaltungskosten decken kann. Für die Gruppe der Menschen mit Migrationsgeschichte etwa kann ein größeres Armutsrisiko vermutet werden, da sie weitaus seltener von positiven Entwicklungen auf Wirtschafts- oder Arbeitsmärkten profitieren können (vgl.: MAGS NRW, zitiert nach Stadt Oberhausen 2018: 5), im Bildungssystem überproportional häufiger strukturell benachteiligt werden und ihnen insgesamt eine reale Chancengleichheit nicht zugänglich ist (vgl. Stadt Oberhausen 2018: 20). Bei der Gruppe der Personen mit Zuwanderungsgeschichte kann zudem davon ausgegangen werden, dass sie einen erhöhten bzw. komplexeren Unterstützungsbedarf in der ‚neuen‘ Umgebung haben.

Aktuelle Untersuchungen⁸⁰ verdeutlichen, dass beispielsweise für die Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchterfahrung erstens intensivere begleitete Zugangsprozesse zu potenziellen Hilfe- und Unterstützungsangeboten initiiert werden müssen, um etwa Lücken zum Kenntnisstand über Wohlfahrtssystem und Angebote vor Ort zu überbrücken. Zudem ist bei der Gruppe zu beachten, dass den jeweils konkreten Biographien, Erfahrungen, Ressourcen und individuellen Zielsetzungen der Personen Rechnung getragen werden sollte. Zuletzt sind auch die Unterstützungsangebote selbst vor dem Hintergrund der gegenwärtigen institutionellen und gesellschaftlichen Situationen und Bedingungen (etwa Integrationsanforderungen, rechtlichen Rahmenbedingungen, Aufenthaltstiteln oder verschiedenen politische Steuerungsinstrumente wie Familiennachzug oder Erwerbserlaubnis) zu konzipieren. Hierzu sind ggf. von Seiten der Akteur_innen, die in den jeweiligen Sozialräumen Hilfeangebote durchführen, erhöhte personelle oder zeitliche Ressourcen notwendig.

Abschließend sei darauf verwiesen, dass die betrachteten Indikatoren – SGB-II-Quote, Grundsicherungsquote, Jugendarbeitslosigkeitsquote, Anteil der Haushalte von Alleinerziehenden, Anteil der Haushalte mit mehr als 2 Kindern und Migrationsquote – immer auch im Zusammenhang gesehen werden sollten und sich gegenseitig bedingen können, so dass es bei den betroffenen Personen oftmals zu Überschneidungen der Indikatoren kommt. Eben das kann in der Regel zu einer Potenzierung von ökonomischen und sozial prekären Lebensbedingungen und zu Armutsrisiken, klare Voraussetzung für intersektionelle Diskriminierung und vielschichtig bedingte Ausgrenzungsmechanismen, führen.

2.2 Wahlergebnisse in den Gemeindewahlbezirken der Sozialquartiere

Mit den als Sozialquartiere zugeschnittenen Gebieten Innenstadt, Lirich-Süd, Brücktorviertel, Osterfeld Mitte / Vonderort und Marienviertel-Ost wurden in der Indizierung sozialräumlicher Daten auf Quartiersebene fünf von insgesamt 27 Sozialräumen als ‚benachteiligte Quartiere‘ oder auch ‚Fokusquartiere‘ eingestuft. Die vorstehende Schilderung hat nachvollzogen, auf Basis welcher Kriterien diese Einordnung erfolgte, welchen Stellenwert sie im Zusammenspiel in den einzelnen Quartieren haben und welche Hinweise sich für eine Problem- und Zustandsanalyse aufschlüsseln lassen können, wenn es um Förderbedarfe zur Milderung sozialer Ungleichheit, zur Auflösung oder Abschwächung von Segregationstendenzen oder um passgenaue Hilfeangebote für von Armut betroffene oder bedrohte Menschengen.

Angeregt von der in der Sozial- und Politikwissenschaft fortlaufend diskutierten Theoriebildung (u. a. Schönfelder 2008), nach der der soziale Status – absolut oder relativ – ein wichtiger Faktor für die Art und Weise ist, wie Menschen sich etwa im Rahmen politischer Willensbildungsprozesse an der Gestaltung von Gesellschaft beteiligen (möchten), werden eben diese fünf Sozialräume zum Ausgangspunkt der nachstehenden Betrachtung der letzten Wahlergebnisse vor Ort. Sie bringt für sieben Gemeindewahlbezirke, die in den Kernbereichen der beschriebenen fünf Sozialquartiere liegen, Daten zu Wahlberechtigtenzahlen,

⁸⁰ Vgl. hierzu: Scholten, Lisa / Jepkens, Katja / Deinet, Ulrich / van Rießen, Anne (i. E. 2019): Raumerleben junger Geflüchteter. Ergebnisse sozialräumlicher Forschung, Düsseldorf: FGW sowie: van Rießen, Anne / Jepkens, Katja / Scholten, Lisa (i. E. 2019): Raumerleben junger Geflüchteter. Handlungsempfehlungen für die Praxis der Sozialen Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchthintergrund, Düsseldorf: FGW.

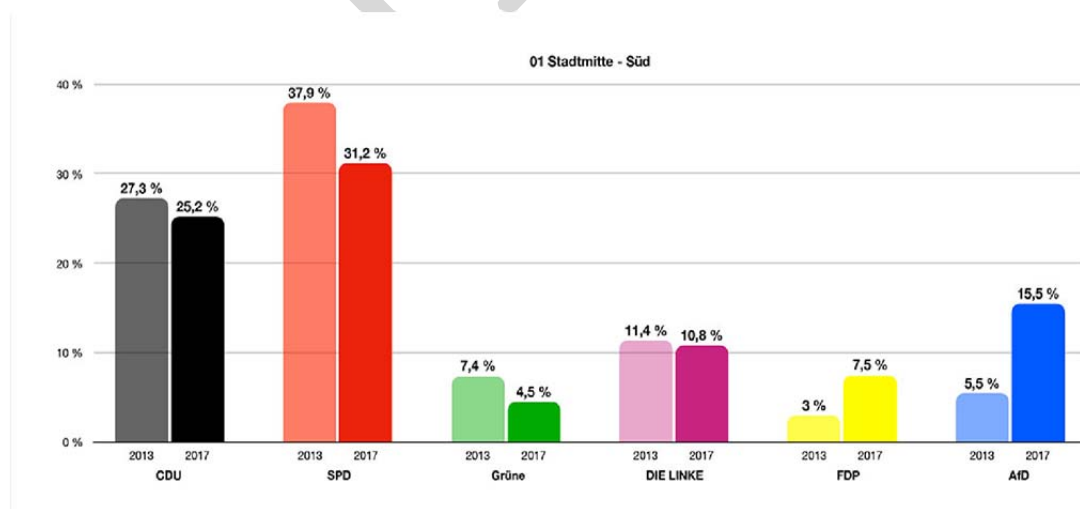
Wahlbeteiligung und Wahlentscheidungen zusammen, jeweils im Fokus auf die Bundestagswahl vom 24. September 2017 und kontrastiert mit den jeweiligen Vergleichszahlen zur zurückliegenden Wahl zum Deutschen Bundestag vom 22. September 2013. Damit ergänzt die vorliegende Beschreibung der Wahldaten in den ausgewählten Gemeindewahlbezirken die Perspektive auf die relevanten Sozialräume um erste Eindrücke zum Charakter der beschriebenen Quartiere als Sozialräume, in denen Menschen in ihren jeweiligen Lebens- und Sozialzusammenhängen politische Teilhabe gestalten und mit ihren Wahlentscheidungen (oder Enthaltungen) Position zu der Frage beziehen, durch wen sie ihre Anliegen als Bürgerinnen und Bürger in den Organen der parlamentarischen Demokratie vertreten wissen wollen – oder auf eine Wahlbeteiligung verzichten.

2.2.1 Wahlergebnisse im Sozialquartier Innenstadt

Im Zuschnitt des Sozialquartiers Innenstadt liegen zwei Wahlbezirke: die Gemeindewahlbezirke 01 Stadtmitte-Süd und 02 Stadtmitte-Nord. Der nördliche Gemeindewahlbezirk 02 liegt jedoch nur mit gut 1/3 seiner Gemeindewahlbezirksfläche im Sozialquartier Innenstadt, mit den Straßenzügen südlich der Poststraße bzw. Danzigerstraße bis zu seiner westlichen ‚Begrenzung‘ durch die Mülheimer Straße. Der Gemeindewahlbezirk 01 hingegen liegt zu 100 Prozent seiner Gebietsfläche im Sozialquartier Innenstadt.

1 Gemeindewahlbezirk Stadtmitte-Süd

Im Gemeindewahlbezirk Stadtmitte-Süd wohnten im Sommer 2017 4.751 Menschen im Alter von 18 Jahren aufwärts, die am 24. September 2017 zur Wahl des 19. Deutschen Bundestages gehen konnten – etwas weniger als die Hälfte davon Frauen.⁸¹ Wählen gingen im September 2017 2.869 Bürgerinnen und Bürger, das sind **60,4 Prozent der Wahlberechtigten in Stadtmitte Süd**. Damit liegt der Gemeindewahlbezirk 01 in seiner Wahlbeteiligungsquote zur Bundestagswahl 2017 weit unter dem Durchschnitt von stadtweit 72 Prozent – mehr noch:



Wahlergebnisse der Parteien über 3 Prozent in 01 Stadtmitte-Süd zur Bundestagswahl 2017 (und 2013)

Quelle: Stadt Oberhausen 2017.

⁸¹ Bundestagswahl 2017 – Wahlberechtigte, Wähler/-innen, Wahlbeteiligung in % nach Gemeindewahlbezirken, Stand 24.9.2017, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik; Einwohnerbestand mit Gebietsgliederung – Anzahl Einwohner/innen nach Altersjahren, Kommunalwahlbezirk und Geschlecht, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik.

Stadtmitte-Süd ist der Gemeindewahlbezirk, in dem die **zweitniedrigste Wahlbeteiligungsquote überhaupt** zu verzeichnen ist. Niedriger ist sie nur in Lirich-Süd. Im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl von 2013 hat sich in Stadtmitte-Süd an der Wahlbeteiligung wenig verändert (+1 Prozent).

Die meisten Wähler_innen entschieden sich in Stadtmitte-Süd für die SPD (31,2 Prozent = 874). Sie blieb damit unter ihrem Durchschnitt von 33,4 Prozent für ganz Oberhausen. Die CDU erhielt mit 712 Wähler_innenstimmen leicht unterdurchschnittliche 25,2 Prozent (stadtweit 26 Prozent). Drittstärkste Partei wurde mit 15,6 Prozent (= 440) der Stimmen die AfD, die damit im Gemeindewahlbezirk Stadtmitte-Süd ihr viertstärkstes Ergebnis in Oberhausen erzielte (bei durchschnittlich 13,1 Prozent stadtweit). 304 Stimmen bekam Die LINKE und erhielt damit 10,8 Prozent, ein überdurchschnittliches Ergebnis (stadtweit 8,3 Prozent). Die FDP gewann mit 213 Stimmen 7,5 Prozent, eines der schlechtesten Ergebnisse für die FDP stadtweit (9,5 Prozent durchschnittlich). Bündnis 90 / Die Grünen konnten mit 127 Stimmen 4,5 Prozent auf sich vereinen, lagen damit in Stadtmitte-Süd 0,7 Prozentpunkte unter ihrem stadtweiten Durchschnittsergebnis.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 haben vier der sechs aufgeführten Parteien Stimmen verloren: Am deutlichsten die SPD (-248 Stimmen = -6,7 Prozent), gefolgt von CDU (-104 = -2,1 Prozent), Bündnis 90 / Die Grünen (-93 = -2,9 Prozent) und Die LINKE (-37 = -0,8 Prozent). Die FDP legte 2017 um 110 Stimmen zu (+4,5 Prozent), die AfD gewann mit 277 Stimmen Zugewinn im Gemeindewahlbezirk Stadtmitte-Süd ein Mehr an 10 Prozentpunkten im Vergleich zur Bundestagswahl 2013.⁸²

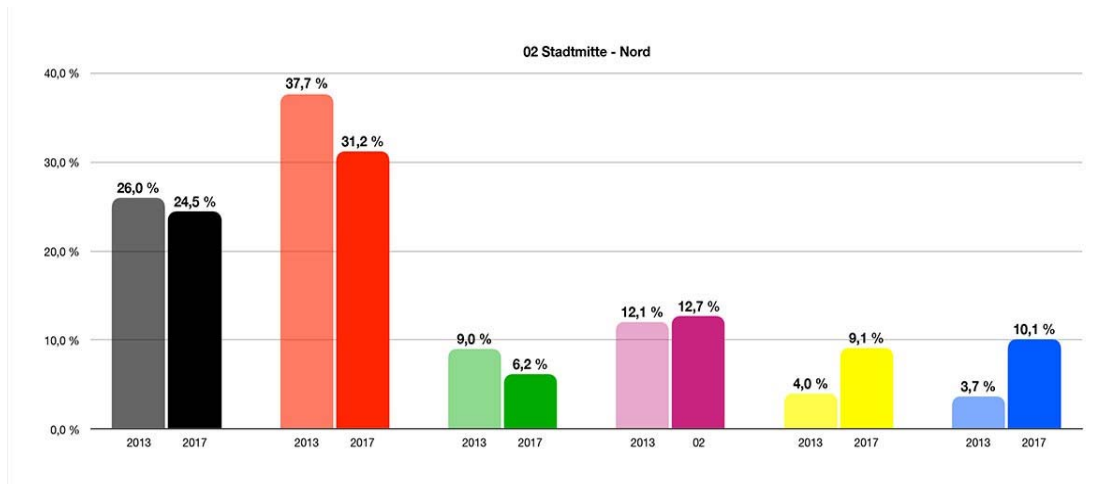
2 Gemeindewahlbezirk Stadtmitte-Nord

Mit einer um knapp 9 Prozent **unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung** brachten sich die Wahlberechtigten im Gemeindewahlbezirk Stadtmitte-Nord bei der Bundestagswahl mit ihrer Stimmabgabe 2017 ein. 2.843 der 4.520 Wahlberechtigten (darunter knapp 220 mehr Männer als Frauen) gaben am 24. September 2017 ihre Stimme ab.⁸³ In Stadtmitte-Nord gingen damit 62,9 Prozent der Wahlberechtigten wählen.

Wie in Stadtmitte-Süd wurde die SPD im nördlichen Nachbarwahlbezirk stärkste Partei, mit exakt gleichen 31,2 Prozent und 874 Wählerinnen und Wählern. Die CDU lag in Stadtmitte-Nord geringfügig unter ihrem Ergebnis aus Stadtmitte-Süd, bekam mit 686 Wähler_innenstimmen 24,5 Prozent. Die LINKE schnitt mit 12,7 Prozent (356 Stimmen) überdurchschnittlich ab (stadtweit 8,2 Prozent), erzielte in Stadtmitte-Nord damit ihr bestes Ergebnis für Oberhausen. Auch konnte sie im Vergleich zu ihrem Ergebnis für Stadtmitte-Süd in Stadtmitte-Nord um knapp 2 Prozent mehr gewinnen. Auch Bündnis 90 / Die Grünen waren in Stadtmitte-Nord stärker (6,2 Prozent = 174 Stimmen) als in Stadtmitte-Süd, ebenso wie die FDP, die im nördlichen Innenstadt-Bezirk knapp 2 Prozent mehr Stimmen bekam, als im südlichen Stadtmitte-Bezirk (9,1 Prozent bei 255 Stimmen). Damit kratzte die FDP in Stadtmitte-Nord an ihrem stadtweiten Durchschnitt von 9,5 Prozent. Im Vergleich der beiden Gemeindewahlbezirke Stadtmitte-Süd und Stadtmitte Nord bekam nur die AfD im nördlichen

⁸² Soweit nicht anders gekennzeichnet sind alle Daten entnommen aus: Stadt Oberhausen 2017.

⁸³ Bundestagswahl 2017 – Wahlberechtigte, Wähler/-innen, Wahlbeteiligung in % nach Gemeindewahlbezirken, Stand 24.9.2017, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik; Einwohnerbestand mit Gebietsgliederung – Anzahl Einwohner/innen nach Altersjahren, Kommunalwahlbezirk und Geschlecht, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik.



Wahlergebnisse der Parteien über 3 Prozent in 02 Stadtmitte-Nord zur Bundestagswahl 2017 (und 2013)
Quelle: Stadt Oberhausen 2017.

Innenstadtbezirk schlechtere Ergebnisse als im südlichen Nachbarbezirk: Mit 10,1 Prozent und 284 Wählerinnen und Wählern erhielt sie 5,4 Prozent weniger als in Stadtmitte-Süd, blieb damit 3 Prozentpunkte unter ihrem stadtweiten Durchschnitt.

2.2.2 Wahlergebnisse im Sozialquartier Lirich-Süd

Das Sozialquartier Lirich-Süd umfasst in seinem größten Teil den Gemeindewahlbezirk 12 Lirich-Süd vollständig. In den südlichen Teil des Sozialquartiers ragt der Gemeindewahlbezirk 11 Alstaden-Nord hinein, mit nur wenigen Straßenzügen nördlich der Parallelstraße bzw. Bahntrasse (begrenzt von der Ruprechtstraße, Weberstraße, Luisenstraße und Allee-straße). Die im gesamten Gemeindewahlbezirk 11 Alstaden-Nord dichte Wohnbebauungsquote ist auch in diesem kleinen Teil, der dem Sozialquartier Lirich-Süd zugeordnet wurde, hoch.

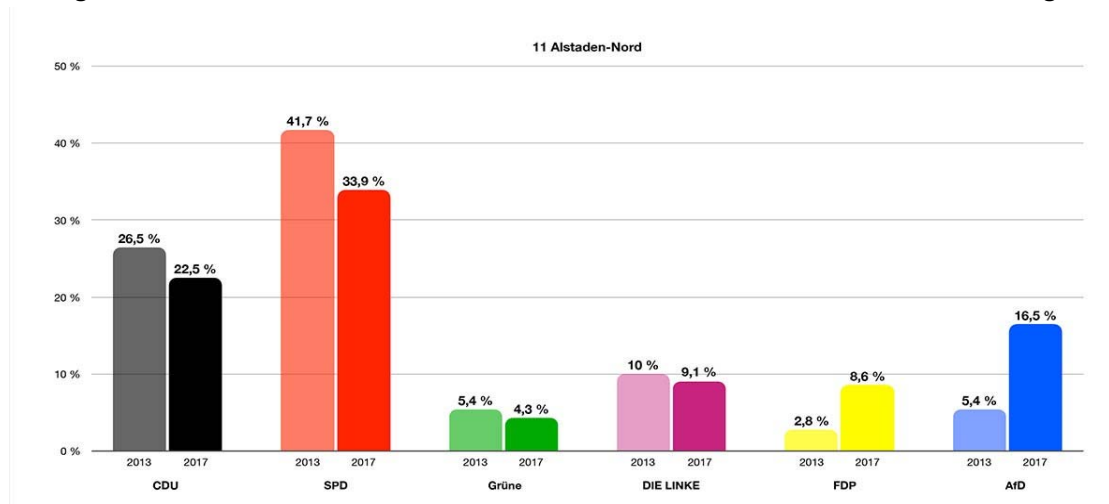
11 Gemeindewahlbezirk Alstaden-Nord

Merklich höher als im westlich angrenzenden Gemeindewahlbezirk 01 Stadtmitte-Süd lag 2017 die Wahlbeteiligung im Gemeindewahlbezirk Alstaden-Nord. Von 4.120 Wahlberechtigten gingen 2.795 Bürgerinnen und Bürger am 24.9.2017 zur Wahl.⁸⁴ Mit **67,8 Prozent** lag die **Wahlbeteiligung** damit zwar im Vergleich aller 29 Gemeindewahlbezirke im unteren Drittel und 4,2 Prozentpunkte unter dem stadtweiten Durchschnitt. Im Vergleich zum Bundestagswahljahr ist sie 2013 jedoch **um 2,3 Prozent gestiegen**.

Von diesem Zuwachs der Wahlbeteiligung konnten CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Die LINKE nicht profitieren. Sie alle verloren Stimmen in absoluten Zahlen und Prozentpunkten. Mit 33,9 Prozent blieb die SPD zwar immer noch stärkste Kraft in Alstaden-Nord, sie verlor im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 jedoch massiv (-7,8 Prozent = -229 Stimmen). Damit lag sie nur noch knappe 0,2 Prozent über ihrem stadtweiten Durchschnitt von 33,4 Prozent. Im unteren Drittel ihrer stadtweiten Ergebnisse (im Durchschnitt 26 Prozent) lag dagegen 2017 die CDU mit 22,5 Prozent und 621 Wähler_innenstimmen, 120 Stimmen und damit 4 Prozent niedriger als noch 2013. Auch Bündnis 90 / Die Grünen konnten nichts

⁸⁴ Bundestagswahl 2017 – Wahlberechtigte, Wähler/-innen, Wahlbeteiligung in % nach Gemeindewahlbezirken, Stand 24.9.2017, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik.

hinzugewinnen. Sie blieben mit 119 Stimmen 4,3 Prozent unter ihrem Durchschnittsergebnis



Wahlergebnisse der Parteien über 3 Prozent in 11 Alstaden-Nord zur Bundestagswahl 2017 (und 2013)

Quelle: Stadt Oberhausen 2017.

von 5,2 Prozent. Im Vergleich zum vorhergehenden Bundestagswahljahr 2013 war der Verlust für „Die Grünen“ jedoch geringer als etwa in den Gemeindewahlbezirken Stadtmitte-Süd und -Nord (-1,1 Prozent = -33 Stimmen). Auch Die LINKE büßte 2017 Stimmen ein, jedoch blieben die Verluste gering (-0,9 Prozent = -26 Stimmen). Mit 9,1 Prozent und 252 Wähler_innen fuhr die Links-Partei in Alstaden-Nord damit immer noch ein geringfügig überdurchschnittliches Ergebnis ein (bei stadtweit 8,3 Prozent). Zugewinne machten 2017 allein die AfD und die FDP. Die AfD bekam 2017 in Alstaden-Nord mit 457 Stimmen 16,5 Prozent. Damit erreichte sie in diesem südöstlichen Gemeindewahlbezirk ihr zweithöchstes Ergebnis in Oberhausen. Nur in Lirich-Nord konnte die AfD mit 18,4 Prozent und 562 der 3.089 Wähler_innen, die am 24. September 2017 zur Wahl gegangen waren, noch größere Zustimmungswerte gewinnen.

Im Gemeindewahlbezirk 13 Lirich-Nord war in 2017 die Wahlbeteiligung merklich um 4,2 Prozent gestiegen – auch wenn sie dennoch mit 64,5 Prozent unter dem stadtweiten Durchschnitt lag. Der Gemeindewahlbezirk Lirich-Nord ist deckungsgleich mit dem Sozialquartier gleichen Namens. Es weist in Teilen ähnliche Sozialindex-Quoten auf, wie etwa ‚sein‘ Nachbarquartier Lirich-Süd (Stadt Oberhausen 2018: 37).

Die zweite Partei, die in Alstaden-Nord im Vergleich der Bundestagswahlen von 2013 und 2017 Zugewinne verzeichnen konnte, war die FDP. Sie konnte sich um +5,8 Prozent und um +161 Stimmen von 2,8 Prozent in 2013 auf 8,6 Prozent in 2017 steigern.

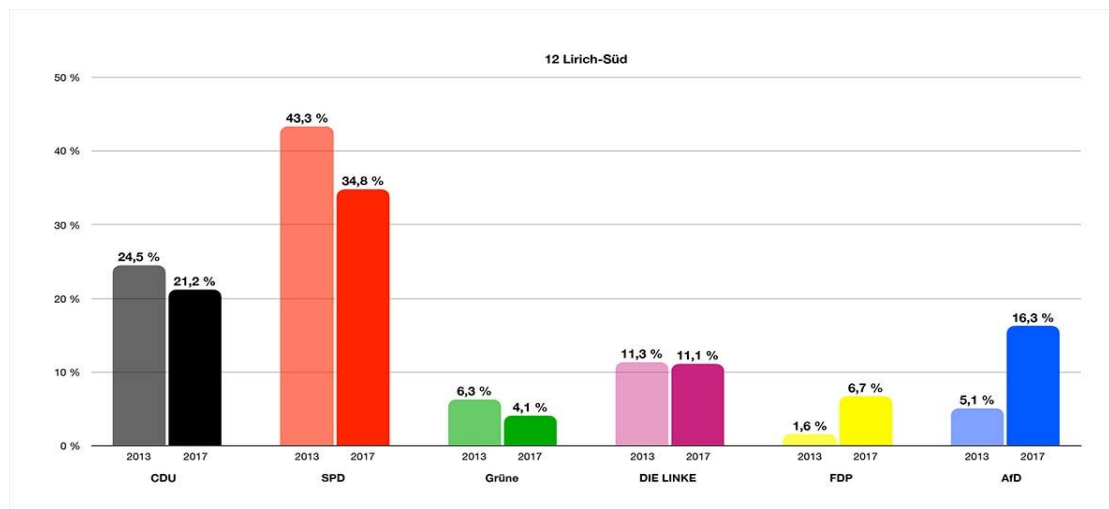
12 Gemeindewahlbezirk Lirich-Süd

59 Prozent der Wahlberechtigten, die in Lirich-Süd leben, sind am 24. September 2017 zur Wahl gegangen. Von den 3.960 Wahlberechtigten haben 2.338 ihre Stimme abgegeben. Bei rückläufigen Wahlberechtigtenzahlen steigerte sich dabei allerdings die **Wahlbeteiligungsquote um +2,3 Prozent** im Vergleich zur letzten Bundestagswahl in 2013.⁸⁵

Auch im Gemeindewahlbezirk 12 Lirich-Süd hat die AfD im Vergleich zur vergangenen Bundestagswahl 2013 große Zugewinne auf sich vereint. Mit einem Plus von 11,1 Prozent hat

⁸⁵ Bundestagswahl 2017 – Wahlberechtigte, Wähler/-innen, Wahlbeteiligung in % nach Gemeindewahlbezirken, Stand 24.9.2017, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik.

sie in Lirich-Süd ihre zweitbeste Zugewinn-Quote. Von den 457 Wählerinnen und Wählern,



Wahlergebnisse der Parteien über 3 Prozent in 12 Lirich-Süd zur Bundestagswahl 2017 (und 2013)

Quelle: Stadt Oberhausen 2017.

die ihre Stimme 2017 für die AfD abgegeben haben, waren 258 Wähler_innen, die zuvor nicht die AfD gewählt hatten. 2017 kam sie schließlich mit 378 Stimmen und 16,3 Prozent in Lirich-Süd zu ihrem drittstärksten Ergebnis. Zugewinne hatte in Lirich-Süd neben der AfD wiederum nur die FDP. Sie gewann in 2017 im Vergleich zur Bundestagswahl von 2013 115 zusätzliche Wähler_innen für sich, schloss mit einem Plus von 5,1 Prozent mit deutlich gesteigertem Zustimmungswert (6,7 Prozent = 154 Stimmen) ab – eine durchschnittlich hohe Zugewinnquote für die FDP stadtweit. Mit ihrem 2017er-Ergebnis lag sie dabei im Vergleich zu den übrigen 28 Gemeindewahlbezirken Oberhausen allerdings deutliche 2,8 Prozent unter ihrem stadtweiten Durchschnittswert von 9,5 Prozent.

Die LINKE erreicht in Lirich-Süd 2017 mit 11,1 Prozent und 256 Stimmen ihr drittbestes Ergebnis stadtweit, bei geringen Verlusten im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 (-0,2 Prozent = -12 Stimmen). Stärkere Verluste mussten dagegen Bündnis 90 / Die Grünen hinnehmen, sie verloren in Lirich-Süd 2,2 Prozent (= -56 Stimmen). Einen ähnlichen Rückgang hatte im Gemeindewahlbezirk 12 auch die CDU zu verzeichnen. Sie kam 2017 mit 490 Wählerinnen und Wählern auf 21,2 Prozent – das zweitschlechteste Ergebnis der Christdemokraten stadtweit – und verlor im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 3,2 Prozent und 93 Stimmen. Im stadtweiten Vergleich ihrer Ergebnisse ist auch der Stimmverlust der SPD im Gemeindewahlbezirk als besonders hoch zu bezeichnen. Sie verlor in Lirich-Süd 222 Wählerinnen und Wähler und damit 8,5 Prozent ihrer Stimmen. Die Verlustwerte liegen damit im oberen Drittel der stadtweiten Werte der SPD. 2017 hatte sie in der Folge noch 34,8 Prozent, fiel damit im Vergleich zu 2013 unter die 40 Prozent-Marke.

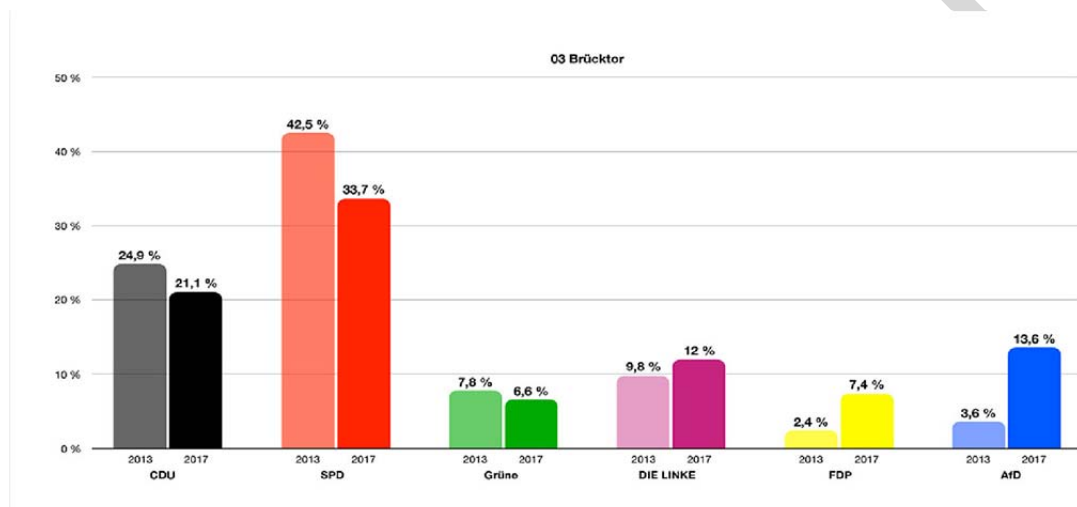
2.2.3 Wahlergebnisse im Sozialquartier Marienviertel-Ost und Brücktorviertel

Die benachbarten Sozialquartieren Marienviertel-Ost und Brücktorviertel umfassen den Gemeindewahlbezirk 03 Brücktor sowie einen kleinen Teil des Gemeindewahlbezirk 04 Borbeck. Der Gemeindewahlbezirk 04 liegt dabei jedoch ausschließlich mit den Abschnitten südlich der Essener Straße in den Sozialquartieren Marienviertel-Ost und Brücktorviertel, mit einem Gebiet also, das nahezu ausschließlich mit Gewerbe- oder Büroimmobilien bebaut ist.

Für die Beschreibung der Wahlergebnisse in den Sozialquartieren ist damit insbesondere der Gemeindewahlbezirk 03 Brücktor relevant.

03 Gemeindewahlbezirk Brücktor

Anfang September 2017 lebten im Gemeindewahlbezirk Brücktor 4.715 Wahlberechtigte, 120 weniger Frauen als Männer. Zwei Drittel der Wahlberechtigten machten von ihrem Recht zur Stimmabgabe bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 Gebrauch: Mit 3.112 Wählerinnen und Wählern beteiligten sie sich an der Wahl. Der Gemeindewahlbezirk Brücktor lag damit mit **66 Prozent Wahlbeteiligungsquote** 6 Prozentpunkte unter dem stadtweiten Beteiligungsdurchschnitt.⁸⁶ Im Vergleich zur Wahlbeteiligung bei Bundestagswahl 2013 steigerte sich die Beteiligung der Wahlberechtigten im Gemeindewahlbezirk Brücktor 2017 um 2,7 Prozent, dem durchschnittlichen Zuwachs der Wahlbeteiligungswerte für ganz Oberhausen.



Wahlergebnisse der Parteien über 3 Prozent in 03 Brücktor zur Bundestagswahl 2017 (und 2013)

Quelle: Stadt Oberhausen 2017.

Die CDU kam im September 2017 mit 650 Wähler_innenstimmen auf 21 Prozent, ihrem für Oberhausen zweitschlechtesten Ergebnis (weniger Prozentpunkte erzielte die CDU 2017 nur in Lirich-Nord). Damit lag die CDU im Gemeindewahlbezirk Brücktor mit 5 Prozent hinter ihrem stadtweiten Durchschnittsergebnis von 26 Prozent. Ebenfalls weniger Wähler_innenzustimmung als in ihrem stadtweiten Durchschnitt konnte die FDP für sich gewinnen. Sie kam mit 229 Stimmen auf 7,4 Prozent (Durchschnitt: 9,5 Prozent). Ein nur leicht überdurchschnittliches Wahlergebnis erzielte die SPD. Mit 33,7 Prozent und 1.037 Wähler_innenstimmen lag ihr Stimmanteil im Brücktor-Gemeindewahlbezirk knappe 0,3 Prozent über ihrem durchschnittlichen Ergebnis in Oberhausen. Ein nur kaum überdurchschnittliches Wahlergebnis erzielte auch die AfD. Sie bekam mit 418 Wähler_innenstimmen 13,6 Prozent, stadtweit kam die Alternative für Deutschland auf 13,1 Prozent.

„Die Grünen“ und DIE LINKE konnten im Brücktor-Gemeindewahlbezirk jeweils überdurchschnittlich gut abschneiden. Mit 6,6 Prozent (= 202 Stimmen und 1 Prozent mehr als im stadtweiten Durchschnitt) kam Bündnis 90 / Die Grünen in Brücktor auf ihr bestes Ergebnis

⁸⁶ Einwohnerbestand mit Gebietsgliederung – Anzahl Einwohner/innen nach Altersjahren, Kommunalwahlbezirk und Geschlecht, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik; Bundestagswahl 2017 – Wahlberechtigte, Wähler/-innen, Wahlbeteiligung in % nach Gemeindewahlbezirken, Stand 24.9.2017, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik.

aller 29 Gemeindewahlbezirke. Die LINKE erzielte in Brücktor ihr zweitbestes Ergebnis. Mit 12 Prozent (= 369 Wähler_innen) konnte die Linkspartei 3,7 Prozent mehr Wähler_innenstimmen verbuchen als in ihrem stadtweiten Durchschnitt.

Was Gewinne und Verluste mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 betrifft, verlor im Gemeindewahlbezirk Brücktor vor allem die SPD an Zustimmung (-8,8 Prozent). Auch die CDU (-3,8 Prozent) und Bündnis 90 / Die Grünen (-1,2 Prozent) büßten Wähler_innenstimmen ein. Gewinnen hingegen konnten die AfD (+10 Prozent) und Die LINKE (+2,2 Prozent). Die LINKE erhielt damit im Gemeindewahlbezirk Brücktor ihre mit Abstand höchste Zuwachsrate.

2.2.4 Wahlergebnisse im Sozialquartier Osterfeld Mitte / Vonderort

Im Sozialquartier Osterfeld Mitte / Vonderort liegen jeweils Teile der Gemeindewahlbezirke 27 Osterfeld-Heide, 28 Rothebusch und 29 Osterfeld-Mitte. Alle drei Gemeindewahlbezirke ragen dabei in unterschiedlichem Maße über den Zuschnitt des Sozialquartiers hinaus. Vom Gemeindewahlbezirk Osterfeld-Mitte ist etwa das Gebiet zwischen Bahnlinie und Osterfelder- bzw. Bottropper Straße und Bahntrasse Teil des Sozialquartieres Osterfeld-Mitte / Vonderort, der südliche, größere Teil des Gemeindewahlbezirk Osterfeld-Mitte liegt dagegen im Sozialquartier Vondern / Osterfeld Süd. Der nördliche Gemeindewahlbezirk Rothebusch hingegen liegt nur mit seinem südöstlichen Teil – im Karree zwischen Vestische Straße, Kappellenstraße bis etwa Höhe Ripsdörnestraße bzw. Droste-Hülshoff-Straße – im Zuschnittsbereich des Sozialquartiers Osterfeld-Mitte / Vonderort. Der Gemeindewahlbezirk Osterfeld-Heide schließt ragt nur mit einem kleinen Teil, dem ehemaligen Zechen- und Kokerei-, später Landesgartenschau-Gelände „Olga-Park“, in das Sozialquartier Osterfeld-Mitte / Vonderort hinein – und bleibt insofern in der Beschreibung der Wahlergebnisse im Zuschnittsbereich des Sozialquartiers unberücksichtigt.

28 Gemeindewahlbezirk Rothebusch

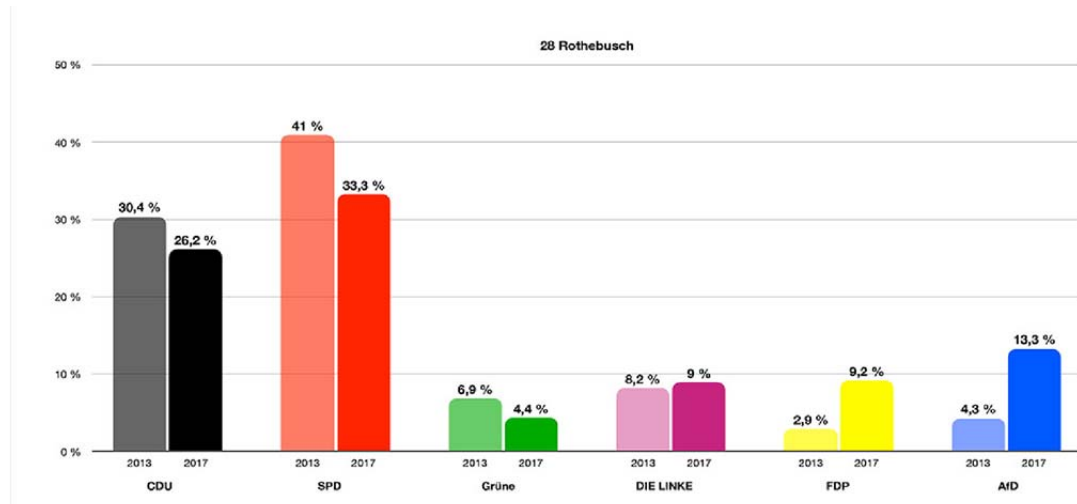
Mit 6.279 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern gehört der Gemeindewahlbezirk Rothebusch zu den **vier der insgesamt 29 Gemeindewahlbezirken, in denen über 6.000 Wahlberechtigte leben**. Auffallend ist zudem, dass ein erkennbar großer Teil der Wahlberechtigten im Alter von 45 bis 65 Jahren ist, weitere starke Jahrgänge sind die der Wahlberechtigten im Alter zwischen 23 und 31 Jahren, insgesamt dabei deutlich mehr weibliche Wahlberechtigte.⁸⁷ Zugleich liegt die **Wahlbeteiligungsquote in Rothebusch bei 69,6 Prozent** und ist damit knapp unter dem Oberhausener Durchschnitt der Wahlbeteiligungsquote von 72 Prozent. 2017 gingen 4.370 Menschen aus Rothebusch zur Wahl, die Wahlbeteiligung stieg noch einmal um 0,6 Prozent im Vergleich zur Wahlbeteiligungsquote zur Bundestagswahl 2013.⁸⁸

Mit 33,3 Prozent (= 1.445 Stimmen) bleibt die SPD in Rothebusch stärkste Kraft. Damit liegt sie 2017 kaum über ihrem Oberhausen-weiten Durchschnitt von 33,4 Prozent. Auch hat die SPD in Rothebusch im Vergleich zur Bundestagswahl von 2013 7,7 Prozent verloren. Weniger verlustreich war der Wahlausgang 2017 für die CDU. Sie kam 2017 auf 26,2 Prozent (= 1.134

⁸⁷ Einwohnerbestand mit Gebietsgliederung – Anzahl Einwohner/innen nach Altersjahren, Kommunalwahlbezirk und Geschlecht, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik.

⁸⁸ Bundestagswahl 2017 – Wahlberechtigte, Wähler/-innen, Wahlbeteiligung in % nach Gemeindewahlbezirken, Stand 24.9.2017, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik.

Wähler_innen), verlor mit -206 Stimmen 4,2 Prozent. Einbußen mussten auch Bündnis 90 / Die Grünen verzeichnen. Ihr Ergebnis lag in Rothebusch 2017 bei 4,4 Prozent, Zustimmungswerten im unteren Drittel ihres Durchschnittes von 5,2 Prozent stadtweit – eine vergleichsweise hohe Verlustquote für die „Grünen“. Zulegen konnten dagegen Die LINKE (+0,8 Prozent) – von 8,2 auf 9 Prozent (mit 388 Wähler_innen) –, die FDP mit einem Plus von 6,3 Prozent und 2017 399 Wähler_innenstimmen (= 9,2 Prozent), sowie die AfD, die um 11



Wahlergebnisse der Parteien über 3 Prozent in 28 Rothebusch zur Bundestagswahl 2017 (und 2013)

Quelle: Stadt Oberhausen 2017.

Prozent verbesserte und 2017 577 Wählerinnen und Wähler (= 13,3 Prozent) zu verzeichnen hatte und im Ergebnis damit in Rothebusch leicht über ihrem stadtweiten Durchschnitt von 13,1 Prozent lag.

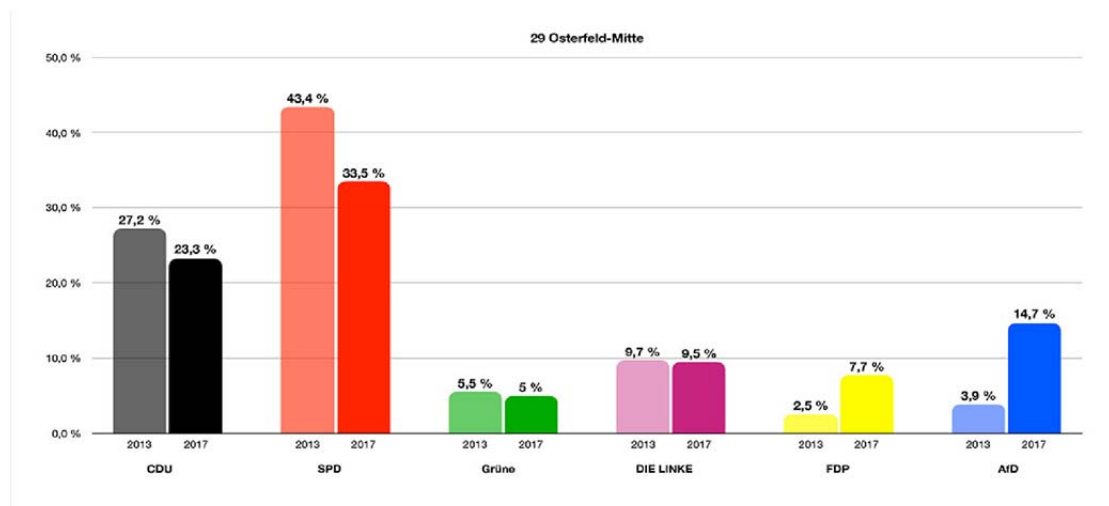
29 Gemeindewahlbezirk Osterfeld-Mitte

Der südöstlich vom Gemeindewahlbezirk Rothebusch liegende Wahlbezirk 29 Osterfeld-Mitte ist in seiner Wahlberechtigtenzahl deutlich kleiner als sein nördlicher Nachbar. Im August 2017 wurden hier 4.634 Wahlberechtigte gezählt. **63,1 Prozent, das sind 2.922 Wähler_innen, haben am 24. September 2018 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.** Damit zählte die Wahlbeteiligungsquote im Gemeindewahlbezirk Osterfeld-Mitte 2017 +2,3 Prozent, im Vergleich zur Bundestagswahl 2013.⁸⁹

Im Vergleich zum Gemeindewahlbezirk 28 Rothebusch hat die SPD im Gemeindewahlbezirk 29 Osterfeld-Mitte zur Bundestagswahl 2017 noch einmal größere Verluste hinnehmen müssen. 9,9 Prozent haben die Sozialdemokrat_innen im Vergleich zur Bundestagswahl von 2013 eingebüßt. Mit 966 Stimmen erreichen sie 2017 33,5 Prozent, verlieren 266 Wähler_innen. Damit liegt die SPD in Osterfeld-Mitte nur noch minimal über ihrem Oberhausenweiten Durchschnitt von 33,4 Prozent. Einen überdurchschnittlich hohen Rückgang ihrer Zustimmungswerte hatte auch die CDU zu verzeichnen. 2017 kam sie mit 627 Stimmen auf 23,3 Prozent, verlor gegenüber der Wahl von 2013 3,9 Prozent. Für Bündnis 90 / Die Grünen und Die LINKE veränderten sich die Wähler_innen-Zahlen kaum. Die Grünen landeten mit 5 Prozent in Osterfeld-Mitte auf einem leicht unterdurchschnittlichen Zustimmungswert ihrer

⁸⁹ Bundestagswahl 2017 – Wahlberechtigte, Wähler/-innen, Wahlbeteiligung in % nach Gemeindewahlbezirken, Stand 24.9.2017, Daten der Stadt Oberhausen, Bereich 4-5 / Statistik.

Wähler_innen (145 = -10 Stimmen, d.h. -0,5 Prozent). Die LINKE erhielt mit 9,5 Stimmen 1,2 mehr Prozentpunkte, als sie in ihrem stadtweiten Durchschnitt auf sich vereinen konnte. Auch im Gemeindewahlbezirk Osterfeld-Mitte konnten die FDP und die AfD jeweils Wähler_innen-Zuwächse für sich verbuchen. Die FDP blieb mit 7,7 Prozent zwar unter ihrem stadtweiten Durchschnitt von 9,5 Prozent, blieb aber auch in Osterfeld-Mitte bei ihrem Zuwachstrend (+5,2 Prozent = 152 Stimmen). Die AfD landete mit 14,7 Prozent und einem Plus von 313 Stimmen (= +10,8 Prozent) bei 14,7 Prozent, einem überdurchschnittlichen Ergebnis stadtweit.



Wahlergebnisse der Parteien über 3 Prozent in 29 Osterfeld-Mitte zur Bundestagswahl 2017 (u. 2013)
Quelle: Stadt Oberhausen 2017.

2.3 Zusammenfassung und Ausblick

Die im Kontext des Handlungskonzeptes vorliegende sozialräumliche Betrachtung gibt nur einen kleinen Ausschnitt einer sozialräumlichen Analyse wieder und deutet dennoch darauf hin, dass es in Oberhausen Stadtquartiere gibt, in denen ein erhöhter Bevölkerungsanteil unter prekären ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen lebt. Hier besteht Handlungsbedarf, die Bewohner_innen zu unterstützen. Zu denken ist etwa an (Unterstützungs-)Angebote, die als gezielte Maßnahmen, etwa als Verstärkung von Quartiersarbeit oder der Einrichtung von Stadtteilbüros, verbunden sind mit der Idee, die jeweilige Arbeit in den Stadtteilen mit aufsuchenden Angeboten zu ergänzen.

Passgenau zugeschnittene Konzepte für die Quartiersarbeit basieren nicht zuletzt auf möglichst kleinteiligen Analysen der Strukturen, Gegebenheiten und Entwicklungen der jeweiligen Sozialräume. Um diese erarbeiten und in nachvollziehbaren Beschreibungen für Praktiker_innen und lokale, zivilgesellschaftliche Akteur_innen zugänglich zu machen, bedarf es einer validen Datenbasis, die möglichst einfach zugänglich sowie niedrigschwellig und adressat_innengerecht aufbereitet ist. Darüber hinaus ist es sinnvoll, im Kontext der jeweiligen Fragestellung weitere kleinteilige Erhebungen bereit zu stellen und spezifische Indikatoren einzubinden, etwa städtebauliche Daten (z. B. zu Frei-, Grün- und Spielflächen), wohnungsbauliche Daten (etwa zu Leerständen, Haushaltstypen, zu Wohndauer oder zu Miet- und Besitzverhältnissen von Immobilien) oder infrastrukturelle Daten, beispielsweise zur Verkehrsanbindung, zum Bestand und zur Entwicklung von Angeboten der Jugendfreizeit oder von sozialen Diensten.

Nicht minder wertvoll ist es, tiefenscharfe Analysen auch mit Blick auf Daten zur individuell-subjektiven Wahrnehmung der Menschen, die in den Sozialräumen leben oder arbeiten, formulieren zu können – etwa zu Empfindungen oder Reflektionen zu Lebenswelten und -situationen oder zu politischen und / oder gesellschaftlichen Einstellungen. Individuelle, subjektive Perspektiven können helfen, konkrete Bedarfslagen zu identifizieren. Sie in Konzepte der sozialräumlich orientierten Quartiersarbeit einfließen zu lassen, ermöglicht es nicht zuletzt, Bürgerinnen und Bürger sowie Akteurinnen und Akteure als Expert_innen ihrer Lebenswelt zu beteiligen, Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen und Momente der Selbstwirksamkeit in die Gestaltung der Wohn-, Lebens-, Arbeits- und Freizeitsituation in lokalen Strukturen einzubeziehen. Interviews, Beteiligungsverfahren und Befragungen können hier hilfreiche Erhebungs-Werkzeuge sein, die vertiefende Einblicke geben können.

Wie die vorliegende sozialräumliche Betrachtung sowie die Auswertung der vergangenen Bundestagswahl auf Gemeindewahlbezirksebene gezeigt haben, müssen Fragen zu Verknüpfungen etwa von Herausforderungen an die Sozialstrukturen auf Quartiersebene mit politischen Haltungen und Zustimmungen für demokratische Meinungsbildungs- und Teilhabeprozesse offen bleiben. Die Analyseebenen – die Sozialraumperspektive einerseits und der Erhebungsraum der Gemeindewahlbezirke andererseits – sind zu unterschiedlich, als dass konzise Rückschlüsse möglich wären. Mit Blick auf Fragen im Kontext der Einstellungsforschung ist es darum letztlich sinnvoll, möglichst kongruente Erhebungsräume abzustecken. Wo etwa sozialräumliche Erhebungsräume mit Wahlbezirken deckungsgleich umrissen sind, können Analysen zur sozialen Situation vor Ort mit Zustimmungswerten für Politikangebote abgeglichen werden. Wahlanalysen, sozialräumliche Betrachtungen und Einstellungsbefragungen ließen sich so auf ihre jeweiligen Begründungszusammenhänge und Verknüpfungen hin befragen.

3. Ausgangssituation, Bedarfe und Handlungsempfehlungen: Untersuchungsbericht zur Befragungen von Akteurinnen und Akteuren zum Handlungsfeld „Rassismus und Rechtsextremismus“ in Oberhausen

Das folgende Kapitel beinhaltet die Ergebnisse der, im Rahmen des vorliegenden Handlungskonzepts durchgeführten, Befragungen von Akteurinnen und Akteuren, die im weiteren Sinne im Handlungsfeld „Rassismus und Rechtsextremismus“ tätig sind. Neben den (subjektiven) Beschreibungen der Ausgangssituation in Oberhausen – sowohl zu wahrgenommenem (extrem) rechten Aufkommen vor Ort als auch zu bestehenden Strukturen und Maßnahmen, die sich für Demokratie und Toleranz und gegen Rechts einsetzen – liegt der Fokus der Analyse auf den Bedürfnissen und Bedarfslagen der Befragten in dem Handlungsfeld. Basierend auf den (subjektiven) Eindrücken, Einschätzungen und Wahrnehmungen werden abschließend Handlungsempfehlungen für das Handlungsfeld formuliert.

3.1 Ausgangspunkt, Hintergrund und Design der Untersuchung

Mit der Erstellung des Handlungskonzeptes ist der zentrale Anspruch verbunden, Akteur_innen, die in der Stadtgesellschaft oder im Kontext mit der Arbeit vor Ort im Themenfeld aktiv sind, zu beteiligen. Ihre Perspektiven sind für ein solches Handlungskonzept, das mehr als zu anderen thematischen Kontexten von den Menschen abhängt, die sich an seiner Entwicklung und Umsetzung beteiligen und ihre Ideen und Positionen wiederfinden, unerlässlich. Denn zum einen sind fachliche Kenntnisse und ortsspezifisches Wissen sowie Einschätzungen und Wahrnehmungen von Praktiker_innen und Expert_innen notwendig. Nur aus ihrer Blickrichtung können möglichst detaillierte Situationsbeschreibung vorgenommen und konkrete Bedarfe analysiert werden. Zum anderen ist die Beteiligung möglichst vieler Personen für die Zukunftspotentiale, die ein Handlungskonzept entfalten kann, enorm wichtig. Sind es doch die Akteurinnen und Akteure vor Ort, an deren Arbeits- und Alltagswelten sich die angebotenen Handlungsempfehlungen anschließen und dort praktische Bedeutung bekommen. Die Fachkräfte und Mitarbeitenden, die Praktiker_innen und im Themenfeld Beteiligten sind nicht zuletzt die Expertinnen und Experten ihrer Arbeitsbereiche und setzen die Handlungsempfehlungen um. Ihre Beteiligung am Entstehungsprozess von Handlungsempfehlungen ist darum von entscheidender Bedeutung.

Die durchgeführte Befragung hat drei Schwerpunkte:

- Wie wird die Problematik von (extrem) rechten Erscheinungsformen – von Alltagsrassismus bis Rechtsextremismus – auf lokaler Ebene wahrgenommen und eingeschätzt? Beispielsweise:
 - Welche rechten und rechtsextremen Strukturen auf lokaler Ebene sind bekannt?
 - Wie werden die Entwicklungen der rechten Szene auf lokaler Ebene eingeschätzt?

- Wie wird der derzeitige Stand (lokaler) Maßnahmen gegen demokratiefeindliche Tendenzen (von Alltagsrassismus bis Rechtsextremismus) wahrgenommen und eingeschätzt? Beispielsweise:
 - o Welche Einrichtungen, Projekte, Programme etc. gibt es gegenwärtig und was wird in Bezug auf die gegenwärtige Arbeit gegen demokratiefeindliche Tendenzen positiv bzw. negativ bewertet?
 - o Inwieweit spielt das Thema in den eigenen Arbeits- und Tätigkeitsfeldern eine Rolle?
- Welche (kurz-, mittel- und langfristigen) Bedarfe und Bedürfnisse in dem Handlungsfeld gegen demokratiefeindliche Tendenzen, werden gesehen und was kann die Umsetzung fördern? Beispielsweise:
 - o Welche Maßnahmen scheinen erfolgreich bzw. werden als erfolglos wahrgenommen und welche Faktoren spiel(t)en hierbei eine Rolle?
 - o Was ist bezogen auf einzelne Felder, beispielsweise Kooperationen und Netzwerke, zu verbessern?

Samplingverfahren und Methoden

Das Untersuchungsvorhaben wurde im Zeitraum von Januar 2018 bis Juli 2018 durchgeführt.⁹⁰ Bei der Auswahl der zu befragenden Personen(kreise) wurden sowohl städtische / öffentliche als auch zivilgesellschaftliche Akteur_innen, u. a. aus leitenden Funktionen oder aus der praktischen Arbeit vor Ort, berücksichtigt, um unterschiedliche Perspektiven einbeziehen zu können. Bei den Ergebnissen konnten letztlich Bewertungen, Einschätzungen, Wahrnehmungen und Fachwissen aus ca. 50 Datensätzen herangezogen werden.

Zu Beginn der Untersuchung wurde ein Auftaktworkshop durchgeführt, der insbesondere an Praktiker_innen aus dem stadtweiten Handlungsfeld der Aktivitäten gegen Rassismus und Rechtsextremismus – im weiteren Sinne – adressiert war. Ziel der Veranstaltung war es a) über das geplante Vorhaben zu informieren und dieses bekannt zu machen, b) in den gemeinsamen Austausch zu dem Thema einzusteigen und c) erste forschungsrelevante Fragen zu beantworten, etwa einen ersten Überblick über die Strukturen und Akteur_innen des (Arbeits-)Felds gegen Rassismus und Rechtsextremismus vor Ort zu bekommen und erste Bedarfe der Teilnehmenden zu erfragen.

Im Rahmen des Workshops wurde eine aktivierende Methode (Gallery Walk) mit der Beantwortung eines Fragebogens kombiniert (vgl. Brake 2009). Die Fragen zielten hierbei einerseits darauf, Informationen über das persönliche Arbeitsfeld, über Tätigkeitsschwerpunkte und Wirkungskreise der Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer sammeln zu können. Andererseits ging es bereits im Auftaktworkshop darum, (konkrete) Bedarfe und Bedürfnisse sowie mögliche Lösungsansätze zu erfassen, hier gegliedert nach den verschiedenen Handlungsfeldern: Rahmenbedingungen, Öffentlichkeitsarbeit, Kooperationen / Netzwerke / Zusammenarbeit, Politik, Bildung, Handeln gegen Rechts – von Alltagsrassismus bis Rechtsextremismus, solidarisch-integrative Stadtgesellschaft und einem offen als ‚weitere Bedarfe‘ benannten Handlungsfeld. Insgesamt beantworteten 29 Teilnehmende aus den Arbeits- bzw. Tätigkeitsfeldern Bildung und Jugend, Gewerkschaften, Glaubensgemeinschaften, Politik und

⁹⁰ Die Untersuchung wurde vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf in Kooperation mit der koordinierenden Fachstelle NRWeltoffen Oberhausen und der Koordinierungs- und Fachstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie / Demokratie leben! Oberhausen durchgeführt.

Verwaltung, Wohlfahrtsverbände und sonstige Initiativen, Mitwirkende aus Programmen und Projekten gegen Rassismus und Rechtsextremismus die Fragebögen.

Im Weiteren wurden im Zeitraum zwischen Februar 2018 und Juli 2018 leitfadengestützte Expert_inneninterviews geführt (vgl.: Gläser / Laudel 2010, Kühn 2011), um die Eindrücke und Wahrnehmungen von Praktiker_innen und Personen aus dem obligatorischen Feld zu erfragen. Die Leitfragen orientierten sich an den Bereichen: a) eigener Arbeit- und Tätigkeitsbereich, b) Einschätzungen zu rechten Strukturen, c) Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus, d) Kooperationen und Netzwerke und e) Bedarfe. Die Leitfragen dienten zur Strukturierung und inhaltlichen Orientierung, wobei in den Interviews besonderer Wert darauf gelegt wurde, dass die Teilnehmenden persönliche, individuelle Schwerpunkte setzen konnten.

Insgesamt wurden 24 Personen (N=21 Einzelinterviews und N=3 Gruppeninterviews) befragt.⁹¹ Der überwiegende Teil der Befragten arbeitete in Einrichtungen, Institutionen oder Funktionen, die in der Stadt Oberhausen verortet sind. Zudem wurden diejenigen überregionalen Einrichtungen und Institutionen in die Befragungen aufgenommen, die beispielsweise ein landesweites oder überregionales Einzugsgebiet haben, in deren Zuständigkeit die Stadt Oberhausen fällt. Die meisten Interviews wurde in einem persönlichen face-to-face Gespräch geführt (N=13), daneben fanden Telefoninterviews statt (N=8). Zur besseren Auswertung wurden die Interviews aufgezeichnet. Die Auswertung der Ergebnisse orientierte sich an der Zusammenfassung und Strukturierung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015). Bei der Kategorienbildung wurden primär deduktiv hergeleitete Kategorien erstellt und durch eine induktive Vorgehensweise ergänzt.

Die nun vorliegenden Ergebnisse basieren primär auf den Auswertungen der Befragungen durch die leitfadengestützten Expert_inneninterviews. Gleichsam wurden aber auch die Analysen der Beteiligungsergebnisse des Auftaktworkshops einbezogen.

3.2 Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragungen überblickartig dargestellt, um in einem darauffolgenden Schritt Handlungsempfehlungen zu formulieren. Die Ergebnisdarstellung orientiert sich an den untersuchungsleitenden Fragestellungen zur Ist-Analyse bzw. Gegenstandssituation und beschreibt

- a) die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Befragten zum rechten Aufkommen (Problemaufriss: rechtes Aufkommen – vom Alltagsrassismus bis zum Rechtsextremismus) und

⁹¹ Zu den befragten Personen zählten Funktionärinnen und Funktionäre, Leiterinnen und Leiter bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus lokalen und überregionalen, öffentlichen / zivilgesellschaftlichen / freien / glaubensgemeinschaftlichen Beratungseinrichtungen (Ausstiegsberatung, Beratungen gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen), Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kinder- und Jugendeinrichtungen, (sozio-)kulturellen Einrichtungen sowie Vertreterinnen und Vertreter aus den Feldern: Politik, Polizei, Quartiersarbeit / Stadtteilbüros, Schulsozialarbeit, Sport und Verwaltung.

- b) die Eindrücke und Wahrnehmungen über bestehende Strukturen in der Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus (Maßnahmen und Engagement). In einem weiteren Schritt werden dann
- c) die bestehenden Bedarfe und Bedürfnisse aus Sicht der Befragten dargestellt (Bedarfsanalyse).

3.2.1 Situationsanalyse zum Handlungsfeld „Rassismus und Rechtsextremismus“

Problemaufriss: Rechtes Aufkommen – Vom Alltagsrassismus bis zum Rechtsextremismus

Die Stadt Oberhausen hat dem Problemfeld „Rassismus und Rechtsextremismus“ in der Arbeit an einem integrierten Handlungskonzept hohe Relevanz für die Stadtgesellschaft beigemessen, als sie sich um Förderung durch das Landesprogramm NRWtoffen beworben hat. Diese Einschätzung zur Relevanz des Themas wird auch durch die Eindrücke der Akteur_innen untermauert. So zeigt sich, dass die meisten Befragten für Oberhausen und seine Bevölkerung einen ‚Rechtsruck‘ wahrnehmen (beispielsweise in der Zunahme von „rechtem Gedankengut“⁹² oder „rechter Gewalt“), der sich durch alle Bevölkerungsschichten ziehe. Sichtbar werde der ‚Rechtsruck‘ auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlicher Intensität. Insbesondere der Alltagsrassismus habe zugenommen: So steigt nach Wahrnehmung der Befragten die Anzahl an radikalen und rechten „Beschimpfungen“ und Aussagen „unterhalb der Gürtellinie“.

„Es fällt was auf den Boden und dann: ‚Lass liegen, ist Flüchtlingsfraß‘“ (Expert_in 2).

Ausprägungen des ‚Rechtsruck‘ in Oberhausen

Als relevante Orte bzw. Räume, in denen von den Befragten **Alltagsrassismus** wahrgenommen wird, werden private und öffentliche Begegnungsorte genannt, wie beispielsweise Stammtische oder Sportvereine, Orte, die besonders intensiv mit dem Eindruck assoziiert sind, dass dort rechte Ressentiments verbalisiert werden. Aber auch in (halb)-öffentlichen Räumen, wie auf Veranstaltungen, beispielsweise im Rahmen von Bürgerabenden, in Arbeitskontexten oder auf Schulhöfen wird eine Veränderung von Kommunikation beschrieben.

„Wenn ich mich mit den Leuten unterhalte [beim Fußball in der Kabine], dann schüttele ich auch immer den Kopf, also d. h. die Gruppe, die da spielt, ist sehr heterogen, also die gehören unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen an und es gibt da Leute aus den vermeintlich privilegierten Schichten und die vertreten auch sehr, sehr rechte Ansichten“ (Expert_in 20).

„Sportverein, Fußball, Handball usw. und da kriegt man natürlich schon mit, dass durchaus so ein latenter Rassismus, eine latente Fremdenfeindlichkeit vorhanden ist. Das geht los bei dummen Sprüchen an der Theke (...). Also die Sprüche sind so alltäglich geworden, die man früher eher weniger gehört hat“ (Expert_in 4).

⁹² Im folgenden Kapitel sind mit doppelten Anführungszeichen gekennzeichnete Passagen – auch einzelne Ausdrücke – als wörtliche Zitate aus den Interviews bzw. aus den Gruppendiskussionen mit den Expert_innen entnommen. Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit werden allerdings nur längere Zitate mit Verweis auf die – jeweils anonymisierten – Angaben zur befragten Person gekennzeichnet. Ebenfalls mit doppelten Anführungsstrichen gekennzeichnet sind Zitate aus der Literatur, hier wird die jeweilige Verweisstelle benannt.

Es wird von einer „Verrohung“ der Kommunikation gesprochen. Das **Äußern rechter Ressentiments** ist diesem Eindruck nach scheinbar „salonfähig“ beziehungsweise „hoffähig“ geworden. Dies wird nicht nur in der persönlichen Kommunikation sichtbar, sondern findet auch verstärkt in den sozialen Medien statt, so wurde wahrgenommen, dass sich beispielsweise eine „Initiative gegen Geflüchtete“ auf Facebook gegründet habe, die sich in Oberhausen verortet und als eine Plattform für rechte und rassistische Äußerungen und Beiträgen beschrieben wird.

„So diese Normalisierung von rechtsextremem Gedankengut irgendwie im Bürgerverhalten, das ist was, was auffällt“ (Expert_in 2).

Weiter werden unterschiedliche Situationen aus dem Kontext der Alltagskommunikation genannt, für die beschrieben wird, dass Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihres Namens oder sprachlicher Schwierigkeiten diskriminiert werden. So wird etwa geschildert, wie Migrant_innen im Supermarkt beschimpft werden, ein Kind und seine Mutter, die ein Kopftuch tragen, an einer Haltestelle „komisch“ angeguckt werden oder Jugendliche, die ihrem Äußeren nach als Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bewertet würden, keinen Zutritt in die Diskothek erhielten. Auch werden Eindrücke davon beschrieben, dass Menschen mit dunkler Hautfarbe „(...) ohne Grund, ohne dass sie auffällig sind, außer, dass sie eben anders aussehen“ (Expert_in 20) am Hauptbahnhof von der Polizei kontrolliert werden. Neben Diskriminierungssituationen im öffentlichen Raum, die von den Befragten benannt werden, zeigt sich außerdem die Wahrnehmung, dass Personen auch auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt oder bei Behördengängen, aufgrund ihres Namens, wegen ihres äußeren Erscheinungsbildes oder aufgrund sprachlicher Hürden diskriminiert werden.

„Jemand versucht eine Wohnung zu finden und kriegt die nicht, weil er Afrikaner ist. Jemand bewirbt sich, hat die gleichen Noten und fällt hinten über, weil er ‚Hötmühle-Hötmühle‘ und nicht Schmidt (...) heißt“ (Expert_in 3).

„Wenn ich mit einem Flüchtling da [Jobcenter] hingehe. Das empfinde ich oftmals so durch (...) abschätzige Äußerungen, durch Widerwillen sich überhaupt damit auseinandersetzen zu müssen, dass jemand vielleicht jetzt nicht ganz so doll Deutsch spricht“ (Expert_in 7).

Einige der befragten Personen reflektieren auch den eigenen Arbeitskontext kritisch und geben an, dass noch zu wenige Personen mit Zuwanderungs- oder internationaler Geschichte eine leitende Funktion haben oder, dass die Gruppe der Menschen aus Einwandererfamilien nicht angemessen im Arbeitsalltag einbezogen wird bzw. vertreten ist:

„Da saßen wir in einem Gremium [zum Thema Migration], wo aber alles nur deutsche Einrichtungen waren und ich habe gesagt: ‚Ja es geht ja eigentlich um die Migranten. Wieso sitzt hier kein Vertreter, oder keine Migranten?‘ – ‚Ja, die sind in einer anderen Gruppe‘ – ‚In welcher Gruppe denn?‘ – ‚Ja da, wo man Essen vorbereitet‘. Und das finde ich, ist auch Rassismus, wenn man denen nicht zugesteht, dass sie in der Lage sind, mit zu planen und umzusetzen und nur da sind, um leckeres Essen auf den Tisch zu holen“ (Expert_in 6).

Ebenso wird die Wahrnehmung beschrieben, dass Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien im Bildungssystem benachteiligt werden, etwa bei dem Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Darüber hinaus wird festgestellt, dass u. a. ältere Personen aufgrund sprachlicher Probleme im Gesundheits- und Pflegewesen ungleich behandelt werden.

Des Weiteren wird vereinzelt über eine Zunahme von **Vandalismus** gesprochen, beispielsweise werden „rechte Schmierereien“ wie Hakenkreuze wahrgenommen.

„Also ich würde sagen, es gibt diesen Alltagsrassismus, wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht, sieht man immer wieder dann ein Hakenkreuz hingeschmiert oder irgendwelche dummen Sprüche gegenüber vor allem ausländischen Menschen“ (Expert_in 16).

Zudem wird über den Anschlag auf eine geplante Unterkunft von Geflüchteten berichtet.

Neben den Schilderungen zu alltäglichen Situationen wird vermehrt wahrgenommen, dass **Aktionen mit einem rechtem Hintergrund** in Oberhausen zunehmen: So gibt es rechte Rockkonzerte, Demonstrationen oder Kundgebungen, ebenso wie in der Stadt auch Veranstaltungen oder Informationsstände von rechten bis extrem rechten Parteien (beispielsweise der AfD oder NPD) wahrgenommen werden.

Als weitere Indikatoren, die bei den Befragten für den ‚Rechtsruck‘ in Oberhausen stehen, werden die **Wahlergebnisse** der Landes- und Bundestagswahl herangezogen, bei denen die Bürger_innen verstärkt rechte Parteien wählten (siehe Kapitel 2). Insbesondere die Wahlergebnisse der Partei Alternative für Deutschland bewerten einige Akteur_innen als „erschreckend“ oder „schockierend“, zumal zu beobachten gewesen sei, dass die Partei im Wahlkampf mit rechten oder rassistischen Ressentiments Stimmung gegen Geflüchtete gemacht habe und die Partei (in Teilen) als „rechtspopulistisch“ und „rechts“ eingestuft wird.

„Wir schätzen die AfD als eine ausländerfeindliche, demokratiefeindliche, frauenfeindliche Partei ein“ (Expert_in 16).

Während einerseits (neue) **rechte Organisationen**, die in Oberhausen oder in den benachbarten Städten aktiv sind, sichtbar werden (u. a. unter dem Label ‚Mütter gegen Gewalt‘ oder ‚Bürger gegen Politikwahnsinn‘) wird andererseits festgestellt, dass Organisationen in den Hintergrund rücken, wie beispielsweise die pro-Bewegung oder die Partei Die Republikaner. Hier gaben die Befragten zugleich an, dass es allgemein nun oftmals nicht leicht sei, rechte Akteur_innen und Gruppen eindeutig zu identifizieren und in ihrer politischen Agenda und ihren Ausdrucksformen zu erkennen. Dies gilt insbesondere bei der Einordnung: Sowohl in der Wahrnehmung und der Analyse rechter Organisationen, rechter Parteien und rechter Personen oder Akteur_innen, ist es vor allem die Zuordnung als extrem rechts bzw. rechtsextrem, die als schwierig beschrieben wird. So sind offensichtliche rechtsextreme Personen, Szenen oder Organisationen für Oberhausen nach der Beschreibung der Befragten nur sehr vereinzelt bekannt bzw. nicht sichtbar. Die Erkenntnisse, dass es in Oberhausen kaum bzw. keine relevante oder bekannte extrem rechte Szene gibt, führt jedoch in den meisten Fällen nicht zu der Schlussfolgerung, dass es keine rechte Gewalt gäbe.

„Man muss nicht organisiert sein, um rechte Gewalt auszuüben oder rassistische Handlungen auszuführen oder Leute zu bedrohen (...) oder in sozialen Netzwerken aktiv zu sein. Das kann man auch ohne Organisationshintergrund machen und wenn wir über Rassismus sprechen, der, sagen wir mal alltäglich ist, dann kann man das sehr schwierig messen und das hat mit organisierten Strukturen dann recht wenig zu tun“ (Expert_in 11).

Letztlich entwickelt sich das stadtweite gesellschaftliche und politische Klima im Hinblick auf diskriminierende Äußerungen und Vorfälle – nach Ansicht vieler Befragter – in eine negative Richtung. Hier spielen durchaus komplexe Vorurteilmuster eine Rolle. Wie Wilhelm Heitmeyer (2012) es mit dem Konzept der ‚gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ beschrieben hat, werden Abwertungen, Marginalisierungen sowie Ausgrenzungssituationen und

-strukturen benannt, die sich in vielfältiger Richtung abwertend gegen Gruppen richten, denen pauschal spezifische Zuschreibungen angeheftet werden. Sie alle fußen auf grundlegenden Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die Heitmeyer in zwölf Abwertungs-Kategorien sieht:

„Sexismus, Homophobie, Etabliertenvorrechte, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Abwertung von Behinderten, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Sinti u[nd] Roma, Abwertung von Asylbewerbern und Abwertung von Langzeitarbeitslosen“ (Heitmeyer 2012: 17).

Weitere Diskriminierungserscheinungen

Anschließend an das Konzept der **gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit** nach Wilhelm Heitmeyer (2012) werden Menschen aufgrund von unterschiedlichen ‚Merkmalen‘ diskriminiert, aufgrund ihrer Herkunft (als Menschen mit Einwanderungsgeschichte oder in besonderem Maße als Gruppe der Menschen mit Fluchterfahrung), wegen ihres Glaubens bzw. ihrer Religion (u. a. in Abwertung von muslimischen oder jüdischen Menschen), ihres Geschlechtes (u. a. in der Abwertung gegenüber Frauen oder transgender Personen), ihrer Sexualität (u. a. Homosexuelle), ihrer Körperlichkeit (u. a. Vorstellungen von Alter oder gesundheitlicher Fitness), ihres sozialen Status (u. a. Menschen mit dem Lebensmittelpunkt Straße) oder ihrer politischen Zugehörigkeit sowie Personen, die sich gegen Diskriminierung und für Toleranz einsetzen. Zugleich betonen vorurteilsvolle Haltungen auch in der Behauptung der sogenannten Etabliertenvorrechte, dass die etablierten, in ihren familien- oder individualbiographischen Erzählungen schon lange ‚hier‘ Lebenden nicht mehr länger auskömmlich etwa vom Staat unterstützt würden – Menschen, die erst vor kurzem nach Deutschland gekommen seien, hingegen Unterstützung im Überfluss erhalten würden. In den Beschreibungen der Befragten tritt nicht zuletzt deutlich zu Tage, dass Diskriminierung und vorurteilsvolle Haltungen und Handlungen als vielschichtig wahrgenommen werden.

„Diskriminierung ist ein weites Feld. Und ich glaube, dass es ganz viele diskriminierende Entwicklungen in der Stadtgesellschaft gibt“ (Expert_in 18).

„Im Grunde genommen alle Menschen, die sozusagen nicht Mainstream sind, sind ja latent davon bedroht, in irgendeiner Form ausgegrenzt zu werden“ (Expert_in 10).

Abschließend wird in den meisten Interviews, zu jenen Fragen, die auf eine Beurteilung der rechten Szenen, der Entwicklungen oder die aktuelle Situation extrem rechter oder rassistischer Positionen und Personen in Oberhausen verweisen, deutlich, dass ein ‚Rechtsruck‘ auf Landes- und Bundesebene – aber nicht zuletzt auch vor Ort – durchaus als gegeben wahrgenommen wird. In Relation zum landes- und bundesweiten Trend wird die lokale Situation jedoch „gemäßigter“ beschrieben. Darüber hinaus gibt es weitere Aussagen, die das Aufkommen zu relativieren scheinen.

Ursachenforschung aus Perspektive der Befragten

In den Schilderungen der Befragten kommt zum Ausdruck, dass in der dominierenden Einschätzung die verstärkte Zunahme (extrem) rechten Aufkommens in Oberhausen durchaus „besorgniserregend“ sei. Vereinzelt relativieren Personen jedoch auch mitunter das Aufkommen vor Ort, indem sie u. a. darauf verweisen, dass es sich um „Einzelfälle“ handle, es nicht explizit um Rechtsextremismus gehe, sondern vielmehr um abgeschwächtere Formen, wie sie in Oberhausen wahrzunehmen seien:

„Das Thema Rechtsextremismus, kann ich von meiner Seite aus sagen, nehme ich hier nicht so verschärft wahr (...) also es ist nicht so offensichtlich (...) vereinzelt gibt es hier ein paar Schmierereien, aber das hält sich aus meiner Ansicht wirklich in Grenzen“ (Expert_in 5).

Zudem werden Vorfälle von Alltagsrassismus – ebenso wie letzten Endes auch Wahlentscheidungen zur Abstimmung für (extrem) rechte Parteien – von einigen Befragten mitunter rechtfertigend eingeordnet: Sich der politischen Rechten bzw. extrem rechten Inhalten und Ausdrucksweisen zuzuwenden, sich an ihre Seite zu stellen oder mit Wahlentscheidungen zustimmend zu positionieren, wird nicht zwingend als Zeichen von Ideologisierung oder Überzeugung interpretiert. Vielmehr nennen Befragte durchaus auch ihre Gedanken dazu, dass Personen, die sich in dieser Weise artikulieren oder die sich öffentlich sichtbar rechts orientieren, diese Haltungen in Teilen durchaus als Provokation und weniger aus Überzeugung äußerten oder die – etwa in Momenten rechter Gewalt und Diskriminierung – durch Alkohol enthemmt ihren Haltungen freien Lauf gäben.

Insgesamt werden verschiedene (mögliche) Ursachen thematisiert, die zu einem ‚Rechtsruck‘ geführt haben könnten. Eine zentrale Rolle spielt hierbei zunächst „die Politik“: So führten gegenwärtige **Diskursverschiebungen nach rechts und die Verbreitung rechter Ressentiments**, insbesondere durch rechtspopulistisches Agenda Setting, dazu, dass rechte Äußerungen zunehmend als legitim erscheinen. Zudem sei es mitunter auch die Wahrnehmung des „Versagens“ der „etablierten Parteien“, welche die „Ängste“, „Sorgen“ und „Nöte“ der breiten Bevölkerung nicht sähen bzw. nicht ernst nähmen, die dazu führe, dass rechte Parteien Wahlerfolge erzielen könnten. Wichtig in dieser Analyseperspektive ist für einige Befragte auch, dass die demokratischen Parteien ebenso wie die Regierungen sich nicht überzeugend dafür einsetzten, allen Menschen ein „gutes Leben“ zu ermöglichen oder ihnen eine (beruflich und finanziell befriedigende oder zumindest annehmbare) Perspektive aufzuzeigen. Dies habe in der Vergangenheit dazu geführt, dass viele Menschen in **prekären Lebenslagen** (Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit etc.) und ohne Perspektive auf eine Verbesserung leben – ein Wirkzusammenhang, der auch gegenwärtig relevant sei. Zudem wird durchaus auch der Eindruck beschrieben, dass es auch an der Vermittlung „demokratischer Werte“ fehle, sodass ein **„Werteverfall“** stattgefunden habe und ein entsprechender Resonanzboden für rechte Orientierungen und rechte Organisationen geschaffen wurde. Weiter werden in der Auswertung der Befragten zur aktuellen Situation konkrete **politische Fehlentscheidungen**, u. a. in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik, angeführt. Insbesondere die Möglichkeiten und Herausforderungen einer gelungenen Integrationspolitik werden zum Teil kritisch gesehen – ebenso die Einschätzungen zu Fragen der Asylpolitik. Der verstärkte Zuzug von Menschen, die seit 2015 nach Deutschland kamen und auch in der Stadt Oberhausen hätten untergebracht, versorgt und begleitet werden sollen, habe die Stadt Oberhausen „überfordert“. So wird vereinzelt der Eindruck ausgesprochen, dass u. a. „zu viele Geflüchtete aufgenommen“ worden oder eine angemessene Wohnsituation (beispielsweise eine flächendeckende Verteilung) nicht hergestellt worden sei. Aus dieser Perspektive ist eine „Konkurrenzsituation“ um Wohnungen und Arbeit entstanden. So habe sich nicht zuletzt bei (einigen) Bürger_innen „das Gefühl von Unsicherheit verstärkt“.

„Es gibt einfach Äußerungen von Menschen, wo ich sage: ‚Das hätten die vielleicht vor 5-6 Jahren nicht so gedacht‘ und ein Auslöser ist sicherlich die Zuwanderung 2015 / 16 von vielen Menschen, die als Geflüchtete zu uns gekommen sind“ (Expert_in 10).

Der persönliche und politische Umgang mit dem Zuzug von Menschen mit Fluchtgeschichte habe nach Meinung einiger Interviewten dazu geführt, dass sich Menschen in prekären Lebenssituationen noch stärker ausgeschlossen und „abgehängt“ fühlen und eine „Neid-debatte“ entsteht.

„Je besser die Strukturen in der Stadt sind, die Kinder, Jugendliche und Familien unterstützen, egal ob sie zugewandert sind oder nicht, desto weniger ist auch so ein Boden für Rassismus da. Weil manchmal auch auf Grund von falschen Informationen und Vorurteilen auch diese Gefühl entsteht, ‚ja man tut ja mehr für die als für uns‘ und das ist eine große Gefahr“ (Expert_in 10).

Neben prekären Lebensumständen, Perspektiv- und Orientierungslosigkeit, werden ‚banalere‘ Ursachen angegeben, welche den ‚Rechtsruck‘ begründen helfen, wie beispielsweise **fehlende Freizeitbeschäftigung und Langweile**.

„Also, wenn jemand ausreichend Freizeitmöglichkeiten hat, Einkaufsmöglichkeiten hat, (...) der kommt ja gar nicht auf die Idee, zu sagen, es gibt andere Leute, die nehmen mir diese Wohnung weg und eben diese rassistischen Gedanken kommen gar nicht erst auf“ (Expert_in 5).

Zudem wird angebracht, dass rechte Ideologien und Haltungen, rechte Äußerungen und Handlungen immer schon existiert haben und diese auf **„festen, nationalen, rassistischen, rechtsextremen Überzeugungen“** von Personen gründen und gegenwärtig erst sichtbar würden. Wobei auch Vermutungen darüber angestellt werden, dass es „im Verborgenen“ weitaus mehr „rechtes Potential“ bei einzelnen Personen, Personengruppen oder Organisationen geben könnte, auch wenn dieses „nicht öffentlich gemacht wird“ und zum Teil nur anonym in Sozialen Medien beobachtet werden kann.

„Ich glaube, diesen Kreis an Menschen [mit faschistoidem Weltbild] hat es immer schon gegeben, wird es in Zukunft geben und durch diese populistische Hetze und durch so etwas wie Facebook, verbreitet sich gerade diese Basis. (...) Ich glaube, wenn wir das nicht angehen, werden wir diesen Trend auch nicht wirklich aufhalten können“ (Expert_in 18).

Während die bisherigen Aspekte als mögliche Begründungen für die Zunahme vor allem von rechtem und rassistischem Aufkommen im Alltag oder bei politischen Wahlen angeführt werden, sehen die Befragten zudem Gründe, die (insbesondere jüngere) Personen dazu bewegten, sich rechten und rechtsextremen Organisationen und / oder Gruppen anzuschließen. Hierbei spielt auch die **Veränderung der rechten Szene** selbst eine relevante Rolle. Als vier „wesentliche Elemente“ für den Zulauf zu rechtsextremen Gruppierungen und Organisationen werden genannt: A) Die „Modernisierung“ der Szene in den vergangenen 10 bis 15 Jahren, was u. a. darin zum Ausdruck komme, dass Akteur_innen und Strukturen der extrem rechten Szene nicht mehr klar erkennbar und abgrenzbar von anderen Personen(gruppen) sind. Springerstiefel und andere emblematische Kennzeichen eines als typisch wahrgenommenen neonazistischen Kleidungsstils etwa, werden heute als weniger präsent beschrieben, stattdessen seien Zugehörige der Szene oftmals „ganz normal“ gekleidet und gäben sich auch „ganz normal“. B) Extrem rechte Gruppierungen und Organisationen behandeln nach Wahrnehmung von Befragten heute Themen „die in der Mitte der Gesellschaft diskutiert werden“ und die für viele Menschen relevant sind (beispielsweise: Fragen zum Thema Familie oder Sicherheit). C) Extrem rechte Organisationen und Personen(gruppen) versuchten insgesamt moderater aufzutreten und präsentierten sich in einer Opferrolle – auch wenn dagegen klar ist, dass trotz dieses Auftretens davon auszugehen sei, dass die extrem rechte Szene gegenwärtig gewaltbereit und gewalttätig ist. D) Letztlich spielt eine Rolle, dass die Angebote und die Angebotspalette rechter Organisationen oftmals

Jugendliche und / oder perspektiv- und orientierungslose Personen anzusprechen scheinen und Verheißungen artikulieren.

„Die nachwachsende Generation [in der rechten Szene] arbeitet anders, wenn man nicht vom Fach ist, kann man nicht unterscheiden, sind das Linksautonome oder Rechtsautonome? Ist das jetzt ein Bürgerlich-besorgter, der sich Sorgen macht um Kinder, die vielleicht in Gefahr sind, oder ist das jetzt ein Nazi, der bewusst vorher geschult wurde, in die Sitzung reinzugehen und die Stimmung kippen zu lassen“ (Expert_in 3).

Deutlich wird letztlich, dass die Frage nach den Ursachen und Gründen für Rassismus und Rechtsextremismus die Interviewten intensiv beschäftigt, vor allem mit Blick auf die eigenen Ansprüche und Wünsche, sich u. a. besser gegen das Entstehen sowie das Aufkommen positionieren und entsprechend vorgehen zu können. Es zeigt sich insgesamt, dass es ein starkes Interesse gibt, sich zu engagieren, wie die Vielzahl an Strukturen und Maßnahmen gegen Rechts in Oberhausen verdeutlichen.

Strukturen gegen Rassismus und Rechtsextremismus: Maßnahmen und Engagement

Wie bereits das Spektrum an Akteur_innen, die an den Befragungen teilnehmen, verdeutlicht, gibt es in Oberhausen und landesweit eine Vielzahl engagierter Personen in unterschiedlichen Institutionen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen. Um einen ersten Überblick über die Strukturen gegen Rechts zu erhalten, werden im Folgenden die bestehenden zentralen Arbeits- Tätigkeits- und Handlungsfelder vorgestellt und relevante Ziele, Zielgruppen, Angebotsformate und -inhalte, sowie das Feld Kooperationen und Vernetzung genauer dargestellt. Zunächst erfolgt jedoch eine überblickartige Zusammenfassung des zivilgesellschaftlichen und institutionellen Engagements gegen Rassismus und Rechtsextremismus in der Oberhausener Stadtgesellschaft, um die Ergebnisse zu kontextualisieren.

Die Stadtgesellschaft von Oberhausen

Anschlussnehmend an das dargestellte Aufkommen von rechts in Oberhausen, ist der überwiegende Eindruck der Befragten, dass ein gesellschaftlicher und politischer ‚Rechtsruck‘ spürbar ist und in der Stadtgesellschaft der Resonanzboden für rechte Positionen und Handlungen zugenommen hat, aber sich insgesamt ein Großteil der Zivilgesellschaft sowie der Institutionen sowohl in der Vergangenheit als auch gegenwärtig **aktiv gegen Rechts-extremismus und Rassismus einsetzt**.

„Es gibt ein breites Bündnis gegen Rechts“ (Expert_in 2).

„Das zeigt sich deutlich, wenn die NPD einen Stand in Oberhausen anmeldet und (...) da eine Gegenaktion geplant wird, dann sind auch relativ zügig 100, 200, 300 Leute in Oberhausen zu mobilisieren“ (Expert_in 18).

Hierzu zählen neben Bürger_innen und sozialen Institutionen (Wohlfahrtsverbände, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften etc.) auch politische Funktionär_innen und städtische Einrichtungen, die damit auch eine **positive Vorbildfunktion** einnehmen.

„Wenn man aber alle gezielt fragen müsste, ob sie [die Einrichtungen in Oberhausen] in einem Themenfeld gegen Rechts mitmachen, ich könnte mir keinen Träger oder keine Institution, keinen Verband vorstellen, der sagt, ‚nee, machen sie nicht‘“ (Expert_in 1).

„Dass die Kommune sagt: ‚Da stehen wir zu und da stecken wir auch Ressourcen rein.‘ Dass das immer mehr sein könnte, ist ja völlig klar, aber letztendlich so eine Grundsätzlichkeit erst mal“ (Expert_in 1).

Sichtbar wird das Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus von Seiten der Institutionen u. a. durch öffentliche Statements oder Richtlinien, wie beispielsweise in Mitgliedsvereinbarungen, Unternehmenskodices oder Aktions- und Leitbildprogrammen wie ‚Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage‘. Auch Aktionen wie die in 2018 vom ‚Runden Tisch gegen Rechts‘ initiierte „Banneraktion“⁹³ stärken dieses Engagement und geben ihm ein Gesicht. Gerade die Teilnahme einer großen Zahl von Menschen, die mit ihrem Engagement kein Amt vertreten, sondern sich als zivilgesellschaftlich Beteiligte einsetzen, ist in der Wahrnehmung der Befragten von großer Bedeutung. Öffentliche Aktionen, vor allem Demonstrationen, werden generell positiv bewertet, u. a. aufgrund der (erfreulich) hohen Teilnehmer_innenzahlen und der schnellen und funktionierenden Organisation bei akuten Anlässen (beispielsweise bei rechten Veranstaltungen im Stadtgebiet). Im Hinblick auf die Organisation und Durchführung von Aktionen wird hervorgehoben, dass diese oftmals gemeinsam von unterschiedlichen Akteur_innen und Organisationen gemacht werden und sich somit viele (heterogene) Personen(gruppen) beteiligen. Hierdurch wird nicht nur eine gute Zusammenarbeit deutlich, sondern auch die Verständigung auf ein gemeinsames Ziel.

„Damals waren es (...) zwischen 60 und 70 Organisationen, also Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien – also ein ganz breites Bündnis, was dann eben gesagt hat ‚Wir wollen hier in Oberhausen keinen Rassismus, wir wollen keine Ausländerfeindlichkeit, wir treten ein gegen Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie und für Toleranz‘“ (Expert_in 16).

Das breite Bündnis gegen Rechts in Oberhausen fußt vor allem auf einer „demokratischen Tradition“ in der Stadt. So erinnern die Befragten daran, dass es bereits in der Vergangenheit engagierte Personen in der Politik und der Zivilgesellschaft gegeben hat, die sich gegen Rechts einsetzten.

„Also durch diese langjährige Tradition (...) da müssen wir auch unglaublich dankbar für sein, dass da eben auch schon so ein Fundament ist, wo es dann auch leicht fällt weiterzuarbeiten“ (Expert_in 16).

Die gewachsenen und bestehenden Strukturen werden darauf zurückgeführt, dass sowohl die Themen Migration, Integration und Interkulturalität als auch der bewusste Blick auf das Themenfeld Rassismus in Rechtsextremismus in Oberhausen – sowie in vielen anderen Städten des Ruhrgebietes – bereits seit vielen Jahren eine wichtige Rolle in der Gestaltung von Gemeinschaft und Kommunen spielen, (ständig) präsent sind oder – wie zum Themenfeld Rassismus und Rechtsextremismus – durchaus kritisch bewusst auf Probleme und Herausforderungen geachtet wird. Durch die gesellschaftliche und politische Aktualität des Themas ‚Rechtsruck‘ wächst das Engagement in der Stadtgesellschaft, sich für Offenheit, Toleranz und Demokratie öffentlich einzusetzen spürbar, stärkt hierdurch bestehende Bündnisse und führt zu einer höheren Legitimation für ein Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

⁹³ „Gegen Rassismus. An der Oberhausener Banner-Aktion beteiligen sich 60 Akteure“. In: WAZ (8.8.2018), URL <https://www.waz.de/staedte/oberhausen/an-der-oberhausener-banner-aktion-beteiligen-sich-60-akteure-id215034959.html> (Zugriff 1.12.2018).

Neben der positiven Wahrnehmung zum breiten Engagement und dem gemeinsamen Agieren gegen Rassismus und rechte Positionen, werden auf der anderen Seite von einigen Befragten auch kritische Aspekte benannt: etwa, dass sich noch nicht alle Institutionen einbringen, dass Einige beispielsweise bei Demonstrationen fehlen, dass das Label ‚Schule ohne Rassismus‘ nicht flächendeckend getragen wird oder dass das Engagement nur „punktuell“ vorhanden ist, etwa dann, wenn es akute Anlässe (wie etwa eine rechte Kundgebung) gibt. Zudem wird beschrieben, dass sich von Seiten der Zivilgesellschaft in der Regel ältere Personen engagieren und jüngere Personen bei öffentlichen Aktionen stark unterrepräsentiert sind. Mit Blick auf die gesamte Stadtgesellschaft seien es oft zu wenige bzw. oftmals dieselben Personen(kreise), die sich gegen Rechts engagieren.

„Das [sind] natürlich diese 400 Menschen immer präsent, aber das ist natürlich gemessen auf die Gesamtbevölkerung von 210.000 wenig“ (Expert_in 2).

Abschließend zeigt sich, dass Oberhausen, wie auch andere Städte und Kommunen, auf einem guten Weg gesehen wird, was sich ganz grundsätzlich etwa daran zeigt, dass Gesellschaft und Politik in der Stadt das Thema wahrnehmen, aufmerksam und vor allem zugänglich dafür sind, Neonazismus, rechte und rassistische Positionen als gesamtgesellschaftliches Problem anzuerkennen und sich aktiv für Lösungeneinzusetzen.

„Die Zahl derer, die bereit sind, sich dagegen zu engagieren und das über alle politischen Gruppierungen hinaus, ist größer geworden“ (Expert_in 12).

„Es [gibt] auch eine größere Sensibilität in der Gesellschaft (...) gegen rechte Positionen. Es gibt mehr [Gegenwehr], gegenüber rassistischen und rechten Äußerungen. Also ich finde schon, dass sich da in den letzten 10, oder auch 5 Jahren schon auch sehr viel getan hat“ (Expert_in 12).

Handlungsfelder, Arbeits- und Tätigkeitsschwerpunkte

Zunächst gibt es auf der **Landesebene** verschiedene Einrichtungen, die – mit flächendeckenden Angeboten – für die Stadt Oberhausen zuständig sind. Insbesondere werden hier **Aufklärungs- und Beratungsangebote** durchgeführt. Zum einen decken diese ein weites Themenspektrum für die breite Öffentlichkeit ab, wie beispielsweise **Informationsveranstaltungen** zur rechten / rechtsextremen Szene, oder **Präventionsangebote** im Kontext etwa von Trainings zu ‚Argumentationen gegen Rechts‘. Zudem bieten sie **Unterstützungsangebote** für Bündnisse, Unternehmen, Einrichtungen, Schulen etc. an, wenn diese mit konkreten, problematischen Situationen Beratung benötigen oder Ideen für Aktionen und Kampagnen sammeln oder durchführen möchten. Zum anderen gibt es **Beratungs- und Unterstützungsangebote** für spezielle Personen(kreise), wie beispielsweise die Fachberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt oder die Aussteigerberatungen. Des Weiteren gibt es Einrichtungen, zu deren Aufgaben es gehört, zu rechten / rechtsextremen Aufkommen Übergriffen etc. zu recherchieren und **Öffentlichkeitsarbeit** zu machen (Pressearbeit zu aktuellen Themen, Zahlen oder Aktionen etc.). Zuletzt gehört zu den (Haupt)Aufgaben dieser landesweit aufgestellten Einrichtungen die **Vernetzung und Kooperation** mit anderen Akteur_innen, beispielsweise in Gremien, Bündnissen oder Arbeitsgruppen (s. u.).

Weiter gibt es auf der **städtischen Ebene** breit aufgestellte (zivilgesellschaftliche und professionelle) Strukturen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen und in verschiedenen Handlungsfeldern verankert sind. In der Regel ist dieses Engagement eine **Querschnittsaufgabe** in den Institutionen und damit mitunter **Bestandteil der täglichen**

Arbeit. Die Handlungsfelder, in denen die Akteur_innen tätig sind, sind weit gefächert und umschließen u. a. Kitas, Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen, die Offene Kinder- und Jugendarbeit, den Sportbereich, die Stadtteilarbeit, Einrichtungen und Initiativen im Schwerpunkt Interkulturalität / Integration und die Politik (etwa im Stadtrat). Speziellere Angebote zum Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ werden insbesondere über **Aufklärungs-, Bildungs- und Informationsangebote** sowie durch **Präventionsangebote** gemacht (s. u.). Neben der Entwicklung und Durchführung dieser Angebote arbeiten einige Institutionen an der Konzeption für weitere (Handlungs-)Empfehlungen, beispielsweise zum Thema Interkulturalität oder Integration. Des Weiteren gibt es Institutionen, die auf der Grundlage eigener oder externer Recherchen, Beobachtungen und Analysen über rechtes Aufkommen, Übergriffe etc. aufklären und **Öffentlichkeitsarbeit** betreiben. So wird über das Thema informiert bzw. das Thema öffentlich gemacht durch Informationsstände, Flyer, Informationsbroschüren, Plakate oder andere Aktionen. Darüber hinaus gibt es ein breites Spektrum an **Hilfe- und Unterstützungsangeboten** sowie **Beratungsangeboten** für verschiedene Lebens- bzw. Problemlagen der Bürger_innen (beispielsweise in den Bereichen der Familien- und Jugendhilfen). Genauso, wie bei den überregionalen Einrichtungen, ist der Tätigkeitsbereich der **Vernetzungen und Kooperationen** auch stadtweit relevant (s. u.).

Ziele

Die Ziele der Akteur_innen und Institutionen im Hinblick auf das Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ sind ebenso breit gefächert, wie die Handlungsfelder und Angebote. Als gemeinsamer Nenner kann jedoch das Ziel formuliert werden, dass man sich **gegen Rechts – im weiteren Sinne** – einsetzt und **demokratische Strukturen fördern sowie Offenheit und Toleranz stärken** will. Somit spielt nicht nur die Positionierung gegen (extrem) rechte und rassistische Haltungen und Handlungen eine Rolle, vielmehr geht es in der Arbeit vor Ort auch um Prävention und Intervention **gegen jede Form der Ausgrenzung und Diskriminierung**.⁹⁴ Die Anti-Diskriminierungs-Arbeit findet dabei für unterschiedliche Formen bzw. Phänomenbereiche vorurteilsvoller Haltungen und Handlungen (gegen direkte / indirekte sowie mehrfache / intersektionelle Diskriminierung) und auf unterschiedlichen Ebenen (mit Blick auf persönliche, strukturelle und institutionelle Diskriminierung) statt. Um diese Ziele zu erreichen, werden – in unterschiedlicher Intensität – eine Vielzahl von (thematisch breitgefächerten) Maßnahmen ergriffen, die eine möglichst breite Personengruppe erreichen sollen (s. u.). Zugleich wird deutlich, dass es nicht nur darum geht, gegen den gegenwärtigen ‚Rechtsruck‘ vorzugehen, sondern auch darum, die Ursachen für rechte / rechtsextremistische Orientierungen zu erfassen, um frühzeitig intervenieren zu können.

⁹⁴ Einzuschließen sind demnach auch: Sexismus, worunter „jede Art der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres (zugeschriebenen) Geschlechts sowie die diesen Erscheinungen zugrunde liegende Ideologie verstanden“ (IDA 2018) wird; Klassismus, was die „Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres (zugeschriebenen) ökonomischen, sozial- oder bildungspolitischen Status bzw. ihrer (zugeschriebenen) ökonomischen, sozial- oder bildungspolitischen Herkunft.“ (ebd.) bedeutet; Agismus, womit die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters verstanden wird sowie Bodyismus, womit die „Diskriminierung (...) aufgrund körperlicher Schönheits- und Gesundheitsnormen“ (ebd.) gemeint ist.

Zielgruppen

Insgesamt zeigt sich, dass die bestehenden Maßnahmen (Angebote, Aktionen, Vorträge, Veranstaltungen etc.) eine **breite Personengruppe** ansprechen. Zunächst gibt es offene Angebote für „die breite Masse“ bzw. „die Zivilgesellschaft“. Daneben werden Maßnahmen für bestimmte Personengruppen, wie etwa Schüler_innen, angeboten. Zuletzt richten sich Angebote an ganz spezielle Personen, die aufgrund ihrer individuellen Situation Beratungs- und Unterstützungsbedarf haben, wie beispielsweise Betroffene von rechter oder rassistischer Gewalt. Zudem adressieren Aussteigerberatungen rechte / rechtsextreme Personen, die sich von der Szene lösen wollen.

Wenn man die Zielgruppen genauer betrachtet, stellt sich heraus, dass es auf der einen Seite Gruppen gibt, die häufig von Angeboten angesprochen werden (können) und auf der anderen Seite Personengruppen, die zwar unter dem Label „breite Masse“ subsumiert werden können, aber als Adressat_innen unterrepräsentiert erscheinen. Im Hinblick auf das Alter der Adressat_innen zeigt sich beispielsweise, dass **Kinder und Jugendliche besonders häufig als Zielgruppen** benannt werden und sie insbesondere über ihren Status als Schüler_in Zugang zu (vor allem präventiven) Angeboten haben. Ebenso werden sie im Rahmen von freizeitpädagogischen und / oder außerschulischen Bildungsangeboten der Kinder- und Jugendarbeit an Angebote und Aktionen zum Thema herangeführt. Im Gegensatz zu dieser Gruppe gibt es für **ältere Jugendliche und junge Erwachsene nur wenig generelle Angebote** im Bereich der außerschulischen Bildung und sie werden kaum explizit als Zielgruppe benannt. Eine Ausnahme hiervon sind die speziellen Beratungs- und Unterstützungsangebote, beispielsweise die Ausstiegsberatungen.

Die **Altersgruppe der älteren Menschen** (Senior_innen und Rentner_innen) wird zwar durch generelle Angebote und Aktionen (öffentliche Veranstaltungen etc.) angesprochen, aber spezielle Veranstaltungen zu dem Thema für diese Altersgruppen werden **kaum benannt**.

Auch mit dem Blick auf den **sozialen Status oder die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe** von Zielgruppen zeigen sich Unterschiede in der Anzahl der Angebote für die verschiedenen Gruppen. Wie es sich auch in der unterschiedlichen Zahl und Schwerpunktsetzung der Angebote für Zielgruppen unterschiedlichen Alters zeigte, gilt auch mit Blick auf die sozial unterschiedlich aufgestellten oder wahrgenommenen Zielgruppen, dass jüngere und junge Personen verstärkt angesprochen werden. Daneben gibt es – weit weniger als für Kinder und Jugendliche – Angebote für Familien und Eltern. Erwachsene Personen können zudem – je nach Tätigkeit- oder Berufsfeld – von unterschiedlichen Angeboten erreicht werden. Überrepräsentiert sind u. a. die Personen, die in sozialen oder kulturellen Bereichen arbeiten oder ehrenamtlich tätig sind, wie etwa in den Berufen oder Arbeitsfeldern von Pädagog_innen, Lehrer_innen, (Schul-)Sozialarbeitenden und Kulturschaffenden. Zudem ist festzustellen, dass vermehrt auch Mitarbeitende der Stadt oder lokal tätige Landesbeamt_innen adressiert werden, wie beispielsweise Polizist_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen oder Politiker_innen. Darüber werden als wichtige potenzielle Zielgruppen vereinzelt Mitarbeitende in der Pflege, Führungskräfte in öffentlichen oder privaten Unternehmen sowie Arbeitslose oder Wohnungslose genannt. Hervorzuheben bei den Zielgruppen sind außerdem Personen-(gruppen) mit Zuwanderungs- oder Einwanderungsgeschichte, hier noch einmal insbesondere die Menschen mit Fluchterfahrungen, die seit 2015 nach Oberhausen gekommen sind und die von mehreren Befragten explizit als Zielgruppe von Unterstützungsangeboten benannt wurden.

Zuletzt zeigt sich, dass die Zielgruppen der Angebote aus unterschiedlichen Regionen erschlossen werden: Neben den überregionalen Angeboten gibt es stadtweite Angebote. Von Bedeutung ist jedoch bei einem Großteil der Angebote, dass sie im sozialen Nahraum (Stadtteil, Quartier) zur Verfügung stehen.

Angebote (Formate und Inhalte)

Bereits auf den ersten Blick wird deutlich, dass es in Oberhausen eine Vielzahl an Maßnahmen gibt, die sich direkt oder indirekt mit dem Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ auseinandersetzen.

Zunächst gibt es zahlreiche Veranstaltungen, die sich an die breite Öffentlichkeit richten, wie **Bürger_innenversammlungen und Stadtgespräche, Podiumsdiskussionen, Vorträge** sowie **Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen**. Darüber hinaus existiert eine breitaufgestellte (außerschulische) Bildungslandschaft mit **Schulungen, Trainings, Workshops** sowie **Fort- und Weiterbildungen** insbesondere aus dem außerschulischen politischen Bildungsbereich.

Das **Themenspektrum** der Angebote ist weit gefächert. Zum einen werden allgemeinere gesellschaftsrelevante Themen behandelt, wie beispielsweise:

- Integration (soziale Integration, Bildungs- und Arbeitsmarktintegration)
- Interkulturalität / Interkulturelle Öffnung / (Kultur)Sensibilität
- Demokratieförderung
- Analysen von Wahlprogrammen und Wahlergebnissen (beispielsweise zu Programmen und Zustimmungswerten rechtspopulistischer Parteien)
- Salafismus

Zum anderen werden speziellere Aspekte des Themenfeldes ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ aufgegriffen, wie beispielsweise:

- Aufkommen und Entwicklung der rechten / rechtsextremen Szene
- Geschlechterbilder bzw. Mädchen- oder Frauenrollen in der rechten Szene
- Handeln gegen Rassismus und Rechtsextremismus
- Umgang mit rechts/rechten Wortergreifungsstrategien und ‚Stammtischparolen‘
- Verbotene rechter Symbole
- Erinnerungskultur, speziell zur Zeit des Nationalsozialismus

Neben den zahlreichen fortlaufenden Angeboten gibt es eine Reihe weiterer (**temporärer**) **Aktionen** gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Zunächst gibt es **Konferenzen** (beispielsweise die „Demokratie-Konferenz“) und **Projekte** (u. a. zum Thema Friedenspolitik). Weiter spielt das Thema ‚Erinnerungskultur‘ eine relevante Rolle, was sich in einer Vielzahl an **Aktionen** oder Projekten zeigt (beispielsweise der ‚Anti-Kriegs-Tag‘, Gedenkstättenfahrten oder thematische Stadtrundgänge). Darüber hinaus werden **kulturelle Angebote** gemacht, wie thematische Theatervorstellungen, Lesungen, Liederabende, Ausstellungen, Lichtbildvorträge etc. Zudem gibt es **öffentliche Aktionen**, wie Demonstrationen, Kundgebungen, Menschenketten, Stände oder dezentrale Aktionen der Positionierung, wie etwa eine Banneraktion aus dem Sommer 2018. Zudem verfolgen Veranstaltungen und Angebote das Ziel, dass möglichst viele unterschiedliche Personen(kreise) in den Austausch kommen und sich kennenlernen. Begegnung kann dabei unterstützen, Vorurteile und Vorbehalte abzubauen

sodass die (soziale) Integration aller Beteiligten gefördert wird. Die **Austausch- und Begegnungsangebote** werden beispielsweise in Form von Fachtagungen, Nachbarschafts- oder Stadtteilstesten oder gemeinsamen Frühstücksaktionen angeboten.

Junge Personen / Schüler_innen

Wie bereits beschrieben, ist die Gruppe der Kinder und Jugendlichen eine relevante Zielgruppe von Angeboten, die sich mit dem Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ beschäftigen oder die als Angebote zur Demokratieförderung aufgestellt sind. Im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung werden zahlreiche thematische Projekte (Projekt-tage oder Projektwochen) angeboten sowie Arbeitsgruppen für Schüler_innen organisiert (beispielsweise eine Antifa-AG). Ebenso werden außerschulische Bildungsangebote wie etwa Gedenkstättenfahrten speziell für diese Gruppe der Schüler_innen und jungen Menschen konzipiert. Daneben werden im freizeitpädagogischen Bereich Konzerte, Kino- und Film-abende sowie Theaterprojekte durchgeführt.

Mitarbeitende in pädagogischen / sozialen Tätigkeitskontexten

Personen, die haupt- oder ehrenamtlich in sozialen, kulturellen oder pädagogischen Be-reichen tätig sind, haben in der Regel einen guten Zugang zu Aufklärungs- und Informations-veranstaltungen zum Themenfeld. So werden für sie Schulungen sowie Fort- und Weiter-bildungen angeboten, beispielsweise zu Entwicklungen der rechten Szene, zum Umgang mit rechten Parolen, zu Strategien gegen Rassismus oder als Sensibilisierungstrainings. Neben dem inhaltlichen Input ist ein Vorteil der Angebote, dass diese als Austauschplattform und Vernetzungstreffen genutzt werden können.

Betroffene rechter und rassistischer Gewalt

Personen, die Opfer von rechter, antisemitischer, antimuslimischer oder rassistischer Gewalt geworden sind, stehen Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung, die vor allem von überregionalen Einrichtungen als aufsuchende Beratung angeboten werden. Zu den betroffenen Personenkreisen zählen besonders häufig Menschen mit Einwanderungs-geschichte. Rechte und rassistische Gewalt richtet sich zudem gegen Wohnungslose und Menschen, deren Lebensmittelpunkt die Straße ist. Rechte und rassistische Gewalt ist in ihrer Motivlage mitunter auch gegen LGBTIQ*-Personen gerichtet, gegen Menschen mit Behinde-rungen, gegen Linke und Menschen, die sich in ihrem politischen Engagement gegen Rassis-mus und (extrem) rechte Positionen wenden. Unterstützungsangebote der Fachberatungs-stellen können Betroffenen kurzfristig oder in langfristiger Beratung parteilich, vertraulich und auf Wunsch anonym, Hilfe anbieten, die den individuellen Bedarfen entspricht. Die Beratung ist hier als psychosoziale Beratung angelegt, welche die Beratungen in rechtlichen Fragen, Unterstützung zur medizinischen Versorgung oder mit Therapeut_innen, Begleitung zu Anwäl_t_innen, Ämtern und Behörden, Unterstützung bei Beantragung von Entschädi-gungsleistungen, Begleitung bei Gerichtsprozessen und die Weitervermittlung zu Beratungs-einrichtungen mit weiterer Spezialisierung umfassen kann.

Rechts orientierte, scene-angehörige und ausstiegswillige Personen

Für Personen, die als rechtsorientierte oder der extrem rechten Szene angehörende Menschen den Ausstieg suchen, gibt es Beratungs- und Unterstützungsangebote in Form von Ausstiegsberatungen, die überregional verortet sind. Zu dem Angebot zählen insbesondere die individuelle und persönliche Beratung und die Begleitung aus der rechten Szene, Beratung

und Unterstützung zu lebenswegorientierten Lösungsstrategien, Unterstützung in den Alltagsbereichen Arbeitswelt, Wohnen und Aus- bzw. Schulbildung sowie zu ökonomischen Fragen der Alltagsbewältigung als Teil der Beratung zu sozialer und beruflicher ‚Resozialisierung‘ im engeren Sinne. Zudem werden Angebote für Angehörige – insbesondere für Eltern – gemacht.

Angebote (Ansätze)

Neben den oben aufgezeigten differenzierten Zugangsvoraussetzungen (**offene, teil-offene oder exklusive Formate**) und dem unterschiedlichen Turnus der Angebote (**regelmäßig oder temporär**), unterscheiden sich die Formate aufgrund ihrer regionalen Verortung. Während es auf der einen Seite überregionale Angebote gibt, werden auf der anderen Seite in der Stadt Oberhausen fest-verankerte Maßnahmen angeboten. Folglich unterscheiden sich die Angebote darin, dass sie sowohl **mobil und aufsuchend** sind als auch eine ‚**Komm-Struktur**‘ haben. Weiter differenzieren sie sich im Hinblick auf den jeweiligen Ansatz, den sie verfolgen; so werden **primär, sekundär oder tertiär präventive Ansätze**⁹⁵ verfolgt. Im Gegensatz zu den Unterschieden eint die meisten Angebote, dass sie den Anspruch haben, **niederschwellig und partizipativ** zu sein. Zudem steht bei den regionalverorteten Angeboten oftmals im Zentrum, dass in der inhaltlichen Arbeit mit den Ratsuchenden bzw. Beratungsnehmer_innen, mit Klient_innen, Schüler_innen, mit Interessierten an politischer Bildung oder Fortzubildenden vor allem auch **lokale Bezüge** aufgegriffen werden (können) und die Angebote verstärkt **sozialraumorientiert** sind (Quartiere, Stadtteile etc.). Ebenso wird – in der Regel – versucht, die Angebote gemeinsam mit Kooperationspartner_innen durchzuführen, um u. a. die Wirkungskreise zu erweitern, neue Zielgruppen zu erschließen oder die Bekanntheit der Einrichtung, des Projektes oder Initiative zu steigern. Insgesamt ist das Thema Kooperationen und Vernetzungen in der Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus von hoher Bedeutung für Angebote aller Formate.

Netzwerke, Kooperationen und Zusammenarbeit

Die Relevanz von Netzwerken für das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus wird in den Befragungen deutlich. Dies zeigt sich in der Vielzahl an unterschiedlichen Kooperationen, die auf der **regionalen**, insbesondere auf **sozialräumlicher** Ebene, sowie **überregional** stattfinden – hier insbesondere im Spiegel gemeinsamer öffentlicher Aktionen oder Projekte. In der Regel findet der Austausch in **Gremien** (beispielsweise Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen, Räten) oder in **Bündnissen und Initiativen** (etwa dem ‚Antifaschistischen Bündnis Oberhausen für Toleranz und Demokratie‘ – kurz: ‚Runder Tisch gegen Rechts‘) statt. Dabei vernetzen sich Akteur_innen unterschiedlicher Organisationen und Tätigkeitsfelder, wie beispielsweise:

⁹⁵ Generell können drei verschiedene Strategien bei Präventionsmaßnahmen unterschieden werden: 1. Primäre oder universelle Prävention, die zunächst als Zielgruppe die Gesamtgesellschaft hat. Angebote beziehen sich in diesem Zuschnitt präventiver Maßnahmen auf die breite Population der Bevölkerung. 2. Sekundäre oder selektive Prävention, die ihre Maßnahmen auf die Zielgruppe der gefährdeten bzw. risikobesetzten Personen zuschneidet, sowie 3. Tertiäre oder indizierte Prävention, welche sich an Personen richtet, die bereits gefestigte Problemlagen aufweisen (vgl. Kiefer 2015: 2 f.).

- Beratungsstellen (u. a. zivilgesellschaftliche und staatliche Ausstiegsberatung, Elternberatung, Frauenberatungsstellen, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatung, psychosoziale Beratungsstellen)
- Bildungseinrichtungen (u. a. Kitas, Schulen, Universitäten, Arbeit und Leben, VHS, evangelisches Bildungswerk, Ruhrwerkstatt)
- Ermittlungsbehörden (u. a. Landeskriminalamt, polizeilicher Staatsschutz)
- Gerichte (u. a. in Zusammenhängen der Jugendgerichtshilfe)
- Gewerkschaften (u. a. DGB, IG Metall, ver.di)
- Glaubensgemeinschaften (u. a. Kirchen)
- Kinder- und Jugendarbeitseinrichtungen (u. a. Jugendclub Courage, Jugendgeschichtswerkstatt, Jugendparlament)
- kulturelle Einrichtungen sowie soziokulturelle Zentren (u. a. Gedenkhalle, Theater, Druckluft, kitev)
- landesweite Einrichtungen und Programme (u. a. Antidiskriminierungsbüros, Demokratie leben-Strukturen, Landesnetzwerke, NRWtoffen-Kommunen)
- Politik / demokratische Parteien
- städtische Einrichtungen / Stellen und Verwaltungen (u. a. Bildungsbüro, Flüchtlingsbüro, Integrationsrat, Jugendamt, Gleichstellungsbüro, Stadtbücherei)
- Wohlfahrtsverbände und freie Träger (u. a. AWO, Caritas, Diakonie, DPWV, Pro Familia)
- sonstige Institutionen und Organisationen (u. a. Unternehmerverbände, Firmen und Gewerbe, Gaststätten, Zeitungen)
- einzelne Personen (u. a. Künstler_innen, Pädagog_innen, Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen, Politiker_innen, Rechtsanwälte_innen, ehrenamtlich Tätige)

Das Themenspektrum, welches von den Kooperationen und Netzwerken im Hinblick auf den Bereich ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ bearbeitet wird, ist weit gefasst und bezieht sich einerseits auf allgemeinere Themen, wie beispielsweise Prävention, Gewalt und Interkulturalität, Integration oder Gender und Geschlechterrollen. Andererseits konzentrieren sich die Inhalte auf die konkreten Ideen für die Förderung demokratischer Strukturen und Werte gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Insgesamt wird die Situation von Kooperations- und Netzwerkarbeit von den Befragten positiv bewertet, was insbesondere daran liegt, dass sich eine Vielzahl an unterschiedlichen Institutionen langfristig beteiligt. Hervorgehoben wird in diesem Kontext auch, dass die in den Netzwerken vertretenen Akteur_innen und Personen zwar teilweise verschiedene Ansichten haben, sich aber gegenseitig neue Perspektiven aufzeigen, in konstruktivem Austausch sind und gemeinsam an Zielen arbeiten.

„Was die Vernetzung angeht, die verstehen das einfach, die verschiedenen Menschen an einen Tisch zu bringen (...). In Oberhausen setzen sie sich sehr für die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure ein“ (Expert_in 17).

Die Zusammenarbeit wird als „eng“, „intensiv“ und „stabil“ beschrieben, wobei festgestellt wird, dass es durchaus auch ein unterschiedliches Verständnis vom Charakter von Kooperationen geben kann und Netzwerke und Zusammenarbeit mit verschiedenen Inhalten oder Schwerpunktsetzungen der in den Vernetzungen vertretenen Akteur_innen gefüllt werden. Zunächst finden Kooperationen auf der Ebene von Austauschtreffen (beispielsweise in Arbeitskreisen oder Arbeitsgruppen) statt. Hierbei stehen einerseits **Austausch und Diskussion**, beispielsweise über die Entwicklung gemeinsamer Standards oder zu aktuellen

Herausforderungen und Problemlagen, sowie die **gegenseitige Information**, u. a. über die eigene Arbeit, über aktuelle Entwicklungen zu themenrelevanten Fragen oder über anstehende Projekte im Zentrum. Ebenso werden **gemeinsame Aktionen** (beispielsweise Demonstrationen oder öffentliche Stellungnahmen) geplant und durchgeführt. Ein wichtiger Aspekt ist auch, dass die Akteur_innen sich über neue Fördermöglichkeiten von Projekten austauschen und sich bei der Antragstellung unterstützen. Des Weiteren beziehen sich Kooperationen auf den **Austausch von personellen Ressourcen**, um sich beispielsweise bei der Durchführung von Veranstaltungen mit fachlichem Know-How zu unterstützen. Zudem können über Kooperationen **materielle Ressourcen** (wie Gelder, Räume oder Mobiliar) geteilt werden. Somit schaffen Kooperationen ‚Synergien‘ und fördern den Austausch von Ressourcen, Informationen und Erfahrungen.

Im Gegensatz zu den positiven Erfahrungen werden auch Defizite innerhalb der Netzwerke und der Zusammenarbeit sichtbar. So kritisieren einige Befragte, dass nicht alle Institutionen an den Netzwerken partizipieren oder nicht ausreichend vertreten sind (beispielsweise Sport- und Fußballvereine sowie Migrant_innen-Selbstorganisationen). In Vernetzungs- und Austauschstrukturen gar nicht bzw. in nur unregelmäßiger Teilnahme vertreten zu sein, kann nach Wahrnehmung der Befragten dabei durchaus unterschiedliche Ursachen haben, wie etwa: zu eng gefasste Inhalte der Arbeitskreise, fehlende Unterstützung oder kein Rückhalt für die Netzwerkarbeit in den jeweils ‚eigenen‘ Organisationen bzw. durch den oder die Arbeitgeber_innen, knappe zeitliche Ressourcen oder andere persönliche Gründe, wie Antipathien, begrenztes Engagement im konkreten Themenfeld oder fehlendes ‚Problembewusstsein‘ für das Thema.

„Das kommt darauf an, mit wem? Ich würde auch nicht mit allen zusammen arbeiten wollen“ (Expert_in 20).

Zudem wird zum Teil kritisch angemerkt, dass Akteur_innen bzw. Institutionen (beispielsweise politische Vertreter_innen) nicht kontinuierlich an den Austausch- und Vernetzungstreffen teilnehmen und mitarbeiteten, sondern nur in bestimmten (akuten) Phasen präsent seien.

„Die Beteiligten können sich mehr engagieren, (...) nicht nur immer, wenn gerade mal wieder ein Thema hochkommt, das wäre, glaube ich, für alle Beteiligten gut, wenn da eine Regelmäßigkeit da wäre“ (Expert_in 4).

Weiter wird, ebenso wie bei der Teilnahme an öffentlichen Aktionen, auch bei der Kooperations- und Vernetzungsarbeit von einigen Befragten kritisiert, dass junge Personen bzw. Jugendliche wenig bis gar nicht partizipieren.

Letztlich ist es nach den Eindrücken und Erfahrungswerten der Befragten für gelingende Arbeit in Netzwerken und Kooperationen wichtig, dass nicht nur flächendeckende (auf der sozialräumlichen Ebene und landes- bzw. bundesweit), regelmäßige und dauerhafte sowie heterogene und multiprofessionelle Kooperationsstrukturen geschaffen werden. Vielmehr sei es darüber hinaus bedeutsam, dass diese Netzwerkstrukturen und Zusammenarbeiten auch bekannt seien oder bekannt gemacht würden, beispielsweise durch eine Anlaufstelle oder Ansprechperson, die Kenntnisse über Verweisstrukturen, Kontaktmöglichkeiten und Informationen über alle Netzwerke – insbesondere vor Ort – hat.

3.2.2 Diskussion der bisherigen Ergebnisse

Betrachtet man die Gegenwarts-Darstellung im Hinblick auf a) rechtes Aufkommen und b) Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus zeigt sich, dass das Thema zum Teil ambivalent bewertet wird. Auf der einen Seite wird die Stadtgesellschaft bzw. das städtische Klima sowie städtische und zivilgesellschaftliche Institutionen überwiegend als offen und tolerant wahrgenommen. Auf der anderen Seite wird in vielfacherweise beschrieben, dass es auch in Oberhausen rechte und rassistische Übergriffe und Diskriminierung gibt – insbesondere, was alltägliche verbale Äußerungen oder abwertende Handlungen betrifft. Zugleich gehen die Akteur_innen davon aus, dass es eine extrem rechte Szene oder organisierte extrem rechte Strukturen in der Stadt Oberhausen nicht in dem Maße gibt, wie sie in anderen regionalen Zusammenhängen oder Regionen durchaus als wirkmächtig beschrieben werden bzw. diese sind wenig sichtbar oder nicht wahrnehmbar.

Insgesamt zeigt sich bei den Netzwerken und Kooperationen, dass diese zwar allgemein breit aufgestellt sind und gut, effektiv und erfolgreich funktionieren. Dennoch sind aber Defizite erkennbar und werden auch als solche benannt, wie etwa, dass nicht alle Institutionen gleichermaßen innerhalb der Netzwerke partizipieren (was sich auf die generelle Teilnahme, wie auch auf die Intensität bzw. Kontinuität der Teilnahme bezieht). Hierbei ist den Befragten bewusst, dass der Austausch zwischen gleichen, wenig durchmischten Gruppen hinderlich sein kann, um neue, mitunter auch kontroverse, Perspektiven einzunehmen und auf dieser Basis in konstruktiven Gesprächen neue Ideen zu entwickeln und mögliche neue Themenfelder tiefer zu bearbeiten. Ebenso würden hierdurch Potentiale, die durch unterschiedliche Kooperationsparteien entstehen, wie beispielsweise das Erschließen neuer Zielgruppen, nicht genutzt.

Mit Blick auf die bestehende Angebotsstruktur werden weitere positive wie auch negative Aspekte deutlich. Zunächst wird als positiv und angemessen beurteilt, dass es ein breites Angebot für junge Personen und Jugendliche gibt und dass diese Gruppe der Adressat_innen eine besondere Rolle spielt, da sie sich in einer Lebensphase befinden, welche prägend für die Entwicklung von Werten und Einstellungen ist. Im Gegensatz hierzu wird zugleich aber deutlich, dass Angebote für jüngere Erwachsene und ältere Personen fehlen. Sie werden jedoch als durchaus zusätzlich notwendig beschrieben. Zwar werden diese Gruppen oftmals über allgemeine Angebote adressiert (beispielsweise Vorträge, Workshops), aber speziellere Angebote werden kaum gemacht. Des Weiteren verfolgt eine Vielzahl der Angebote einen primär-präventiven Ansatz, was bedeutet, dass die Gesamtgesellschaft angesprochen wird und die Angebote in der Regel freiwillig sind. Dies ist zwar allgemein positiv zu bewerten, erreicht aber in der Regel vor allem diejenigen Personen / Organisationen, die ohnehin engagiert und interessiert sind. Angebote des sekundär-präventiven Ansatzes, also für risikobesetzte Zielgruppen und Menschen, von denen angenommen werden kann, dass sie sich für (extrem) rechte Inhalte und Angebote interessieren oder sich von ihnen angesprochen fühlen könnten, sind zwar vorhanden, werden aber als gegenwärtig noch zu geringfügig und zu wenig zielgruppenspezifisch wahrgenommen. Zuletzt zeigt sich, dass Angebote der tertiären Prävention, also solche, die sich an Personen richten, die bereits gefestigte Problemlagen aufweisen, zwar von überregionalen Institutionen, aber vor Ort kaum bzw. nicht erkennbar angeboten werden.

Neben der inhaltlichen Ausrichtung der Angebote kann auch das Format kritisch diskutiert werden.

Das Ziel, Angebote niederschwellig zu konzipieren, wird in der Regel zwar grundlegend verfolgt, teilweise aber gerät der freiwillige, kostenlose, offene und erreichbare Ansatz dennoch an seine Grenzen. Dies liegt u. a. nach Einschätzung der Befragten an den fehlenden infrastrukturellen Gegebenheiten, wie fehlenden Anlaufstellen vor Ort. Zudem spielt das Thema ‚Offenheit‘ gerade auch dort eine Rolle, wo Erreichbarkeit von Angeboten und Teilhabe ein hohes Gut ist. So beschreiben einige der Befragten die Fragestellung, ob Angebote auch von Personen genutzt werden können sollten, die Angebotsformate oder -inhalte mit rechten, rechtspopulistischen oder rassistischen Einwüfen oder Übernahmeversuchen zu beeinflussen oder zu verhindern suchen, als ungeklärt. Vermisst werden hier klare Positionen zum Wesen der streitbaren Demokratie und ihrer Rolle für Ausschlüsse oder Teilhabe-Voraussetzungen.

Betrachtet man weiter die Rahmenbedingungen der Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus insgesamt, werden sowohl positive als auch negative Erscheinungen sichtbar. Positiv hervorzuheben sind Programme und Förderlinien im Bereich der Arbeit gegen Rechts und für Demokratie, da hiermit Strukturen auf- und ausgebaut und personelle Ressourcen aufgestockt werden konnten. Zugleich handelt es sich aber oftmals um nur temporär eingesetzte Förderstrukturen. Dadurch ist eine Verstetigung der Arbeit schwierig, wie die Befragten überwiegend feststellen (s. u.).

3.2.3 Bedarfsanalyse zum Handlungsfeld „Rechtsextremismus und Rassismus“

Trotz der gegenwärtig stabilen und breit angelegten Struktur aus unterschiedlichen Institutionen und engagierten Personen, die sich in Oberhausen gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen, formulieren die befragten Akteur_innen eine Reihe Bedarfe und Bedürfnisse, die die Arbeit kurz-, mittel- und langfristig verbessern könnten. Die folgende Zusammenfassung stellt zunächst die Bedarfslage übersichtsartig dar und orientiert sich an den Handlungsfeldern: Rahmenbedingungen, Öffentlichkeitsarbeit, Angebotsinhalt, Angebotsformate und -zielgruppen, Netzwerke, Kooperationen und Zusammenarbeit, solidarisch-integrative Stadtgesellschaft sowie Wissenschaft und Forschung. Darüber hinaus wird der Bedarf für eine Handlungsfeld-übergreifende, dauerhafte Institution thematisiert.

Rahmenbedingungen

Zunächst wird deutlich, dass die Rahmenbedingungen im Arbeits- und Tätigkeitsfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ nicht optimal gestaltet sind. Zwar wird hervorgehoben, dass die vorhandenen Fördermittel wichtige und unterstützende Ressourcen sind, dennoch wirken sich zeitlich-begrenzte Ressourcen negativ auf die Arbeit aus. Dies wird besonders deutlich in den Bereichen: Finanzen, Zeit, Personal und Infrastrukturressourcen.

Der **Mangel an dauerhaften finanziellen Ressourcen** wird von (fast) allen Befragten kritisiert wenn er dazu führt, dass u. a. keine „kontinuierlichen und stabilen Strukturen“ aufgebaut oder „flächendeckende Angebote“, insbesondere von speziellen Beratungs- oder sozialraum-orientierten Stadtteilangeboten, organisiert werden können. Ebenso ist eine „dauerhafte Bearbeitung bestimmter Themen“, wie beispielsweise des Themenfeldes Integration, nicht möglich. Darüber hinaus lässt die finanzielle Situation es oftmals nicht zu, notwendige

Materialien, beispielsweise Informations- und Werbebroschüren, oder passende Räumlichkeiten für Veranstaltungen zu organisieren.

„Natürlich gibt es viele Ideen, Dinge zu machen. Letztendlich ist es am Geld gescheitert.(...) Und ich glaube, das macht so eine Arbeit letztlich auch schwierig“ (Expert_in 18).

Im Hinblick auf die monetäre Situation wird weiter kritisiert, dass es kaum eine bzw. keine „dauerhafte“ und „unabhängige“ Finanzierung gibt und der Großteil der Maßnahmen über Projekte oder Programme läuft. Zum einen sind die Laufzeiten der Projekte (zu) kurz, zum anderen ist die Beantragung von Fördermitteln aus Sicht der Befragten mitunter zu zeitaufwendig. Dies liegt daran, dass es keine (zugänglichen) Übersichten oder (hinreichenden) Informationen über Fördermöglichkeiten gibt und dass die Beantragung der Mittel oftmals kompliziert erscheint. Zuletzt lassen die Förderrahmen bzw. -bedingungen (zu) wenige Freiräume bei der Ausgestaltung der Projekte und sind oftmals nicht praxisorientiert.

„Was ein ganz entscheidender Punkt ist, dass diese ganzen Projekte im Bereich Rechts-extremismus, Prävention etc. eben Projekte sind. Also das heißt, die sind finanziert, also immer nur auf ein Jahr, oder vier Jahre oder so, also relativ kurze Zeiträume und [sie] sind irgendwie immer abhängig davon, dass sie verlängert werden und das macht es halt schwierig“ (Expert_in 13).

Weiter **fehlt es oftmals an zeitlichen Ressourcen**, um das Themenfeld und die damit in Verbindung stehenden Aufgaben hinreichend zu bearbeiten. Hervorgehoben wird hierbei, dass Netzwerke und Kooperationen nicht in angemessener Form auf- und ausgebaut werden können. Ebenso ist die Erschließung neuer Zielgruppen oder ein intensiverer Austausch mit Interessent_innen und Besucher_innen von Angeboten nicht optimal umsetzbar. Darüber hinaus können, u. a. aufgrund der fehlenden Zeit, Fort- und Weiterbildungen nicht durchgeführt oder wahrgenommen werden, wobei eine regelmäßige Teilnahme an Informationsveranstaltungen, beispielsweise zur aktuellen Entwicklung der rechten Szene, oder an Workshops etwa zum Umgang mit (extrem) rechten Argumentationsstrategien oder zu interkulturellen Kompetenzen, als notwendig erachtet wird. Zuletzt werden (erhebliche) **Defizite bei den personellen Ressourcen** benannt. Auch hier wirkt sich die Ressourcenknappheit für (fast) alle Befragten negativ auf die Arbeit aus. Zunächst fehlt es generell an Personal, um u. a. die anstehenden Aufgaben zu bearbeiten oder ein flächendeckendes Angebot zu schaffen. Die Ursachen hierfür liegen nach Einschätzung vieler Befragter zum einen in Stellenstreichungen der vergangenen Jahre und zum anderen an der – mit schwierigen Finanzierungsverhältnissen im Zusammenhang stehenden – prekären Beschäftigungssituation der Mitarbeitenden. So wird deutlich, dass die „Projekteritis“, durch die befristeten Arbeitsverträge prekäre Beschäftigungs-Bedingungen und persönliche Unsicherheiten der Mitarbeitenden fördert. Dies kann zur Folge haben, dass Mitarbeitende, die sich spezielle Fach-, Orts-, Netzwerk- und Praxiskenntnisse angeeignet sowie Kooperationen aufgebaut haben, wegen auslaufender Programmförderungen ausscheiden (müssen). Hierdurch geht Know-How verloren, Netzwerke können brüchig werden und feste Strukturen können sich nicht (langfristig) etablieren.

„Ich mach mir jetzt schon Sorgen, irgendwann ist das Programm zu Ende. Wir verschenken Potenziale. Wir bauen etwas auf, haben eine tolle Person gefunden, es entsteht eine Struktur und dann sagen wir „Ätsch, Programm zu Ende.“ Und wir müssen weg von diesem Projektansatz, hin zu einer strukturellen Lösung“ (Expert_in 3).

„Ich finde ein wichtiger Punkt ist, dass es kontinuierlich betrieben wird und dass es nicht eben so in Projekteritis ausartet, sondern dass das eine festverankerte und dauerhafte Stelle ist, wo man weiß, da kann man auf diesen Strukturen dauerhaft aufbauen (...) Es käme darauf an,

dass man zunächst mal das, was man jetzt hat, erst einmal verstetigt, um fortsetzen zu können, damit einmal geknüpfte Netze nicht wieder löcherig werden“ (Expert_in 9).

Im Hinblick auf die **personelle Situation** zeigt sich ein weiteres Defizit. So sind **spezielle Berufs- oder Personengruppe nicht in angemessener Anzahl vertreten**. Zum einen wird der Anteil der Sozialarbeitenden genannt, der vor allem in schulischen und integrativen Arbeitsbereichen zu gering ausfällt. Ebenso fehlt es im Bereich der Stadtteilarbeit an Fachkräften. Zum anderen wird kritisiert, dass Personen mit Migrationsgeschichte in den meisten Tätigkeitsfeldern unterrepräsentiert sind. ‚Multiprofessionell‘ und ‚multikulturell‘ besetzte Mitarbeiter_innenstrukturen wären jedoch förderlich für die Arbeit, um u. a. vielschichtige Perspektiven einnehmen und Synergien schaffen zu können.

Als Bedarfe im Handlungsfeld *Rahmenbedingungen* werden formuliert:

- dauerhafte, unabhängige Finanzierungsmöglichkeiten
- unkomplizierte Förderanträge bzw. Unterstützung bei der Beantragung
- offene und praxisnahe Förderrichtlinien und -bedingungen
- adressat_innengerechte Informationen zu Förderprogrammen
- mehr zeitliche Ressourcen, um den Aufgaben und Anforderungen gerecht zu werden
- Etablierung und Verstetigung von Arbeitsstellen (sichere, unbefristete Arbeitsverträge)
- multiprofessionelle und multikulturelle Teamstrukturen

Öffentlichkeitsarbeit

Weiter wurden Bedarfe im Handlungsfeld **Öffentlichkeitsarbeit** sichtbar. Zunächst sollte das Thema ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ kontinuierlich in der Öffentlichkeit thematisiert werden, um u. a. die Relevanz sichtbar zu machen und Menschen zu mobilisieren, sich gemeinsam für Toleranz und Offenheit einzusetzen.

„Ich glaube, das Thema Rassismus, Rechtsextremismus ist nicht im Bewusstsein der Menschen als wichtiges Thema abgespeichert. Also ich meine jetzt die Normalbürger, die nicht in bestimmten Zirkeln arbeiten oder sowieso schon aktiv sind“ (Expert_in 18).

„Ich finde, wir müssen viel deutlicher einen gesellschaftspolitischen Aufschrei forcieren, dass so etwas wie Rechtsextremismus nicht sein darf (...). Das ist für mich ein Punkt, wo ich denke, da müssten wir viel mehr wieder Menschen gewinnen, die einfach mit an deiner Seite stehen und dann auch gegenseitig die Kraft verspüren, dass es richtig ist, dagegen anzugehen“ (Expert_in 1).

Zudem sollten **regelmäßig Informationen zum Themenfeld öffentlich sowie adressat_innengerecht zugänglich** gemacht werden. Inhaltlich sollte es hierbei um Informationen zur Entwicklung (extrem) rechter Bewegungszusammenhänge, Parteien, zu rechten Lebenswelten oder zu Strukturen rassistischer Diskriminierung etc. gehen. Daneben sollten politische Entscheidungen, die mögliche Auswirkung auf das Thema haben, transparenter gemacht werden. Hierzu zählen beispielsweise kommunal-politische Entscheidungen zu den Themen Migration und Integration (beispielsweise Informationen über geplante Wohnunterkünfte etc.). Durch mehr Offenheit und Transparenz in der Kommunikation und politischen Entscheidungsfindung würden politische Prozesse nachvollziehbarer. Ebenso könnten Bürgerversammlungen zu derartigen Themen eine Plattform für Diskussionen bieten und sich positiv auf die Bereitschaft auswirken, sich in politische Prozesse konstruktiv ‚einzumischen‘. Des Weiteren sollten engagierte Einrichtungen, Organisationen, Bündnisse etc., in der Öffentlich-

keit sichtbarer werden. Ebenso wäre eine (regelmäßig aktualisierte, umfassende) **Übersicht über alle Akteur_innen und Maßnahmen** (und zu deren Ansprechbarkeit und Kontaktdaten), die in dem Feld tätig sind, hilfreich. Einerseits könnten sich interessierte Personen oder mögliche Kooperationspartner_innen leichter vernetzen. Andererseits würde der Zugang für hilfe- bzw. unterstützungsbedürftige Personen erleichtert und Weitervermittlungen zwischen den Einrichtungen könnten verstärkt stattfinden. In Bezug zu dem Wunsch, das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu bringen, wurde zudem angeregt, **alle Formen der Diskriminierung** stärker öffentlich zu thematisieren. Letztlich wurde es als förderlich angesehen, wenn nicht bloß der Fokus *gegen* Rassismus und Rechtsextremismus gerichtet wird, sondern dass man vielmehr darauf zielt, *für* Demokratie, Offenheit, Toleranz etc. einzutreten. Zudem sollte die Berichterstattung **positiver besetzt** werden und es sollten die Vorteile und Chancen von Vielfalt, „Miteinander“ und Integrationen in den Vordergrund gerückt werden.

„Wir wollen agieren, nicht nur reagieren (...) Das heißt, das Thema nicht gegen, sondern für. Das heißt wir sind für Demokratie, Toleranz, Menschenfreundlichkeit. Damit ist erstmals das Bild positiv besetzt“ (Expert_in 3).

Neben den Inhalten, die öffentlich (stärker) verbreitet werden sollen, spielen auch die **Verbreitungsarten und -formen** eine wichtige Rolle. Um zielgruppenorientiertere Öffentlichkeitsarbeit – insbesondere für die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen – betreiben zu können, müssen sich die Verbreitungskanäle stärker an den Lebenswelten der (potenziellen) Adressat_innen orientieren. So spielen die **Sozialen Medien** bei der Öffentlichkeitsarbeit eine immer wichtigere Rolle und die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen zukünftig stärker genutzt werden, beispielsweise durch die Verbreitung von Informationen oder Werbung über soziale Netzwerke, Blogs, Newsletter, Tweets oder auf Homepages. Ebenso könnte eine lokale Plattform über bestehende Angebote, Aktionen, Kontaktadressen etc. sowie über Fördermöglichkeiten informieren und zum Austausch anregen. Neben der digitalen Verbreitung kann das Thema durch kulturelle Veranstaltungen verstärkt öffentlich gemacht werden, beispielsweise durch Aktionskunst oder thematische Theaterstücke. Nichtsdestotrotz spielen auch weiterhin **„klassische“ Informationsarten**, wie Flyer, Flugblätter, Info-Stände etc. eine Rolle. Darüber hinaus wird angeregt, dass unterschiedliche Organisationen **gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit** betreiben und zusammen Broschüren oder Pressemitteilungen sowie Stellungnahmen herausgeben. Zudem könnten gemeinsame Labels die öffentliche Positionierung sichtbarer machen, wie beispielsweise das Programm ‚Schule ohne Rassismus‘, für das sich stadtweit alle Schulen einsetzen sollten. Nicht zuletzt kann und sollte jede Institution ein **Leitbild haben, das ein öffentlich sichtbares Zeichen für Offenheit, Toleranz und Menschlichkeit setzt**. Abschließend richten sich konkrete Forderungen an **Politiker_innen und Parteien**. So besteht der Wunsch, über ‚symbolpolitische‘ Positionierungen hinaus zu gehen. Politische Vertreter_innen sollen laut Wunsch der Befragten **klar gegen Rassismus und Rechtsextremismus** Stellung beziehen, auch mit Blick auf die verschärften rechten Diskurse in Politik und Parteienlandschaft. Hierbei sollen sich auch „hochrangige“ Personen öffentlich positionieren, an Veranstaltungen teilnehmen und dadurch eine „positive Vorbildfunktion“ einnehmen und u. a. den Bündnissen und Initiativen sowie allen engagierten Personen den „Rücken stärken“.

Als Bedarfe im Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit werden formuliert:

- kontinuierliche und verstärkte Thematisierung aller Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung in der Öffentlichkeit
- verstärkte Einbeziehung der Öffentlichkeit bei kommunal-politischen Entscheidungen

- Bereitstellung von adressat_innengerechtem Informations- und Aufklärungsmaterial zu lokalen rechten Strukturen
- Übersicht über (lokale) Akteur_innen und Maßnahmen in dem Arbeits- und Tätigkeitsfeld gegen Rassismus und Rechtsextremismus bzw. für Demokratie, Offenheit und Toleranz
- positive Besetzung von integrationsrelevanten Themen
- stärkere Gewichtung der Arbeit zur Demokratieförderung
- neben ‚klassischen‘ Verbreitungsarten stärkere Nutzung Sozialer Medien (Informations- und Werbeplattform)
- gemeinsame Kampagnen und gemeinsame öffentliche Aktionen von unterschiedlichen Akteur_innen
- verstärkte öffentliche Positionierung von politischen Vertreter_innen gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Angebotsinhalte, -formate und -zielgruppen

Die Bedarfslage im Handlungsfeld **Angebotsinhalte, -formate und -zielgruppen** verdeutlicht sowohl bei den Akteur_innen und Nutzer_innen als auch im Hinblick auf neue Zielgruppen Verbesserungspotenziale. In der Regel wird eine Vielzahl von unterschiedlichen Angeboten und Aktionen an die breite Öffentlichkeit adressiert. Hierdurch werden oftmals interessierte Personen aus der Zivilgesellschaft sowie Akteur_innen aus dem Feld motiviert. Im Gegensatz dazu ist zugleich erkennbar, dass (noch oder eher) nicht interessierte oder wenig engagierte Personen(kreise) die gegebenen Angebote nicht nutzen. Es ist entsprechend notwendig, **Angebote für spezielle Zielgruppen zu konzipieren**.

„Also die, die man schnell mobilisiert, sind eigentlich immer die gleichen (...). Darüber hinaus wird es ganz schön schwierig. Also wenn es hart auf hart kommt, wäre dann auch die Normalbevölkerung dabei, oder nicht? Ich glaube eher nicht. Das heißt, so eine Wirkung ganz tief in die Stadtgesellschaft rein, wird durch die ganzen Maßnahmen eigentlich nicht erreicht“ (Expert_in 18).

Betrachtet man zunächst die Gruppe der jungen Personen wird deutlich, dass **Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene** pauschal oftmals zu den Adressat_innen von präventiven Angeboten in den Themenbereichen ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ sowie ‚Demokratieförderung‘ zählen. Dennoch sind Defizite erkennbar. Zum einen nehmen sie selten an öffentlichen (außerschulischen) Veranstaltungen teil. Zum anderen fehlen Angebote für spezifische Gruppen. Folglich muss weiterhin verstärkt versucht werden, junge Menschen zu erreichen. Förderlich hierfür kann es sein, Angebote zu konzipieren, die sich **stärker an ihren lebensweltlichen Zusammenhängen orientieren**. Eine Möglichkeit ist, Angebote an relevanten Orten durchzuführen, wie an Kitas, Schulen, (Berufs-)Ausbildungsstätten, Universitäten oder in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen.

„In den Schulen hört [man], da ist ja so rechtsextremes Gedankengut normal, auf dem Schulhof (...). Also von daher glaube ich, dass so Projekte zu Demokratie in den Schulen unglaublich wichtig sind“ (Expert_in 2).

Ein **zentraler Aktions- und Aufenthaltsort ist die Schule**, an der junge Personen einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Gerade hier sollten Aufklärung und Information stattfinden. Konkret wird gefordert, dass zum einen im Unterricht die Erinnerungskultur sowie demokratische Werte verpflichtend behandelt werden und, dass Unterrichtsmaterialien aktualisiert werden. Förderlich kann es hierbei sein, den Themen einen lokalen Bezug zu geben. Zum

anderen sollten vermehrt temporäre Aktionen wie Projektwochen zu den Themen interkulturelle Kompetenzen und Sensibilisierung angeboten werden. Dabei wird betont, dass die Umsetzung solcher Mitmach-, Lern- und Bildungsangebote nicht alleine vom Lehrpersonal erreicht werden kann. Vielmehr müssen Schulsozialarbeitende oder andere Kooperations-einrichtungen unterstützend tätig werden.

„Ich sehe die [Bedarfe] ganz klar bei der Schule. Das heißt, dass es Projekte [gegen Rechts] gibt, wo Lehrer unterstützt werden“ (Expert_in 2).

Zudem müssen Lehrer_innen motiviert werden, sich Wissen über die Themen anzueignen. Dies kann über Fort- und Weiterbildungen organisiert werden oder, im optimalen Fall, bereits in der Ausbildung zu einem verpflichtenden Bestandteil werden. Um letztlich das Thema an Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen zu stärken, müssen jedoch Ressourcen aufgestockt werden.

„Bildungsarbeit ganz klar. Aber das ist eine Forderung, die seit Jahren besteht, dass in Bildung mehr investiert werden muss. Ob dass die Bildung von Kindern in den Kitas ist oder über Grundschulen, weiterführende Schulen, Berufsschulen, Unis etc. ist. Es ist ein weites Thema, aber da muss investiert werden“ (Expert_in 15).

Neben Maßnahmen im Kontext von Regelsystemen müssen **Angebote und Aktionen stärker an den (Freizeit-)Interessen junger Menschen orientiert** sein, damit das Thema auch im Freizeitbereich präsent ist. In den Blick geraten sollten als relevante Aufenthalts- und Aktionsorte der Zielgruppe digitale Orte und Räume, da Jugendliche vor allem oftmals ihre Freizeit in sozialen Netzwerken verbringen oder online Angebote nutzen. Förderlich wäre es somit, wenn Angebote im Bereich Freizeit, außerschulische Bildung sowie Beratung verstärkt über soziale Medien kommuniziert würden und im Internet stattfinden. Zudem sollten **innovative Zugänge** geschaffen werden, die die Interessen von jungen Menschen stärker berücksichtigen. Konkret denkbar wäre etwa der Zugang über kreative und musikalische Aktionen wie Konzerte oder über prominente Identifikationspersonen bzw. Vorbilder. Als förderlich für den Zugang und die Teilnahme gelten weiterhin **soziale Faktoren**. Auf der einen Seite können **Bezugspersonen**, wie Sozialarbeitende in Schule, Freizeit- oder Beratungseinrichtungen die jungen Menschen motivieren, an Angeboten teilzunehmen. Auf der anderen Seite sind **Freund_innenkreise und Peer-Gruppen** ausschlaggebend für die Nutzung bzw. Nicht-Nutzung von Angeboten. Peer-Education⁹⁶ muss verstärkt genutzt werden. Im Hinblick auf die sozialen Einflüsse sollten auch Eltern stärker berücksichtigt werden. Sie einzubeziehen, etwa durch spezielle Aufklärungs- oder Sensibilisierungsangebote, kann sich auch positiv auf die Kinder auswirken. Letztlich ermöglicht die Erschließung des Freizeitbereichs, auch ältere Jugendliche bzw. jungen Erwachsene, die keine bzw. weniger starke Bindungen an ein Regelsystem haben, mit dem Themenbereich in Kontakt zu bringen. Denn im Gegensatz zu den jüngeren Personen fehlt es bei dieser Zielgruppe oftmals an Zugängen bzw. Angeboten.

⁹⁶ Bei Peer-Education handelt es sich um einen erzieherischen und bildenden Prozess, der durch Peers (= „mehr oder weniger organisierte[r] Zusammenschluss von Personen (...), die sich gegenseitig beeinflussen und etwa einen gleichen bzw. ähnlichen Status sowie (annähernd) das gleiche Alter besitzen“ (Nörber 2010: 1) selbst geleitet und durchgeführt wird. Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Bildungs- und Erziehungsangeboten zielt Peer-Education darauf, dass Bildungs- und Erziehungsprozesse von „jungen Menschen für junge Menschen initiiert und getragen werden“ (ebd.: 1 f.).

„Jugendliche, Teenager, die kein Kind mehr sind, aber noch kein Erwachsener (...), da, find ich, fehlt ja oft das Angebot, das passende Angebot. (...) Das sind ja gerade auch die Menschen, die eigentlich in der Entwicklungsphase sind, in der Orientierungsphase, da sollte dann auch schon vielleicht ein bisschen mehr getan werden“ (Expert_in 8).

Betrachtet man in einem weiteren Schritt die **Gruppe der (älteren) Erwachsenen**, dann wird sichtbar, dass auch sie zwar allgemein zu der Zielgruppe von Angeboten und Aktionen gehören, aber wiederum spezielle Maßnahmen für sie fehlen. Zwar gibt es Zugänge und Angebote über spezielle Arbeits- und Tätigkeitskontexte, aber auch hier werden Unterschiede deutlich. Während insbesondere in sozialen und pädagogischen Tätigkeitsfeldern (oftmals) die Möglichkeit besteht, sich in den Themenbereichen ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ oder (interkulturelle) Kompetenzen zu schulen, fehlen in der Regel derartige Angebote in anderen Berufskontexten. Konkret wurden u. a. genannt: Ärzt_innen, Pfleger_innen, Politiker_innen, Polizist_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen, Unternehmer_innen. Zudem werden Menschen, die keinen direkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben nur selten berücksichtigt, für sie gibt es keine bzw. wenige Bildungsangebote. Da insbesondere in dem Feld der interkulturellen Kompetenzen Bedarfe gesehen werden, könnten spezielle Maßnahmen in diesem Bereich (Fort- und Weiterbildungen, Workshops, Trainings etc.) in einem mehr verbindlichen Rahmen angeboten werden, ausgestattet mit entsprechend hinreichenden zeitlichen und finanziellen Ressourcen. Richtet man den Blick auf die **Zielgruppen der älteren Personen und Senior_innen**, zeigt sich ein ambivalentes Bild. Auf der einen Seite engagieren sich viele interessierte Personen in dem Themenbereich, beispielsweise durch die Mitarbeit in Bündnissen oder bei der Teilnahme an öffentlichen Aktionen und Veranstaltungen. Auf der anderen Seite sind sie als ausdrückliche Zielgruppe für Maßnahmen unterrepräsentiert. So fehlt es beispielsweise an Aufklärungs- und Sensibilisierungsangeboten für ältere Personen mit rechten Haltungen.

„Ich merke schon, dass an der einen oder andern Stelle in dem etwas gehobenen Alter, die, ja, so die Frage „Was machen die alle hier bei uns? Warum kommen die alle zu uns? Muss das sein? Nehmen die uns nicht etwas weg?“ (...). Ich würde mir wünschen, dass da an der einen oder andern Stelle vielleicht auch noch mal ein bisschen bei den ‚Älteren‘ noch so das eine oder andere passiert“ (Expert_in 9).

Ebenso ist es wünschenswert, dass mehr Begegnungsorten für die Gruppe der älteren Personen geschaffen werden, damit ein (interkultureller) Austausch stattfinden, unterschiedliche Gruppen sich Kennenlernen und Vorurteile abgebaut werden können.

„Bei Senioren gibt es, weil die keine Kontakte haben, mehr Ängste und Vorurteile als bei anderen“ (Expert_in 5).

Bisher sind die Aufenthaltsorte von älteren Menschen „wenig durchmischt“, wie beispielsweise Pflegeeinrichtungen. Um sich auch hier an der Lebenswelt zu orientieren, können Angebote verstärkt in Alters- und Pflegeheimen oder innerhalb von Vereinsstrukturen (beispielsweise Karnevals-, Sport- oder Wandervereinen) stattfinden.

Unabhängig vom Alter wird deutlich, dass weitere (spezielle) Zielgruppen bislang zu wenig adressiert werden bzw. einbezogen sind. Mit Blick auf die Gruppe der Menschen mit Migrations- bzw. Zuwanderungsgeschichte zeigt sich, dass sie oftmals als (potenzielle) Nutzer_innen von Angeboten speziell adressiert werden. Hervorzuheben sind hierbei Menschen, die als Geflüchtete nach Oberhausen gekommen sind und in der Stadt bleiben konnten. So werden Austausch- und Begegnungsangebote gemacht oder integrationsfördernde Angebote für Frauen oder Jugendliche organisiert. Zum einen ist dies positiv zu bewerten, da derartige Angebote ein Ankommen leichter machen. Zum anderen kann mit

Blick auf das für diese Zielgruppe stark aufgestellte Angebot der Eindruck entstehen, dass Integration vor allem eine Aufgabe der Zugewanderten sei und weniger ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, an dem alle beteiligt sind. So bedeutet dies zugleich, dass **Integrationsangebote verstärkt auch für Personen ohne Migrationsgeschichte angeboten werden müssen.**

„Im Grunde ist es immer irgendetwas für die Migranten, damit die sich integrieren. Aber es ist ja auch keine Einbahnstraße. (...) wenn mein Gegenüber das nicht möchte, dann kann ich mich auf den Kopf stellen, dann funktioniert [Integration] nicht. Und ich finde, man muss jetzt auch mal auf die andere Seite hingehen und Projekte für diese Menschen machen“ (Expert_in 6).

Weiter fällt auf, dass Personen(gruppen) mit Migrationsgeschichte – insbesondere von Menschen, die sich ihren Aufenthaltsort nicht frei wählen können – zwar als (potenzielle) Adressat_innen in den Blick kommen. **Als Akteur_innen im Feld** hingegen, beispielsweise in Gremien oder in konzeptionierender Funktion, haben sie kaum einen Platz und können an der Organisation und Planung von Angeboten nur selten teilhaben. Hierzu **wird vorgeschlagen, Personen(gruppen) mit Migrationsgeschichte** (beispielsweise Vertreter_innen von Migrant_innen-Selbstorganisationen oder von allen Glaubensgemeinschaften) stärker für Gremien etc. zu gewinnen und an konzeptionellen Arbeiten zu beteiligen.

Im Hinblick auf die bestehenden Angebote ist anzumerken, dass niederschwellige Anlaufstellen für **Opfer von rechter, antisemitischer, antimuslimischer oder rassistischer Hetze und Gewalt** fehlen. So wird es als notwendig angesehen, ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für Betroffene vor Ort in Oberhausen zu schaffen, welches als erste Anlaufstelle und zur Weitervermittlung und Begleitung fungieren sollte.

Zudem werden Bedarfe sichtbar, wenn man den Blick auf die **Gruppe der rechtsaffinen und rechtsorientierten Personen** richtet. Zwar gibt es generell Angebote für diese Personen(gruppe), vor allem Beratungsangebote für Ausstiegswillige, aber insgesamt werden (zu) wenige Maßnahmen auf den Ebenen der sekundären und tertiären Prävention ergriffen. Hinzu kommt, dass sich das gegenwärtig Problembewusstsein hierzu in der Regel auf die Gruppe der Jugendlichen konzentriert. Außeracht gelassen wird dabei mitunter, dass (extrem) rechte Einstellungen kein Randgruppen-Phänomen, ein nur der Jugend zuzuordnendes (Adoleszenz-)Problem oder ein Einstellungsmuster nur von weißen Strukturen ist.

„Das Thema Jugendliche hat seine absolute Berechtigung rund um das Thema Rechts-extremismus und das ist auch richtig, es ist kein pubertäres Verhalten und trotzdem spielt die Pubertät eine Rolle im Sinne von ‚ich muss mich selber finden und ich muss meinen Weg finden‘, und da sind bestimmte Angebote [aus der rechten Szene] möglicherweise besonders attraktiv. Heißt aber nicht, dass die älteren Bevölkerungsgruppen beim Thema Antisemitismus, aber vermutlich auch bei Vorbehalten und Feindseligkeiten gegen Zugewanderte, nicht eine ganz entscheidende Rolle spielen“ (Expert_in 14).

Somit **müssen Angebote zur sekundären und tertiären Prävention zielgruppenspezifisch über alle Altersklassen hinweg konzipiert und vor Ort etabliert werden.**

„Jeder, der aus so einer Szene raus gebrochen werden kann, ist ein Gewinn für die Gesellschaft (...). Also insofern ist jeder einzelne, es sind Gewalttäter, die sind zum guten Teil wirklich auch massive Gewalttäter gewesen, und insofern, jeder, der dort keine Rolle mehr spielt, produziert auch keine Opfer mehr“ (Expert_in 14).

Zudem ist es problematisch, rechte bzw. rechtsextreme Personen und Angehörige der (extrem) rechten Szene zu erkennen und erschwert somit auch den Zugang zu ihnen. Daher wäre es hilfreich, wenn mehr Informationen über die rechte Szene sowie zu einzelnen Per-

sonen mit Szene-Bezug bereitgestellt würden. Im Hinblick auf die bestehenden Programme im Bereich der Ausstiegsberatung zeigt sich weiter, dass, auch wenn Personen bereit sind, aus der rechten Szene auszusteigen, dies ein langjähriger und problematischer Prozess ist. So bleibt es wünschenswert, dass dieser von gesellschaftlicher Seite unterstützt würde.

„Ein wichtiger Punkt ist, Gesellschaft kann Ausstieg schwieriger machen als es ohnehin so schon ist. (...) Ich denke, da wäre Offenheit und ein wenig Anerkennung für diesen Ausstieg glaube ich ganz gut“ (Expert_in 14).

Zusammenfassend bedarf es insgesamt erweiterter, zugleich innovativer und zielgruppenspezifischer Angebotskonzepte. Deutlich wird, dass die bislang bestehenden Angebote zwar unterschiedliche Formate haben, sich aber von der inhaltlichen Gestaltung oftmals ähneln.

Austausch- und Begegnungsangebote

Austausch- und Begegnungsangebote zielen darauf, persönliche (interkulturelle) Kontakte aufzubauen und ein gegenseitiges Kennenlernen zu ermöglichen. Als Adressat_innen sollte die gesamte Stadtgesellschaft in den Blick genommen werden. Als konkrete Ideen für derartige Angebote wurden u. a. Bürger_innenfeste, Stadtteilstadtteilfeste, Nachbarschaftsfrühstück oder interreligiöse Feste genannt.

„Begegnungsstätten, wo Menschen dann auch zusammenkommen können, wo Vorurteile auch abgebaut werden könnten. Es ist ausländischen Menschen fast unmöglich, hier egal in welcher Stadt, normale Beziehungen oder beziehungsweise überhaupt Kontakte zu der deutschen Gesellschaft herzustellen“ (Expert_in 8).

Aufklärungs- und Bildungsangebote

Aufklärungs- und Bildungsangebote zielen auf die (politische) schulische sowie außerschulische Bildung. Als Zielgruppe für solche Angebote wurde die „breite Masse“ genannt, wobei beachtet werden muss, dass auch adressat_innenspezifische Angebote konzipiert und durchgeführt werden müssen. Inhaltlich ist das Themenspektrum weit gefächert und beinhaltet u. a. Ursachen, Erscheinungen und Entwicklungen von Rassismus und Rechtsextremismus sowie Informationen über den Umgang mit allen Formen von Diskriminierungsstrukturen oder Informationen zu (lokalen) Strukturen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus stark machen. Darüber hinaus sollen demokratische Werte und interkulturelle sowie interreligiöse Kompetenzen erweitert werden und das Thema Erinnerungskultur sollte behandelt werden. Daneben sollte es Angebote geben, die auf die Stärkung des Selbstbewusstseins und der Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit zielen. Als konkrete Anregungen für (innovative) Formate in dem Bereich wurden beispielsweise genannt: Onlineangebote, Talkshows, Filme- oder Tanz- und Theaterangebote.

„Vielleicht muss man die Leute so sensibel machen, so mutig machen, dass sie dann, wenn sie in der Schlange stehen, sagen: ‚Was soll denn dieser rassistische Spruch hier?‘ (...). Also überhaupt dann die Klappe aufzumachen, ist ja ein Zeichen von Mut und muss auch erlernt werden. Also von daher ist auch so etwas wie Selbstbehauptung zu lernen, um Zivilcourage zu zeigen“ (Expert_in 18).

Beratungsangebote

Beratungsangebote für Betroffene oder Zeug_innen von rechter und rassistischer Gewalt müssen flächendeckend und vor Ort ausgebaut werden. Dies würde sich positiv auf die Erreichbarkeit auswirken, ebenso wie lokale Angebote den Bekanntheitsgrad von Fachberatungseinrichtungen generell steigern und Vernetzungen vor Ort erleichtern würden. Dies

gilt zudem auch für Beratungsangebote für rechtsaffine und ausstiegswillige Personen. Wichtig ist, dass es jeweils auch Angebote für die Angehörigen geben sollte, wie in den Standards der Fachberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bereits vorgesehen.

„Ein Punkt ist, wenn man diese Qualitätsstandards: aufsuchende Arbeit flächendeckend und proaktive Arbeit in diesem Flächenland aufrecht erhalten will – das geht definitiv nur, wenn man die Beratungsstellen auch in die Fläche bringt. Das heißt, in ganz NRW (...) weitere Beratungsstellen installiert“ (Expert_in 12).

Fort- und Weiterbildungsangebote

Im Bereich der Fort- und Weiterbildungsangebote sind in fast allen Berufs- und Tätigkeitsfeldern Angebote auf- und auszubauen. Inhaltlich sollte es in den Angeboten insbesondere um Informationen zum (lokalen) rechten Aufkommen und zu aktuellen Entwicklungen sowie zu den Strukturen und Strategien der (lokalen) Gegenmaßnahmen gehen. Ebenso wären Informationen zu Fördermaßnahmen (aktuelle Möglichkeiten, Antragsstellung etc.) zu vermitteln. Weiter sollte die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen und Medienkompetenzen in Sozialen Netzwerken sowie von Kommunikationskompetenzen im Umgang mit Alltagsrassismus stattfinden. Zudem sollten derartige Angebote genutzt werden, um in den (Erfahrungs-)Austausch, beispielsweise zu laufenden Projekten, zu gehen.

„Support wäre wichtig und das auf verschiedenen Ebenen (...). Zum Beispiel jetzt in Schulen, aber auch in anderen Einrichtungen, in Firmen, dass man da eben einfach auch entsprechende Seminare, Workshops, Aktionen anbietet, um auch einfach zu sensibilisieren“ (Expert_in 16).

Freizeit- und Beschäftigungsangebote

Durch den Auf- und Ausbau von Freizeit- und Beschäftigungsangeboten können neue Zugänge zu bislang unerreichten Zielgruppen geschaffen werden und gleichzeitig demokratische Werte auf eine freizeitpädagogische Weise vermittelt werden. Daneben können Kontakte und verbindliche Strukturen zwischen pädagogischen Fachkräften und speziellen Zielgruppen aufgebaut und intensiviert werden. Dies führt einerseits dazu, dass mögliche Problemlagen besprochen werden und dass bei Bedarf Weitervermittlungen an spezielle Beratungsstellen stattfinden können. Andererseits können mögliche rechte oder extrem rechte Tendenzen, Haltungen und Handlungsmuster in Gesprächen sichtbar und bearbeitet werden. Gezielte Vermittlung und Kontakt zu Fachberatungseinrichtungen wird so möglich. Zudem besteht die Erwartung, dass durch ein ausreichendes Angebot im Bereich der Freizeit der Nährboden für rechte bzw. extrem rechte Denk- und Handlungsmuster geschmälert wird.

„Grundsätzlich gilt, wo die demokratische Gesellschaft Freiräume lässt, ein Vakuum herstellt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass Rechtsextremisten genau diesen Freiraum und dieses Vakuum nutzen werden, d. h. da wo [kein] demokratisches Jugendfreizeitangebot ist, und zwar ein attraktives Jugendfreizeitangebot, auch für unterschiedliche Zielgruppen, auch für bildungsferne Zielgruppen (...), dann ist faktisch immer die Wahrscheinlichkeit hoch, dass andere das Angebot machen“ (Expert_in 14).

Für alle Maßnahmen gilt dabei, dass diese – je nach Möglichkeit – einen **niedrigschwelligen Ansatz** haben. Hierzu gehört u. a. dass sie kostenlos bzw. kostengünstig und gut erreichbar sind. Im Hinblick auf die Angebotsorte sind diese an die **zielgruppenspezifischen Aufenthalts- und Aktionsräume** anzupassen (s. o.). Neben zentralen **Anlaufstellen vor Ort** sind **mobile, aufsuchende Angebote** zu konzipieren. Weiterhin sollten **partizipative sowie sozialraum-**

orientierte Ansätze verfolgt werden. Zuletzt müssen **Präventionsangebote auf allen Ebenen** angeboten werden.

Als Bedarfe im Handlungsfeld *Angebotsinhalte, -formate und -zielgruppen* werden formuliert:

- ☐ neue Zielgruppen erreichen und an die Angebote binden, insbesondere
- ☐ Orientierung an individuellen Lebenswelten (relevante Aktions- und Aufenthaltsorte, Freizeitinteressen, Soziale Medien) bei der Konzeption und Adressierung von Angeboten
- ☐ Einbeziehung von sozialen Faktoren (Bezugspersonen, Freund_innenkreise und Peer-Gruppen) bei der Konzeption und Adressierung von Angeboten
- ☐ multiprofessionelle sowie multikulturelle Teamstrukturen und die Einbindung von vielfaltsbewussten Perspektiven bereits bei der Angebotskonzeption
- Unterstützung der Bildungseinrichtungen, insbesondere der Schulen
- ☐ genereller Aus- und Aufbau von verschiedenen Angeboten
- präventive Angebote auf allen Ebenen (primär, sekundär und tertiär) auf- und ausbauen
- ☐ niedrigschwellige Angebotsformate
- ☐ sozialraumorientierte Angebotsformate
- partizipative Angebote (Planung und Durchführung)
- flächendeckender Ausbau von Beratungsangeboten und deren Etablierung vor Ort
- ☐ mobile und aufsuchende Angebote

Netzwerke, Kooperationen und Zusammenarbeit

Wie bereits bei der Bestandsaufnahme erkennbar, gibt es in dem Handlungsfeld *Netzwerke, Kooperationen und Zusammenarbeit* Bedarf, die vor allem darauf zielen, dass Kooperationen aus- und aufgebaut werden sollen.

Hinsichtlich des **Aufbaus von Kooperationen**, hat sich gezeigt dass es zwar vielzählige Formen von Zusammenarbeit gibt, aber dennoch einige Organisationen bzw. Institutionen unterrepräsentiert sind. Als fehlende bzw. zu intensivierende Kooperationen sowohl auf lokaler als auch auf überregionaler Ebene werden u. a. genannt: Beratungsstellen in den Bereichen Arbeit, Frauen / Mädchen, Sucht und Wohnungslosigkeit, Fanprojekte, Kitas, Kulturzentren, Migrant_innen-Selbstorganisationen, Moscheevereine, Parteien, Polizei, Staatsschutz und Landeskriminalamt, Schulen, Sport- und Fußballvereine, städtische Behörden / Verwaltung und Unternehmen, insbesondere Ausbildungsbetriebe.

„Also manche Kooperationen gerade jetzt so zu staatlichen Stellen, die könnten besser sein. Einfach offener und kommunikativer und leichter handhabbar. Teilweise ist das auch mit den Polizeidienststellen schwierig. Wie gesagt, manche sind da sehr offen und sehr unterstützend und andere aber auch das Gegenteil“ (Expert_in 12).

„Die Frage, inwieweit sind zum Beispiel Sportvereine mit [in den Netzwerken] drin, das wäre ja so das große Thema, weil ich glaube gerade im Sport passiert ja relativ viel mit diesen rechten Fangruppen“ (Expert_in 10).

„Einen ganz wichtigen Punkt fände ich auch, wieder mehr in den sportlichen Bereich rein zugehen (...) insbesondere, wenn ich sehe im Fußball, was da so an Alltagsrassismus vermittelt wird, fände ich eine ganz wichtige Geschichte, da auch mal irgendwann wieder tiefer einzusteigen und aufzuklären“ (Expert_in 14).

Neben der Notwendigkeit, sich auf überregionaler Ebene (Landes- und Bundesebene) besser zu vernetzen, sollen verstärkt **Kooperationen auf der sozialräumlichen Ebene** eingegangen werden. Konkret geht es u. a. um gemeinsame Aktionen von Glaubensgemeinschaften, wie Kirchen und Moscheen eines Stadtteils, um den interreligiösen Austausch voranzubringen und ein Zeichen für Toleranz und Offenheit zu setzen.

Im Hinblick auf die bestehenden Kooperationen ist es wünschenswert, dass sich alle Beteiligten **regelmäßiger treffen** und nicht nur sporadisch, wenn es aktuelle Anlässe gibt.

„Ich würde mir schon wünschen, dass die großen Parteien mehr Präsenz zeigen. Also die zeigen zwar Präsenz, aber nur dann, wenn es wirklich brennt“ (Expert_in 16).

„Die Beteiligten [in Initiativen] können sich mehr engagieren, (...) nicht nur immer, wenn gerade mal wieder ein Thema hochkommt, das wäre, glaube ich, für alle Beteiligten gut, wenn da eine Regelmäßigkeit da wäre“ (Expert_in 4).

Ein intensiverer Austausch könnte dazu genutzt werden, dass sich die verschiedenen Einrichtungen besser **kennenlernen und sich gegenseitig unterstützen**, beispielsweise bei personellen Engpässen oder bei der Antragstellung von Projekten. Zudem könnten persönliche Treffen dazu dienen, in den **Erfahrungsaustausch** zu gehen und sich u. a. über aktuelle Entwicklungen zu informieren oder gemeinsam zu überlegen, welche Maßnahmen gut bzw. nicht so gut funktionieren. Weiter besteht Interesse daran, in einzelnen Kooperationen **stärker inhaltlich zu arbeiten**, beispielsweise wenn es darum geht, gemeinsame Strategien zu erarbeiten oder neuen Ideen zu entwickeln. Hierbei wird die Zusammenarbeit in **multi-professionellen Teams** als vorteilhaft gesehen, ebenso wie der Austausch zwischen Praktiker_innen, Personen aus der Organisationsebene und Vertreter_innen aus der Wissenschaft.

„Kompetenzen, sicherheitsbehördliche Kompetenz und pädagogische Kompetenz zusammen zu bringen, ohne zu sagen, dass können die einen besser oder das können die anderen besser, die können es eben zusammen am besten“ (Expert_in 23).

Förderlich im Hinblick auf die Kommunikation innerhalb der Netzwerke und Kooperationen ist es, wenn eine **enge, ehrliche, vertraute und professionelle Gesprächsbasis** geschaffen wird. Hierzu gehört auch, dass die eigenen Stärken und Schwächen reflektiert und offen gelegt werden, die Erwartungen und Ziele abgeglichen werden und die **Kommunikation auf gleicher Augenhöhe** stattfindet, was u. a. bedeutet, dass unterschiedlichen Professionen sowie deren jeweiliger Arbeitsethos anerkannt werden und dass eine gegenseitige Wertschätzung vorhanden ist. Hierauf aufbauend können gemeinsam Potenziale erkannt und Synergien geschaffen werden.

Als Bedarfe im Handlungsfeld Netzwerke, Kooperationen und Zusammenarbeit werden formuliert:

- intensiverer Auf- und Ausbau von Kooperationen auf der überregionalen und lokalen Ebene
- Erschließung neuer Kooperationspartner_innen aus unterschiedlichen Bereichen
- in bestehenden Kooperationen regelmäßige Treffen aller Teilnehmenden

- Übersicht über bestehende Netzwerke und Kooperationen sowie feste Ansprechpersonen
- stärker inhaltlich zu bestimmten Themen arbeiten und gemeinsame Ergebnisse produzieren
- Austauschmöglichkeiten nutzen, um über die eigene Arbeit und Institution zu informieren sowie Erfahrungen auszutauschen
- vertraute, ehrliche und professionelle Kommunikation, die auf gleicher Augenhöhe stattfindet

Solidarisch-integrative Stadtgesellschaft

In dem Handlungsfeld **Solidarisch-integrative Stadtgesellschaft** werden Bedarfe, Bedürfnisse und Anregungen zusammengefasst, die sich auf die Verbesserung des gesamtstädtischen Klimas sowie der Lebenslagen aller Bürger_innen beziehen. Der Kontext ist, dass die meisten Befragten davon ausgehen, dass Rechtsextremismus und Rassismus, insbesondere das erhöhte Aufkommen von Alltagsrassismus, u. a. dadurch begünstigt werden, dass es in Oberhausen starke sozialstrukturelle Unterschiede gibt, eine relevante Personenanzahl in prekären Lebensbedingungen lebt, viele Menschen sich als perspektivlos wahrnehmen, sich abgehängt und ausgeschlossen fühlen, nicht wertgeschätzt werden und nicht am gesellschaftlichen Leben partizipieren können und isoliert sind. Folglich ist ein zentrales Ziel, die **Lebensbedingungen aller Menschen in Oberhausen (langfristig) zu verbessern**. Hierbei werden vor allem die finanzielle Situation (Armut), die Arbeitsmarktsituation (Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse), die Wohnungssituation (Segregation) und die generelle Chancengleichheit (Zugang zu Bildung, Teilhabe an kulturellen Angeboten etc.) thematisiert. Als besonders betroffene Personengruppen werden u. a. Alleinerziehende, Arbeitslose, Familien mit vielen Kindern und Rentner_innen genannt sowie die Gruppe der Menschen mit Fluchterfahrungen. Zudem gibt es Stadtteile / Regionen, die aufgrund von baulichen, infrastrukturellen Problemlagen und / oder in einer als schwierig empfundenen Zusammensetzung der Bewohner_innenschaft einen besonderen Förderbedarf aufweisen. Hierzu zählen beispielsweise der Süden von Oberhausen, der Innenstadtbereich, Lirich, Alt-Oberhausen oder das Knappenviertel. Ebenso geraten Stadtteile in den Blick, in der rechtspopulistische und rechte Positionen bei Wahlen hohe Zustimmungswerte erzielen, wie etwa in Bermensfeld oder Vennepoth.

Im Kontext des Handlungsfeldes werden auch die Bedarfe zum **Themenfeld ‚Integration‘** noch einmal deutlich. Von mehreren Befragten wird angemerkt, dass das Thema in den vergangenen Jahren sowohl von Seiten der Stadtgesellschaft als auch von Seiten der Politik vernachlässigt wurde.

Insbesondere bei der Integration von Menschen mit Zuwanderung- und Fluchtgeschichte wurde (bislang) zu wenig investiert, um die **gesellschaftliche und politische Partizipation** zu ermöglichen.

„Und ich finde schon, dass ja in das ganze Thema Integration meines Erachtens zu wenig Ressourcen gesteckt werden“ (Expert_in 1).

Deutlich wird dies u. a. seitens der hier aufgewachsenen Bevölkerung, von der zwar offene Bürger_innen an einem Austausch interessiert sind, aber ein Großteil keinen bzw. wenig alltäglichen (interkulturellen) Kontakt sucht bzw. hat.

„Ich finde, es gibt keinen Kontakt, wenn man so dieses alltägliche überwinden würde und gemeinsam wirklich Nachbarschaft leben würde“ (Expert_in 1).

Zudem seien auf der politischen Ebene Steuerungsinstrumente zur Integration noch nicht angemessen umgesetzt. So fehle es beispielsweise an Sprachkursen. Oder die politische Partizipation werde durch den Ausschluss bei Wahlen nicht gewährleistet. Ebenso gäbe es zu wenig Angebote, die für die gesamte Stadtgesellschaft gemacht werden, da Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden müsse und ein Prozess sei, an dem sich alle Personen einer Stadtgesellschaft beteiligen müssen. Auch gäbe es nicht genügend **Angebote zum Erlernen von interkulturellen Kompetenzen** (s. o.). Durch den Ausbau von Angeboten – für alle Personengruppen und Altersklassen – könnte eine gegenseitige Wertschätzung und Offenheit gefördert werden. Weiter sei das Thema in der Öffentlichkeit zu wenig präsent bzw. werde als eher negativ besetzt empfunden (s. o.). Es fehle an einer **positiven Darstellung und der sichtbaren Perspektive auf Chancen und Vorteile für eine vielfältige Stadtgesellschaft**, die als eine integrative Stadtgesellschaft im Hinblick auf ‚Inter- bzw. Multikulturalität‘ Wege des Miteinanders findet und für die der „Integrationswillen der breiten Masse“ ein positiver Einflussfaktor sein kann. In den Fällen, in denen Personen- (gruppen) keinen „Integrationswillen“ haben, müssen die Konflikte ernstgenommen und angesprochen werden, um ihnen entgegentreten zu können.

Als Bedarfe im Handlungsfeld *Solidarisch-integrative Stadtgesellschaft* werden formuliert:

- Übersicht über individuelle Bedarfslagen aller Menschen
- kommunale Problemlagen sichtbar machen
- Ausbau der professionellen Hilfe- und Unterstützungssysteme sowie niederschwellige flächendeckende und sozialraumorientierte Angebotemachen
- sozialpolitische Lösungen finden und umsetzen
- offene Debatten-Kultur schaffen und Konflikte thematisieren
- das Thema Integration als „Querschnittsthema“ verstehen und bearbeiten
- integrationsfördernde Angebote für alle Menschen ausbauen

Wissenschaft und Forschung

Abschließend werden Anforderungen an die Wissenschaft und Forschung formuliert, die sich zum einen auf den **Gewinn von Fachwissen und Erkenntnissen** und zum anderen auf die **Verbesserung des Wissenschafts- Praxis-Transfers** beziehen. Zur Bearbeitung des Feldes ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ sollten den Akteur_innen aktuelle und umfassende Informationen zugänglich gemacht werden. Dies bedeutet, dass sich Wissenschaft und Forschung mit dem Thema kontinuierlich auseinandersetzen sollten und die **Ergebnisse adressat_innengerecht bereitgestellt** werden. Als konkrete Inhalte sind einerseits allgemeine Informationen zu rechten Strukturen oder dem Aufkommen rechter Gewalt auf möglichst kleingliedriger Ebene sowie zu Veränderungen der (extrem) rechten Szene oder zu spezielleren Themen (wie etwa Rassismus und vorurteilsvolle Haltungen und Handlungen innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationsgeschichte, rassistische Haltungen und Äußerungen in Sozialen Medien oder Funktionen und Rollen von Frauen und Mädchen in der rechten Szene) zu nennen. Wichtig wäre weiterhin, dass **Ursachen für rechte und extrem rechte Denk- und Handlungsweisen** erforscht werden sowie tiefere (kommunale) Analysen zu rechten Parteien

und Wahlzustimmungen zu rechten und rassistischen Angeboten von Parteien erstellt werden.

„Ich glaube, wenn man das Fass [Soziale Medien] aufmacht, da kommt vielmehr, als wir jetzt ahnen, raus. Ich glaub auch, da müsste man mehr in die Tiefe gehen von Seiten der sozialen Forschung“ (Expert_in 7).

Weiter wurde Bedarf nach **Handreichungen für die Praxis** geäußert, u. a. nach Empfehlungen für den Umgang mit Alltagsrassismus und (extrem) rechten Positionierungen sowie Informationen zu laufenden Praxisprojekten oder innovativen Ansätzen und Strategien gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Zudem können **Bedarfsanalysen und Sozialraumanalysen auf möglichst kleinräumiger Ebene** notwendige Informationen für Praktiker_innen beinhalten. Neben dem inhaltlichen Input, den die Wissenschaft bereitstellen sollte, wird der Wunsch geäußert, dass **bestehende Maßnahmen** (Projekte, Programme, Angebote etc.) verstärkt **überprüft** werden sollen, auch auf ihre Wirkung (Monitoring und Evaluation), um u. a. die Qualität bzw. den Erfolg von Maßnahmen transparent zu machen sowie Vor- und Nachteile von Maßnahmen herauszustellen.

Als Bedarfe im Handlungsfeld *Wissenschaft und Forschung* werden formuliert:

- Verbesserung des Wissenschaft-Praxis-Transfer
- aktuelle und adressat_innengerechte Informationen zum Handlungsfeld sowie zu praxisrelevanten Themen
- Bereitstellung von Handreichungen und Empfehlungen
- Durchführung von Bedarfs- Sozialraum- und Wahlanalysen
- kontinuierliche Evaluationen und Monitoring von Maßnahmen, Programmen und Projekten

Aufbau eines Demokratiebüros

Übergreifend über die Bedarfslagen in allen Handlungsfeldern hinweg wird der dringende Bedarf nach der **Etablierung und Verstetigung einer institutionalisierten Stelle im Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ in der Stadt Oberhausen** deutlich, die als „Demokratiebüro“, als „Menschenrechtsbüro“ oder als „Koordinierungsstelle“ eine Schnittstellenfunktion für die bisher genannten Aufgaben einnehmen kann.

„Wir brauchen ein Demokratiebüro, ein Büro für Menschenrechte, ein Büro, was auch diesen alltäglichen Rassismus [bearbeitet] (...) Wir brauchen eine Einrichtung, im System der Verwaltung integriert, die sich mit diesem Thema befasst (...). Und das als Dauereinrichtung. Und nicht als Projekt. Weil, das demokratische System in Deutschland ist kein Projekt, ich hoffe, das ist für die Ewigkeit“ (Expert_in 3).

Dabei werden verschiedene Schwerpunkte und Aufgabenfelder sowie unterschiedliche Adressat_innen genannt, welche die Stelle im Konkreten abdecken soll. Zu den zentralen Aufgaben gehören:

- Recherchearbeiten und Beobachtung aller (extrem) rechten Phänomenbereiche in der Stadt, vom Alltagsrassismus bis zu rassistisch- und rechtsmotivierten Übergriffen sowie Diskriminierungserscheinungen im Sinne von Ausgrenzungs- und Abwertungs-Prozessen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

- Recherchearbeiten zu lokalen Maßnahmen und Strukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus, wie beispielsweise Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfesysteme sowie Bündelung von Informationen zur Arbeit von Akteur_innen, wie beispielsweise Kontakte von Ansprechpersonen und Netzwerken
- Informationen über Fördermöglichkeiten sowie Unterstützung bei der Beantragung
- kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu dem Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ sowie die regelmäßige Veröffentlichung zu aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsaußen und zu Gegenmaßnahmen
- Aufklärung- und Information zum Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘
- Beratungsangebote zum Thema ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ bzw. Weitervermittlung zu speziellen Anlaufstellen
- Entwicklung von lokalen Strategien gegen Rassismus und Rechtsextremismus
- Koordination und Bereitstellung von (kleingliedrigen) Sozialraumanalysen, u. a. zu konkreten Bedarfsanalysen der Bürgerinnen und Bürger
- Koordination und Bereitstellung von Monitoring-Systemen und Evaluationen zu lokalen Programmen und Prozessen im Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘

Als zentrale Adressat_innengruppe werden genannt:

- Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt auf allen Ebenen und in jeglicher Form
- Personen, die rechtes Aufkommen – in jeglicher Form – melden
- Akteur_innen der Handlungsfelder gegen Rassismus und Rechtsextremismus und für Demokratie
- interessierte Zivilgesellschaft

„Eine richtige Beratungsstelle wäre unser Ziel, (...) wo Menschen, die im Bus oder an der Haltestelle oder auch sonst auf der Straße, am Bahnhof, irgendwo oder auch vielleicht im Betrieb oder in der Kirchengemeinde oder wo auch immer, in der Schule Rassismus erlebt haben – egal, ob das jetzt verbal oder mit Gewalt verbunden war – da meinen wir diese Menschen müssten die Möglichkeit haben, das einmal zu thematisieren, zu besprechen und sich beraten zu lassen, Hilfe zu empfangen. Hier vor Ort in Oberhausen“ (Expert_in 16).

Die **intermediäre Instanz**, die zwischen Politik, Praxis und Zivilgesellschaft sowie wie zwischen Wissenschaft, Organisation und Praxis vermitteln sollte, kann hierbei bestehende Ressourcen nutzen, stützen und effektivieren. Denn letztlich bieten die Gegebenheiten in der Stadt Oberhausen durch die langjährigen, festen, akteur_innenübergreifenden Strukturen in dem Handlungsfeld hierfür eine gute Grundlage.

„Wir haben eine Haltung in dieser Stadt und darauf bin ich sehr stolz. (...) vom OB bis zum kleinsten Mitglied in der Gemeinde, bzw. in der Verwaltung. Das ist ein kostbares Gut. Wir müssen nur verstehen, dass das nicht selbstverständlich ist und davor habe ich Angst. Dass diese Haltung keine Selbstverständlichkeit ist und in Stein gemeißelt ist. Das müssen wir jeden Tag auch halten und schützen und pflegen und immer wieder. Und das gelingt nur dann, wenn wir anfangen diese Haltung auch in Struktur umzuwandeln. Daher, was wir in Oberhausen brauchen, ist eine strukturelle Aufstellung zum Thema Demokratie, Menschenrechte, Rassismus, Anlaufstelle, wo Menschen Hilfe suchen können“ (Expert_in 3).

3.3 Handlungsempfehlungen

Um Demokratie zu stärken, braucht es die Zivilgesellschaft ebenso wie engagierte Personen in allen Arbeits- und Tätigkeitsfeldern. Eine klare Positionierung für Offenheit und Toleranz und gegen Diskriminierung ist hierzu ebenso wichtig, wie das Thema ‚Rechtsextremismus und Rassismus‘ in allen Bereichen als Querschnittsthema zu bearbeiten.

Empfehlungen für die Politik und die Kommune

Die Politik ist gefordert, auf wahrnehmbare rechtspopulistische und rechtsextreme Einflussnahmen sowie auf rassistische Ressentiments im Alltag zu reagieren.

- (1) Ein effektives Vorgehen gegen demokratiefeindliche Tendenzen – vom Alltagsrassismus bis zum Rechtsextremismus – kann nur gelingen, wenn die dafür bereitgestellten Strukturen vor Ort kontinuierlich und hinreichend gestützt und ausgebaut werden. Eine institutionalisierte Stelle in dem Themenfeld ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ vor Ort, die als intermediäre Instanz zwischen den Bereichen Politik, Praxis und Zivilgesellschaft vermittelt und als Anlaufstelle für Akteur_innen in dem Bereich und für die interessierte Zivilbevölkerung sowie für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung dient, könnte diesem Anliegen dienlich sein.
- (2) Sinnvoll wäre ein weiteres städtisches Engagement für den Fortbestand von kommunaler Programm- und Projektförderung aus den Mitteln von Landes- oder Bundesprogrammen.
- (3) Für die öffentliche Signalwirkung wäre ein Fortbestand kommunalen Eintretens für eine demokratische, offene und tolerante Stadtgesellschaft und gegen Rassismus in allen Facetten von großer Bedeutung.
- (4) Kommunale Leitbilder gegen Rassismus und für Integration in Oberhausen sollten öffentlichkeitswirksam und anlassbezogen revitalisiert und breitenwirksam kommuniziert werden.
- (5) Kommunalpolitische Entscheidungen, die Auswirkungen auf das Themenfeld haben (etwa in den Bereichen Sozialpolitik oder Zusammenleben in vielfältigen Strukturen) sollten transparenter gemacht und kommuniziert werden, sodass sich die Stadtgesellschaft insgesamt mehr an Entscheidungsbildungsprozessen beteiligen und konstruktiv ‚einmischen‘ kann.
- (6) Bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen und Personen, die sich in dem Themenfeld engagieren, sollten stärker wertgeschätzt werden. Dies bedeutet, dass Ressourcen für die Arbeit bereitgestellt und Anerkennung des Engagements mehr öffentliche Aufmerksamkeit erfahren sollten.

Empfehlungen für Institutionen

Des Weiteren sind öffentliche, zivilgesellschaftliche und private Institutionen angehalten, sich kontinuierlich öffentlich gegen Rassismus und Rechtsextremismus in allen Facetten einzusetzen und das Thema beständig in der Öffentlichkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller anzuerkennen und zu benennen.

- (1) Öffentliche Kampagnen und Programme könnten flächendeckend gemeinsam mit unterschiedlichen Kooperationspartner_innen organisiert oder unterstützt werden.
- (2) Ebenso könnten Institutionen Leitbilder für ein tolerantes und multikulturelles Miteinander entwickeln.
- (3) Bedeutungsvoll für ein tolerantes Miteinander ist zudem ein offenes, tolerantes, wertschätzendes und diskriminierungskritisches Arbeitsklima. Hierzu können sowohl die Führungskräfte als auch die Mitarbeitenden sich und andere kritisch auf rassistische oder diskriminierende Äußerungen und Handlungen reflektieren und Maßnahmen gegen Diskriminierung entwickeln.
- (4) Anzuraten ist, dass sich Institutionen auf Leitungs- und Führungskräfte-Ebene verstärkt für diskriminierungsfreie Arbeitsstrukturen einsetzen.
- (5) Zudem sollten Mitarbeitende in allen Bereichen motiviert und darin unterstützt werden, Fort- und Weiterbildungen insbesondere in den Bereichen interkulturelle Kompetenzen regelmäßig zu absolvieren und sich in Netzwerken und Kooperationen zu engagieren.
- (6) In pädagogischen Institutionen sollte unter allen Beschäftigten ein Problembewusstsein für das Thema ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ geschaffen und der Auftrag der politischen Bildung ernst genommen werden. Hierzu sollte der Wissensstand der Mitarbeitenden, u. a. über szenetypische Erscheinungsformen, erweitert und ‚Handwerkszeug‘ für den Umgang mit (extremen) politischen Haltungen bereitgestellt werden. Durch die Hilfestellungen und Qualifizierungen können Kompetenzen erlangt werden, die die Pädagog_innen selbstbewusster, sicherer und mutiger, in den Auseinandersetzungen zu dem Thema, machen.

Empfehlungen für die Praxis

Bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus sind in besonderem Maße Praktiker_innen, wie Fachkräfte vor Ort, gefordert.

- (1) Neben der Bindung von bekannten Zielgruppen an Angebote in dem Bereich sollten neue Zielgruppen erschlossen werden. Dies könnte über die Konzeption von Angeboten möglich sein, die nicht nur die (interessierte) Allgemeinheit ansprechen, sondern insbesondere bislang unterrepräsentierte Personen(gruppen), wie ältere Jugendliche und junge Erwachsenen sowie ältere Personen und Senior_innen.
- (2) Ebenso sollte es vor Ort mehr und zugängliche oder aufsuchende Angebote für Betroffene von rechter Gewalt, rassistischer und antisemitischer Gewalt in allen Facetten geben.
- (3) Darüber hinaus sind Angebote (für alle Altersgruppen und unabhängig von der je individuellen Geschichte zwischen Migration und Ankommen) der sekundären und tertiären Prävention vor Ort auszubauen, die sich an Personen richten, die rechte oder extrem rechte Tendenzen oder Orientierungen haben sowie für Personen, die bereits feste extrem rechte Einstellungen haben und / oder in der rechten Szene verankert sind. Weiter sollten auch Angebote für Eltern und Angehörige auf- und ausgebaut werden.
- (4) Bei der Konzeption der Angebote sollte versucht werden, niedrigschwellige Ansätze zu verfolgen.
- (5) Ebenso sollten sozialräumliche Ansätze verstärkt in den Fokus geraten und neben ‚Komm-Strukturen‘ auch aufsuchende und mobile Angebote organisiert werden.

- (6) Zudem sollten sowohl bei der Angebotsplanung und -organisation als auch bei der Durchführung möglichst viele Personen mitwirken können, damit der partizipative Ansatz angemessen berücksichtigt wird. Dabei sollten multiprofessionelle sowie multikulturelle Teamstrukturen entwickelt und aufgebaut sowie migrantische Perspektiven einbezogen werden.
- (7) Insgesamt kann durch eine stärkere Berücksichtigung von sozialen Faktoren das Interesse und die Teilnahme an Angeboten gesteigert werden. Hierbei sind zum einen Bezugspersonen und pädagogische Fachkräfte angehalten, auf der einen Seite durch den Aufbau einer akzeptierenden, vertrauten und engen Beziehung Bedarfslagen von Personen zu erkennen und zum anderen die Personen bei der Inanspruchnahme von Angeboten und Hilfeleistungen zu begleiten. Des Weiteren sollten Peer-Education- sowie Empowerment-Strategien verstärkt eingesetzt werden, um gerade den Zugang zu schwer erreichbaren Personengruppen zu ermöglichen. Förderlich hierzu wäre die Implementierung von Multiplikator_innen, welche als Ansprech- und Kontaktpersonen fungieren könnten.
- (8) Sowohl im Kontakt mit (neuen) Zielgruppen als auch bei der Konzeption von Angeboten sollte man sich stärker an die Lebenswelten, wie etwa die relevanten Aktions- und Aufenthaltsorte und (Freizeit-)Interessen der Personen(gruppen) richten. Hierbei spielen Kitas, Schulen und Ausbildungsstätten eine Rolle, ebenso wie Freizeiteinrichtungen, Vereinsstrukturen, Glaubensgemeinschaften und öffentliche Plätze. Im Hinblick auf die Aktionsräume gewinnen digitale Orte an Bedeutung und sollten sowohl als Informations-, Werbe- und Angebotsplattform stärker berücksichtigt werden.
- (9) Um die Bekanntheit und somit die Teilnahmemöglichkeiten an den Angeboten weiter zu steigern, sollte eine kontinuierliche und aktuelle Übersicht über alle (lokalen) Akteur_innen und Maßnahmen im Arbeits- und Tätigkeitsfeld adressat_innengerecht veröffentlicht werden.
- (10) Zudem sollten Netzwerke und Kooperation auf überregionaler und lokaler Ebene mit möglichst diversitätsbewussten Strukturen auf- und ausgebaut und insbesondere Kooperationspersonen aus den Bereichen Sport – insbesondere Fußball –, Migrant_innen-Selbstorganisationen und Glaubensgemeinschaften verstärkt angesprochen werden.
- (11) Die bestehenden Netzwerkstrukturen sollten etabliert werden und alle Teilnehmenden sollten sich regelmäßig beteiligen. Dabei sollte die Zusammenarbeit auf einer ehrlichen und professionellen Kommunikation aufgebaut werden, die auf gleicher Augenhöhe stattfindet.

Empfehlungen für die Wissenschaft

Für die effektive Bearbeitung des Handlungsfelds ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ auf der lokalen Ebene bedarf es wissenschaftlicher und theoretischer Expertise.

- (1) Für die effektive Bearbeitung des Handlungsfelds ‚Rassismus und Rechtsextremismus‘ auf der lokalen Ebene bedarf es wissenschaftlicher und theoretischer Expertise. Hilfreich wäre die Ursachenforschung zu rechten Orientierungen und regionalen Veränderungen rechtsextremer Milieus. Förderlich wäre hierbei die Orientierung auf möglichst kleingliedriger sozialräumlicher Ebene.
- (2) Zudem ist die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Maßnahmen, Programmen und Projekten zu priorisieren, damit Wirkungskreise sowie Gelingensfaktoren oder hemmende Faktoren und Grenzen aufgezeigt werden können.

- (3) Nicht zuletzt sollte sich die Wissenschaft dafür einsetzen, dass der Theorie-Praxis-Transfer verbessert wird, was dadurch erreicht würde, dass kontinuierlich aktuelle, praxisrelevante und adressat_innengerechte Informationen und Handreichungen zum Handlungsfeld ‚Rechtsextremismus und Rassismus‘, wie beispielsweise Argumentationsstrategien gegen Rechts, bereitgestellt werden.

Empfehlungen für die Zivilgesellschaft

In Oberhausen sind gewachsene, stabile und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse verschiedener Personen(kreise) und Organisationen sowie Parteien wichtige Akteur_innen im gemeinsamen Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für den Zusammenhalt einer solidarisch-integrativen Stadtgesellschaft.

- (1) Alle demokratischen Strukturen, Gruppen, Menschen sollten sich von der Aufgabe, demokratische Werte, Grund- und Menschenrechte zu schützen und sich aktiv für sie einzusetzen, angesprochen fühlen und sich der gemeinsamen Arbeit gegen Rassismus und (extrem) rechte Positionierungen anschließen.
- (2) Der Mut zur Zivilcourage sollte wertgeschätzt und gestärkt werden, sodass es für alle leichter ist, sich mit Rückhalt jeglichen Formen von (extrem) rechten Positionen, von Rassismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit und Abwertung entgegenzustellen. Dies bedeutet auch, rassistische Äußerungen und Handlungen in privaten und öffentlichen Situationen ernst zu nehmen und zu ächten.
- (3) Die nicht widerspruchsfreien Gespräche und Diskussionen sollten im Dialog mit sachlichen Argumenten und unter Ausschluss von diskriminierenden Einflussnahmen geführt werden.
- (4) Des Weiteren sollte Integration als gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden werden, bei dem jede_r mitmachen und einbezogen werden und sich die Vorteile einer Diversität-geprägten und heterogenen Migrationsgesellschaft bewusst machen sollte.
- (5) Wichtig hierfür ist auch, dass interkulturelle Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten wahrgenommen werden, sowohl bei öffentlichen Aktionen als auch im privaten und nachbarschaftlichen Bereich.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Stadt und die Akteurinnen und Akteure in der Stadt Oberhausen für die Umsetzung der Empfehlungen auf bereits bestehende Strukturen und engagierte Personen zurückgreifen können und diese Ressourcen auch nutzen sollten.

4. Maßnahmenvorschläge

Das vorliegende Handlungskonzept beinhaltet zu Beginn eine Auseinandersetzung mit der aktuellen Ist-Situation im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus. Beschrieben wurden neben allgemeinen, bundesweiten Entwicklungen im Rechtsaußenspektrum auch Ereignisse und jüngste Entwicklungen im lokalen Kontext – eine Momentaufnahme, die die aktuelle Situation in Oberhausen umreißt und in ihrer Tragweite einzuordnen hilft.

Diese Beschreibungen wurden ergänzt durch die Sozialraumbetrachtungen sowie die Kurzdarstellung der jüngsten Wahlergebnisse (der Bundestagswahl 2017), jeweils in „Fokusquartieren“ der sozialräumlichen Struktur der Stadt Oberhausen – also in jenen Stadtbezirken, in denen die dort Lebenden in überdurchschnittlichem Maße von Armut bedroht sind und Segregations-Tendenzen Anwohner_innenschaften spalten können, in Teilen verdrängen oder in eben diese Stadtteile ziehen lassen.

Damit widmet sich das Handlungskonzept – in diesem Punkt als Vorfeldstudie – einer Fragestellung, die in den Befragungen und Interviews mit Akteurinnen und Akteuren bereits benannt wurde: Wie, mit welchen Schwerpunktinhalten und vor allem wo genau können passgenaue Angebote in der Arbeit zur Sensibilisierung gegen Diskriminierungen und zur Prävention gegen vorurteilsvolle Haltungen eingesetzt werden? Welche Ideen können bestärkt oder entwickelt werden, um das nachbarschaftliche Miteinander zu stützen und auszubauen?

Darüber hinaus wurden in der Befragung der Bürgerinnen und Bürger Bedarfe deutlich, die das zivilgesellschaftliche Engagement im Themenfeld erleichtern und verbessern können. Sie auf Basis der Untersuchungsbefunde zusammenzustellen war Aufgabe des Handlungskonzeptes.

Die auf dieser Grundlage formulierten Handlungsempfehlungen sind Vorschläge, die sich an alle Bürgerinnen und Bürger in der Stadt und an alle Akteurinnen und Akteure in den verschiedenen Handlungsfeldern richten. Die Stadtgesellschaft ist gefragt, diesen Handlungsempfehlungen nachzugehen, sie zu prüfen und sie mit konkreten Vorschlägen zu ihrer Umsetzbarkeit zu füllen.

Das kommunale Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus schließt mit dem Wunsch an den Rat der Stadt, konkrete Maßnahmen zu dessen Umsetzung zu unterstützen und zu beschließen. Alle Untersuchungsschwerpunkte des Handlungskonzeptes weisen auf ihre jeweils spezifische Weise auf diese Maßnahmenvorschläge hin.

Im Spiegel der Ist-Situation, der Sozialraum- und Wahlbetrachtungen, sowie insbesondere der Befragung von Akteurinnen und Akteuren im Themenfeld ergeben sich **die folgenden Maßnahmenvorschläge:**

NRWeltoffen – Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus: Empfehlungen zur Umsetzung

Mit Ratsbeschluss vom 21.11.2016 hat die Stadt Oberhausen die Teilnahme am Landesprogramm „NRWeltoffen: Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ beschlossen. Zwingende Voraussetzung für die Teilnahme war die Erarbeitung eines kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Der Rat der Stadt bekennt sich hiermit erneut zu den Zielen von „NRWeltoffen“. Er begrüßt das im Rahmen der ersten Projektphase bis Dezember 2018 entwickelte Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus und setzt sich für dessen Umsetzung ein.

Daher beschließt der Rat der Stadt die Umsetzung der folgenden Handlungsempfehlungen:

1. Es ist in einem beteiligungsorientierten Ansatz ein Leitbild gegen Rassismus und Rechtsextremismus für Oberhausen zu entwickeln und zu beschließen.
2. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen im Themenfeld Rassismus und Rechtsextremismus zum festen Bestandteil des Aus- und Fortbildungsprogrammes der Stadt und zum verpflichtenden Teil der Führungskräftebildung der Stadt gemacht werden sollen.
3. Der Rat der Stadt beschließt den Beitritt der Stadt Oberhausen zur Städtekoalition gegen Rassismus.
4. Der Rat der Stadt begrüßt die zahlreichen Projekte und Aktivitäten gegen Rassismus und für Demokratie in Oberhausen und fordert die Verwaltung auf, die Akteure im Themenfeld aktiv zu unterstützen.
5. Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, die Einwerbung von Fördermitteln zum Auf- und Ausbau von demokratiefördernden Maßnahmen fortzusetzen und Initiativen zur Einwerbung solcher Mittel zu unterstützen.
6. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit den Programmen „Demokratie leben!“ und „NRWeltoffen“ ein Konzept für ein „Demokratiebüro“ – die Begrifflichkeit ist noch abschließend zu klären – als institutionalisierte lokale Einrichtung zu entwickeln, die sich nicht in Trägerschaft der Stadt befindet, und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

7. Der Rat der Stadt unterstützt den Austausch zwischen den Gremien und Institutionen in Oberhausen, die die Migrant*innen-Selbstorganisationen vertreten, um an den relevanten Schnittstellen Synergieeffekte zu erzielen.
8. Der Rat der Stadt verpflichtet sich zur jährlichen Reflektion und Überprüfung der selbstgesetzten Maßnahmen und entwickelt bei Bedarf Modifizierungsvorschläge.
9. Der Rat der Stadt beschließt außerdem, dass der Kulturausschuss die Federführung für die weitere Entwicklung und Ausgestaltung des Handlungskonzepts übernimmt.
10. Da derzeit noch nicht feststeht, inwiefern ab dem Jahr 2020 geeignete Strukturen installiert bzw. auf Förderbasis initiiert werden können, die der dauerhaften Umsetzung der o.g. Handlungsempfehlungen gerecht werden, überträgt der Rat der Stadt die weitere Entwicklung vorerst dem Fachbereich 0-8-30. Der Fachbereich soll dabei vom Bundesprogramm „Demokratie leben“ und dem aktuell noch laufenden Landesprogramm „NRWeltoffen“ 2019 unterstützt werden.
11. Der Rat der Stadt fordert den Fachbereich 0-8-30 auf, eine Förderung durch das Landesprogramm „NRWeltoffen“ auch für das Jahr 2020 zu erzielen, sofern das Förderprogramm fortgeführt werden wird.
12. Der Rat der Stadt beschließt, dass die Einrichtung von trag- und arbeitsfähigen Strukturen im Falle einer weiteren Landesförderung zum Jahresbeginn 2020 extern ausgeschrieben werden soll, sofern dies mit den (noch nicht bekannten) Förderbedingungen des Landes vereinbar sein sollte.

5. Anhang

5.1 Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
AfK	Alternative für Kommunalpolitik
AgAG	Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt
AöD	Alternative öffentlicher Dienst
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AVA	Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BAJ	Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz
BGPW	Bürger gegen Politikwahn
BI	Bloc Identitaire
BKA	Bundeskriminalamt
BMFSJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DaSKuT	Deutschland asylfreie Schulen Kindergärten und Turnhallen / Deutschland am Scheidepunkt. Kultur und Tradition
DPWV	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
DR	Die Rechte
DVU	Deutsche Volksunion
FDP	Freie Demokratische Partei
FN-NWR	Freie Nationalisten – Nationaler Widerstand Ruhr
HoGeSa	Hooligans gegen Salafisten
IBD	Identitäre Bewegung Deutschland
IfS	Institut für Staatspolitik
JA	Junge Alternative
JN	Junge Nationalisten
KAL	Kameradschaft Aachener Land
kitev	Kultur im Turm e. V.
KPMD-PMK	Kriminalpolizeilicher Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität
LGBTIQ*	lesbian, gay, bi-sexual, trans*, inter*, quer*
LKA	Landeskriminalamt
LT NRW Drs.	Landtag NRW Drucksache
LZPD	Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste
MAGS NRW	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
MBR Reg. Köln	Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MFKJKS NRW	Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein Westfalen

MIK NRW	Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen
MSF	Mittelstandsforum
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
NWDO	Nationaler Widerstand Dortmund
OBR	Opferberatung Rheinland
Pegida	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
REP	Die Republikaner
RWO	Rot-Weiß Oberhausen
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SGB	Sozialgesetzbuch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
taz	die tageszeitung
U15	unter 15 Jahren
VBRG e. V.	Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung

5.2 Literatur

- BAUM, DETLEF (2007): Sozial benachteiligte Quartiere: Der Zusammenhang von räumlicher Segregation und sozialer Exklusion am Beispiel städtischer Problemquartiere. In: Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 136–155.
- BEHN, SABINE / BOHN, IRINA / KARLICEK, KARI-MARIA / LÜTER, ALBRECHT / STRÄTER, TILL (2013): Lokale Aktionspläne für Demokratie. Zivilgesellschaft und Kommune in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ergebnisse der Evaluation des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT“, Weinheim: Beltz.
- BENTHIN, RAINER 2004: Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten. Frankfurt am Main.
- BITTNER, MICHAEL (2016): Dresden zeigt, wie's geht, in: Rehberg, Karl-Siegbert / Kunz, Franziska / Schlinzig, Tino (Hrsg.): Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld: transcript, S. 339–346.
- BOETTNER, JOHANNES (2007): Sozialraumanalysen – soziale Räume vermessen, erkunden, verstehen. In: Michel-Schwartz, Britta (Hrsg.): Methodenbuch Soziale Arbeit. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 259–292.
- BOTSCH, GIDEON (2012): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- BRAKE, ANNA (2009): Schriftliche Befragungen. In: Kühl, Stefan / Strodtholz, Petra / Taffertshofer, Andreas (Hrsg.): Handbuch Methoden der Organisationsforschung. Qualitative und Quantitative Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 392–412.

- BRAUN, STEPHAN / GEISLER, ALEXANDER / GERSTER, MARTIN (2009): Die extreme Rechte. Einleitende Bemerkungen. In: dies. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–20.
- BREKEMANN, ALEXANDER (2014): „Ich kann das ...“. Melanie Dittmer: eine extrem rechte Aktivistin unter der Lupe. In: Lotta # 57, URL <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/57/ich-kann-das> (1.12.2018).
- BRUNS, JULIAN / GLÖSEL, KATHRIN / STROBL, NATASCHA 2014: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster: UNRAST.
- BUNDESKRIMINALAMT (BKA) (2016): Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Stand: 8.12.2016. Meckenheim: Bundeskriminalamt, Kommission Staatsschutz, URL: <https://polizei.nrw/sites/default/files/2017-11/Definitionssystem%20PMK.pdf> (1.12.2018).
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSJ) (2018): Bundesprogramme Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Bundesweite Förderung lokaler Partnerschaften für Demokratie. Leitlinie Förderbereich A, aktual. Fassung vom 16.5.2018, abrufbar unter URL: <https://www.demokratie-leben.de/ueber-demokratie-leben.html> (20.12.2018).
- BURSCHEL, FRIEDRICH (Hrsg.) (2013): „Der Sommer ist vorbei ...“. Vom „Sommer der Anständigen“ zur „Extremismusklausel“. Beiträge zu 13 Jahren „Bundesprogramme gegen Rechts“, Münster: Ed. Assemblage.
- BUSCHMANN, RAFAEL / DIEHL, JÖRG (2014): Überrumpelt, überfordert, unterlegen. Polizei bei Kölner Hooligan-Krawall. In: Spiegel Online (19.11.2014), URL <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hogesa-randale-in-koeln-analyse-zum-polizeieinsatz-gegen-hooligans-a-1003657.html> (1.12.2018).
- BUTTERWEGGE, CHRISTOPH / HENTGES, GUDRUN / WIEGEL, GERD (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt a. M.: Westend.
- DAPHI, PRISKA / KOCYBA, PIOTR / NEUBER, MICHAEL / ROOSE, JOCHEN / RUCHT, DIETER / SCHOLL, FRANZISKA / SOMMER, MORITZ / STUPPERT, WOLFGANG / ZAJAK, SABRINA (2015): Protestforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida, URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf (20.12.2018).
- DECKER, FRANK (2016): Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden: Springer, S. 7–23.
- DEINET, ULRICH (2014): Das Aneignungskonzept als Praxistheorie für die Soziale Arbeit. In: sozialraum.de (6) Ausgabe 1 / 2014, URL: <https://www.sozialraum.de/das-aneignungskonzept-als-praxistheorie-fuer-die-soziale-arbeit.php> (29.6.2018).
- DEINET, ULRICH (2007): Sozialräumliche Konzeptentwicklung und Kooperation im Stadtteil. In: Sturzenhecker, Benedikt / Deinet, Ulrich (Hrsg.): Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit, Weinheim-Basel: Beltz Juventa, S. 111-137.
- DIERBACH, STEFAN (2014): „Das sind doch keine Nazis, das sind unsere Kinder“. Die jugendtheoretisch unterlegte Entpolitisierung der Akteur_innen rechter Gewalt als zentraler Geburtsfehler des ersten Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus. In: Blome, Mathis / Manthe, Barbara (Hrsg.): Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand, Düsseldorf: IDA e. V., S. 16–21.
- DIETZSCH, MARTIN / KELLERSHOHN, HELMUT / SCHOBERT, ALFRED (2002): Jugend im Visier. Geschichte, Umfeld und Ausstrahlung der „Unabhängigen Nachrichten“. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.

- DOVERMANN, ULRICH (2004): „Vom Aufstand der Anständigen“ – Vom Bund geförderte Projekte zu Toleranz und Zivilcourage. In: ders. / Meier, Gerd / Frech, Siegfried / Gugel, Günther (Hrsg.): Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle – Arbeitshilfen. Tübingen: Institut für Friedenspolitik e. V., S. 180–185.
- FRINDTE, WOLFGANG / PREISER, SIEGFRIED (2007): Prävention gegen Rechtsextremismus. In: APuZ 11 / 2007, S. 32–38.
- FUCHS, JÜRGEN (Reihen-Hrsg.) (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. 5 Bde. Münster: Votum.
- GEDEN, OLIVER (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, SWP-Studie 17, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- GEIGES, LARS / MARG, STINE / WALTER, FRANZ (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld: transcript.
- GEIGES, LARS (2016): Nach dem Hype. Drei Entwicklungen von PEGIDA seit dem Winter 2014 / 2015. In: Rehberg, Karl-Siegbert / Kunz, Franziska / Schlinzig, Tino (Hrsg.): Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick, Bielefeld: transcript, S. 133–145.
- GLÄSER, JOCHEN / LAUDEL, GRIT (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HÄUSLER, ALEXANDER / ROESER, RAINER (2015): Die rechten Mut-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal und Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg: VSA.
- HÄUSLER, ALEXANDER / SCHEDLER, JAN (2016): Neue Formen einer flüchtlingsfeindlichen sozialen Bewegung von rechts. In: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen Heft 2, Ettenheim, S. 11–20.
- HÄUSLER, ALEXANDER (Hrsg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HÄUSLER, ALEXANDER (2018): Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus. In: ders. (Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg: VSA, S. 9–19.
- HAFENEGER, BENNO / JESTÄDT, HANNAH / KLOSE, LISA-MARIE / LEWEK, PHILINE (2018): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt a. M.: Wochenschau.
- HAFENEGER, BENNO / SCHÖNFELDER, SVEN (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für die kommunale und lokale Demokratie, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- HEITMEYER, WILHELM (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.
- HÖCKE, BJÖRN (2015): Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme – Vortrag beim IfS (21.11.2015), URL: <https://www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqIQ> (1.12.2018).
- IDA – INFORMATIONEN- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM FÜR ANTIRASSISMUSARBEIT IN NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.): Online-Glossar, URL: https://www.idaev.de/researchetools/glossar/?no_cache=1&tx_dpnglossary_glossarylist%5B%40widget_0%5D%5Bcharacter%5D=S&cHash=57ae5aeb0858f735459d24e536d99983, (28.11.2018)
- JASCHKE, HANS-GERD (Hrsg.) (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- JUNGDEMOKRATINNEN / JUNGE LINKE DUISBURG (Hrsg.) (2002): Duisburg rechts um!? Neonazismus im Großraum Duisburg / Oberhausen. Duisburg: Eigenverlag.
- KIEFER, MICHAEL (2015): Prävention gegen neosalafistische Radikalisierung in Schule und Jugendhilfe. Voraussetzungen und Handlungsfelder. In: Infodienst der Bundeszentrale für

- politische Bildung, URL:
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/212435/paevention-in-schule-und-jugendhilfe> (14.12.2018).
- KORSCH, FELIX (2016): Einmal den Zirkel um Dresden schlagen. Pegida- Grundzüge und Abgründe einer Protestserie ohnegleichen. In: Häusler, Alexander / Virchow, Fabian (Hrsg.): Neue Soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg: VSA, S. 52–62.
- KORTE, KARL-RUDOLF (2015): „Es ist eine Gratwanderung, ob die AfD es schafft“. Interview. In: Deutschlandfunk (22.10.2015), URL: https://www.deutschlandfunk.de/alternative-fuer-deutschland-es-ist-eine-gratwanderung-ob.694.de.html?dram:article_id=334709 (20.12.2018).
- KÜHN, THOMAS (2011): Gruppendiskussionen – ein Praxishandbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- LANDEINTEGRATIONS RAT NRW (Hrsg.) (2017): Rechtsaußenparteien und ihre Aktivitäten vor der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf: Landesintegrationsrat.
- LANGEBACH, MARTIN / RAABE, JAN (2016): Die Neue Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer, S. 561–592.
- LEGGEWIE, CLAUS (2017): Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung. Berlin: Ullstein.
- MARDORF, SILKE (2006): Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- MAYRING, PHILLIP (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. 12., überarbeitete Auflage. Weinheim: Beltz.
- MITEINANDER E. V. (2018): „Das Ziel ist, unsere Arbeit zu beenden“. Erklärung des Miteinander e. V. zur Kampagne der AfD gegen Demokratieprojekte, 24.8.2018. URL: <https://www.miteinander-ev.de/das-ziel-ist-unsere-arbeit-zu-beenden/#more-1587> (1.12.2018).
- MINISTERIUM FÜR FAMILIE, KINDER, JUGEND, KULTUR UND SPORT DES LANDES NORDRHEIN WESTFALEN (MFKJKS NRW) (2016): Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus. URL: <http://www.nrweltoffen.de/wissen/publikationen/Handlungskonzept-03-web.pdf> (20.12.2018).
- MINISTERIUM DES INNEREN NRW (2017): Reichsbürger und Selbstverwalter. Erkennen, einordnen, richtig handeln, Düsseldorf: Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen.
- MINISTERIUM DES INNEREN NRW (2018): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2017, Düsseldorf: Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen.
- MINKENBERG, MICHAEL (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen / Wiesbaden: Leske + Budrich.
- MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS NRW (2017): Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien in NRW. Analyse zum Wahlkampf und den Ergebnissen bei der Landtagswahlen 2017.
- MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS NRW (2017a): Flüchtlingsfeindliche Straftaten erneut auf Rekordhoch. Pressemitteilung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW vom 13.3.2017, URL: <https://www.mobile-beratung-nrw.de/fileadmin/content/news/21-2017-03-13%20PM%20Mobile%20Beratung%20NRW.pdf> (1.12.2018).
- NEUGEBAUER, GERO (2015): „Neues Sprachrohr der Rechten“ AfD bald im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes? Gero Neugebauer im Gespräch. In: Handelsblatt online (20.10.2015),

- URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/neues-sprachrohr-der-rechten-experte-sieht-hoecke-als-vertreter-eines-voelkischen-nationalismus/12479592-3.html?ticket=ST-655580-baelQgcU0NdL01gM3NVG-ap2> (20.12.2018).
- NÖRBER, MARTIN (2010): Peer Education. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) (Hrsg.) (2010): Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug), 55 Jg., S. 75–8, URL: http://www.kjug-zeitschrift.de/wp-content/uploads/2013/01/2010-3-01-KJug_Martin_Noerber.pdf (10.7.2018).
- NRW-SPD U. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW (2012): Koalitionsvertrag 2012–2017. Verantwortung für ein starkes NRW – Miteinander die Zukunft gestalten. URL (u. a): https://www.nrwspd.de/wp-content/uploads/sites/2/2012/06/doc_40518_201261395917.pdf (1.12.2018).
- PATZELT, WERNER J. (2015): Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht, URL: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/polsys/ressourcen/dateien/forschung/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015-01.pdf?lang=de> (20.12.2018).
- PFAHL-TRAUGHBER, ARMIN (2018): Ist die AfD (rechts-)extremistisch? In: Blick nach rechts (23.3.2018), URL: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/ist-die-afd-rechts-extremistisch> (20.12.2018).
- PRIESTER, KARIN (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: ApuZ, 62, H. 5–6, S. 3–9.
- PRIESTER, KARIN (2016): Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen, in: Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer, S. 533–560.
- PULS, HENDRIK (2015): „Die Rechte“ als neue Bewegungspartei des Neonazismus. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1 / 2015, S. 160–165.
- QUENT, MATTHIAS / GESCHKE, DANIEL / PEINELT, ERIC (2017): Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei, 2. Aufl. Berlin: Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt VBRG e. V.
- RATHJE, JAN (2017): Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. Vom Wahn des bedrohten Deutschen, Münster: UNRAST.
- RIEGE, MARLO (2007): Soziale Arbeit und Sozialraumanalyse. In: Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 376–388.
- RÖPKE, ANDREA (2017): Neonazi-Treffpunkt Knüll. In: Blick nach Rechts (27.4.2017), URL: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/neonazi-treffpunkt-kn-ll> (1.12.2018).
- RUHOSE, FEDOR (2019): Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur. Wiesbaden: Springer.
- SCHEDLER, JAN (2016): Die extreme Rechte als soziale Bewegung, in: Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer, S. 285–323.
- SCHÖNFELDER, SVEN (2008): Rechtspopulismus. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Schwalbach / Taunus: Wochenschau Wissenschaft.
- SCHOLTEN, LISA / JEPKENS, KATJA / DEINET, ULRICH / VAN RIEBEN, ANNE (i. E. 2019): Raumerleben junger Geflüchteter. Ergebnisse sozialräumlicher Forschung. Düsseldorf: FGW.
- SEZESSION (Sonderheft) 2013: Alternativen für Deutschland, Mai 2013.
- SPATSCHKE, CHRISTIAN (2009): Theorien- und Methodendiskussion. In: Deinet, Ulrich (Hrsg.): Methodenbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–43.

- SPIER, TIM (2016): Die Wahl von Rechtsaußenparteien in Deutschland, in: Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer, S. 257-284.
- STADT OBERHAUSEN (2009): Kommunalwahlen am 30. August 2009. Vorläufiges Endergebnis. Ergebnisse und Kurzanalyse. Oberhausen: Bereich Statistik und Wahlen.
- STADT OBERHAUSEN (2013): Bundestagswahl 2013. Vorläufiges Wahlergebnis. Ergebnisse und Kurzanalysen. Beiträge zum Wahlgeschehen, Heft 49. Oberhausen: Bereich Statistik und Wahlen.
- STADT OBERHAUSEN (2014): Kommunalwahlen und Europawahlen am 25. Mai 2014. Ergebnisse und Analyse. Beiträge zum Wahlgeschehen, Heft 50. Oberhausen: Bereich Statistik und Wahlen.
- STADT OBERHAUSEN (2017): Bundestagswahl am 24.9.2017. Vorläufiges Endergebnis. Ergebnisse und Kurzanalysen. Beiträge zum Wahlgeschehen, Heft 54. Oberhausen: Bereich Statistik.
- STADT OBERHAUSEN (2017a): Landtagswahl am 14. Mai 2017. Vorläufiges Endergebnis. Ergebnisse und Kurzanalyse. Beiträge zum Wahlgeschehen, Heft 53. Oberhausen: Bereich Statistik.
- STADT OBERHAUSEN (2018): Sozialbericht 2017. Einführung von Sozialindices für die Stadt Oberhausen, URL: https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/familie-bildung-soziales/soziales/finanzen_controlling_planung/finanzen_controlling_planung_material/sozialberichtob2017_web.pdf (6.12.2018).
- STAUDT, TORALF (2014): Neue Front der Gewalt. In: ZEIT Online (13.11.2014), URL <https://www.zeit.de/2014/45/hooligans-rechtsextreme-demo-salafisten> (1.12.2018).
- STAUDT, TORALF (2018): Straf- und Gewalttaten von rechts: wie entstehen die offiziellen Statistiken? In: Dossier Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/264158/pmk-methoden-und-debatten> (1.12.2018).
- STÖSS, RICHARD (1990): Die Republikaner: woher sie kommen; was sie wollen; wer sie wählt; was zu tun ist, Köln: Bund-Verlag.
- STURM, MICHAEL (2017): NRW 2017: Zwischen „Bürgerlicher Widerstandsbewegung“ und militantem Neonazismus. Belltower News. Netz für digitale Zivilgesellschaft. URL <http://www.belltower.news/artikel/nrw-2017-jahresr%C3%BCckblick-rechtsextremismus-13107> (20.12.2018).
- SZYMANIAK, PETER / KOBER, STEFAN (2018): Stadtteil-Statistik: Das ist die Stadt Oberhausen in Zahlen. In: WAZ Online (30.11.2018), URL: https://www.waz.de/staedte/oberhausen/stadtteil-statistik-das-ist-die-stadt-oberhausen-in-zahlen-id215876363.html?__pwh=tFk46BOcLnJoclo18anCVg%3D%3D (10.12.2018).
- VAN RIEËN, ANNE / JEPKENS, KATJA / SCHOLTEN, LISA (i. E. 2019): Raumerleben junger Geflüchteter. Handlungsempfehlungen für die Praxis der Sozialen Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Fluchthintergrund. Düsseldorf: FGW.
- VIRCHOW, FABIAN / DORNBUSCH, CHRISTIAN (Hrsg.) (2008): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach / Taunus: Wochenschau Verlag.
- VIRCHOW, FABIAN (2016): Rechtsextremismus: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In: Ders. / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden: Springer, S. 5–41.
- VORLÄNDER, HANS / HEROLD, MAIK / SCHÄLLER, STEVEN (2015): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden: Springer.

WODAK, RUTH (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien, Hamburg: Edition Konturen.

WILDT, MICHAEL (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg: Hamburger Edition.

5.3 Links und Verweise

www.demokratie-leben-oberhausen.de

Homepage der Lokalen Partnerschaft für Demokratie / Demokratie leben! Oberhausen

<http://www.eccar.info/>

Homepage der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (European Coalition of Cities against Racism – ECCAR)

<https://www.tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html>

Liste der „Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach der Wiedervereinigung“, fortlaufende Recherche und Dokumentation von „Tagesspiegel“ und „ZEIT“

<https://www.belltower.news/die-liste-193-todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990-36796/>

Interaktive Karte der „Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990“, fortlaufende Recherche des Projektverbundes „mut-gegen-rechte-Gewalt“ (in Zusammenarbeit von „stern“ und der Amadeu-Antonio-Stiftung), zusammen mit dem Opferfond Cura